

**Zeitschrift:** Tagblatt des Grossen Rates des Kantons Bern  
**Herausgeber:** Grosser Rat des Kantons Bern  
**Band:** - (1895)  
  
**Rubrik:** Ordentliche Frühjahrsession

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 03.02.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# Tagblatt

des

## Großen Rates des Kantons Bern.

### Kreisschreiben

an die

Mitglieder des Großen Rates.

Biel, den 10. Mai 1895.

Herr Großrat,

Der Unterzeichnete hat im Einverständnis mit dem Regierungsrat den Zusammentritt des Großen Rates zu der ordentlichen Frühjahrssession des Jahres 1895 auf **Montag den 27. Mai** festgesetzt. Sie werden daher eingeladen, sich am genannten Tage, nachmittags 2 Uhr, auf dem Rathause in Bern einzufinden.

Die zur Behandlung kommenden Gegenstände sind folgende:

### Gesetzesentwürfe

zur zweiten Beratung.

1. Gesetz betreffend die Ausübung der Jagd. (Kommission: Herren Bühlmann, Probst Emil, Freiburghaus, Wüthrich, Coullery, Nägeli, Burrus.)
2. Gesetz über die öffentlich-rechtlichen Folgen (Ehrenfolgen) des Konkurses und der fruchtlosen Pfändung. (Kommission: Herren Bühlmann, Moschard, von Erlach, Michel in Interlaken, Probst Edmund, Will, Ungar.)
3. Gesetz betreffend die Verbesserung der Feldereinteilung und die Anlage von Feldwegen. (Kommission: Herren Eschannen in Dettligen, Leuch, Bühler, Kläbe, v. Erlach, Marschall, Weber in Graßwyl.)

4. Gesetz über die amtliche Inventarisierung bei Todesfällen. (Kommission: Herren Heller, Wälchli, Burkhart, Michel, Marschall, Schlatter, Marchand, Stucki, Gaborn, Meyer, Boinah, von Wattenwyl, Müller in Langenthal, Roth).

Nur ersten Beratung.

1. Gesetz über das Armenwesen. (Bestellung der Kommission.)
2. Gesetz über die Züchtung der Pferde- und Viehzucht. (Bestellung der Kommission.)

### Dekretsentwürfe.

1. Neue Feuerordnung. (Kommission: Herren, Hegi, Leuch, Lische, Scherz, Probst Emil, Weber in Biel, Seiler, Choquard, Schär in Langnau, Klossner.)
2. Dekret über die Ruhetage der Angestellten in Wirtschaften. (Bestellung der Kommission.)
3. Dekret über die Polizeistunde und die öffentlichen Belustigungen. (Bestellung der Kommission.)
4. Dekret über Errichtung einer Rettungsanstalt für Knaben in Sonvillier.
5. Dekret über die Ausübung des Initiativrechtes (Art. 9 der Staatsverfassung).
6. Dekret über die Reorganisation der Kreiskommandos.

### Vorträge.

#### Des Regierungspräsidentiums.

1. Ersatzwahlen in den Großen Rat.
2. Ergebnis der Volksabstimmung vom 5. Mai.
3. Zuteilung einer Direktion an Regierungsrat Minder.

#### Der Direktion des Innern.

1. Hagelversicherungsverein Hortus; Staatsbeitrag.
2. Beitrag an den Bau eines Technikumgebäudes in Biel.



**Der Direktion der Justiz.****Expropriationen.****Der Direktion der Polizei.**

1. Naturalisationen.
2. Strafnachlassgesuche.

**Der Direktion der Finanzen.**

1. Käufe und Verkäufe von Domänen.
2. Nachkredite und Kreditübertragungen.

**Der Direktion der öffentlichen Bauten.**

1. Straßen- und andere Bauten.
2. Lombachbrücke zu Habkern; Nachkredit.
3. Verlegung der Weiber- Arbeitsanstalt nach Hindelbank.
4. Strafanstalt Witzwil; Stall- und Scheunenbauten.
5. Montfaucon- Soubey- Straße; Neubau der Doubs-Brücke.

**Der Direktion der Forsten.****Walbkäufe und -Verkäufe.****Anzüge und Anfragen.**

1. Motion der Herren Zeller und Mithaste, vom 20. November 1894 betreffend Anbringung von Wandgemälden im Großratsaal.
2. Motion des Herrn Bühlmann, vom 19. Dezember 1894, betreffend die Besoldungsverhältnisse der Bezirksbeamten.
3. Motion des Herrn Scherz, vom 1. März 1895, betreffend Revision des Strafgesetzbuches.
4. Motion des Herrn Scherz, vom 1. März 1895, betreffend Revision des Großratsreglementes.

**Wahlen.**

1. Des Präsidenten, der zwei Vicepräsidenten und der vier Stimmenzähler des Großen Rates.
2. Des Präsidenten und des Vicepräsidenten des Regierungsrates.
3. Eines Mitgliedes der Bittschriftenkommission an Stelle des Herrn Zürcher.
4. Des Kantonsbuchhalters.

Für den ersten Tag werden die Vorträge des Regierungspräsidenten und der Direktionen auf die Tagesordnung gesetzt.

Die Wahlen finden Mittwoch den 29. Mai statt.

Mit Hochschätzung!

Der Großrats-Präsident

Aug. Weber.

**Erste Sitzung.**

Montag den 27. Mai 1895,

nachmittags 2 Uhr,

Vorsitzender: Präsident Weber.

Der Namensaufruf verzeigt 165 anwesende Mitglieder. Abwesend sind 46, wovon mit Entschuldigung: die Herren Ballif, Bühlmann, Burrus, Choquard, Guenat, Frutiger, Hennemann, Kaiser, Leuenberger, Marolf, Marti, Michel (Interlaken), Morgenthaler (Reimishyl), Nägeli, Sahli, Scholer, Tschannen; ohne Entschuldigung abwesend sind: die Herren v. Allmen, Berger, Beutler, Bonah, Brahier, Choulat, Comte, Elsäßer, Freiburghaus, Gerber (Steffisburg), Goubernnon, Gurtner, Hiltbrunner, Imhof, Marschall, Mérat, Raine, Dr. Reber, Nieder, Riem, Roth, Ruchti, Scheidegger, Schneeberger, Steiner, Tiedhe, Tschiemer, Zehnder, Zingg.

Präsident. Bevor wir zur Vereinigung des Traktandenverzeichnisses übergehen, erlauben Sie mir, mit einigen Worten der am 5. Mai zur Abstimmung gelangten Gesetzesvorlagen zu gedenken. Während das Gesetz über die Viehentschädigungskasse vor dem Volke Gnade gefunden hat, ist das Gesetz über die Schutzpockenimpfung verworfen worden. Es hat sich damit wohl gezeigt, daß das Volk den Zwang auch in dem Sinne, wie er in dem Impfgesetze vorgesehen war, nicht will, und es wird wohl dem Großen Rate nicht anderes übrig bleiben, wenn er ein Gesetz über die Schutzpockenimpfung ausarbeiten will, als den Zwang voll und ganz fallen zu lassen. Es wird der nächsten Periode vorbehalten sein, diesbezüglich eine neue Vorlage zu bringen, und es ist wohl anzunehmen, daß wenn der Zwang aus dem Gesetze weggelassen wird, dasselbe vom Volke angenommen werden wird. — Ich erkläre die ordentliche Frühjahrsession für eröffnet.

## Tagesordnung:

### Bereinigung des Traktandenverzeichnisses.

#### Jagdgesetz.

Präsident. Herr Bühlmann, der verhindert ist, dieser Session beizuwohnen, hat mich schriftlich ersucht, es möchte dieses Traktandum auf eine nächste Session verschoben werden. Er hat mir gleichzeitig mitgeteilt, er habe sich diesbezüglich mit dem Herrn Forstdirektor ins Einverständnis gesetzt.

Die beantragte Verschiebung wird stillschweigend beschlossen.

v. Wattenwyl, Forstdirektor. Nachdem Verschiebung beschlossen ist, möchte ich doch bei diesem Anlaß darauf aufmerksam machen, daß im Saale zwei Karten ausgestellt sind, eingeteilt nach den Wünschen, wie sie in der ersten Beratung geltend gemacht wurden. Es ist namentlich aus jurassischen Kreisen der Wunsch geäußert worden, es möchte bei der Einteilung in Jagdbezirke mehr das Gemeindeterritorium berücksichtigt werden, während wir andererseits fanden, eine gleichmäßigere Einteilung wäre gerechtfertigter. Es liegen nun beide Einteilungen vor, und wenn der Große Rat keine andere Ansicht geltend macht, so könnte man für die zweite Beratung den Entwurf so vorbereiten, daß je nachdem der Große Rat für die eine oder andere Einteilung sich entschließen würde, man die Beratung gleichwohl vornehmen könnte.

Präsident. Anschließend kann ich noch mitteilen, daß von einer Versammlung von Bürgern aus den Aemtern Ronolfingen, Trachselwald und Burgdorf eine Petition vorliegt, unterzeichnet von den Herren Jakob Fankhauser und Christian Gfeller. Es hat aber keinen Wert, diese Petition jetzt zu verlesen, sondern es wird das geschehen bei Behandlung des Jagdgesetzes selber.

#### Armengesetz.

Ritschard, Direktor des Armenwesens. Die Regierung beantragt Ihnen, es möchte schon jetzt die Kommission für diesen Gegenstand bestellt werden. Sie spricht zugleich den Wunsch aus, es möchte diese Kommission ziemlich zahlreich bestellt werden; aus wie viel Mitgliedern, darüber will ich mich nicht äußern, indem dies Sache des Großen Rates ist.

Was die Sache selbst anbelangt, so wird den Herren Großräten Ende dieser Woche die bezügliche Vorlage zugestellt werden; die Regierung wird sie im Laufe des Sommers beraten, und ich nehme an, daß sie im Herbst, zu einer geeigneteren Zeit, als der Sommer es ist, zur Behandlung kommen kann. Nun wird es aber nicht ohne Belang sein, daß schon jetzt diejenigen, welche sich einläßlicher mit der Sache zu befassen haben werden,

wissen, daß sie dies thun müssen, und deshalb ist es angezeigt, die Kommission schon jetzt zu bestellen. Es handelt sich um eine Vorlage von großer finanzieller und anderweitiger Tragweite und es spielen eine Reihe anderer Fragen in diese Armenfrage hinein, weshalb es gut ist, daß diejenigen, welche sich mit der Sache zu befassen haben, rechtzeitig von ihrer Aufgabe Kenntnis erhalten.

Dürrenmatt. Die Kommission für dieses Gesetz ist jedenfalls eine der allerwichtigsten, die der Große Rat zu ernennen hat, und ich erlaube mir deshalb, den Antrag zu stellen, die Kommission direkt durch den Großen Rat zu wählen. Ich will nicht verhehlen, daß ich dazu bestimmte Gründe habe, indem schon eine zeitlang in der Art, wie die Kommissionen bestellt worden sind, eine gewisse, offenkundige Ausschließlichkeit geherrscht hat. Ich will nicht untersuchen, ob es vielleicht auf Veranlassung der betreffenden Herren Regierungsräte so gegangen ist; gerade in Bezug auf das Armengesetz würde ich den betreffenden Herrn Direktor am allerwenigsten in diesem Verdacht haben, daß er daraus eine Parteisache mache. Aber man hat es bei andern Gesetzen in letzter Zeit wirklich erlebt, und ich habe mir auch sagen lassen, es gehe bei der Ernennung der Kommissionen oft so zu und her, daß der betreffende Herr Regierungsrat die Kommission ernannt und nicht das Bureau des Großen Rates, und daher mag es rühren, daß man oft mit überraschender Schnelligkeit, wenige Augenblicke nachdem der Große Rat beschlossen hat, eine Kommission durch das Bureau ernennen zu lassen, die Mitteilung erhält, wer vom Bureau in die Kommission gewählt worden sei. Ich habe mir vorgenommen, diese Art und Weise der Ausschließlichkeit bei der Niederlegung der Kommissionen einmal zur Sprache zu bringen, wenn es sich darum handelt, eine der wichtigeren Kommissionen zu ernennen.

Scherz. Ich erlaube mir, im Gegensatz zum Antrag des Herrn Dürrenmatt den Antrag zu stellen, es möchte das Bureau beauftragt werden, diese Kommission zu ernennen. Ich glaube, der Vorwurf, den Herr Dürrenmatt dem Bureau macht, ist wirklich ein etwas unmotivierter, nachdem man im neuen Großratsreglement dafür gesorgt hat, daß die Opposition, d. h. die konservative Partei, der Herr Dürrenmatt angehört, im Bureau vertreten ist. Gegenwärtig ist die Opposition durch zwei Mitglieder im Bureau vertreten, und diese beiden Herren werden den Vorwurf des Herrn Dürrenmatt schwerlich auf sich sitzen lassen, daß sie die Interessen ihrer Partei nicht vertreten. Ich glaube Sie schon deshalb auffordern zu sollen, Herrn Dürrenmatt nicht zu entsprechen, um ihm zu zeigen, daß wir diese Ausschließlichkeit, von der er spricht, nicht anerkennen; dieselbe existiert nur in seinem Kopfe.

v. Steiger, Regierungspräsident. Ich will mich nicht über die Frage aussprechen, ob Sie die Kommission durch den Großen Rat oder durch das Bureau wählen lassen wollen. Aber ich muß Widerspruch erheben gegen die Behauptung des Herrn Dürrenmatt, als ob die Kommissionen lediglich durch die Regierungsratsmitglieder bestellt zu werden pflegen. Wir werden allerdings hie und da angefragt und es werden einzelne Namen genannt; aber ich kann bezeugen, daß wenigstens ebenso oft die von uns vorgeschlagenen Herren nicht gewählt werden, als das Umgekehrte der Fall ist. Irgend einen

ungebührlichen Einfluß auf die Bestellung der Kommissionen hat der Regierungsrat niemals ausgeübt.

Müller (Bern). Was die von Herrn Dürrenmatt angeregte Frage anbelangt, so will ich mich darüber nicht ereifern. Ich glaube, es kommt ziemlich aufs gleiche hinaus, ob Sie das Bureau wählen lassen oder den Großen Rat, in welcher letzterem Falle dann natürlich Vorversammlungen ihre Listen aufstellen müßten, und ich weiß nicht, ob Herr Dürrenmatt darüber nicht auch wieder zu klagen hätte. Ich teile in dieser Beziehung ungefähr die Ansicht des Herrn Scherz.

Dagegen möchte ich mir erlauben, in Bezug auf die Anzahl der Mitglieder einen Antrag zu stellen. Es scheint mir allerdings, wie Herr Ritschard erwähnte, die Kommission sollte etwas zahlreicher zusammengesetzt werden, als es gewöhnlich der Fall ist. Es handelt sich um eine sehr eingreifende Frage, bei der sehr verschiedenartige Interessen ins Spiel kommen. Ich will nur erwähnen die Lösung des Verhältnisses zwischen dem Jura und dem sog. alten Kanton, das Verhältnis zwischen den Einwohner- und den Bürgergemeinden, das Verhältnis einzelner Landesteile, wie z. B. des Emmenthals, das in dieser Frage immer sehr interessiert ist. Wenn auch die grundlegenden Gedanken in der Verfassung festgestellt sind, so ist doch die Ausführung auch eine wichtige Sache, und es scheint mir, daß jeder Landesteil in der Kommission durch mehrere Mitglieder, etwa durch drei, vertreten sein sollte, um nicht nur den Parteiverhältnissen, sondern auch den Verhältnissen der verschiedenen Landesteile gehörig Rechnung zu tragen. Das Armengesetz ist eine der Hauptaufgaben, die bei der Schaffung der neuen Verfassung als leitende Gesichtspunkte ins Auge gefaßt wurden, und es scheint mir wohl der Mühe wert, daß vom Großen Räte aus schon durch Bezeichnung einer zahlreichen Kommission bezeugt wird, daß man der Sache dasjenige Gewicht beilegt, das sie verdient. Ich erlaube mir deshalb, zu beantragen, die Kommission aus 21 Mitgliedern zu bestellen und ich hoffe, man erschrecke nicht über diese Zahl; sobald man allen Verhältnissen etwas Rechnung tragen will, wird man kaum ohne Nachteil unter diese Ziffer gehen können.

Im übrigen glaube ich allerdings auch, das Bureau könne diese Kommission bezeichnen. Der Unterschied wird tatsächlich kein großer sein, und es würde wirklich eine etwas eigentümliche Façon machen, wenn in diesem einzelnen Falle der Große Rat mit der Motivierung des Herrn Dürrenmatt, also quasi als Mißtrauensvotum gegenüber dem Bureau, sagen wollte, er wolle die Kommission selber wählen.

Präsident. Wenn das Wort nicht weiter verlangt wird, so erlaube ich mir nur noch, die Anschuldigung des Herrn Dürrenmatt meinerseits und namens des Bureaus zurückzuweisen. Wie Herr Scherz bereits ausgeführt hat, erblicke ich darin nicht ein Mißtrauensvotum gegenüber der Mehrheit des Bureaus, sondern speziell gegenüber der Minderheit, indem zwei Parteigenossen des Herrn Dürrenmatt Mitglieder des Bureaus sind. Ich überlasse es diesen beiden Herren, sich mit Herrn Dürrenmatt abzufinden und möchte nur noch bemerken, daß das Bureau bis jetzt bestrebt war, in unparteiischer Weise, wie das Reglement es vorsieht, die Parteien zu berücksichtigen, und ich denke, es wird dies auch in Zukunft so gehalten.

## Abstimmung.

1. Der Antrag Müller, die Kommission aus 21 Mitgliedern zu bestellen, ist nicht bestritten und wird als angenommen erklärt.

2. Für den Antrag Dürrenmatt (gegenüber dem Antrage, die Wahl dem Bureau zu überlassen) Minderheit.

## Gesetz über die Veredlung der Pferde- und Viehzucht.

Das Bureau erhält den Auftrag, eine fünfgliedrige Kommission zu bestellen.

## Dekret über die Ruhetage der Angestellten in Wirtschaften.

v. Steiger, Direktor des Innern. Ich frage mich, ob es nicht zweckmäßig wäre, diesen Gegenstand der gleichen Kommission zuzuweisen, welche das Wirtschafts-gesetz beraten hat, die über diese Materie bereits orientiert ist.

M. Folletête. Nous avons encore un troisième décret, c'est celui concernant l'heure de police et les divertissements publics. Ne serait-il peut-être pas plus opportun d'attribuer à la compétence de la même commission les nos 2 et 3 et par conséquent de ne pas en nantir la commission de la loi sur les auberges? Je voudrais donc qu'on instituât une commission spéciale pour examiner les deux projets de décret en question. Je fais cette proposition ensuite de celle qu'a formulée M. le président du gouvernement.

v. Steiger, Direktor des Innern. Ich erlaube mir nur, darauf aufmerksam zu machen, daß zwischen den Dekreten unter Ziffer 2 und 3 ein Unterschied besteht. Das Dekret über die Ruhetage der Angestellten in Wirtschaften liegt vor und ist vom Regierungsrat beraten, das andere dagegen noch nicht, so daß es möglich wäre, das erstere Dekret noch in dieser Session zu behandeln.

M. Folletête. Dès le moment que le projet de décret n° 3 n'a pas été distribué, il est évident que ma proposition tombe par le fait même.

M. le président. Est-ce que peut-être M. Folletête se déclarerait d'accord pour qu'on remît cette affaire à la commission qui s'est occupée de la loi sur les auberges?

M. Folletête. Il m'aurait semblé préférable de faire examiner les projets de décret nos 2 et 3 par une commission spéciale. Le projet n° 3 n'étant pas encore préparé, nous pouvons, puisqu'il est urgent

de discuter dans la présente session le n° 2, le renvoyer à une commission spéciale ou si vous le voulez, à la commission qui s'occupa de la loi sur les auberges. Je persiste à croire néanmoins qu'il eût mieux valu renvoyer l'examen des décrets 2 et 3 à une commission spéciale.

Müller (Bern). Es giebt noch eine dritte Lösung, und diese besteht darin, daß man die Dekrete Nummer 2 und 3 beide an die frühere Kommission für das Wirtschaftsgeſetz weifen würde, was ich beantragen möchte. Diese Kommission ist nicht nur über das Dekret Nr. 2 orientiert, sondern auch über das Dekret Nr. 3, und ob das Dekret Nr. 2 jetzt zur Beratung kommt und das Dekret Nr. 3 erst später, das ist gleichgültig.

Dr. Schwab. Ich mache darauf aufmerksam, daß man in weiten Kreisen auf diese beiden Dekrete wartet, und wenn man eine eigene Kommission wählen würde, so wäre dies gleichbedeutend mit einer etwelchen Verschiebung. Ich bin daher dafür, daß die frühere Wirtschaftsgeſetzkommission die beiden Dekrete behandelt.

Lienhard, Justizdirektor. Herr Stockmar, der verhindert ist, der heutigen Sitzung beizuwohnen, hat mich beauftragt, Ihnen mitzuteilen, daß das Dekret unter Ziff. 3 ausgearbeitet sei und nächstens im Regierungsrate werde behandelt werden können. Ob dies noch im Laufe dieser Session möglich sein wird, ist natürlich eine Frage, die ich nicht beantworten kann; aber das hindert nicht, auch dieses Dekret an die Kommission für das Wirtschaftsgeſetz zu weifen.

Präsident. Kann sich Herr Regierungspräsident v. Steiger einverstanden erklären, daß auch das Dekret unter Ziff. 3 der Kommission für das Wirtschaftsgeſetz zugewiesen wird?

v. Steiger, Regierungspräsident. Ich habe nichts dagegen einzurwenden, indem dieses Dekret nicht in meinen Geschäftskreis, sondern in denjenigen der Polizeidirektion fällt.

#### A b ſ t i m m u n g.

Für Zuweisung der Dekrete unter Ziff. 2 und 3 des Traktandenverzeichnisses an die frühere Kommission für das Wirtschaftsgeſetz (gegenüber dem Antrag Folletéte, eine besondere Kommission zu bestellen) . . Mehrheit.

#### Dekret über Errichtung einer Rettungsanstalt für Knaben in Sonvillier.

Ritschard, Direktor des Armenwesens. Der Regierungsrat hat dieses Dekret noch nicht behandelt und zwar aus folgenden Gründen. Es kann dieses Dekret erst erlassen werden, wenn eine Liegenschaft erworben ist, auf welcher eine solche Anstalt errichtet werden kann. Nun ist die Regierung mit der Bürgergemeinde Sonvillier betreffend Erwerb einer Liegenschaft in Unterhandlung getreten und hat unter Ratifikationsvorbehalt des Großen Rates einen bezüglichen Kaufvertrag abgeschlossen.

Das Geschäft ist dann an die Staatswirtschaftskommission gegangen, und es hat letzte Woche eine Abordnung die Liegenschaft besucht. Die Staatswirtschaftskommission hat nun heute in dieser Sache beschlossen, es solle die Frage des Ankaufs noch näher untersucht und namentlich solle von fachmännischer Seite festgestellt werden, ob die Befähigung für die Einrichtung einer Rettungsanstalt, bei der die Landwirtschaft eine Hauptrolle spielt, tauglich sei. Sie hat in diesem Sinne das Geschäft an die Regierung zurückgewiesen, und es wird die Regierung, diesem Beschlusse der Staatswirtschaftskommission Folge gebend, durch Fachmänner, die man unter den Verwaltern solcher Anstalten im Kanton Bern und in andern Kantonen finden wird, darunter ganz vortreffliche Leute, die seit einer Reihe von Jahren an der Spitze solcher Anstalten stehen, die Sache untersuchen lassen und später werden Sie sich dann endgültig schlüssig machen, ob Sie dem Kaufvertrage beistimmen wollen oder nicht. Es wäre daher vorläufig dieses Dekret von der Traktandenliste zu streichen.

Einverstanden.

#### Dekret über die Ausübung des Initiativrechtes.

v. Steiger, Regierungspräsident. Ich beantrage, für dieses Dekret eine Kommission zu bestellen. Dasselbe ist ausgearbeitet und kann noch in dieser Session behandelt werden.

Dürrenmatt. Bevor wir über die Kommission selber etwas beschließen können, sollte man doch irgend eine Auskunft haben, was die Kommission für einen Zweck hat. In Art. 9 der Staatsverfassung habe ich nirgends gefunden, daß ein Dekret des Großen Rates vorgesehen sei, und wenn ich mich recht erinnere, so ist gerade dieser Artikel von unserem letztjährigen Regierungspräsidenten, Herrn Marti, anlässlich einer sehr luciden Klassifikation der neuen Verfassungsbestimmungen, unter denjenigen Artikeln aufgeführt worden, die keines besondern Dekrets bedürfen. Man hat auch den praktischen Beweis, daß der Art. 9 der Verfassung ohne ein Dekret gehandhabt werden kann, in der erfolgreichen Initiative in Impfaffen. Wenn man nun heute kommt und eine Kommission über die Ausführung des Art. 9 der Verfassung verlangt, so sollte man doch wissen, was diese Kommission zu thun hat, welches etwa der Sinn des Dekretes ist; wir wissen ja gar nichts. Bei jedem andern Entwurf weiß man ungefähr, um was es sich handelt. Entweder handelt es sich um Geschäfte, die schon lange auf der Traktandenliste stehen, wie das Armengeſetz, oder um Angelegenheiten, über die die betreffenden Direktoren soeben Auskunft gegeben haben. Im vorliegenden Falle aber ist man einzig auf eine verlorene Zeitungsnotiz angewiesen, daß bei der letzten Initiative etwas nicht nach Wunsch gegangen sei. Allein das genügt mir noch nicht, um eine Kommission zu bestellen und sich darüber auszusprechen, wie groß diese Kommission sein solle und ob die Sache pressant sei oder nicht.



v. Steiger, Regierungspräsident. Ich habe gehofft, die Vorlage werde bei Beginn der Sitzung bereits ausgeteilt sein. Leider ist das nicht der Fall; wie mir aber mitgeteilt wird, wird sie noch im Laufe der Sitzung zur Verteilung gelangen. Ich habe nun nichts dagegen, daß man bis morgen wartet, um dann die Kommission zu bestellen. Vorläufig halte ich es nicht für nötig, eine Motivierung der Vorlage hier anzubringen; es wird dies geschehen, wenn es sich um die Eintretensfrage handelt.

Der Antrag des Herrn Regierungspräsidenten v. Steiger wird angenommen.

#### Dekret über die Reorganisation der Kreis-kommandos.

Rienhard, Justizdirektor. Es ist über diesen Gegenstand dem Regierungsrate eine ausführliche Vorlage unterbreitet worden. Es bedarf dieselbe aber noch der Prüfung, teils durch die Finanzdirektion, teils durch die ganze Regierung, und es ist deshalb fraglich, ob sie in dieser Session noch behandelt werden kann. Herr Stockmar hat mich beauftragt, Ihnen den Wunsch auszusprechen, es möchte diese Vorlage, sowie eine weitere, die sich anschließen wird, nämlich ein Dekret über die Besoldung der Sektionschefs, an die Staatswirtschaftskommission gewiesen werden.

Mit der Ueberweisung an die Staatswirtschaftskommission einverstanden.

#### Motion des Herrn Großrat Buhlmann betreffend die Besoldungsverhältnisse der Bezirksbeamten.

Wird wegen Abwesenheit des Herrn Motionsstellers auf eine spätere Session verschoben.

#### Motionen des Herrn Großrat Scherz.

Präsident. Es ist vergessen worden, die Motion des Herrn Scherz vom 23. August 1894 betreffend gesetzliche Bestimmung gegen gesundheitschädliche Arbeitsüberlastung auf das Traktandenverzeichnis zu nehmen. Es soll dies hiermit nachgeholt werden.

Scherz. Die Verhältnisse haben es so mit sich gebracht, daß gegenwärtig von mir nicht weniger als drei Motionen hängig sind.

Die erste Motion betreffend Revision des Strafgesetzbuches wurde ich durch die Interpellation des Herrn

Dürrenmatt betreffend Studentenmensuren zu stellen veranlaßt. Ich habe die Notwendigkeit eingesehen, den Beweis zu erbringen, daß die Art und Weise, wie gegen die Studentenmensuren vorgegangen wird, die ich im übrigen nicht in Schutz nehmen will, meiner Ansicht nach verfassungswidrig ist, indem man die Studenten einem Ausnahmegericht unterstellt, der Erziehungsdirektion, und daß man ferner in einer, meiner Ansicht nach ungesetzlichen Weise die Polizei in Anspruch nimmt, um der Erziehungsdirektion als Büttel zu dienen, was wahrscheinlich auf keiner andern Hochschule vorkommt.

Die zweite Motion, betreffend Revision des Großratsreglements, kam ich zu stellen in den Fall, weil im Verlaufe der erwähnten Interpellation Thatfachen behauptet wurden, die unwahr oder wenigstens unrichtig sind.

Ich verzichte nun im Interesse der Gesamtheit des Großen Rates darauf, diese Motionen zu begründen, erkläre aber dabei ausdrücklich, daß es nicht in meinem Interesse geschieht; denn auf diese Weise wird mir die Möglichkeit genommen, Anschuldigungen, wie sie gegenüber der städtischen Polizei direkt und indirekt, in der Presse und hier im Großen Rate, erhoben worden sind, zu widerlegen. Ich möchte aber das böse Beispiel, das uns früher gegeben wurde und das ich bald nachzuahmen im Begriffe gewesen wäre, nicht nachahmen, daß Dinge untergeordneter Natur, wie die Studentenmensuren, in einem Rate von der Bedeutung des Großen Rates des Kantons Bern breitgetreten werden.

Mit dieser Motivierung ziehe ich die erwähnten beiden Motionen zurück. Dagegen möchte ich das Präsidium dringend ersuchen, mir Gelegenheit zu geben, die andere Motion, welche allerdings bedeutend wichtigere Verhältnisse betrifft, die Ausführung von Art. 82 der Verfassung, d. h. den Erlass eines Gesetzes gegen gesundheitschädliche Arbeitsüberlastung, zu begründen.

Herren. Ich möchte anfragen, weshalb das Gesuch der Gemeinde Röniz betreffend Errichtung einer zweiten Pfarrstelle noch nicht auf der Traktandenliste steht. Dieses Gesuch ist schon vor mehr als einem Jahre der Kirchendirektion zu Händen des Großen Rates eingereicht worden, aber bis jetzt ohne Erfolg. Namens der Kirchgemeinde Röniz möchte ich den Wunsch aussprechen, das Gesuch möchte möglichst noch im Laufe dieser Session behandelt werden.

v. Steiger, Regierungspräsident. In Abwesenheit des Herrn Kirchendirektors erlaube ich mir folgende Auskunft zu geben. Fast gleichzeitig mit dem Gesuch der Gemeinde Röniz ist auch ein solches der Gemeinde Münzingen eingelangt und der Regierungsrat glaubte, es sollen die beiden Gesuche miteinander behandelt werden; denn wenn sie schon nicht gerade in direktem Zusammenhange stehen, so betreffen sie doch eine gleichartige Materie. Nun ist vom Kirchgemeinderate Münstingen der Wunsch ausgesprochen worden, man möchte mit der Behandlung noch zuwarten, da sich die Verhältnisse dort einigermaßen anders gestaltet haben. Ich glaube aber die Zusicherung geben zu können, daß in der nächsten Session das Gesuch der Gemeinde Röniz behandelt werden

wird, sei es für sich allein oder gleichzeitig mit demjenigen von Münstingen.

#### **Vortrag über eine stattgehabte Ersatzwahl in den Großen Rat.**

Laut diesem Vortrag wurde am 5. Mai im Wahlkreis Langnau an Platz des zurückgetretenen Herrn Karl Zürcher zum Mitglied des Großen Rates gewählt: Herr Werner Mosimann, Apotheker in Langnau.

Da gegen die Wahlverhandlungen inners der gesetzlichen Frist keine Beschwerden eingelangt sind, auch kein Grund vorliegt, dieselben von Amtes wegen zu beanstanden, beantragt der Regierungsrat die Validation der Wahl des Herrn Mosimann.

Die Wahl des Herrn Mosimann wird validiert, worauf derselbe den verfassungsmäßigen Eid leistet.

#### **Vortrag über das Ergebnis der Volksabstimmung vom 5. Mai 1895 betreffend das Gesetz über die Viehentschädigungskasse und das Gesetz über die Schutzpockenimpfung.**

Dieser Vortrag lautet folgendermaßen:

Bern, den 14. Mai 1895.

Herr Präsident,  
Herren Großräte!

Wir beehren uns, Ihnen hiermit zur Kenntnis zu bringen, daß an der kantonalen Volksabstimmung vom 5. Mai abhin das Gesetz betreffend die Viehentschädigungskasse mit 24,792 gegen 13,274 Stimmen, also mit einem Mehr von 11,518 Stimmen angenommen, dagegen das Gesetz betreffend die Schutzpockenimpfung mit 22,679 gegen 16,683 Stimmen, also mit einem Mehr von 5996 Stimmen verworfen wurde.

Die Zahl der Stimmberechtigten beträgt 117,400.

Das Ergebnis der Stimmabgabe der einzelnen Abstimmungskreise ist aus der beiliegenden Zusammenstellung zu ersehen.

Mit Hochachtung!

Im Namen des Regierungsrates  
der Vice-Präsident  
Dr. Gobat,  
der Staatschreiber  
Ristler.

Gemäß der obigem Vortrag beigefügten Zusammenstellung gestaltet sich das Abstimmungsverhältnis in den einzelnen Amtsbezirken wie folgt:

(Siehe Tabelle auf Seite 170.)

Dürrenmatt. Gestatten Sie mir noch ein Wort zu diesem Traktandum. Es hat einige Verwunderung erregt, daß bei dieser Volksabstimmung der gewöhnliche Nachrichtendienst der Staatskanzlei nicht organisiert worden ist. Ich gebe ja zu, daß es früh genug ist, wenn man das Resultat auch erst acht Tage später vernimmt; allein es ist das doch einigermaßen aufgefallen und zwar umso mehr, weil man sich in Regierungskreisen mit Recht darüber aufgehalten hat, daß das Volk dieser Abstimmung nicht mehr Interesse entgegengebracht habe. Ich halte aber dafür, es sei nicht ganz das richtige Mittel, Interesse an den Abstimmungen zu pflanzen, wenn sich die Regierung gegenüber dem Abstimmungsergebnis selber so gleichgültig verhält. Ich möchte daher den Wunsch aussprechen, daß in Zukunft bei den Abstimmungen der bisherige Nachrichtendienst der Staatskanzlei beibehalten werde.

v. Steiger, Regierungspräsident. Ich kann mitteilen, daß es nicht etwas ganz Exceptionelles gewesen ist, wenn für die Abstimmung vom 5. Mai kein telegraphischer Nachrichtendienst organisiert wurde. Es ist das schon öfters geschehen bei Vorlagen, die man nicht für außerordentlich wichtig ansah oder wo man glaubte, es werde dem Resultat nicht mit so großer Spannung entgegengesehen. Jeder telegraphische Nachrichtendienst kostet Fr. 500, und da doch die Regierung, da wo es möglich ist, Fr. 500 sparen soll, so glaubte man, es sei das auch hier der Fall. Hingegen gebe ich zu, daß gleichwohl die Benachrichtigung durch die Regierungsstatthalterämter auch ohne telegraphischen Nachrichtendienst etwas rascher erfolgen könnte, und ich zweifle nicht, daß die Staatskanzlei in Zukunft, auch wenn man keine telegraphische Nachricht verlangt, was ich nicht für alle Fälle vorschreiben möchte, die Regierungsstatthalter instruieren wird, wenigstens brieflich das Resultat etwas rascher einzusenden.

#### **Zuteilung einer Direktion an Herrn Regierungsrat Minder.**

Der Regierungsrat beantragt, der Große Rat möchte, in Ausführung von Art. 11 des Dekrets vom 22. Mai 1889 betreffend die Einteilung und Verwaltung der Direktionen des Regierungsrates, die Direktion des Gemeinde- und Kirchenwesens definitiv Herrn Regierungsrat Minder zuteilen.

Der Große Rat befundet stillschweigend sein Einverständnis.

#### **Gesuch des Hagelversicherungsvereins Hortus um Verabfolgung eines Staatsbeitrages.**

Der Regierungsrat beantragt, diesem Gesuche in der Weise zu entsprechen, daß für die Versicherung von Gartenkulturen, unter Ausschluß der Glasversicherung,

Amtsbezirke	Stimm- berechtigte	Schutzpockenimpfung.			Viehentschädigungsliste.		
		Annehmende	Verwerfende	Leer und ungültig	Annehmende	Verwerfende	Leer und ungültig
Narberg . . . . .	3454	508	528	46	737	280	65
Narwangen . . . . .	5448	544	1649	121	1322	813	176
Bern . . . . .	17224	1874	2608	120	3338	1001	197
Biel . . . . .	3875	240	809	39	627	354	101
Büren . . . . .	2020	268	433	47	499	186	63
Burgdorf . . . . .	6076	714	1480	107	1321	803	175
Courtellary . . . . .	5238	1363	512	239	1328	428	320
Delémont . . . . .	3622	709	344	46	778	273	46
Erlach . . . . .	1330	332	154	36	398	101	26
Fraubrunnen . . . . .	2781	559	431	40	737	248	45
Freiburg . . . . .	2239	506	323	81	499	291	106
Frutigen . . . . .	2311	293	407	70	393	296	73
Interlaken . . . . .	5856	1022	1027	105	1112	833	199
Könolfingen . . . . .	5841	675	1591	129	1280	915	180
Laufen . . . . .	1586	688	364	122	916	141	110
Laupen . . . . .	1916	454	358	37	637	174	36
Münster . . . . .	3641	666	434	40	751	329	62
Neuenstadt . . . . .	902	218	122	15	199	130	21
Nidau . . . . .	2906	259	764	52	612	354	105
Oberhasle . . . . .	1531	221	114	17	196	116	40
Pruntrut . . . . .	5969	887	580	49	771	621	94
Saanen . . . . .	1155	213	83	14	214	70	21
Schwarzenburg . . . . .	2192	86	510	15	218	347	27
Seltigen . . . . .	3860	436	793	121	757	486	108
Signau . . . . .	5090	564	717	112	698	526	164
Oberfimenthal . . . . .	1558	268	240	31	320	194	25
Niederfimenthal . . . . .	2188	311	348	17	416	224	27
Thun . . . . .	6784	518	1888	96	1131	1106	176
Trachselwald . . . . .	5284	637	1280	350	972	866	415
Wangen . . . . .	3523	401	1012	81	1019	375	98
Militär . . . . .	—	249	776	35	596	393	60
Zusammen	117,400	16,683	22,679	2430	24,792	13,274	3361

die gleichen Beiträge verabfolgt werden sollen, wie für die gewöhnliche Hagelversicherung.

v. Steiger, Direktor des Innern, Berichterstatter des Regierungsrates. Es ist Ihnen bekannt, daß seit vier Jahren die Hagelversicherung der Landwirte von Seiten des Bundes und der Kantone subventioniert wird. Gemäß einem Grossratsbeschluß wird im Kanton Bern jedem Landwirt, der seine Kulturen gegen Hagel versichert, ein Beitrag von Fr. 2. 05 Rp. verabfolgt, gleichkommend den Policekosten, und ferner einen Beitrag von 20 % an die Prämie. Von dieser Wohlthat sind jedoch bisher die Besitzer von Gartenkulturen ausgeschlossen gewesen, indem für sie keine Versicherung bestanden hat. Schon lange haben die Gärtner deshalb sich bestrebt, irgendwo für die Versicherung unterzukommen, und es hat sich der schweizerische Gartenbauverein vor einiger Zeit an die schweizerische Hagelversicherungsgesellschaft gewendet, mit dem Gesuche, die Gärtner möchten dort ebenfalls zugelassen werden. Die schweizerische Hagel-

versicherungsgesellschaft hat jedoch das Gesuch abgewiesen, weil sie das Risiko der Gartenkulturen für zu gefährlich und sich selber noch für zu wenig erstarkt gehalten hat, um dieses Risiko zu übernehmen.

Es ist nun dem Gartenbauverein nichts anderes übrig geblieben, als sich selber zum Zwecke der Versicherung zu organisieren, und er hat sich deshalb ans Werk gesetzt, um eine Gartenbauversicherung einzurichten. Unter dem Namen Hortus hat sich eine solche Gartenbauversicherungsgesellschaft gebildet, wenigstens auf dem Papier, und es kommt nun darauf an, ob sie genug Anhang finde einerseits und andererseits, ob sie auch der Subventionen von Seiten des Bundes und der Kantone genössig werde, deren die Landwirte genössig sind. Von Seite des Bundes ist in der Weise entsprochen worden, daß das neue Bundesgesetz über die Unterstützung der Landwirtschaft ausdrücklich auch die Versicherung von Gartenkulturen als subventionswürdig bezeichnet, was früher nicht der Fall war. Der Bund will also denjenigen Kantonen, die Versicherung von Gartenkulturen subventionieren, einen Beitrag

in der Höhe des kantonalen Beitrages verabfolgen. Gestützt auf diese Bestimmung des Bundesgesetzes hat sich der genannte Verein an die Kantonsregierungen gewendet mit dem Gesuche, man möchte ihnen den gleichen Beitrag zukommen lassen, den man den Landwirten verabfolgt. Es beantragt nun der Regierungsrat, dem Gesuche grundsätzlich zu entsprechen, jedoch mit der Einschränkung, daß nicht auch die Glasversicherung — also die Versicherung der Gewächshäuser, der mit Fenstern bedeckten Mistbeete — inbegriffen sei. Die Glasversicherung ist ein Gegenstand eigener Art, und es besteht die Möglichkeit, Glasversicherungen auf anderem Wege zu bewerkstelligen. Es gibt nämlich besondere Glasversicherungsgesellschaften; in der Schweiz giebt es allerdings keine, aber im Ausland existieren solche, die auch in der Schweiz arbeiten. Der Regierungsrat beantragt also Gleichstellung der Versicherung von Gartenkulturen mit der Hagelversicherung der Landwirte.

Ich füge bei, daß man immerhin berechtigte Zweifel hegen kann, ob eine solche Gartenbauversicherungsgesellschaft lebensfähig sein wird. Die Gesellschaft wird voraussichtlich etwas schwach und beim Eintreten von großen Hagelschäden kaum im Stande sein, eine sehr erhebliche Entschädigung zu leisten, von einer totalen Entschädigung nicht zu sprechen. Die Gesellschaft wird mit beschränkten Mitteln zu rechnen haben; aber da sie einen gemeinnützigen Charakter hat und auf Gegenseitigkeit beruht, so glauben wir, es sei nicht in der Stellung der Regierung, derselben mehr Schwierigkeiten zu bereiten, als sie ohnehin schon zu überwinden hat. Es wird sich zeigen, je nach der Antwort der verschiedenen Kantonsregierungen — einige haben einen Beitrag zugesichert, andere haben ablehnend geantwortet —, ob die Gesellschaft wirklich lebensfähig sein wird oder nicht. Wir unsererseits beantragen Ihnen, in dem angegebenen Sinne eine Zusage zu erteilen.

Bühler, Berichterstatter der Staatswirtschaftskommission. Ich habe dem Gesagten nichts beizufügen. Die Staatswirtschaftskommission hat das Geschäft behandelt und beantragt Ihnen Zustimmung zu dem Antrage des Regierungsrates.

Der Antrag des Regierungsrates wird stillschweigend angenommen.

#### Erteilung des Expropriationsrechtes an die Gemeinde Alle.

Der Regierungsrat beantragt, es sei der Gemeinde Alle zum Zwecke der Erwerbung einer zur Erweiterung des Friedhofes benötigten Landparzelle das Expropriationsrecht zu erteilen.

Lienhard, Justizdirektor, Berichterstatter des Regierungsrates. Die Gemeinde Alle sucht um Erteilung des Expropriationsrechtes nach für eine einzelne Landparzelle, welche die Gemeinde nötig hat, um den Friedhof zu erweitern. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß es sich hier um eine Unternehmung im öffentlichen Interesse handelt, und der Regierungsrat beantragt des-

halb, das nachgesuchte Expropriationsrecht zu erteilen. Dabei sind selbstverständlich die sanitarischen Vorschriften und die Prüfung des Platzes in Bezug auf seine Geeignetheit in gesundheitlicher Beziehung vorbehalten.

Zustimmung.

#### Erteilung des Expropriationsrechtes an den Staat Bern.

Der Regierungsrat sucht um die Erteilung des Expropriationsrechtes an den Staat Bern nach zum Zwecke der Erwerbung des durch das Schießen auf dem Schießplatz zu Ostermundigen gefährdeten Waldkomplexes.

Lienhard, Justizdirektor, Berichterstatter des Regierungsrates. Der Staat Bern ist bekanntlich verpflichtet, für die militärischen Übungen in Bern einen Schießplatz zu liefern. Nun befindet sich hinter dem Schießstand in Ostermundigen ein Wald, der durch die Schießübungen jeweils stark in Mitleidenschaft gezogen wird. Es steht dem Staat kein Dienstbarkeitsrecht an diesem Walde zu, und er muß deshalb jeweils für die angerichteten Beschädigungen Schadenersatz leisten. Nun erachtet man es für zweckmäßiger und vorteilhafter, den Wald gerade zu erwerben, um nicht den steten Reklamationen der Eigentümer ausgesetzt zu sein. Ueber die Frage der Erwerbung habe ich mich heute nicht zu äußern, sondern es wird sich der Große Rat später damit materiell zu befassen haben, da es sich um eine ziemlich hohe Kaufsumme handelt. Dagegen ist der Staat schon jetzt im Falle, das Expropriationsrecht nachzusuchen, um in Bezug auf eine Reihe von Eigentümern, mit welchen gütlich ein angemessener Kaufpreis nicht vereinbart werden kann, zu einem Abschluß zu kommen. Es wird immerhin möglich sein, wenn das Expropriationsrecht erteilt ist, mit den Leuten weiter zu unterhandeln, und wahrscheinlich werden sie sich dann auch eher herbeilassen, annehmbare Forderungen zu stellen. Ich beantrage Ihnen, das nachgesuchte Expropriationsrecht zu erteilen.

Zustimmung.

#### Erteilung der juristischen Persönlichkeit an das Musikkollegium Erlach.

Der Regierungsrat beantragt, es sei dem sogenannten Musikkollegium Erlach die juristische Persönlichkeit zu erteilen.

Lienhard, Justizdirektor, Berichterstatter des Regierungsrates. Es liegt ein Gesuch des sogenannten Musikkollegiums Erlach vor um Erteilung der juristischen Persönlichkeit. Dieses Musikkollegium ist im Grunde eine Stiftung, die sich schon im Beginn des vorigen Jahrhunderts bildete und den Zweck hat, Kirchenmusik, Musik in der Schule, sowie auch Gesangsvereine finanziell zu



unterstützen. Die Stiftung hat nach und nach ein Vermögen von circa Fr. 35,000 angesammelt und in dieser und jener Form angelegt. Es erwachsen ihr nun aus dem Umstand, daß sie nicht rechtlich fest organisiert ist, mitunter Schwierigkeiten und deshalb hat sie dieses Gesuch an den Großen Rat gerichtet. Der Regierungsrat hält dafür, es sei durchaus angezeigt und zweckmäßig, solche unklare Verhältnisse klarzustellen, und dies wird hier dadurch gethan, daß man dem Gesuch um Erteilung der juristischen Persönlichkeit entspricht.

**Zustimmung.**

#### **Erteilung der juristischen Persönlichkeit an die Bezirkskrankenanstalt Riggisberg.**

Der Regierungsrat beantragt, es sei der Bezirkskrankenanstalt Riggisberg die juristische Persönlichkeit zu erteilen.

Lienhard, Justizdirektor, Berichterstatter des Regierungsrates. Es liegt ein weiteres Gesuch um Erteilung der juristischen Persönlichkeit vor und zwar von der Bezirkskrankenanstalt Riggisberg. Es ist klar, daß dem Gesuch entsprochen und der Anstalt die juristische Persönlichkeit erteilt werden muß.

**Zustimmung.**

#### **Ankauf einer Landparzelle an der Schanzeneckstraße in Bern.**

Der Regierungsrat beantragt, einem mit der Neuen Berner Baugesellschaft in Liquidation abgeschlossenen Kaufvertrag, wonach der Staat eine an der Schanzeneckstraße in Bern gelegene Landparzelle zum Preise von Fr. 23,000 erwirbt, die Genehmigung zu erteilen.

Scheurer, Finanzdirektor, Berichterstatter des Regierungsrates. Es liegt ein Kaufvertrag mit der Neuen Berner Baugesellschaft in Liquidation vor und zwar um ein Stück Erdreich an der Schanzeneckstraße im Länggäßquartier in Bern. Die Parzelle hält 22,9 Aren und befindet sich auf der westlichen Seite der Entbindungsanstalt; der Kaufpreis beträgt 23,000 Fr. oder etwas weniger als 1 Fr. per Quadratfuß. Man hat dieses Terrain zwar einstweilen für die Entbindungsanstalt nicht nötig, sondern der Zweck des Ankaufes ist mehr ein vorsorglicher, um zu verhindern, daß von den gegenwärtigen Eigentümern oder ihren Rechtsnachfolgern auf diesem Terrain Bauten aufgeführt würden, welche die Entbindungsanstalt belästigen und benachteiligen könnten und um das nötige Terrain zu haben, wenn sich früher oder später die Notwendigkeit herausstellen sollte, die Entbindungsanstalt zu erweitern. Der Grund, weshalb der Kaufpreis nicht höher ist — denn in dieser Gegend ist

ein Preis von 1 Fr. per Quadratfuß kein hoher — liegt in dem Umstand, daß auf dem Terrain Bauserbitten liegen, welche auch gegenüber dem Staat teilweise beibehalten werden. Die Parzelle darf bis auf einen gewissen Teil nicht überbaut und auf dem übrigen Teil darf nur bis zu einer gewissen Höhe gebaut werden. Die letztere Bedingung ist für den Staat nicht von Nachteil, indem er mit Rücksicht auf das Direktorgebäude der Anstalt auch ein Interesse daran hat, daß nicht allzu hohe Gebäude errichtet werden. Die Kaufsumme ist im Verhältnis zu dem Terrain und seinem Wert und den Vorteilen für die Entbindungsanstalt als sehr annehmbar zu bezeichnen. Der Regierungsrat empfiehlt deshalb dem Großen Rat, er möchte dem vereinbarten Kaufvertrage die Genehmigung erteilen.

**Genehmigt.**

#### **Ankauf der Brüttelenbad-Besitzung.**

Der Regierungsrat beantragt, dem mit der Erbschaft der Frau Pauline Müller, geb. Laubscher, wohnhaft gewesen in Nidau, abgeschlossenen Kaufvertrag, wonach die Brüttelenbad-Besitzung zum Preise von 55,000 Franken (Grundsteuerzuschlag 195,460 Fr.) in den Besitz des Staates übergeht, die Genehmigung zu erteilen.

Scheurer, Finanzdirektor, Berichterstatter des Regierungsrates. Ein zweites Kaufgeschäft betrifft die Brüttelenbad-Besitzung, die der Staat von den Erben der Frau Pauline Müller, geb. Laubscher, wohnhaft gewesen in Nidau, erworben hat. Die Besitzung besteht zunächst aus dem sogenannten Hauptgebäude, dem ehemaligen Badgebäude, das von ziemlicher Ausdehnung ist; denn es befinden sich in demselben vier gewölbte Keller, 10 Badekabinette, zwei größere Baderäume, eine Halle, zwei Magazine, zwei Säle, eine Küche und 42 größere und kleinere Zimmer. Ferner hält die Domäne an Erdreich, bestehend in Hausplätzen, Garten, Matt- und Ackerland und etwas Waldung 65 Jucharten, 24,417 Quadratfuß. Die Grundsteuerzuschlag beträgt 195,000 und einige hundert Franken und der Kaufpreis ist auf Fr. 55,000 vereinbart, ist also um etwa 140,000 Fr. geringer, als die Grundsteuerzuschlag. Den Grund, weshalb der Staat zum Ankauf dieser Besitzung gelangt ist, muß ich den Herren Großräten etwas näher auseinandersetzen.

Das Brüttelenbad ist ein altes Badeetablisement, das schon seit Jahrhunderten existiert hat und in früheren Zeiten, bis ungefähr zum Jahre 1870, einen gewissen Ruf besaß. Es hat eisen- und jodhaltige Heilquellen, von welchen man annahm, sie seien gut bei Rheumatismus und anderen Krankheiten. Das Bad ist denn auch früher ziemlich stark frequentiert gewesen und es ist auch gerne besucht worden wegen der schönen, aussichtsreichen, angenehmen Lage und der guten Bewirtung, die in früheren Zeiten dort anzutreffen war. Wenn zwischen Biel und Neuenburg und noch weiter herum sich jemand einen vergnügten Tag machen wollte, so war es Modesache, daß man zu diesem Zwecke ins Brüttelenbad ging. Wer an Rheumatismus zu leiden glaubte, ging ebenfalls

dorthin, und wer nicht von den Rheumatismen befreit wurde, ist immerhin um einige Pfund oder Kilo schwerer heimgekehrt (Heiterkeit).

Ende der 70er Jahre ist das Etablissement um die Summe von 121,000 Fr. an einen Arzt verkauft worden, der die unglückliche Idee hatte, dieses populäre und rentable Etablissement in eine große Heilanstalt umzuwandeln, in eine großartige, komfortabel ausgestattete, für höhere Stände berechnete Kaltwasserheilanstalt, in welcher die Noblesse der halben oder der ganzen Welt sich hätte einfinden sollen und mit welcher man Bichy und Karlsbad hätte Konkurrenz machen können. Zu diesem Zwecke sind bedeutende Summen auf die Wadbefizung verwendet worden, welche jedenfalls 100,000 Fr. und noch mehr betragen, um an das alte Gebäude Neubauten anzuschließen, um Wasserleitungen entsprechend den Forderungen der Neuzeit einzurichten, eine eigene Gasanstalt zu erstellen u. dgl. Die Hoffnungen, die an diese kostspieligen Verbesserungen und Erweiterungen geknüpft worden sind, haben sich aber nicht realisiert. In wenigen Jahren war der Eigentümer ruiniert, auch das ihm von andern Leuten, von Verwandten u. s. w. vorgestreckte Geld war verloren, und die Verkäuferin, die Witwe Müller, war genötigt, zur Rettung ihrer Kaufpreistanz, die noch über 90,000 Fr. betrug, das Etablissement wieder an sich zu ziehen. Nun ist aber diese frühere Eigentümerin nicht im Fall gewesen, das Etablissement weiter zu führen, namentlich nicht auf dem Boden, auf welchen es gestellt worden war. Sie mußte sich darauf beschränken, die Liegenschaft als solche zu verpachten und zu sehen, ob das Bad verkäuflich sei. Ein Käufer wollte sich aber lange nicht einstellen, weil für einen Landwirt zu viele Gebäulichkeiten auf der Besizung standen und jemand, der das Bad als solches in der bisherigen Weise fortgeführt hätte, sich nicht fand. Der Staat ist infolge gewisser Verhältnisse bereits vor 10 und mehr Jahren veranlaßt worden, sich für diese Domäne zu interessieren. Es war das zur Zeit, als wir im Kanton Bern so schwer unter dem Mangel an Platz für die Irren litten und auf die Verwirklichung der Projekte für neue Irrenanstalten in den nächsten Jahren nicht gerechnet werden konnte. Man hat das Etablissement untersucht und fand es wenigstens für vorübergehende Unterbringung von Irren als geeignet. Allein nach der Ansicht der Vertreter des Staates wurde damals für die Besizung noch zu viel gefordert, nämlich 90,000 Fr. Seither haben sich die Verhältnisse so gestaltet, daß die Erbschaft mit dem Preis auf 55,000 Fr. heruntergegangen ist. Zu diesem Preis haben sich nun Liebhaber gezeigt, und wenn nicht der Staat die Besizung erworben hätte, so würde sie ein Privatmann gekauft haben, was wohl schon früher der Fall gewesen wäre, wenn bekannt gewesen wäre, wie groß die Domäne ist, was erst in letzter Zeit besser bekannt wurde. Es herrschte allgemein die Meinung, die Domäne halte nur etwas zu 50 Jucharten, während sie mehr als 65 Jucharten hält. Der Irrtum ist daraus entstanden, daß die Domäne in zwei Gemeinden (Brüttelen und Jns) liegt und man immer nur den Hakt in der Gemeinde Brüttelen vor sich hatte und die in der Gemeinde Jns gelegenen Bestände nicht mitgerechnet wurden, die etwa 12 Jucharten betragen.

Es wird wohl jedermann, der von den Verhältnissen etwas kennt, einverstanden sein, daß ein Preis von Fr. 55,000 außerordentlich billig ist, und man wird sich nur fragen: Wie kommt der Eigentümer dazu, das Eta-

blissement um diesen Preis zu verkaufen? Da ist nun die Erklärung eine sehr einfache. Die Erbschaft Müller befindet sich in der Zwangslage, zu liquidieren. Die Erbschaft ist sehr ausgedehnt; sie umfaßt drei Generationen; einzelne Erben sind bevormundet, andere sind auswärtig, in Italien, in Amerika, so daß die Verwaltung des Vermögens für diejenigen, welche die Erbschaft zu vertreten hatten, sehr lästig war, und namentlich wurde das Verhältnis für die dabei beteiligten Vormundschaftsbehörden nachgerade unerträglich. Die Vertretung gelangte deshalb dazu, mit dem Preis bis auf Fr. 55,000 hinabzugehen, und sie hat dem Staat den Vorzug gegeben, weil sie von ihm sofort ausbezahlt wird.

Eine zweite Frage, die natürlich bei einem solchen Geschäft immer gestellt wird, ist die: Zu welchem Zwecke will der Staat die Domäne verwerten? In dieser Beziehung ist folgendes zu sagen. Vorerst eignet sich die Domäne vorzüglich zur Unterbringung irgend einer Anstalt; man darf annehmen, daß wir im Kanton Bern in Bezug auf die Errichtung von Anstalten noch nicht am Ende angelangt sind, sondern daß sich über kurz oder lang Gelegenheit bieten wird, die Domäne zu diesem Zweck zu verwenden. Es stehen auch bereits solche Verwendungen in Aussicht. Man hat an diese Domäne gedacht, falls die Anstalt für jugendliche Verbrecher in Trachselwald, die dort nicht besonders günstig untergebracht ist, verlegt werden sollte. In neuerer Zeit ist eine andere Verwendung in den Vordergrund getreten. Die Mädchenrettungsanstalt Kehrsatz leidet an solchem Platzmangel, daß ohne lange Verzögerung neuer Platz geschaffen werden muß. Nun hat man anfänglich geglaubt, diesen vermehrten Platz dadurch schaffen zu können, daß man einen Anbau erstelle. Allein dieses Projekt ist sehr der Kritik unterworfen, indem es verschiedene schwere Mängel aufweist, indem sowohl das Hauptgebäude und ferner ein schöner Garten, der das Gebäude freundlich macht, verbaut wird. Ferner wird der Hauptzweck, den die Platzvermehrung eigentlich haben soll, nicht erreicht. Es wird nicht nur geklagt, daß zu wenig Platz vorhanden sei, sondern daß die verdorbenen Mädchen — und solche sollen vorhanden sein und zwar sehr verdorbene — nicht genügend von den andern getrennt werden können, daß also nicht eine richtige Absonderung der schlimmen Elemente von den bessern erfolgen könne. Dieser Mangel würde fort dauern, auch wenn man einen Anbau erstellen würde. Viel radikaler kann geholfen werden durch Errichtung einer neuen Anstalt. In diesem Falle wird man den Platzmangel gründlich beseitigen und dann auch allen Gesuchen um Aufnahme entsprechen können, was gegenwärtig nicht der Fall ist, und gleichzeitig wird man auch eine gründliche Trennung der bessern und der verdorbenen Elemente vornehmen können. Der Regierungsrat hat deshalb dieses Bauprojekt vorläufig zurückgelegt, das nicht weniger als Fr. 60,000 kosten würde, also mehr als das ganze große, schöne und wertvolle Brüttelengut. Das ist also die zweite Eventualität, die in nächste Nähe gerückt ist, wie das Gut verwendet werden soll.

Ich füge noch bei, daß zu dem Gut 7—8 Jucharten Buchenwald gehören, der noch nicht ausgehauen ist und daß sich dieser Wald an einen Staatswald anschließt und denselben in zweckmäßiger Weise arrondiert.

Der Regierungsrat schlägt dem Großen Räte vor, er möchte aus diesen Motiven dem vorliegenden Vertrag die Genehmigung erteilen, der dann dahin zu ergänzen wäre,

daß Nutzen und Schaden statt auf 1. Juli auf 1. April 1895 beginnen sollen, d. h. auf den Moment, in welchem die Besetzung vorläufig in den Besitz des Staates übergegangen ist. Der Staat hat Angehörige der Strafanstalt Witznau nach Brüttelen versetzt, welche die Bewirtschaftung des Gutes vorgenommen haben. Sollte also auch nicht eine Anstalt dorthin verlegt werden können, so wird der Staat in einfacher Weise durch Insaßen der in der Nähe befindlichen Strafkolonien die Besetzung bewirtschaften können.

Bühler, Berichterstatter der Staatswirtschaftskommission. Das vorliegende Geschäft ist für den Staat ein sehr vorteilhaftes und es wäre nur zu wünschen, daß dem Großen Räte recht oft Gelegenheit geboten wäre, solche Geschäfte zu genehmigen. Die Staatswirtschaftskommission hat letzten Samstag, ziemlich in corpore, eine Besichtigung vorgenommen, und sie hat sich gefreut, konstatieren zu können, daß der Staat hier eine Acquisition macht, an der jedermann Freude haben kann. Wie Sie bereits gehört haben, handelt es sich um die Erwerbung einer Besetzung, die für irgend eine Staatsanstalt eingerichtet werden soll. Das Bad Brüttelen liegt im Seeland zwischen Täuffelen und Ins, in der Nähe der Strafanstalt Witznau. Die Besetzung besteht aus circa 50 Jucharten Acker- und Wiesenland und ungefähr 8 Jucharten Wald. Wie wir uns überzeugt haben, ist das Land größtenteils sehr gutes, abträgliches Land und der Wald hat einen sehr schönen Bestand und er grenzt zudem an einen Staatswald, den er in zweckmäßiger Weise arrondiert. Die Gebäude sind allerdings etwas verschiedenwertig. Das ursprüngliche alte Badgebäude, das im Anfange dieses Jahrhunderts erstellt wurde, ist recht gut und solid gebaut und kann mit verhältnismäßig wenig Kosten für eine Anstalt eingerichtet werden. An dieses Hauptgebäude ist vor etwa 20 Jahren ein anderes Gebäude angebaut worden, das allerdings etwas zu wünschen übrig läßt; aber auch hier können die Räumlichkeiten mit verhältnismäßig wenig Aufwand zu Räumlichkeiten umgebaut werden, wie sie eine Anstalt nötig hat. Das Oekonomiegebäude, eine große Scheune, ist sehr solid in Stein aufgebaut; allerdings läßt der innere Ausbau etwas zu wünschen übrig; er ist etwas defekt und baufällig geworden, aber auch hier werden mit Fr. 3—4000 die nötigen Einrichtungen zu treffen sein. Die Lage ist ungemein mild und heimatlich und die ganze Besetzung eignet sich nach allen Richtungen zur Errichtung einer Anstalt, wie man sie im Auge hat. Es wird beachtet, entweder die Rettungsanstalt für Mädchen, welche sich gegenwärtig in Rehrsatz befindet, oder die Anstalt für jugendliche Verbrecher, welche gegenwärtig in Trachselwald untergebracht ist, dorthin zu verlegen. Entscheide man sich für diese oder jene Alternative: für beide Anstalten eignet sich Brüttelen in ganz vorzüglicher Weise. Die Staatswirtschaftskommission glaubt deshalb, es sei dieser Ankauf absolut im Interesse des Staates, um so mehr, als der Preis ein ganz merkwürdig niedriger ist, und sie beantragt Ihnen deshalb, Sie möchten den Kaufvertrag genehmigen.

Genehmigt.

#### Nachkredit für den Umbau der Lombachbrücke zu Habkern.

Der Regierungsrat beantragt, es möchte den Unternehmern Zurschmiede & Favetto in Wilderswyl an ihre Mehrauslagen beim Umbau der Lombachbrücke zu Habkern eine Entschädigung von Fr. 4500 ausgerichtet und hierfür ein Nachkredit von Fr. 3600 auf X F bewilligt werden.

Marti, Baudirektor, Berichterstatter des Regierungsrates. Im Jahre 1891 ist die Lombachbrücke zu Habkern erneuert worden, und es hat der Große Rat zu diesem Zwecke einen Kredit von Fr. 16,500 bewilligt. Wie sich später zeigte, war dieser Kredit lange nicht hinreichend; aber trotzdem sind Unternehmer gekommen, die in Kenntnis der lokalen Verhältnisse und der unvorhergesehenen Schwierigkeiten den Bau übernommen haben mit 10 % Abgebot. Unternehmer sind die Herren Zurschmiede und Favetto, beide in Wilderswyl. Der Bau ist zur Zufriedenheit der Baudirektion ausgeführt worden, die Unternehmer haben aber dabei eine finanzielle Einbuße von Fr. 7110 erlitten. Von dieser Einbuße können bei der Nachforderung, welche die Unternehmer stellen, hauptsächlich die Mehrarbeiten für die Fundation der Widerlager in Betracht fallen. Es hat sich nämlich der Baugrund als viel schlechter herausgestellt, als vorausgesehen und devisiert war, und es hat dies nicht nur viel Arbeitslöhne mehr gekostet, sondern es mußte namentlich auch sehr viel Holz mehr verwendet werden. Nun sind damals die Holzpreise sehr unerwartet gestiegen infolge des Aufbaues von Meiringen. Auch die Transportkosten sind gestiegen, wie überhaupt im Oberland das Baugeschäft ein sehr zufälliges ist, heute teuer und morgen billig. Die Unternehmer haben also alle ungünstigen Verumständungen tragen müssen, die mit der Arbeit zusammenhängen. Nun ist es zwar durchaus nicht das System des Staates, Unternehmern, welche schlechte Geschäfte machen, wenn sie etwas à forfait übernehmen, den Schaden zu ersetzen, sondern sie mögen sehen, wie sie eingeben, und wenn sie schlechte Geschäfte machen, so ist das ihre Sache, wie sie auch den Profit behalten können, den sie machen; im vorliegenden Falle aber war absolut nichts zu verdienen. Der Regierungsrat kommt sehr selten in den Fall, solche Nachforderungen zu berücksichtigen. Es ist geschehen beim Bau der Frutigen-Abelbodenstraße, wo die Unternehmer ebenfalls schlechte Geschäfte machten und unter zwei, drei Malen, erst noch vor kurzer Zeit, Nachforderungen bewilligt werden mußten, aus Billigkeitsrücksichten und um die Leute nicht zu ruinieren. Ein ähnliches Verhältnis liegt hier vor, und da die Unternehmer ihre Arbeit vorzüglich ausführten und nebstdem bei Verbaubarbeiten im Oberland, namentlich bei der Lombachverbauung, gute Dienste leisteten, so glaubt die Baudirektion, es wäre unbillig, wenn man sie vollständig im Schaden ließe. Von dem bewilligten Kredit von Fr. 16,500 sind noch Fr. 900 verfügbar; allein die Rechnung der Unternehmer ergibt, wie schon gesagt, ein Defizit von Fr. 7110 und wir möchten den Unternehmern daran ungefähr die Hälfte, d. h. Fr. 3600, plus den noch verfügbaren Betrag von Fr. 900 vergüten. Die Rechnung ist sowohl vom Bezirks-, als vom Oberingenieur genau geprüft worden, und diese Beamten haben erklärt, man könne den Unternehmern diesen Betrag nachbezahlen, ohne im übrigen irgendwie seinen Standpunkt



preiszugeben. Das Geschäft wäre allerdings in der Kompetenz des Regierungsrates gelegen; da aber die Hauptsumme vom Großen Rat bewilligt wurde, so ist es am Platz, daß der Große Rat auch diese Nachforderung bewilligt. Der Regierungsrat stellt also den Antrag, es möchte den Unternehmern Zurschmiede & Favetto an ihre Mehrauslagen beim Bau der Lombachbrücke zu Hablern eine Entschädigung von Fr. 4500 ausgerichtet und hierfür ein Nachkredit von Fr. 3600 bewilligt werden.

Bewilligt.

### Umbau des Schloßgebäudes in Hindelbank.

Der Regierungsrat beantragt, für den Umbau des Schloßgebäudes in Hindelbank zum Zwecke der Aufnahme der Arbeitsanstalt für Weiber einen Kredit von Fr. 32,500<sup>e</sup> auf X D zu bewilligen.

Marti, Baudirektor, Berichterstatter des Regierungsrates. Ein ferneres Geschäft betrifft den Umbau des Schloßgebäudes zu Hindelbank zur Unterbringung der Weiberanstalt. Wie Sie wissen, ist durch ein Gesetz die Errichtung von Arbeitsanstalten sowohl für Männer als für Weiber beschlossen worden, wonach lichterliche Leute, welche ihre Familienpflichten vernachlässigen und infolge von Liederlichkeit, Trunksucht, Unsitlichkeit u. den Gemeinden zur Last fallen, auf dem Administrativwege in diesen Anstalten untergebracht werden können. Die Männer sind gegenwärtig in St. Johannsen, die Weiber im alten Zuchthaus in Bern untergebracht. Die Zahl der Letzteren hat bereits 150 überschritten, und wir hoffen, man werde die Zahl nicht höher anwachsen lassen; denn wenn der Staat fortfahren würde, in zu coulanter Weise und so billig, wie es gegenwärtig geschieht, d. h. für ein Kostgeld von Fr. 50 jährlich und in bestimmten Fällen sogar für noch weniger, den Gemeinden alle unbequemen Leute abzunehmen, so müßten wir in kurzer Zeit für bedeutend mehr Platz sorgen. Nun muß das alte Zuchthaus in Bern, wo die Arbeitsanstalt für Weiber gegenwärtig provisorisch untergebracht ist, geräumt werden. Wie Sie wissen, ist das Zuchthaus eine Ruine und zwar innerlich noch mehr als äußerlich; denn es befindet sich in einem solchen Zustande, daß weder Sicherheit gegen einen Ausbruch von Insassen vorhanden, noch die nötigen sanitarischen Verhältnisse bestehen, die man doch auch in einem Arbeitshaus beobachten muß. Es kann dem Staat nicht einfallen, dieses Zuchthaus flicken zu wollen, sondern wir möchten es schleunigst räumen, um es nachher abzubauen und den Platz, der einen sehr großen Wert hat — wir schätzen ihn auf  $\frac{3}{4}$  Millionen, hoffentlich wird er noch etwas mehr gelten — zu verkaufen. Ferner haben wir die Absicht, aus dem Abbruchmaterial, soweit es thunlich ist, die neuen Gefängnisse zu bauen. Um unsern Gefängnisbauten im Kanton einen Abschluß zu geben, bleibt uns noch die Erstellung eines Bezirks- und eines Untersuchungsgefängnisses in Bern übrig. Es sind das ziemlich bedeutende Bauten; denn solche Gefängnisse kommen immer auf 2000 Fr. per Kopf zu stehen. Diese Bauten werden also eine sehr bedeutende Summe erfordern, die aus dem

Erlös für das Zuchthausareal gedeckt werden kann. Die Gefängnisbauten möchten wir nach der vorläufigen Ansicht der Baudirektion — vom Regierungsrat ist die Sache noch nicht behandelt worden — auf der alten Schützenmatte erstellen, wo gegenwärtig die Turnhalle und die Anatomie sich befinden. Die letztere muß entfernt werden; der Staat hat sich mehr oder weniger dazu verpflichtet, als er der Eidgenossenschaft das Terrain für das neue Telegraphengebäude verkauft hat. Das Anatomiegebäude ist bereits 60 Jahre alt und entspricht den heutigen Anforderungen absolut nicht mehr. Schon seit mehreren Jahren liegt ein Projekt für eine neue Anatomie vor, und nur die großen Kosten, ungefähr eine halbe Million, haben uns abgehalten, das Geschäft für sich allein vor den Großen Rat zu bringen. Wir möchten alle diese Geschäfte, wenn möglich nächsten Herbst, gleichzeitig dem Großen Rat vorlegen. Was die Gefängnisbauten betrifft, so ist noch zu bemerken, daß dieselben für sich allein ein schlechtes Aussehen haben würden, weshalb beabsichtigt ist, dieselben mit einem neuen Amtshaus einzukleiden; denn auch das gegenwärtige Amtshaus ist vollständig ungenügend, seitdem man zwei Regierungsstatthalter und zwei Gerichtspräsidenten hat, und es kann ohne sehr große Kosten nicht vergrößert werden. Dagegen wird der Platz, auf welchem das Amtshaus steht, einen sehr großen Wert erreichen, wenn einmal alle westlich davon gelegenen Bauten entfernt sind, die vom Bund expropriert werden, um das Parlamentsgebäude freizulegen. Dafür aber müssen wir ein neues Amtshaus erstellen, in welchem dann verschiedene Verwaltungszweige, die Amts- und Gerichtsschreiberei, die Justiz- und die Polizeidirektion und namentlich auch der Assisenaal untergebracht werden können. Wir können aber nicht an diesen Bau gehen, bevor die Gefängnisfrage liquid ist, und diese wird nicht liquid, bevor das Zuchthaus leer ist und wir darüber verfügen können. Wir mußten uns daher fragen, wo wir mit der Arbeitsanstalt für Weiber hin wollen. Diese Frage hat man nach reiflicher Untersuchung in der Weise gelöst, daß man dafür die Schloßdomäne in Hindelbank in Aussicht nimmt. Dasselbst befinden sich gegenwärtig 100—200 alte arme Weiber, welche von den umliegenden Gemeinden und Bezirken dem Staat zur Verpflegung übergeben wurden. Schon in der 46er Verfassung war vorgesehen, der Staat solle für weibliche und männliche arme Armenhäuser errichten und den Gemeinden gegen billiges Kostgeld je 100 Personen abnehmen. Die Männeranstalt ist gegenwärtig in Friesenberg untergebracht, während die Weiberanstalt in Hindelbank sich befindet. Nun muß, um die Arbeitsanstalt nach Hindelbank zu verlegen, vorerst die dortige Anstalt für arme Weiber verlegt werden, und dies können wir thun, indem wir sie nach Friesenberg verlegen, wo man sowohl die männlichen, als die weiblichen Armen unterbringen kann, sofern die betreffenden Gemeinden nicht vorziehen, eine eigene Anstalt zu errichten, um ihre Armen nach ihrer Konvenienz unterzubringen. In Friesenberg ist Platz für 300—400 Personen, und es erfordert deren provisorische Unterbringung für bauliche Einrichtungen nur eine Summe von etwa 6000 Fr., welche der Regierungsrat bereits vor einigen Wochen bewilligt hat. Für die Weiberarbeitsanstalt eignet sich Hindelbank vorzüglich, und während eine neue Anstalt, die wir sonst bauen müßten, wenigstens 300,000 Fr. kosten würde, kann die Anstalt in Hindelbank mit dem relativ sehr mäßigen Betrag von Fr. 32,500,

d. h. ungefähr mit dem Zehntel dessen, was eine neue Anstalt kosten würde, eingerichtet werden. Der Umbau ist in der Weise vorgesehen, daß das Souterrain einen geräumigen Keller und 7 Strafzellen enthält, das Erdgeschloß die Wohnung für den Portier und den Landjäger, Arbeitsäle und eine Reihe von Schlafräumen für die Anstaltsinsassen, der erste Stock ebenfalls Schlafstellen, einen Arbeitsaal, Vorratsräume, die Vorsteherwohnung u. Im ganzen, mit Ausnahme der Strafzellen und des Krankenzimmers, sind vorgesehen 5 Arbeits- und 12 Schlafräume mit 156 Betten. Es stimmt das hinsichtlich des Umfangs mit den Intentionen der Polizeidirektion und des Gefängnisinspektors; wir wollen es bei 150 Insassen bewenden lassen, indem uns diese Zahl hinreichend zu sein scheint, um dem Bedürfnis zu genügen. Die Kreditgewährung, die wir heute verlangen, involviert implizite die Genehmigung des Programms der Regierung, das im übrigen so gehalten ist, daß es eigentlich in die Kompetenz des Regierungsrates gefallen wäre, wenn nicht für den Umbau von Hindelbank ein Kredit nötig wäre, der vor den Großen Rat gebracht werden muß.

In diesem Sinne beantragt der Regierungsrat, es möchte ein Kredit von Fr. 32,500 bewilligt werden, um das Schloßgebäude in Hindelbank zur Aufnahme der Weiberarbeitsanstalt einzurichten.

Bühler, Berichterstatter der Staatswirtschaftskommission. Die Staatswirtschaftskommission beantragt Ihnen, den nachgesuchten Kredit von Fr. 32,500 für den Umbau des Schloßgebäudes in Hindelbank zur Einrichtung der Weiberarbeitsanstalt zu bewilligen. Mit der Verlegung dieser Anstalt von Bern nach Hindelbank ist das Programm, das seiner Zeit für die Neuorganisation der bernischen Strafanstalten aufgestellt wurde, in der Hauptsache ausgeführt. Wir haben letzten Samstag eine Besichtigung einiger unserer Strafanstalten vorgenommen, namentlich derjenigen in Witzwil und St. Johannsen, und wir haben uns überzeugt, daß die so wichtige Frage des Strafvollzuges im Kanton Bern im großen ganzen in ungemein glücklicher Weise gelöst ist. In Witzwil sind die korrekzionell Verurteilten und ein Teil der peinlich Verurteilten — diejenigen, die etwas weniger gefährlich sind — untergebracht, in St. Johannsen die korrekzionell verurteilten Frauen und die zu Arbeitshaus verurteilten Männer, in Thorberg die peinlich verurteilten schweren Verbrecher, und es würde nun die Weiberarbeitsanstalt, die einzig noch in Bern ist, hier ebenfalls weggenommen und nach Hindelbank verlegt. Damit wäre das alte Zuchthaus endlich definitiv geräumt. Es bleibt dann lediglich noch die Anstalt für jugendliche Verbrecher, die gegenwärtig notdürftig in Trachselwald untergebracht ist und die entweder dort ausgebaut werden muß oder nach Brüttelen verlegt werden wird. In Bezug auf Hindelbank ist nur zu bemerken, daß mit einer Summe von Fr. 32,500 viel erreicht werden kann. Es ist das verhältnismäßig, mit Rücksicht darauf, daß es sich um die Einrichtung einer Arbeitsanstalt für 150 Weiber handelt, eine kleine Summe, was hauptsächlich dem Umstand zu verdanken ist, daß das Gebäude in sehr gutem Zustande sich befindet. Für die Verlegung der Anstalt spricht noch der Umstand, daß die Weiber hier in Bern nicht genügend und nur einseitig beschäftigt werden konnten; in Hindelbank wird es möglich sein, sie auch landwirtschaftlich zu beschäftigen, sie im Freien zur Arbeit anzuhalten, was

sehr vorteilhaft ist. Die Staatswirtschaftskommission beantragt Ihnen, den nachgesuchten Kredit zu bewilligen.

Bewilligt.

#### Erstellung von Oekonomiegebäuden auf der Domäne Witzwil.

Der Regierungsrat beantragt, für den Bau eines Stalles und zweier Frucht- und Futter Scheunen auf dem Ruzhof zu Witzwil eine Summe von Fr. 106,000 auf X D zu bewilligen in dem Sinne, daß diese Summe auf mehrere Jahre verteilt werden soll.

Marti, Baudirektor, Berichterstatter des Regierungsrates. Die Kultur auf dem Großen Moos ist in großem Aufschwung begriffen und hat, wie es scheint, viel bessere Resultate gezeitigt, als man früher geglaubt hat. Seitdem sich die früher verpachteten Höfe in Witzwil sich in der Selbstverwaltung der Strafanstalten befinden, haben sich die Ertragnisse des Großen Mooßes derart gesteigert, daß es zur Unterbringung der Feldfrüchte und Einstellung eines vermehrten Viehstandes an Raum fehlt und es ist der Baudirektion die Aufgabe zugefallen, nachdem die Polizei- und die Domänen direktion die Initiative ergriffen hatten, Plan und Devis aufzustellen, um den Bedürfnissen zu genügen. Danach wird vorgesehen ein Doppelstall für 100 Stück Vieh. Derselbe ist dem auf dem Lindenhof nach neuem System erstellten Stall nachgebildet, der sich gut bewährt hat. Der Stall ist etwas größer angenommen, als derjenige auf dem Lindenhof, weil man hier mehr großes Mastvieh halten will. Auch der Futterraum ist breiter projektiert, so daß bei gleicher Viehzahl die Scheune etwas größer wird. Ferner werden zur Unterbringung von Brennkartoffeln, 20,000 Garben und 500 Klasten Heu, welche bisher im Freien liegen mußten, zu beiden Seiten des Stalles zwei unterkellerte Scheunen vorgesehen. Die drei Bauten erfordern folgende Summen:

der Stallbau . . . . .	Fr. 47,000
die beiden Scheunen . . . . .	„ 59,000
zusammen . . . . .	Fr. 106,000

In dieser Summe sind zwar die nötigen Erdarbeiten, Nivellierung des Terrains, nicht inbegriffen, weil man voraussetzt, daß die Sträflinge diese Arbeiten ausführen werden. Zur Schonung des Budgets, das durch die vielen Hochbauten immer sehr stark in Anspruch genommen ist, kann man, und es wird das beantragt, den Kredit auf mehrere Jahre verteilen, je nach dem Stand der Kreditverhältnisse am Ende des Jahres. Der Regierungsrat beantragt also, für den Bau eines Stalles für 100 Stück Vieh, sowie für den Bau von zwei Frucht- und Futter scheunen auf dem Ruzhof zu Witzwil eine Summe von Fr. 106,000 zu bewilligen, in dem Sinne, daß diese Summe auf zwei oder mehrere Jahre verteilt werden soll.

Bigler, Berichterstatter der Staatswirtschaftskommission. Die Staatswirtschaftskommission hat letzten Samstag bei der Begehung von Witzwil sich auch mit diesen Scheunenbauten befaßt, und sie hat namentlich auch von

den Kulturen Einsicht genommen, die sich gegenwärtig auf dieser Witzwylbesitzung befinden, sowie auch von dem Stall, der vor einigen Jahren nach einem neuen Typus erstellt wurde; ein gleicher Stall wurde ungefähr um die gleiche Zeit auch in St. Johannsen erstellt. Die Staatswirtschaftskommission ist zum Schlusse gekommen, daß es durchaus nötig ist, die Stallbauten zu erweitern, weil dank der wirklich muster-gültigen Bewirtschaftung sich die Ertragnisse so gesteigert haben, daß es unbedingt nötig ist, einen größeren Viehstand anzuschaffen und nachzuziehen, wenn die Futtervorräte aufgebraucht werden sollen.

In zweiter Linie hat die Staatswirtschaftskommission gefunden, daß der neue Typus für Stallbauten für Witzwyl sehr zweckmäßig ist. Derselbe weicht nach zwei Richtungen von den gewöhnlichen Stallbauten ab. Erstens gilt das Prinzip, daß der Stall für sich sein soll und die Heuscheune ebenfalls für sich. Es hat das den Vorteil, daß der Stall im Sommer viel besser gelüftet werden kann und daß das Heu besser bleibt, wenn es nicht über dem Stall remisiert werden muß, sondern vom Stallbündel entfernt ist. Die projektierten Bauten weichen auch noch in anderer Beziehung ab, indem man nämlich wieder zum Holzbau zurückgekehrt ist. Im allgemeinen hat man in der letzten Zeit wenig neue Ställe aus Holz erstellt, sondern man hat für die Umfassungmauer Back- oder Cementsteine gewählt und für die Decke wurden Eisenschienen verwendet mit Hourdis dazwischen. Nun kann ich nicht verhehlen, daß diese Bauten, welche insoweit gut sind, daß sie nicht so rasch dem Untergang unterstellt sind, wie die Holzbauten, doch mehr oder weniger nach und nach den Charakter eines Kellers erhalten, und man hat schon da und dort sagen hören, im Winter sei eine feuchtkalte Luft darin und im Sommer seien sie ebenfalls zu feucht und es könne nicht die richtige Temperatur hergestellt werden. Es hat deshalb die Staatswirtschaftskommission außerordentlich befriedigt, in Witzwyl konstatieren zu können, daß in dem Stall eine sehr reine, gute Luft herrscht, und die Angestellten haben bezeugt, daß auch im Winter die Luft gut und genügend warm war, indem sich über der Decke ein Raum befindet, um das Stroh abzulagern. Die Feuchtigkeit kann auf diese Weise vollständig ferngehalten werden, so daß sich auch das Holz viel besser konserviert. In früheren Zeiten, bei den Stallbauten auf den Bergen, war es ebenfalls Übung, den Stall besonders zu stellen und die Heuscheune nebenan, und es wurde dadurch ebenfalls der Nachteil vermieden, daß die Stallungen rasch der Fäulnis unterworfen waren; man hat alte Stadel auf den Bergen, welche sich sehr lange gut erhalten haben.

Nun hat man aber früher nach zwei Richtungen hin anders gebaut. Man hat altes ausgewachsenes Holz gewählt, hat es ein oder zwei Jahre vorher geschlagen und es nachher vollständig austrocknen lassen. Heute aber nimmt man das Holz, wie man es findet, und es wird nicht so ausgetrocknet, wie es namentlich für einen Stallbau der Fall sein sollte. Es hatte das zur Folge, daß sich die Holzställe im allgemeinen nicht mehr bewährten, indem sie sehr schnell reparaturbedürftig waren. Nun glaubt die Staatswirtschaftskommission, es könnte diesem Uebelstande im vorliegenden Falle abgeholfen werden. Man ist in neuerer Zeit dazu gekommen, das Holz zu imprägnieren, und wir halten dafür, daß man damit im vorliegenden Falle die nämlichen Resultate erzielen würde,

die sich bei den Telegraphen- und Telephonstangen ergeben haben. Die hölzernen Telegraphenstangen sind anfänglich sehr rasch abgefaut, und man hat nach Mitteln und Wegen gesucht, um ein besseres Material zu bekommen. Die Eisenbahnen haben in der Folge eiserne Telegraphenstangen erstellen lassen; später aber ist man darauf gekommen, die Stangen zu imprägnieren und von diesem Momente an hat man die eisernen Stangen wieder aufgegeben; denn es hat sich ergeben, daß die imprägnierten Telegraphenstangen sich drei-, viermal so gut erhalten, als nicht imprägnierte. Der gleiche Fall liegt hier vor, und es wäre sehr zu begrüßen, daß der Staat einen Versuch machen würde. Ist das Holz nicht völlig trocken und der Stall wird benutzt, so werden die Stallbündel vom Holze aufgenommen und dann wird es nachher nie mehr trocken. Dem sollte man zuvorkommen und das Holz mit solchen Stoffen imprägnieren, welche dasselbe vor Fäulnis schützen und ihm die Eigenschaft verleihen, daß es Feuchtigkeit überhaupt nicht mehr aufnehmen kann. Es giebt Anstalten, die ganze Häuser imprägnieren könnten, und deshalb glaubt die Staatswirtschaftskommission, bei diesem Anlaß die Baudirektion auf diesen Punkt aufmerksam machen und den Wunsch aussprechen zu sollen, es möchte bei diesem Neubau das Holz imprägniert werden.

Im fernern ist es bei einem Stallbau nötig, daß auch die richtige Ventilation angebracht ist. Ob sich das Holz lange hält, hängt wesentlich davon ab, ob der Stall gesund ist oder nicht. Früher hat man nach außen aufgehende Klappfenster angewendet. Die Staatswirtschaftskommission hält nun dafür, dieses System sei nicht so gut, wie dasjenige, bei welchem die Fenster nach innen aufgehen. Es ist das zwar noch eine offene Frage; einzelne Bautechniker behaupten, nach außen sich öffnende Fenster seien vorzuziehen; allein die Erfahrung hat gezeigt, daß die Ventilation eine bessere ist, wenn die Fenster nach innen aufgehen. Bei dem früher erstellten Stall gehen die Fenster nach außen auf; die Staatswirtschaftskommission wünscht nun, es möchte bei diesem neuen Stall das andere System angewendet werden. Auf diese Weise werden wir einen andern Typus erhalten, und es ist sehr wichtig, daß man bei solchen Anlässen auf solche Sachen aufmerksam macht, indem man auf dem Lande gerade in Bezug auf Stallbauten immer noch zu wenig orientiert ist. Es werden gegenwärtig mit teurem Geld eine Menge neue Ställe erstellt, die im Verhältnis bedeutend mehr kosten, als der Staat im vorliegenden Falle ausgiebt, und wenn sich der neue Typus bewährt, wie es den Anschein hat, so wird derselbe auch als Anschauungsunterricht dienen. Wir haben überhaupt bei Begehung der Domäne Witzwyl den Eindruck bekommen, daß sie mit der Zeit eine Musterdomäne werden wird, die jeder Landwirt mit großem Nutzen besuchen wird.

Die Staatswirtschaftskommission beantragt Ihnen, in dem ausgeführten Sinne den vom Regierungsrate gewünschten Kredit zu bewilligen.

Mart i, Baudirektor, Berichterstatter des Regierungsrates. Ich bin Herrn Oberst Bigler für seine Winke sehr dankbar und werde die von ihm berührten Punkte untersuchen lassen. Was die Imprägnierung anbetrifft, so sind mir die Resultate der Imprägnierung von Schwellen und Telegraphenstangen nach den verschiedenen Methoden



als sehr günstige bekannt. Ob sich dieselbe aber auch bei Bauholz anwenden läßt, das verstehe ich zu wenig. Ich bemerke nur, daß die Imprägnierung nur stattfinden kann, wenn die Rinde noch am Holz und das Holz noch im Saft ist; allein es ist ja ganz gut möglich, daß es eine Methode giebt, nach welcher man auch dem Bauholz eine längere Dauer geben kann. Was die zweite Frage betrifft, ob die Stallfenster nach innen oder nach außen aufgehen sollen, so ist dieselbe eine bestrittene, wie Herr Wigler selber sagte. Allein man wird die Frage noch einmal untersuchen und der Staatswirtschaftskommission darüber Bericht erstatten, sofern sie es wünscht.

Der vom Regierungsrat verlangte Kredit wird stillschweigend bewilligt.

Das Präsidium giebt Kenntnis von folgender

### Interpellation.

Wann gedenkt die Regierung Art. 17 des Schulgesetzes zur Ausführung zu bringen?

J. Burckhardt, Großrat.

Geht an den Regierungsrat.

Schluß der Sitzung um 4<sup>3</sup>/<sub>4</sub> Uhr.

Der Redacteur:  
Rud. Schwarz.

## Zweite Sitzung.

Dienstag den 28. Mai 1895,

vormittags 9 Uhr.

Vorsitzender: Präsident Weber.

Der Namensaufruf verzeigt 181 anwesende Mitglieder. Abwesend sind 30, wovon mit Entschuldigung: die Herren Ballif, Bühlmann, Choquard, Cuenat, Henemann, Marti, Michel (Interlaken), Morgenthaler (Leimiswyl), Nägeli, Sahli, Scholer, Tschannen; ohne Entschuldigung abwesend sind die Herren: v. Allmen, Brahier, Cuenin, Elsäßer, Fahrny, Gerber (Unterlangenegg), Hiltbrunner, Houriet, Jenni, Mérat, Raine, Péteut, Probst (Edmund), Dr. Reber, Rieder, Koffelet, v. Wattenwyl (Bern), Wyß.

Das Protokoll der gestrigen Sitzung wird verlesen und genehmigt.

### Tagesordnung:

#### Erstellung einer Brücke über den Doubs bei Soubey.

Regierungsrat und Staatswirtschaftskommission beantragen, zum Zwecke der Erstellung einer neuen eisernen Brücke über den Doubs bei Soubey 60 % der Baukosten, d. h. eine Summe von Fr. 25,500 aus X F zu bewilligen und die Brücke nach deren Fertigstellung zum Unterhalt zu übernehmen.

Marti, Baudirektor, Berichterstatter des Regierungsrates. Das vorliegende Geschäft ist ziemlich dringender Natur. Es handelt sich um den Bau einer größeren Brücke über den Doubs bei Soubey. Gegenwärtig besteht dort eine einfache, hölzerne, ungedeckte, 44 Meter lange Brücke, die keine große Widerstandskraft hatte und in kürzerer Zeit, als man glaubte, baufällig wurde. Dabei besteht das sonderbare Verhältnis, daß die Zufahrtsstraßen vom Staate unterhalten werden, während die Brücke der Ge-

meinde gehört. Die Zufahrtsstraßen waren früher auch von der Gemeinde zu unterhalten; da aber die Gemeinde für die Neuherstellung derselben große Opfer brachte — die Gemeinde behauptet, im Betrage von über Fr. 100,000 — so hat der Staat sich bereit erklärt, die Straßen zum Unterhalt zu übernehmen. Hätte die Gemeinde damals auch die Brücke erneuert, so wäre auch diese vom Staat übernommen worden. Allein die Mittel der Gemeinde reichten nicht hin und so hat der Staat die Brücke der Gemeinde überlassen. Nun ist die Brücke inzwischen immer schlechter geworden und schon vor 10 Jahren wurde ein neues Projekt aufgestellt; allein die Gemeinde Soubey erklärte, sie könne dasselbe nicht ausführen und behauptete, es sei Pflicht des Staates, für eine neue Brücke zu sorgen. Der Staat konnte sich dazu aber auch nicht entschließen und letzten Herbst hatte sich der Zustand der Brücke so verschlimmert, daß die Baudirektion die Gemeinde auffordern mußte, dafür zu sorgen, daß die Brücke die nötige Sicherheit biete. Es ist aber wieder nichts geschehen und beim letzten Hochwasser, im März abhin, ist das eingetreten, was wir befürchteten. Das vierte Joch ist umgekippt und die Fahrbahn hat sich um 85 cm. einseitig gesenkt. Die Brücke war daher nicht mehr passierbar und der Durchpaß wurde verboten. Die Baudirektion hat nun dafür gesorgt, daß die Brücke momentan wieder passierbar ist; allein es ist das nur eine vorübergehende Abhilfe, ein Neubau muß unter allen Umständen stattfinden.

Dieser Neubau ist nun in der Weise projektiert, daß man eine eiserne Brücke erstellt. Man könnte zwar auch eine gedeckte hölzerne Brücke erstellen, die eben so gut wäre und, abgesehen von einem etwas größern Unterhalt, die gleichen Dienste leisten würde. Allein im Jura werden keine hölzernen Brücken mehr gebaut, weil man die Arbeiter dafür nicht findet. Der Kostenunterschied zwischen einer hölzernen und einer eisernen Brücke beträgt zudem, abgesehen vom Unterhalt, höchstens Fr. 3000. Die eiserne Brücke kostet nämlich Fr. 42,500.

Die Frage war daher lediglich die, wie hoch man die Brücke subventionieren solle. Mit Rücksicht auf die prekären Finanzverhältnisse der Gemeinde Soubey hat die Baudirektion geglaubt, möglichst weit gehen zu sollen, indem sonst die Gemeinde in die größte Verlegenheit käme. Sie hat daher dem Regierungsrat eine Subvention von 70 % beantragt. Die Finanzdirektion hat gefunden, das sei zu viel und hat beantragt, nur 50 % zu bewilligen. Nun hat sich die Staatswirtschaftskommission mit der Angelegenheit befaßt und eine Delegation derselben hat sich vor einigen Tagen auf Ort und Stelle überzeugt, daß die Brücke sofort erneuert werden und daß der Staat dabei ebenfalls in die Tasche greifen muß. Dagegen hat sie sich auf den Standpunkt gestellt, es solle die neue Brücke nicht der Gemeinde überlassen, sondern vom Staat übernommen werden. Bei einer eisernen Brücke ist der Unterhalt außerordentlich unbedeutend und man hat daher eine ziemlich genaue Rechnung aufstellen können. Die Staatswirtschaftskommission sagt nun: Wir wollen weder 70 noch 50 % geben, sondern wir wollen 60 % verabsolgen und dafür die Brücke zum Unterhalt übernehmen. Der Unterschied gegenüber dem Antrag der Baudirektion würde also Fr. 4300 ausmachen und der Zins dieser Differenz wird hinreichen, um die Brücke zu unterhalten. Regierung und Baudirektion schließen sich dieser Auffassung der Staatswirt-

schaftskommission an. Wir glauben auch, es sei zweckmäßiger, wenn der Staat die Brücke zum Unterhalt übernimmt, und ich empfehle Ihnen den nach Antrag der Staatswirtschaftskommission modifizierten Antrag zur Annahme.

Bühler, Berichterstatter der Staatswirtschaftskommission. Da hier ein etwas außergewöhnliches Verhältnis vorliegt und der Antrag der Regierung der Staatswirtschaftskommission nicht nach allen Richtungen gefallen hat, so haben wir uns veranlaßt gesehen, durch eine Delegation einen Augenschein auf Ort und Stelle vornehmen zu lassen, um sich persönlich zu orientieren und um mit den Abgeordneten der Gemeinde die Angelegenheit noch einmal zu besprechen. Die tatsächlichen Verhältnisse sind folgende.

Die Gemeinde Soubey liegt hart an der französischen Grenze am Doubs. In früheren Jahren war sie von der übrigen Welt vollständig abgeschlossen und um aus ihrer Isolation herauszukommen, mußte sie große Opfer bringen, indem sie mit Unterstützung des Staates ein eigentliches Straßennetz anlegte. Sie hat eine Straße erstellt von Montfaucon bis Soubey; die Länge dieser Straße beträgt ungefähr 12 Kilometer, und es ist dieselbe seiner Zeit viel zu niedrig bewilligt worden. Der Staatsbeitrag machte bloß Fr. 15,000 aus, während die Gemeinde behauptet, daß sie in Wirklichkeit Fr. 120,000 bis 130,000 ausgegeben habe. Eine fernere Straße hat sie über Epauvillers und Montfaucon nach St. Ursanne erstellt, an die der Staat einen Beitrag von Fr. 60,000 bewilligte. Auch für diese Straße hat Soubey große Opfer bringen müssen. Die beiden Straßen sind später vom Staat als Straßen III. Klasse zum Unterhalt übernommen worden. Zur Verbindung der beiden Straßen führte über den Doubs eine alte, hölzerne, sehr baufällige Brücke. Diese Brücke hätte seiner Zeit, als die Straßen gebaut wurden, auch neu erstellt werden sollen, in welchem Falle der Staat dieselbe ebenfalls, als Bestandteil der beiden Staatsstraßen, zum Unterhalt übernommen hätte. Nun hat aber die Gemeinde erklärt, es sei ihr nicht möglich, außer den beiden Straßen auch noch eine neue Brücke zu erstellen; sie hat deshalb vorläufig auf die Neuherstellung verzichtet, was zur Folge hatte, daß der Staat den Unterhalt der bestehenden alten, defekten Brücke nicht übernehmen konnte. Inzwischen ist die Brücke sehr baufällig geworden und namentlich beim Hochwasser im letzten Frühling hat sie sehr gelitten, so daß absolut eine neue Brücke erstellt werden muß. Die Regierung hat ursprünglich beantragt, an die neue Brücke einen Beitrag von 70 % zu verabsolgen und den Unterhalt derselben auch in Zukunft der Gemeinde zu überlassen. Die Kommission hat gefunden, es sei das nicht die richtige Lösung, sondern es solle dasjenige Verhältnis geschaffen werden, das von Anfang an hätte geschaffen werden sollen, d. h. es solle diese Brücke in Zukunft als Bestandteil der Staatsstraße anerkannt und vom Staat zum Unterhalt übernommen werden. Die Abgeordneten der Staatswirtschaftskommission haben letzten Sonntag mit Delegierten der Gemeinde unterhandelt. Zuerst hat man denselben vorgeschlagen, einen Beitrag von 50 % zu geben und den Unterhalt zu übernehmen. Schließlich haben die Abgeordneten der Gemeinde erklärt, wenn der Staat 60 % der Kosten bewillige, so wollen sie die verbleibenden 40 % aufzubringen



suchen und sie seien froh, wenn sie in Zukunft vom Unterhalt befreit seien. Der Antrag der Staatswirtschaftskommission geht daher dahin, es sei ein Betrag von 60 % mit Fr. 25,500 zu bewilligen. Die fehlenden 40 % mit Fr. 17,000 würde die Gemeinde übernehmen; dagegen würde die Brücke nicht im Eigentum und der Unterhaltungspflicht der Gemeinde verbleiben, sondern in das Eigentum des Staates übergehen, der auch den Unterhalt tragen würde. In diesem Sinne beantragen wir Ihnen, einen Kredit von Fr. 25,500 auf X F zu bewilligen.

M. Folletête. Je prends la liberté de vous demander d'étendre les propositions de la commission d'économie publique et de porter le subside de l'Etat à 70 %. L'Etat se chargerait en même temps des frais d'entretien du pont. Il résulte des rapports très intéressants de M. le Directeur des travaux publics et de M. le rapporteur de la commission, que la correction de ce pont est absolument indispensable, et que, d'un autre côté, il est tout à fait impossible de laisser la commune de Soubey supporter seule ces frais d'entretien. Ce pont relie les deux rives du Doubs et touche non-seulement le territoire suisse, mais aussi, on peut bien le dire, la frontière française. Il ne faut pas oublier au surplus que tôt ou tard on construira la route Soubey-St-Ursanne, destinée à desservir les bords du Doubs. L'Etat, qui possède de grandes forêts dans le voisinage, trouvera son avantage dans cette nouvelle voie de communication, qui lui permettra de faire dévaler son bois avec plus de facilité que ce n'est le cas actuellement. Il s'agit donc en l'espèce d'une œuvre éminemment d'intérêt public, à laquelle l'Etat doit s'intéresser largement. La commune de Soubey s'est épuisée, saignée à blanc; lorsqu'il s'est agi de construire la route Saignelégier-La Chaux-de-Fonds, elle a dépensé 100,000 francs, alors qu'elle ne recevait de l'Etat qu'un subside de 17,000 francs. — Il est vrai que les devis étaient faits de telle façon que cette subvention cantonale ne pouvait pas être plus élevée. Cela pour indiquer que l'Etat peut contribuer généreusement à la restauration d'un pont qui en définitive est sa chose propre, et alléger ainsi les charges qui pèsent sur une petite commune dont les ressources sont très restreintes. N'est-ce pas une anomalie du reste que cette situation en vertu de laquelle les frais d'entretien d'une route sont à la charge de l'Etat, tandis que les voies de communication, c'est-à-dire les ponts, tombent à la charge de la commune? MM. les rapporteurs sont d'accord avec moi pour reconnaître qu'il faut faire aujourd'hui ce qu'on aurait dû faire déjà lorsque le pont se construisait, c'est-à-dire en faire l'objet d'une rubrique dans le budget de l'Etat. La commune de Soubey ne doit plus être obligée maintenant de satisfaire à des frais d'entretien qu'elle n'a que trop longtemps supportés; il faut rentrer dans l'ordre normal des choses. Quand bien même le Grand Conseil, à la générosité duquel je fais appel, accorderait une subvention de 70 % à la commune de Soubey, il resterait toujours à la charge de cette dernière une somme de 13,000 francs à peu près, ce qui constitue déjà une charge assez lourde pour une petite commune.

La construction de la route St-Ursanne-Soubey rendra des services importants aux populations riveraines, et le sacrifice supplémentaire que nous vous demandons de faire, trouvera, comme nous vous l'avons dit déjà, sa large compensation.

C'est en raison de ces considérations que nous vous demandons d'élever de 60 à 70 % la subvention accordée à la commune de Soubey pour la correction de son pont.

M. Péquignot. Sans vouloir prolonger le débat sur cette question, je me permettrai cependant d'appuyer l'honorable préopinant. Comme MM. les délégués de la commission d'économie publique ont pu s'en convaincre, Soubey est un petit village perdu au fond des gorges du Doubs qui, de 1859 à 1874, a fait des sacrifices considérables pour établir deux tronçons de route qui se dirigent l'un vers St-Ursanne, l'autre vers les Franches-Montagnes. Une considération qu'on n'a pas fait valoir et qui doit avoir son poids dans le cas particulier, c'est que le lit de la rivière du Doubs appartient aux domaines de l'Etat; celui-ci, chaque année, loue, si je ne me trompe, un droit de pêche aux riverains, et retire de ce fait des avantages qui ne sont pas à dédaigner. Il me semble donc que ce n'est pas être trop exigeant que de demander à l'Etat une élévation de subside de 60 à 70 %.

Marti, Baudirektor, Berichterstatter des Regierungsrates. Wenn ich die Herren richtig verstanden habe, so verlangen sie nicht nur die Uebernahme des Unterhaltes durch den Staat, sondern darüber hinaus noch 70 % Subvention. Ich könnte das nicht zugeben. Die Herren sind päpstlicher als der Papst; denn der Gemeindepräsident von Soubey hat gegenüber der Staatswirtschaftskommission erklärt, die Gemeinde sei zufrieden, wenn sie nur 40 % zu bezahlen brauche, und es kann sich heute nicht darum handeln, der Gemeinde weniger zuzumuten, als sie gegenüber den Delegierten der Staatswirtschaftskommission versprochen hat. Ich gebe zu, daß die Gemeinde sich in einer schlechten Finanzsituation befindet; allein das ist eben ihre eigene Schuld. Sie ist eine der vielen schlecht verwalteten Gemeinden im Jura, die an ihrem finanziellen Ruin zum größten Teil selbst schuld ist. Man kann daher nicht nur die Thatsache konstatieren, daß die Gemeinde es nötig habe, denn nötig hat es schließlich jede Gemeinde, sondern man muß auch die übrigen Umstände mit in Betracht ziehen. Ich finde, wenn der Staat nicht nur 60 % des Neubaus übernimmt, sondern dazu noch den Unterhalt, so sei das eine sehr generöse Leistung des Staates gegenüber Soubey.

M. Folletête. Je me permettrai simplement une observation en réponse à ce que vient de dire M. le Directeur des travaux publics.

Sans doute le maire de Soubey a déclaré, au nom de l'autorité municipale, accepter avec reconnaissance un subside de 60 %. Il en aurait agi de même si le subside n'avait été que de 50 %, 40 %. Le maire, pas plus que la commune de Soubey, n'a rien à prescrire aux autorités supérieures. Il accepte avec reconnaissance, et il ne pourrait pas dire: nous n'acceptons pas. Mais nous, Grand Conseil, qui sommes au-dessus de la commune de Soubey, qui sommes même

l'autorité suprême en ce qui concerne l'obtention de subsides cantonaux en faveur des communes, nous sommes mieux placés pour apprécier les circonstances particulières dans lesquelles se trouve actuellement la commune de Soubey et pourvoir, cas échéant, à ses besoins. Or, il s'agit ici d'un besoin urgent auquel on ne satisfait pas en accordant un subside de 60 %. Il faut aller jusqu'au 70 %; je crois qu'on a fait valoir pour cela des raisons sérieuses. Nous aurons dans un avenir peu éloigné à construire une route vivement désirée par la population riveraine, qui suivra les bords du Doubs et pour laquelle la commune devra consentir à de nouveaux sacrifices. L'Etat ne fera pas une mauvaise affaire en augmentant le subside dans la proportion que nous avons indiquée; il facilitera par là la position financière de la commune de Soubey.

Bühler, Berichterstatter der Staatswirtschaftskommission. Es ist ganz klar, daß man der Gemeinde Soubey weit entgegengekommen muß und zwar aus zwei Gründen: erstens weil es eine arme Gemeinde betrifft und zweitens weil die Gemeinde für ihr Straßenwesen wirklich ganz außerordentlich große Opfer bringen mußte, die zu ihrer Steuerkraft in keinem Verhältnis stehen; sie hat für die beiden von mir erwähnten Straßenzüge weit über Fr. 100.000 ausgegeben. Allein die Staatswirtschaftskommission hat auf diese Verhältnisse bereits Rücksicht genommen, und man ist der Gemeinde wirklich in billiger Weise entgegengekommen, indem ein Antrag gestellt worden ist, der für die Gemeinde entschieden günstiger ist, als der erste Antrag der Regierung; denn es ist für eine Gemeinde eine große Erleichterung, wenn sie von der Unterhaltungspflicht vollständig befreit ist. Man ist auch über den Antrag der Finanzdirektion hinausgegangen, indem wir statt 50 60 % beantragen, abgesehen von der Uebernahme des Unterhaltes. In der Regel verabsolgt man an solche Bauobjekte der Gemeinden einen Beitrag von 50 %. Hier beantragen wir, unter Berücksichtigung der schwierigen Verhältnisse der Gemeinde, 60 %. Will man der Gemeinde noch weiter entgegengekommen, so mag ich es derselben persönlich von Herzen gönnen; aber ich glaube nicht, daß es in der Stellung der Staatswirtschaftskommission liege, so hohe Subventionen zu beantragen. Ich muß daher namens der Staatswirtschaftskommission an den 60 % festhalten. Im übrigen mag der Große Rat entscheiden; es ist ja schon häufig vorgekommen, daß man ein Auge zugeedrückt und unter solchen Verhältnissen eine höhere Subvention bewilligt hat.

Dürrenmatt. Es freut mich, daß von Seite der Regierung und der Staatswirtschaftskommission dieses Wohlwollen vorhanden ist, der armen Gemeinde entgegenzukommen und zwar, wie anerkannt werden muß, gegenüber andern Gemeinden in durchaus unparteiischer Weise, wie es bisher gepflogen wurde. Ich glaube nun aber, der Rat würde sich nichts vergeben, wenn er trotzdem noch etwas weiter gehen und die 70 % acceptieren würde. Namentlich die Vertreter aus dem Oberland und überhaupt aus dem obern Kantonsteil mögen bedenken, daß man bei ihnen oft auch in die Lage kommt, außerordentliche Umstände zu berücksichtigen, wobei von Seite des Jura noch niemals irgend ein Einwand erhoben worden ist. Nachdem man gestern einem Unternehmer,

einem Privatmann, der sich geirrt hat, in, wie ich annehme, ebenfalls durchaus billiger Weise entgegengekommen ist, würde ich es nicht ganz richtig finden, wenn man einer armen Gemeinde in diesen exceptionellen Verhältnissen, wie sie geschildert worden sind, nicht das gleiche Entgegenkommen beweisen würde. Auch das von Herrn Péquignot angeführte Argument fällt einigermaßen in Betracht, daß das Flußbett dem Staate gehört und daß er das Fischereirecht verpachtet hat und daraus eine nicht zu verachtende Einnahme bezieht. Ich möchte Ihnen daher den etwas weitergehenden Antrag des Herrn Follété empfehlen.

#### Abstimmung.

Für den Antrag der Regierung und der Staatswirtschaftskommission (gegenüber dem Antrag Follété) Minderheit.

### Gesetz

betreffend

#### die Verbesserung der Feldereinteilung und die Anlage von Feldwegen.

#### Zweite Beratung.

(Siehe die erste Beratung Seite 7 hievor; das Ergebnis derselben findet sich abgedruckt unter Nr. 15 der Beilagen.)

#### Eintretensfrage.

Marti, Baudirektor, Berichterstatter des Regierungsrates. Dieser Gegenstand ist von Seiten der Berichterstattung der Regierung bereits in der ersten Beratung durch ein ausführliches Referat eingeleitet worden. Die Einzelberatung hat an abweichenden Meinungen nicht viel zu Tage gefördert, sondern es ist das Gesetz im großen und ganzen nach Antrag der Regierung und der Kommission angenommen worden. Eine einzige kleine Abänderung aus dem Schoße des Rates hat beliebt, nämlich daß der Staat auf Prozentgebühren verzichte, wenn der Uebergang von Pfand- und Dienstbarkeitsrechten auf die neuen Grundstücke eingeschrieben werde. Andere Aenderungen sind nicht zu konstatieren. Ich empfehle Ihnen, auf die zweite Beratung des Gesetzes einzutreten.

Leuch, Berichterstatter der Kommission. Die Kommission hat diese Gesetzesvorlage nochmals durchgegangen; doch sind keine Abänderungsanträge gestellt worden. Wir beantragen deshalb ebenfalls, in die zweite Beratung einzutreten und das Gesetz in globo zu behandeln.

Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen, ebenso die Beratung in globo.

Weber (Graswyl). Es ist wohl allen bekannt, daß das erste Flurgesetz deshalb verworfen wurde, weil man nach demselben Flureinteilungen sozusagen bis in die Hausthüre hinein hätte vornehmen können und die klei-

neren Grundbesitzer fürchteten, man könnte auch ihre Hausmatten und Hoffstätten in eine neue Flureinteilung hineinziehen und ihnen so ihre Lieblingsplätzchen wegnehmen. Andere Verwerfungsgründe habe ich nicht gehört. Die Regierung hat dem nun Rechnung getragen, indem sie dem Gesetz einen engeren Rahmen gegeben hat und dasselbe daher auch nicht Flurgesetz nennt, sondern nur „Gesetz betreffend die Verbesserung der Feldereinteilung und die Anlage von Feldwegen“. In Art. 2 sind die Punkte, welche seiner Zeit zur Opposition Anlaß gaben, alle ausgemerzt. Ich kann deshalb nicht begreifen, daß man außerdem noch verlangt, daß einem Projekt zwei Drittel der Grundeigentümer und zwei Drittel des Steuerwertes der beteiligten Grundstücke zustimmen. Ich finde, man hätte in Art. 1 etwas weitherziger sein dürfen, wenn man wirklich den Zweck des Gesetzes erreichen und aus der Zwangsjacke herauskommen will, wo der Eigentümer nicht im Stande ist, Ordnung zu schaffen. Das vorgesehene Dekret genügt in den meisten Fällen nicht. Es wird viele Fälle geben, wo es nicht möglich ist, sowohl die Zustimmung von zwei Dritteln der Grundeigentümer, als von zwei Dritteln des Grundwertes zu erlangen, und damit wird der gute Zweck des Gesetzes illusorisch. Das will man aber offenbar nicht. Das Wasserbaupolizeigesetz vom Jahre 1857 ist viel weitherziger; dasselbe hat im ganzen Lande wohlthätig gewirkt und niemand hat man darüber sich beklagen hören, daß dieses Gesetz sagt, die absolute Mehrheit der Grundeigentümer könne die Minderheit zwingen. Ja, das genannte Gesetz geht noch weiter, indem unter Umständen die Minderheit die Mehrheit zwingen kann, wenn die technischen Beamten und die Regierung finden, daß ein Projekt durchgeführt werden sollte. Hier handelt es sich um ein ähnliches Gesetz, und wenn die Landwirtschaft rationell betrieben werden soll, so muß man mit allen Mitteln dahin wirken, den Leuten zu ermöglichen, den lästigen Flurzwang zu beseitigen. Ich stelle darum den Antrag, es sei in Art. 1 nur die absolute Mehrheit zu verlangen, und zwar will ich es mir gefallen lassen, daß man sowohl die absolute Mehrheit der Grundeigentümer, wie des Grundwertes verlangt. Wenn man einwendet, es könnte dadurch eine Minderheit in ungebührlicher Weise gezwungen werden, so ist dies unter keinen Umständen der Fall. Die technischen Beamten haben auch ein Wort dazu zu sagen und schließlich entscheidet die Regierung, so daß anzunehmen ist, daß wenn Mißgriffe stattfinden sollten, die Behörden dieselben zurückweisen würden. Ich empfehle Ihnen meinen Antrag zur Annahme.

Mart i, Vaudirektor, Berichterstatter des Regierungsrates. Was mich anbetrifft, so kann ich mich der Auffassung des Herrn Weber gerne anschließen. Allein ich weiß nicht, ob Herr Weber wirklich der Stimmung der Mehrheit unserer Landbevölkerung Ausdruck giebt. Ein Hauptgrund der Verwerfung der frühern Vorlage bestand nach unsern Ermittlungen darin, daß zu leicht die eine Hälfte der Grundeigentümer die andere zwingen konnte, sich in den Eigentumsverhältnissen sehr erheblich beschränken zu lassen. Wir sagten uns daher, man müsse dem Eigentum etwas mehr Rücksicht schenken, und deshalb haben wir zwei Drittel der Grundeigentümer und des Steuerwertes verlangt. Wenn nun Herr Weber glaubt, die weitherzigere und volkswirtschaftlich in hohem Maße vorzuziehende Bestimmung, daß die absolute Mehrheit den Aus-

schlag geben solle, werde vom Volke acceptiert, so kann sich die Regierung dem Antrage des Herrn Weber sehr gerne anschließen. Herr Weber weist auf das Wasserbaupolizeigesetz hin, das allerdings in dieser Beziehung viel weitherziger ist. Allein es ist zu bemerken, daß das Wasserbaupolizeigesetz weit mehr öffentliche Interessen zu schützen hat, als das vorliegende Flurgesetz, bei dem es sich eigentlich nur um die Interessen der Beteiligten handelt. Ferner ist zu bemerken, daß wenn das Wasserbaupolizeigesetz dem Volke hätte vorgelegt werden müssen, dasselbe jedenfalls auch nicht angenommen worden wäre. Heute müssen wir mit jedem Gesetze vor das Volk, und wir müssen daher, ich will nicht sagen mit der Engherzigkeit, aber doch mit dem Selbstbewußtsein des Volkes, daß sich nicht gern in seine Privatverhältnisse hineinregieren läßt, in höherem Maße rechnen, als früher. Wenn aber Herr Weber glaubt, man bringe das Gesetz durch, wenn man nur die absolute Mehrheit verlangt, so bin ich darüber herzlich froh und kann mich seinem Antrag lebhaft anschließen.

Leuch, Berichterstatter der Kommission. Ich habe bereits bei der ersten Beratung diesen Punkt berührt und betont, daß die Kommission die von Herrn Weber beanstandete Bestimmung hauptsächlich aus referendumpolitischen Gründen aufgenommen hat. Seither bin ich mit verschiedenen Grundbesitzern zusammengekommen und diese haben erklärt, sie seien froh, daß man eine Zweidrittelmehrheit verlange, indem dadurch den kleinern Grundbesitzern eine Garantie geboten werde, daß sie nicht so leicht von den größern majorisiert werden können; sie werden also für das Gesetz stimmen, sollte man aber auf die Sache zurückkommen und nur die absolute Mehrheit verlangen, so wollen sie sich die Sache noch überlegen. Ich möchte Ihnen deshalb empfehlen, wenn Sie das Gesetz durchbringen wollen, es bei den zwei Dritteln bewenden zu lassen. Es wird auch so noch schwer halten, in allen Kreisen das Gesetz populär zu machen.

Weber (Graswy). Nur zwei Worte. Wenn es sich bloß um die Zweidrittelmehrheit der Grundbesitzer handeln würde, so könnte ich die Sache begreifen. Allein es wird eine Zweidrittelmehrheit nach zwei Richtungen hin verlangt und dies ist in den meisten Fällen gleichbedeutend mit einer Dreiviertelmehrheit der Grundbesitzer. Es müssen nahezu alle Grundbesitzer einverstanden sein, und dies hat mich veranlaßt, eine etwas weitherzigere Bestimmung vorzuschlagen, damit man etwas Rechtes machen kann; im andern Falle hat das ganze Gesetz wenig Bedeutung.

#### A b s t i m m u n g.

Für den Entwurf (gegenüber dem Antrag Weber) . . . . . Mehrheit.

In der nun folgenden

#### S c h l u ß a b s t i m m u n g

wird das Gesetz als Ganzes mit Mehrheit angenommen.



Herr Vicepräsident Moschard übernimmt den Vorsitz.

### Beitrag an den Bau eines Technikumgebäudes in Biel.

Regierungsrat und Staatswirtschaftskommission beantragen, der Einwohnergemeinde Biel an den Bau eines Technikumgebäudes einen Staatsbeitrag von 250,000 Fr. zu bewilligen und zwar unter folgenden Bedingungen:

1. Die Baupläne, mit Inbegriff der Bestimmung des Bauplatzes, unterliegen der Genehmigung des Regierungsrates.
2. Im Fall der Verwendung des Gebäudes zu andern und vom Regierungsrat nicht anerkannten Zwecken ist dem Staat der geleistete Beitrag von 250,000 Fr. zurückzuerstatten.
3. Die Aufsichtskommission des Technikums wird gewählt: der Präsident und die Hälfte der übrigen Mitglieder durch den Regierungsrat, die übrigen Mitglieder durch den Gemeinderat von Biel.
4. Das Organisationsreglement und der Lehrplan der Anstalt unterliegen der Genehmigung des Regierungsrates.

v. Steiger, Direktor des Innern, Berichterstatter des Regierungsrates. Unterm 27. November 1894 hat der Gemeinderat von Biel das Gesuch an den Regierungsrat zu Händen des Großen Rates gerichtet: „Der Große Rat wolle der Einwohnergemeinde Biel an die Erstellungskosten des Neubaus für das westschweizerische Technikum in Biel einen möglichst großen Staatsbeitrag zusichern, wobei dem Staate das Recht vorbehalten sein soll, allfällige ihm gut scheinende Bedingungen zu stellen.“ Der Regierungsrat beantragt Ihnen, in Entsprechung dieses Gesuches, an den Neubau des Technikums in Biel unter Bedingungen, die ich Ihnen später mitteilen werde, einen Staatsbeitrag von 250,000 Fr. zu bewilligen.

Die Geschichte des Technikums in Biel ist Ihnen allen in der Hauptsache bekannt. Dasselbe ist Ende der 80er Jahre durch Erweiterung schon bestehender gewerblicher Bildungsanstalten entstanden. Die erste gewerbliche Bildungsanstalt, die Biel besessen hat, ist die Uhrmacherschule, die der Mittelpunkt zur Heranbildung tüchtiger Arbeiter und Geschäftsführer in der früher so blühenden Uhrenindustrie sein sollte und die auch während langer Zeit mit schönem Erfolge ihre Aufgabe erfüllt hat. An die Uhrmacherschule hat sich Ende der 80er Jahre eine Abteilung für Kleinmechanik angeschlossen, hervorgegangen aus dem Bedürfnis, die Schüler der Uhrmacherschule in den Stand zu setzen, die für ihre Arbeit notwendigen Werkzeuge selbst zu erstellen. Naturgemäß hat sich an diese Abteilung für Kleinmechanik auch bald die Elektrotechnik angeschlossen, wenn auch zuerst nur in ganz kleinen Anfängen. Biel ist mit dem Plane umgegangen, Sitz der kantonalen höhern Gewerbeschule zu werden, und es hat sich deshalb beeilt, ein westschweizerisches Technikum zu gründen, bevor noch der Beschluß bezüglich einer kantonalen Gewerbeschule erfolgt war. Die Hoffnungen Biels nach dieser Richtung sind nicht in Erfüllung gegangen, indem der Große Rat den Sitz der kantonalen höhern Gewerbeschule nach Burgdorf verlegt hat.

Biel hat jedoch seine lokalen Bestrebungen, die darauf hingingen, an Stelle der etwas einseitigen industriellen Richtung, die dort bestanden hat, eine größere Mannigfaltigkeit der gewerblichen Thätigkeit zu pflegen, nicht aufgegeben, sondern es fuhr fort, die Ausbildung und Erweiterung seines Technikums zu betreiben. Die Haupterweiterung erfolgte durch Gründung der Eisenbahnschule, mit welcher Biel einen außerordentlich glücklichen Griff gethan hat, indem diese Schule zweifelsohne einem in weiten Kreisen vorhandenen Bedürfnis entsprochen hat, und zwar erfolgte die Gründung zu rechter Zeit; hätte man länger zugewartet, so wäre höchst wahrscheinlich in einer andern schweizerischen Stadt, vermutlich in Lausanne, eine Eisenbahnschule gegründet worden. Daß die Schule einem Bedürfnis entgegenkam, beweist der Umstand, daß sie rasch die stärkste Abteilung der ganzen Anstalt wurde. Das gedruckte Verzeichnis pro 1894 weist im ganzen 302 ordentliche Schüler und 27 Hospitanten auf. Diese Schüler verteilen sich auf die verschiedenen Abteilungen folgendermaßen: Uhrmacherschule 25, Elektrotechnik 46, Kleinmechanik 43 (theoretische Kurse 22, praktische Kurse 21), kunstgewerbliche Abteilung 40, bautechnische Abteilung 34, Eisenbahnschule 114. Die Eisenbahnschule macht also mehr als den dritten Teil der ganzen Anstalt aus. Der Große Rat hat übrigens sein Interesse an der Eisenbahnschule schon dadurch bekundet, daß er derselben einen Beitrag von Fr. 4000 im ersten und einen solchen von Fr. 5000 im zweiten Jahre gesprochen hat. Es ist jedoch nicht nur die Uhrmacher- und die Eisenbahnschule vom Staate unterstützt worden, sondern auch an die übrigen Abteilungen, eine einzige ausgenommen, wurden seit Jahren Subventionen verabfolgt, im gleichen Maße und nach den gleichen Grundsätzen, nach denen der Staat überhaupt gewerbliche Fortbildungsschulen subventioniert. Handwerkerschulen, Zeichnungsschulen, Uhrmacherschulen, Schnitzerschulen, Lehrwerkstätten u. erhalten vom Kanton durchschnittlich einen Beitrag von einem Drittel der Kosten ihres Unterrichts, gleichwie auch der Bund, gestützt auf das Bundesgesetz vom Brachmonat 1884, in der Regel einen Beitrag von einem Drittel leistet. Es beruhen diese Staatsbeiträge an alle die genannten Schulen allerdings nicht auf einem Gesetz, nicht einmal auf einem Dekret, sondern sie beruhen zum Teil auf regierungsrätlichen Verordnungen und allgemein auf den Budgetbeschlüssen des Großen Rates, indem jedes Jahr der Direktion des Innern eine bestimmte Summe zur Unterstützung von Fach- und Gewerbeschulen bewilligt wird, wobei sich die staatliche Unterstützung, wenn auch nicht pflicht-, so doch übungsgemäß, nach dem Maßstabe richtet, den der Bund für seine Subventionen anwendet. In dieser Weise haben wir also auch die verschiedenen Abteilungen des Technikums in Biel subventioniert und dasselbe damit auf die gleiche Linie gestellt, wie alle andern Anstalten, die an der gewerblichen Ausbildung in dieser oder jener Weise arbeiten.

Heute handelt es sich nun um etwas anderes, nämlich um eine Subvention an den Neubau des Anstaltsgebäudes. Das ist nun allerdings etwas ausnahmsweises. Der Staat pflegt sonst an die Lokalitäten der gewerblichen Bildungsanstalten keine Beiträge zu verabfolgen, sondern nur an die Kosten des Unterrichts. Wir haben uns deshalb die Frage stellen müssen: Besteht eine Pflicht des Staates gegenüber Biel, an den Neubau der Anstalt eine Subvention zu geben? Diese Frage war zu ver-

neinen; eine solche Pflicht des Staates existiert nicht. Wir stellen uns dann die weitere Frage: Ist eine solche Subvention nach dem Gesetz zulässig und innerlich berechtigt? In dieser Beziehung glaubt die Regierung, daß keine gesetzliche Bestimmung den Großen Rat irgendwie hindere, an solche Werke, die er als von großem allgemeinem Interesse anerkennt, einen Staatsbeitrag zu verabsorgen. Der Große Rat hat auch schon wiederholt mehr Beiträge verabsorgt, als er schuldig gewesen wäre; er giebt große Beiträge an Brückenbauten, so z. B. an die Kornhausbrücke in Bern in einem Maße, zu dem er nicht verpflichtet gewesen wäre, aber er gab den Beitrag in der Ueberzeugung, daß damit ein Werk geschaffen werde, das dem ganzen Lande zum Nutzen und zur Ehre gereichen werde. Ich will die Beispiele nicht vermehren; ich wollte damit nur beweisen, daß der Große Rat durch nichts gehindert ist, an größere Unternehmungen Beiträge zu verabsorgen, sobald er die Ueberzeugung hat, daß es sich um ein Werk handelt, das mehr als bloß lokale Bedeutung hat, um ein Werk, das weitem Kreisen unseres Landes Nutzen und Segen bringen soll.

Nun glauben wir, ein solches Werk sei das westschweizerische Technikum in Biel. Es kommt ihm eine Bedeutung zu, die entschieden über die lokalen Schranken hinausgeht. Biel bildet nicht nur seine eigene Jugend an der Anstalt aus, sondern dieselbe wird von der Jugend eines nicht unbedeutenden Teils des Kantons besucht, und es hat entschieden für den ganzen Kanton Wert, wenn in der zweitgrößten Stadt desselben Anstrengungen gemacht werden, um der gewerblichen Thätigkeit eine größere Ausdehnung und eine größere Vielseitigkeit zu geben, also mehr Solidität und Sicherheit für die Zukunft zu schaffen, indem ja bekannt ist, auf wie schwachen Füßen gegenwärtig die einst so blühende und gewinnbringende Uhrenindustrie steht und von der mit Sicherheit anzunehmen ist, daß sie niemals zu ihrer früheren Blüte zurückkehren wird. Es kann deshalb nur von Wert für das Land sein, wenn in Biel und von Biel aus im ganzen Lande andere gewerbliche Thätigkeit gefördert wird. Wenn dies der Fall ist, so werden Sie darüber nicht im Zweifel sein, daß der Große Rat berechtigt ist, an den Bau des Anstaltsgebäudes, das immerhin von der Gemeinde Biel ein großes Opfer verlangt, einen Beitrag zu leisten.

Der gesamte Bau war vorläufig auf Fr. 657,794 veranschlagt. Der Regierungsrat hat aber als Grundlage für den Staatsbeitrag eine kleinere Summe angenommen. Wir haben alles eliminiert, was sich auf den Bauplatz, Terrassierung, Kanalisation, Zufahrten, Wasser, Gas u. dgl. bezieht, im Betrage von Fr. 92,000. Wir haben ferner einen Posten von Fr. 53,000 eliminiert, der dem Wert des gegenwärtigen Gebäudes der Uhrmacherschule entspricht. Ferner haben wir noch einige andere Posten in Abzug gebracht, so daß noch eine runde Summe von Fr. 500,000 übrig blieb. Es wird Ihnen nun beantragt, an diese Summe die Hälfte mit Fr. 250,000 zu bewilligen, so daß also in Wirklichkeit der Gemeinde Biel noch eine Summe von Fr. 3 bis 350,000 zur Bestreitung übrig bleibt, auch wenn sie ihr Projekt um ein Erhebliches reduziert, wie dies wahrscheinlich wird der Fall sein müssen.

Ueber die Höhe und die Berechtigung dieser Subvention scheint man auch in weitem Kreise ziemlich einverstanden zu sein; es sind auch der Regierung von keiner Seite irgendwie grundsätzliche Einwendungen gemacht

worden. Geringer ist in den letzten Tagen der Regierung und der Staatswirtschaftskommission eine Eingabe des Gemeinderates von Burgdorf zugekommen, worin derselbe, unter voller Anerkennung der Berechtigung der Anstalt in Biel, der Besorgnis Ausdruck giebt, es könnte durch einzelne Abteilungen des Technikums in Biel der kantonalen, staatlichen Anstalt in Burgdorf in schädigender Weise Konkurrenz gemacht werden, und deshalb das Begehren stellt, es möchte bei Anlaß der Subventionierung des Neubaus in Biel eine Ausscheidung der Aufgaben der beiden Anstalten in der Weise stattfinden, daß jeder Anstalt bestimmte Unterrichtsabteilungen zugewiesen werden, so daß nicht die gleiche Unterrichtsabteilung an beiden Orten gepflegt würde und nicht die eine der andern mehr oder weniger Konkurrenz mache. Die Eingabe des Gemeinderates von Burgdorf, ich wiederhole das, richtet sich also nicht gegen die Subventionierung an sich, sondern bloß — wenn ich mich so ausdrücken darf, der Ausdruck steht nicht in der Eingabe — gegen die schrankenlose Freiheit der Bewegung, die man dem Technikum in Biel hinsichtlich seines Lehrplanes einräumt. Diese Eingabe hat den Regierungsrat noch in den letzten Tagen veranlaßt, die Bedingungen, unter denen die Subvention beantragt wird, noch etwas zu modifizieren und diejenigen Maßregeln vorzuschreiben, die er als die notwendige Konsequenz einer so großen Beteiligung des Staates am Neubau erachtet. Wir beantragen Ihnen folgende Bedingungen: „1. Die Baupläne mit Inbegriff der Bestimmung des Bauplatzes unterliegen der Genehmigung des Regierungsrates; 2. Im Falle der Verwendung des Gebäudes zu andern und vom Regierungsrat nicht anerkannten Zwecken ist dem Staat der geleistete Beitrag von Fr. 250,000 zurückzuerstatten.“ Es ist das eine Bedingung, die voraussichtlich niemals zur praktischen Anwendung kommen wird; aber wir wollen doch konstatieren, daß diese Fr. 250,000 den Bielern nicht etwa dahin und daweg geschenkt werden. Von selbst versteht es sich, daß der Staat in keiner Weise für den Unterhalt des Gebäudes in Anspruch genommen werden darf und ebensowenig für den Unterhalt und die Ergänzung des Anstaltsmobiliars. Es war das ursprünglich noch in einer besonderen Bedingung gesagt und zugleich wurde ausgesprochen, daß hinsichtlich des jährlichen Staatsbeitrages an den Betrieb der Schule gewisse einschränkende Grundsätze zu beobachten seien, nämlich daß zwar der Kanton bis auf einen Drittel der sämtlichen Unterrichtskosten gehen könne, jedoch unter Ausschluß solcher Abteilungen, die bereits an der kantonalen Anstalt in Burgdorf vertreten sind. Es betrifft das hauptsächlich die sogenannte baugewerbliche Abteilung, die in Biel mit der kunstgewerblichen Abteilung vereinigt ist. Eine Hauptabteilung unseres kantonalen Technikums in Burgdorf bildet die bautechnische Abteilung, die sowohl in Bezug auf die Lehrer, als in Bezug auf die Lehrmittel und die ganze Anlage in einer Weise ausgerüstet ist, daß man wohl sagen kann, sie erfülle in jeder Hinsicht die Aufgabe, tüchtige Bautechniker heranzubilden. Wir haben nun in der Regierung nicht erst seit der Eingabe des Gemeinderates von Burgdorf, sondern seit dem Bestande der kantonalen Anstalt in Burgdorf, die Ansicht gehabt, Biel sollte sich auf diejenigen Unterrichtsabteilungen beschränken, welche in Burgdorf nicht vertreten sind, indem auch dann sein Technikum noch ein schönes und großes Feld der Thätigkeit haben werde. Die Regierung hat sich aber nicht für

kompetent gehalten, dem Gemeinderat von Biel etwas vorzuschreiben und ihm zu verbieten, in Verbindung mit der kunstgewerblichen Abteilung auch baugewerblichen Unterricht erteilen zu lassen. Wenn irgend eine Gemeinde an ihrer Handwerkerschule auch baugewerblichen Unterricht erteilen lassen will, so steht ihr das frei. Dagegen hat die Regierung bei Berechnung des Staatsbeitrages die Kosten der baugewerblichen Abteilung nicht berücksichtigt. Der Regierungsrat hat anfänglich unter die Bedingungen der Subvention auch für die Zukunft die nämliche Vorschrift aufgenommen gehabt. Nachdem aber die Staatswirtschaftskommission aus Gründen, die Ihnen der Herr Berichterstatter der Staatswirtschaftskommission auseinandersetzen wird, Streichung der ganzen Bedingung 3, die sich auf den Betrieb der Anstalt bezog, beschlossen hat, will der Regierungsrat die Sache nicht weiter komplizieren, sondern verzichtet darauf, diese Bedingung in den Beschluß aufzunehmen, immerhin in dem Sinne, daß alljährlich bei Bestimmung des Beitrages an die Unterrichtskosten diejenigen Abteilungen, die in Burgdorf vollständig und genügend vertreten sind, nicht in Berechnung gezogen werden sollen.

Eine fernere Bedingung betrifft die Wahl der Aufsichtskommission. Wir glauben, wenn der Kanton sich in so außerordentlicher Weise, ohne daß er dazu die Verpflichtung hätte, an dem Bau der Anstalt beteilige, so solle auch dem Staat das Uebergewicht in der Aufsichtskommission gegeben werden, indem wir sagen: „Die Aufsichtskommission wird gewählt: der Präsident und die Hälfte der übrigen Mitglieder durch den Regierungsrat, die übrigen Mitglieder durch den Gemeinderat von Biel.“ Es würde auf diese Weise das gleiche Verhältnis hergestellt, wie es bei der Gewerbeschule in Burgdorf und bei allen Sekundarschulen besteht. Es kann für die Anstalt in Biel nur von Nutzen sein, wenn Vertreter des Staates in der Aufsichtskommission sitzen und sich unter denselben auch einige sachkundige Männer von auswärts befinden. Selbstverständlich ist es dabei, daß der Regierungsrat seine Vertreter nicht ausschließlich außerhalb Biel suchen, sondern daß er immerhin Männer auswählt, die den Verhältnissen von Biel nahestehen.

Als letzte Bedingung haben wir aufgestellt: „Das Organisationsreglement und der Lehrplan der Anstalt unterliegen der Genehmigung des Regierungsrates.“

Dies sind die Bedingungen, unter denen die Verabfolgung einer Subvention von Fr. 250,000 an das Technikum in Biel beantragt wird. Es wäre uns außerordentlich lieb gewesen, wenn die ganze Angelegenheit in einer Weise hätte vorbereitet werden können, daß keinerlei Meinungsdivergenz, auch im Räte nicht, sich hätte geltend zu machen brauchen und daß die Befürchtungen, die namentlich die Gemeindebehörden von Burgdorf haben, ganz hätten beseitigt werden können. Wir glauben, die beiden Anstalten in Burgdorf und Biel können in Zukunft neben einander existieren, ohne daß die eine der andern Schaden bringt. Ich habe auch die Ueberzeugung, daß wenn es sich wirklich herausstellen sollte, daß diese oder jene Abteilung in Biel mit den Interessen der kantonalen Anstalt in Widerspruch stehe, die wir zu hegen und zu pflegen die Pflicht haben, die Bieler selber Hand bieten werden, um alles zu beseitigen, was etwa schädigend auf Burgdorf wirken könnte. Zur Stunde liegt eine solche Schädigung nicht vor, und wir glauben deshalb, es genüge, wenn in der angegebenen Weise dem Staate

eine gehörige Mitwirkung in der Aufsicht und Leitung der Anstalt in Biel zugesichert ist. Ich empfehle Ihnen die Anträge des Regierungsrates zur Annahme.

Bühler, Berichterstatter der Staatswirtschaftskommission. Das Geschäft, das in Beratung liegt, ist das wichtigste Finanzgeschäft dieser Session, nicht nur wichtig wegen der großen Summe, welche von Ihnen verlangt wird, sondern es bietet auch einige Schwierigkeiten, weil man, wenigstens scheinbar, nach einer gewissen Richtung hin mit Burgdorf in Konflikt kommt, welcher Orttschaft der Große Rat seiner Zeit den Sitz des kantonalen Technikums anvertraut hat.

Bevor ich auf die Sache selbst eintrete, muß ich mein Bedauern darüber aussprechen, daß den Mitgliedern des Großen Rates über dieses wichtige Geschäft nicht eine gedruckte Vorlage zugestellt worden ist. Ich halte dafür, es sei absolut erforderlich und eigentlich nicht zu umgehen, bei allen solchen wichtigen Fragen, wo eine so große Summe der Staatskasse entzogen werden soll, die Mitglieder des Großen Rates nach allen Richtungen hin zu orientieren, was am leichtesten dadurch ermöglicht wird, daß den Mitgliedern ein gedruckter Bericht unterbreitet wird. Ich möchte daher bei diesem Anlaß den der Regierung schon wiederholt ausgesprochenen Wunsch, sie möchte für rechtzeitige Zustellung eines gedruckten Berichtes sorgen, mit allem Nachdruck wiederholen.

Wenn nun das Geschäft nach Ansicht der Staatswirtschaftskommission heute gleichwohl behandelt werden kann, so läßt sich das hauptsächlich dadurch erklären, daß dasselbe sowohl in der Regierung als in der Staatswirtschaftskommission sehr eingehend geprüft worden ist. Ich verzichte darauf, Ihnen die Entwicklungsgeschichte des kantonalen und des westschweizerischen Technikums nochmals vor Augen zu führen. Es ist das bereits durch den Herrn Berichterstatter der Regierung geschehen und die ganze Angelegenheit ist Ihnen noch in frischer Erinnerung. Ich beschränke mich darauf, Ihnen mitzuteilen, in welcher Weise sich die Prüfung und Behandlung dieses Geschäftes im Schoße der Staatswirtschaftskommission gemacht hat und zu welchem Antrage wir gelangt sind. Die Staatswirtschaftskommission hat letzten Freitag in Biel einen Augenschein vorgenommen, und wir haben dort allerdings eine technische Lehranstalt gefunden, die zwischen 3—400 Schüler und auch die genügende Anzahl Lehrer hat, die aber in ganz sonderbarer Weise platziert ist. Die Unterrichtslokale und die Werkstätten sind in sehr vielen Gebäuden zerstreut. In einer Mädchenschule, in einem allerdings sehr großen und geräumigen Hause, finden wir im Souterrain die elektrotechnische Abteilung untergebracht. Die betreffende Räumlichkeit ist aber viel zu klein; es find dort ein Gasmotor, eine Dynamomaschine, verschiedene Präparate und Versuchsmaschinen untergebracht, alles auf so engem Raum, daß die Schüler fast keinen Platz mehr finden und man genötigt ist, die Klassen schichtenweise zu unterrichten. Im Estrich des nämlichen Gebäudes wird modelliert, aber in Räumlichkeiten, in denen im Sommer eine so fürchterliche Atmosphäre herrscht, daß es kaum auszuhalten ist; auch kann von einer richtigen Beleuchtung nicht die Rede sein; statt der tiefen Beleuchtung, wie sie nötig wäre, hat man die horizontale Beleuchtung, was auf den Unterricht ungemein störend einwirkt. Ziemlich weit von diesem Gebäude abgelegen, finden wir in einem frühern Fabrik-



gebäude die mechanische Abteilung untergebracht. Auch hier sind die Räumlichkeiten viel zu eng und wenn man diese Unterrichtsanstalt dem Fabrikgesetz unterstellen würde, müßte der Fabrikinspektor entschieden sofort einschreiten. In einem Neubau ist die Eisenbahnschule untergebracht. Diese ist verhältnismäßig am richtigsten plazierte; allerdings ist der Bau etwas leicht ausgeführt, aber doch so, daß die Lokalitäten entsprechen. Endlich kommt noch das Gebäude der Uhrmacherschule, das sehr zweckmäßig eingerichtet ist, das einem aber leider zeigt, wie sehr diese ganze Branche zurückgeht. Die Zahl der Schüler ist nämlich seit einiger Zeit sehr zurückgegangen.

Diese sehr verschiedene Platzierung der Unterrichtslokalitäten ist natürlich auf den Gang des Unterrichts von ungemein nachteiligem Einfluß. Die Schüler müssen fast den ganzen Tag von einer Lokalität zur andern laufen, und dies hat nicht nur einen großen Zeitverlust zur Folge, sondern es ist natürlich auch die Disziplin ungemein schwer zu handhaben. Wir mußten uns daher sagen, daß da Remedur geschaffen werden müsse. Entweder muß das westschweizerische Technikum aufgehoben werden, denn unter den gegenwärtigen Verhältnissen kann man nicht weiter fortschreiten, oder es muß ein Neubau erstellt werden. Nun wäre die erste Alternative eine sehr beklagenswerte; denn eine Anstalt, die mit so großen Opfern von Seite der Gemeinde ins Leben gerufen worden ist und die blüht und gedeiht, die gute Resultate aufweist und sich durch ihren starken Besuch als ein wirkliches Bedürfnis darstellt, kann nicht mehr aufgehoben werden. Es bleibt also nur die andere Alternative, einen Neubau zu erstellen. Biel hat denn auch bereits im Jahre 1891 den Gemeinderat beauftragt, die nötigen Vorarbeiten für einen Neubau zu treffen. Es fragt sich nun: Soll man der Gemeinde Biel die Kosten dieses Neubaus einzig überlassen oder soll sich der Staat daran beteiligen? Es ist Ihnen bereits vom Herrn Berichterstatter der Regierung auseinandergesetzt worden, daß eine Subventionspflicht des Staates nicht besteht. Im Gesetz über die Errichtung eines kantonalen Technikums ist allerdings gesagt, daß der Staat die Hälfte der Baukosten zu übernehmen habe, aber es ist nichts davon gesagt, daß der Staat auch die Errichtung anderer solcher Anstalten zu unterstützen habe. Eine rechtliche Pflicht des Staates besteht also nicht; es wird sich aber fragen, ob nicht der Große Rat gleichwohl von seiner Kompetenz Gebrauch machen und die Errichtung solcher Gebäulichkeiten unterstützen soll. In dieser Beziehung muß man sich zunächst die Frage vorlegen: Liegt überhaupt diese technische Anstalt in Biel im Interesse nicht nur der Stadt Biel, sondern im allgemeinen öffentlichen Interesse des Kantons? Bei Lehranstalten, die nur einen lokalen Charakter haben, wie Schnitzlerschulen, Uhrmacherschulen, Lehrwerkstätten u. s. w. giebt der Staat bekanntlich an die Gebäulichkeiten keinen Beitrag, sondern nur an den Unterricht. Man geht dabei von der Ansicht aus, daß diese Anstalten mehr nur der betreffenden Ortschaft nützlich seien. Beim westschweizerischen Technikum sind die Verhältnisse etwas andere. Dasselbe wird gegenwärtig von ungefähr 90 Schülern aus dem alten Kantonsteil besucht, die sich auf fast alle Amtsbezirke verteilen, und ferner von annähernd 90 Schülern aus dem Jura. Circa 180 Schüler kommen also aus dem Kanton Bern, und dazu kommen noch circa 150 Schüler aus andern Kantonen. Man ersieht aus diesen Zahlen, daß das Technikum nicht nur eine lokale Bedeutung hat, sondern von kantonalen,

ja sogar von interkantonalen Bedeutung ist. Unter diesen Umständen hält man dafür, und die Staatswirtschaftskommission ist darin einstimmig, daß man sich der Pflicht nicht entziehen könne, die Errichtung eines neuen Anstaltsgebäudes zu unterstützen. Sie haben gehört, daß sogar der Gemeinderat von Burgdorf sich diesem Gedanken nicht widersetzt und ich kann Ihnen mitteilen, daß in der Staatswirtschaftskommission der Vertreter von Burgdorf, Herr Schmid, ebenfalls für die Bewilligung der Subvention gestimmt hat.

Es wird sich nun fragen, unter welchen Bedingungen diese Subvention, die ungefähr 50 % der Devissumme für das Hauptgebäude ausmacht, gewährt werden soll. Es ist Ihnen bereits gesagt worden, daß der Regierung das Recht vorbehalten werden solle, die definitiven Pläne zu genehmigen und auch in Bezug auf die Wahl des Bauplatzes das entscheidende Wort mitzusprechen. Wir haben diesen letztern Vorbehalt gemacht hauptsächlich im Interesse des Friedens in der Stadt Biel; denn wir haben bereits wahrnehmen müssen, daß diese Frage unter Umständen eine etwas kitzliche werden könnte und daß es daher durchaus angezeigt ist, der Regierung das Recht der definitiven Entscheidung einzuräumen.

Wichtiger als diese Bestimmung ist die weitere, daß im Falle der Verwendung des Gebäudes zu andern Zwecken die Subvention zurückzuerstatten sei. Das Hauptmoment aber ist das, in welcher Weise das Verhältnis zwischen dem kantonalen Technikum in Burgdorf und dem Technikum in Biel gestaltet werden solle. Sie haben gehört, daß der Gemeinderat von Burgdorf sich veranlaßt gesehen hat, an die Regierung und die Staatswirtschaftskommission ein Schreiben zu richten und das Begehren zu stellen, daß bei diesem Anlasse das Verhältnis zwischen den beiden Schulanstalten in dem Sinne geordnet werden solle, daß diejenigen Unterrichtszweige, die im Gesetz dem kantonalen Technikum zugewiesen sind, einzig in Burgdorf unterrichtet werden dürfen, so daß Biel sich auf die Uhrmacherschule, die Eisenbahnschule, die elektrotechnische Abteilung und die Abteilung für Kleinmechanik zu beschränken hätte. Es ist auch in der Staatswirtschaftskommission von Herrn Schmid der Antrag gestellt worden, man solle im Subventionsbeschlusse ganz bestimmt sagen, daß die bautechnische Abteilung in Biel eingugehen habe. Die Staatswirtschaftskommission hat gefunden, man könne doch nicht so weit gehen und den Bielern einfach verbieten, an ihrem Technikum eine bautechnische Abteilung einzurichten. Es besteht allerdings in Biel eine sog. bautechnische Abteilung; allein wenn man der Sache auf den Grund geht, so gelangt man zur Ueberzeugung, daß es sich nicht um eine eigentliche bautechnische Schule handelt. Die betreffende Abteilung hat einen einzigen Lehrer und es werden in der Hauptsache nur Pläne gezeichnet; anderer Unterricht wird in dieser Abteilung sehr wenig erteilt. Es ist also mehr nur eine Abteilung für Bauzeichnen und nicht eine bautechnische Schule, wie man sie in Burgdorf hat. Wenn es nun auch ganz begreiflich und natürlich ist, daß Burgdorf seine Interessen wahrt und es nicht gerne sieht, daß in Biel Unterrichtsfächer eingerichtet werden, welche eigentlich der staatlichen Anstalt zukommen sollten, so ist andererseits doch zu bedenken, daß in Wirklichkeit diese bautechnische Schule in Biel nicht so eingerichtet ist, wie es am kantonalen Technikum der Fall ist, und andererseits können wir den Bielern nicht verwehren, dieses Unterrichtsfach ebenfalls einzuführen,

allerdings auf ihre Kosten, d. h. man wird die hantwirtschafliche Schule und überhaupt diejenigen Fächer, welche ausdrücklich der staatlichen Anstalt zugewiesen sind, für den Betrieb nicht subventionieren. Die Regierung hatte anfänglich eine Bestimmung vorgeschlagen in dem Sinne, daß an den Betrieb der Anstalt ein Beitrag von höchstens einem Drittel verabsolgt werde, daß aber diejenigen Fächer ausgeschlossen seien, welche ausdrücklich der staatlichen Anstalt zugewiesen sind. Wir fanden, was den Drittel anbetreffe, so könne man denselben nicht wohl in Form eines Großratsbeschlusses zusichern, sondern es müsse die Bewilligung jemeilen bei der Beratung des Budgets erfolgen, so daß man es jemeilen in der Hand habe, ob man einen Drittel bewilligen wolle oder weniger. Wir haben deshalb diese Bestimmung fallen lassen, und die Regierung hat sich damit einverstanden erklärt. Was den Ausschluß der von Burgdorf beanstandeten Fächer anbetrefft, so halten wir dafür, es sei nicht nötig, dies im Subventionsbeschlusse zu sagen. Wir sind vollständig einverstanden, daß bei Festsetzung des Betriebsbeitrages die von Burgdorf beanstandeten Fächer nicht in Berücksichtigung fallen sollen; allein das gehört nicht in diesen Beschluß, sondern gehört zur Budgetberatung. Auch kann die Regierung bei der Prüfung des Unterrichtsprogramms, die ihr ausdrücklich vorbehalten ist, darauf Rücksicht nehmen, daß nicht solche Fächer aufgenommen werden, die der staatlichen Anstalt zugewiesen sind. Man hat also alles vollständig in der Hand: der Große Rat kann eingreifen bei Festsetzung des Budgets, und die Regierung kann die Interessen des kantonalen Technikums wahren, wenn es sich darum handelt, den Unterrichtsplan für das Technikum in Biel zu genehmigen.

Eine fernere Bedingung geht dahin, daß der Präsident und die Hälfte der Mitglieder der Aufsichtskommission von der Regierung zu wählen seien, und endlich wird verlangt, daß das Organisationsreglement und der Lehrplan ebenfalls von der Regierung zu prüfen und zu genehmigen sei.

Was nun die Höhe der Subvention anbetrefft, so habe ich bereits gesagt, daß dieselbe ungefähr die Hälfte der Kosten des Hauptgebäudes ausmacht. Es ist dabei zu bemerken, daß der Gemeinde Biel noch sehr große Opfer auffallen. Sie hat nicht nur die andere Hälfte der Baukosten zu bestreiten, sondern außerdem noch den Grunderwerb, die Terrassierung, die Treppenanlagen, die Kanalisation, alles Dinge, die sich auf hohe Summen belaufen. Ferner ist die Erstellung eines Nebengebäudes in Aussicht genommen, daß auch ungefähr 60,000 Fr. kostet und bei Berechnung der Subvention nicht mit in Berücksichtigung gezogen ist. Die Gemeinde wird daher immerhin noch ein Opfer von 300,000 bis 350,000 Fr. zu bringen haben. Wir halten deshalb dafür, es sei eine Subvention von 250,000 Fr. durchaus billig und den Verhältnissen angemessen.

Was nun die von Burgdorf geäußerte Befürchtung betrifft, es könnte sich das Technikum in Biel immer mehr quasi zu einer Konkurrenzanstalt des staatlichen Technikums herausbilden, so können wir dieses Bedenken nicht teilen. Ich glaube, die beiden Anstalten können ganz gut nebeneinander bestehen; sie haben sich bereits beide als wirkliches Bedürfnis erwiesen und sie werden sich gegenseitig ergänzen, weil in der Hauptsache ja nicht die nämlichen Unterrichtsfächer erteilt werden. Wie die Frequenz zeigt, werden beide Anstalten blühen und ge-

deihen. Es sind erst 7 oder 8 Jahre verstrichen, seitdem Herr Kollege Demme die bekannte Motion betreffend Errichtung eines Technikums einbrachte, und nun haben wir bereits zwei technische Anstalten mit zusammen ungefähr 500 Schülern. Biel wird schon in nächster Zeit 400 Schüler aufweisen und Burgdorf, dessen Anstalt erst seit einem oder zwei Jahren im Betriebe ist, hat schon jetzt etwa 150 Schüler, und wenn man weiß, daß Winterthur mit einer ganz geringen Schülerzahl angefangen hat, die rasch auf 500, 600 und 700 Schüler gestiegen ist, so kann man mit Sicherheit annehmen, daß auch Burgdorf in sehr kurzer Zeit auf 300 bis 400 Schüler kommen wird. Wir glauben darum, wir haben beide technische Anstalten nötig, die staatliche und die auf privater Initiative beruhende in Biel. Sie werden beide blühen und gedeihen und dem Kanton Bern zum Nutzen gereichen, und ich glaube, wir dürfen auch stolz darauf sein, daß wir auf dem so wichtigen Gebiete der gewerblichen Bildung in so kurzer Zeit so schöne und große Erfolge erzielt haben. Namens der Staatswirtschaftskommission beantrage ich Ihnen, die Subvention von Fr. 250,000 unter den mitgeteilten Bedingungen zu bewilligen.

Schmid. Wie Sie bereits vernommen haben, habe ich in der Staatswirtschaftskommission zum Antrag der Regierung einen ergänzenden Antrag gestellt, der allerdings in der Minderheit geblieben ist. Allein trotzdem glaube ich, es liege in meiner Pflicht, diesen Antrag hier neuerdings zu stellen und zwar in etwas veränderter Form.

Es ist Ihnen mitgeteilt worden, der Gemeinderat von Burgdorf habe an die Regierung und die Staatswirtschaftskommission eine Eingabe in dem Sinne gerichtet, daß allerdings die Subventionierung des Technikums in Biel nicht bestritten wurde, daß aber Burgdorf glaube, es sollte bei diesem Anlasse bestimmt festgestellt werden, in welchem Verhältnis die beiden Gewerbeschulen zu einander stehen. Sie haben zwar gehört, daß man sich vorbehalte, diese Frage jemeilen beim Budget, speziell was den Beitrag an den Betrieb anbetrefft, zu entscheiden. Ich muß sagen, daß es nicht im Interesse des Großen Rates und nicht im Interesse der beiden Schulen sein kann, wenn über diese Frage ständig Diskussionen stattfinden müssen. Meine Ansicht wäre eigentlich die gewesen, und wir in Burgdorf wären vollständig damit einverstanden, man sollte die ganze Angelegenheit gesetzlich neu regulieren und in dem neuen Gesetze nicht nur ein Technikum vorsehen, sondern deren zwei, und ferner in dem Gesetze genau feststellen, was jeder dieser beiden kantonalen Schulen zugewiesen sei. Das wäre die natürlichste und beste Lösung. Ich muß nun aber sagen, daß ich gegenüber Biel nicht den Mut hätte, diesen zweiten Antrag zu stellen, indem ich befürchte, es würde ein solches Gesetz wahrscheinlich verworfen werden. Im Interesse der Schwesteranstalt in Biel abstrahiere ich daher von diesem Antrag. Ich habe aber geglaubt, die Sache ließe sich so lösen, daß an die Subvention eine entsprechende Bedingung geknüpft würde. Man sagt, man könne den Bielern nicht befehlen, das und das Fach an ihrer Schule nicht zu lehren. Dieser Ansicht bin ich nicht. Wir geben der Schule einen großen Beitrag an den jährlichen Unterhalt, und heute verlangt man, daß man auch die Hälfte der Baukosten übernehme. Ich glaube daher, daß man vollständig berechtigt sei, bei der Bewilligung der Sub-



vention diejenigen Bedingungen zu stellen, die für die Zukunft alle Zwistigkeiten heben würden.

Es ist Ihnen bereits gesagt worden, daß die Sache so, wie sie heute vorliegt, nicht ganz so ist, wie sie sein sollte. Zunächst habe ich, wie der Herr Berichterstatter der Staatswirtschaftskommission, ebenfalls einen gedruckten Bericht sehr vermist. Ferner sind sonst bei Behandlung von solchen Geschäften an der Saalwand Pläne aufgehängt worden. Heute sehe ich nichts von solchen Plänen und zwar aus dem einfachen Grunde, weil sie noch nicht fertig sind und weil auch der Bauplatz, der für die Berechnung der Kosten ungemein ins Gewicht fällt, noch gar nicht festgestellt ist. Im Devis ist eine Summe von Fr. 95,000 für Terrassierungen und Straßen in die Neben hinauf aufgenommen. Allein der Bauplatz ist, wie gesagt, noch nicht bestimmt. Kommt das Gebäude ins Thal hinab zu stehen an eine schon bestehende Straße, so fällt diese Summe von Fr. 95,000 dahin. Auch nach der Richtung ist die Sache also etwas unvorbereitet hier vorgelegt worden, und es würde der Sache nichts schaden, wenn auch in anderer Richtung noch einige Bedingungen an den Subventionsbeschluß geknüpft würden.

In der Staatswirtschaftskommission habe ich den Antrag gestellt, es sei zur Bedingung zu machen, daß die beiden durch das Gesetz dem kantonalen Technikum in Burgdorf zugewiesenen Abteilungen innert einer gewissen Anzahl Jahre — ich sagte in 4 Jahren — in Biel verschwinden sollen. Biel hätte gleichwohl noch genügend Arbeit und Gelegenheit, sich nützlich zu machen. Man hat mir dann erwidert, diese beiden Abteilungen existieren in Biel eigentlich nur auf dem Papier, in Wirklichkeit werden sie gar nicht so durchgeführt, wie es im Bericht stehe. Ich habe das nicht recht glauben können. Ich glaube, wenn man einen offiziellen Bericht herausgibt, so sollte man demselben glauben können, und in diesem Bericht ist eine Bauschule mit allen Fächern, wie sie an der Bauschule in Burgdorf gegeben werden, programmäßig mit der Stundenzahl aufgeführt. Ich begreife deshalb nicht, wie man sagen kann, es bestehe in Biel keine eigentliche Bauschule. Ich habe schon einmal, bei Anlaß der Verteilung der Subventionen an die gewerblichen Schulen, den Antrag gestellt, die Regierung möchte eingeladen werden, über die Verteilung der Fächer an die einzelnen Anstalten von der kantonalen Technikumskommission einen Bericht zu verlangen. Ich habe schon in der Kommission gesagt, daß ich absolut keinen großen Wert darauf sehe, daß man sagt, man werde dann die und die Abteilungen für den Betrieb nicht subventionieren. Ich habe die Rechnungen vom letzten Jahre und ebenso die Rechnungen vor drei Jahren, als ich den erwähnten Antrag stellte, etwas genauer durchgegangen, und ich halte dafür, es sei nicht möglich, die Sache streng auseinander zu halten. Eine richtige Regelung ist nur dann möglich, wenn man gewisse Fächer an die eine und gewisse andere Fächer an die andere Schule weist. Ich erlaube mir deshalb, da wir heute nicht im Falle sind, genauer auf die Sache einzutreten, und auch der Regierung Zeit gegeben werden muß, die Sache zu überlegen und mit Biel zu unterhandeln, heute folgenden Antrag zu stellen:

„Der Große Rat erklärt sich grundsätzlich bereit, an den Bau eines Technikumgebäudes in Biel einen Beitrag bis zur Hälfte der Baukosten, im Maximum Fr. 250,000, zu erkennen, jedoch nur unter der Bedingung, daß diejenigen Unterrichtsabteilungen, welche durch das Gesetz der kanto-

nenal Gewerbeshule zugewiesen sind, am westschweizerischen Technikum in Biel nicht gepflegt werden. Der Regierungsrat wird eingeladen, in diesem Sinne dem Großen Räte eine neue Vorlage zu unterbreiten.“

Dieser Antrag ist so ziemlich der Ausdruck der Eingabe der Gemeindebehörden von Burgdorf, und er entspricht auch dem Antrag, den ich in der Staatswirtschaftskommission gestellt habe. Ich mache darauf aufmerksam, daß die Subvention von 250,000 Fr. in diesem Antrage ausdrücklich anerkannt wird und daß man einzig noch die ergänzenden Anträge der Regierung abzuwarten wünscht. Grundsätzlich würde also die Subvention beschlossen und eine Verzögerung hätte mein Antrag für Biel absolut nicht zur Folge, indem, wie gesagt, die Pläne noch nicht fertiggestellt und die Platzfrage noch nicht entschieden ist. Ich empfehle Ihnen, als Minderheit der Staatswirtschaftskommission, meinen Antrag zur Annahme.

Meyer (Biel). Ich finde mich nicht veranlaßt, die Technikumangelegenheit von Biel des Langen und Breiten auseinanderzusetzen, da dies heute bereits in genügender Weise geschehen ist. Ich möchte nur dem Großen Räte mitteilen, wie wir dazu gekommen sind, heute diese Subvention zu verlangen.

In den 70er Jahren hat Biel den Beschluß gefaßt, es sei zum Zwecke der Heranbildung tüchtiger Arbeiter in der Uhrenindustrie eine Uhrmacherschule zu gründen, die auch seither vom Staate regelmäßig subventioniert worden ist. Anfangs der 80er Jahre hat man gefunden, es sei im Interesse unserer Hauptindustrie, der Uhrenmacherei, der bisherigen Anstalt eine neue anzuschließen, nämlich die Kunstgewerbeshule. Auch diese Anstalt ist seither vom Staate subventioniert worden, und beide Anstalten haben nun während langen Jahren das Kunstgewerbe und das Uhrmachergewerbe gepflegt und Schüler herangebildet, die nachher als tüchtige Arbeiter in die Uhrmachergeschäfte eintreten konnten. Ende der 80er Jahre haben die Behörden von Biel mit Rücksicht darauf, daß unsere Hauptindustrie von Jahr zu Jahr zurückgegangen ist, gefunden, lange bevor man von einem kantonalen Technikum gesprochen hat, es sei notwendig, eine eigentliche Gewerbeshule mit verschiedenen technischen Unterabteilungen zu gründen. Allein nachdem wir die Devis aufgestellt hatten, mußten wir sagen, die Stadt Biel allein könne das nicht durchführen, sondern müsse an den Staat wachsen und die Angelegenheit durch den Großen Rat, eventuell durch das Volk beschließen lassen. Inzwischen ist die Frage der Gründung einer kantonalen Gewerbeshule hier im Großen Räte aufgetaucht, und deshalb hat man in Biel gefunden, man wolle warten und sehen, was überhaupt der Staat in dieser Sache beschließen werde. Wir haben uns natürlich immer gesagt, es sei kein anderer Ort für die Errichtung einer Gewerbeshule besser geeignet, als gerade Biel. Biel ist ein industrieller Ort und wir befinden uns ungefähr in der nämlichen Lage, wie Winterthur, wo der Staat Zürich seiner Zeit erklärte: Winterthur ist eine Industriestadt; dorthin muß das Technikum kommen. So haben wir natürlich auch *raisonniert* und geglaubt, es werde in diesem Sinne Beschluß gefaßt werden. Leider aber hat der Große Rat mit einigen Stimmen Mehrheit gefunden, es sei Burgdorf zu berücksichtigen. Wir haben uns gefügt, haben aber in unsern Bestrebungen gleichwohl nicht nachgelassen und haben unsere Anstalt so eingerichtet, daß sie

auch für die Zukunft den Bedürfnissen entspreche. Wir haben in den Behörden immer betont, wir müssen suchen, andere Industrien heranzuziehen, damit die Leute, die bei der Uhrenmacherei ihr Auskommen nicht mehr finden, sich diesen andern Industrien zuwenden können. Dieses Ziel verfolgen wir in Biel seit Jahren, und dies ist der Grund, weshalb wir im Jahre 1889/90 an die bestehenden Anstalten noch weitere Abteilungen hinzufügten. Wir haben damals die Kleinmechanische Abteilung gegründet, ähnlich wie solche auch an den Uhrmacherschulen in Chaux-de-Fonds, Yverle, St. Immer und Genéve bestehen. Nachdem dann später die Elektrizität nach allen Richtungen überhand genommen hat, fanden wir, es sei der Kleinmechanischen Abteilung eine solche für Elektrotechnik anzufügen, indem eines vom andern abhängig sei. So hat man nach und nach diesen Ausbau geschaffen, wie die Verhältnisse es erheischen. Was die Kunstgewerbliche Schule anbetrifft, die wir während 15 Jahren gepflegt und für die wir viel Geld ausgegeben haben, so konnte man dieselbe nicht recht auf die Höhe bringen, indem die Schüler verpflichtet sind, die Schule während sechs Semestern zu besuchen und dort Kunstgewerbliche Zeichnungen auszuführen. Die Schüler haben immer reklamiert, sie wollen nicht während drei vollen Jahren immer die gleichen Zeichnungen machen, sondern sie wollen noch etwas anderes treiben und so kam man auf den Ausweg, daneben noch eine bautechnische Abteilung zu gründen. Die Schule heisst daher nun „Kunstgewerblich-bautechnische Schule“. Nun behauptet man von Seite Burgdorfs, wir haben eine eigentliche Bauerschule eingerichtet, wie sie Winterthur hat, wo in 6 oder 7 großen Sälen die Bautechnik des Langen und Breiten doziert wird. Burgdorf hat Winterthur in Bezug auf die Bauerschule und die Mechanik nachgeahmt; es hat, wie ich mich überzeugt habe, eine eigentliche Bauerschule, und wir hätten vorderhand noch nicht so viel Geld, um unsere Schule so einzurichten, wie es in Burgdorf und Winterthur der Fall ist. Der Anschluß der Bauabteilung an die Kunstgewerbeschule hat zur Folge gehabt, daß wir nun statt zwei oder drei Schüler gegenwärtig schon dreizehn oder vierzehn Schüler haben. Statt daß die Schüler immer nur Kunstgewerbliche Zeichnungen ausführen, müssen sie auch Gebäude- und Brückenpläne zeichnen etc., und wir haben durch dieses Mittel unsere Kunstgewerbeschule gerettet. Im letzten Jahre haben wir an die Kunstgewerbeschule noch eine andere Abteilung angeschlossen, die speziell für unsere Hauptindustrie berechnet ist. Es ist dies die Graveur- und Eiselierschule. Wir sahen uns zu deren Einführung veranlaßt, weil namentlich in der Uhrenmacherei die Graveure so versimpelt sind, daß wir uns sagen mußten: Trotzdem die Uhrenmacherei von Jahr zu Jahr zurückgeht, müssen wir gleichwohl alle Anstrengungen machen, um diese Industrie wieder zu heben. Ich glaube, man kann Biel keinen Vorwurf machen, wenn wir alle Mittel und Wege ausfindig zu machen suchen, um eine Industrie, die dem Lande bis jetzt 80—100 Millionen abgeworfen hat, zu erhalten.

Nun kommt der Gemeinderat von Burgdorf und namentlich Herr Schmid und spricht die Befürchtung aus, wir haben mit der Kleinmechanischen und der bautechnischen Abteilung eine Konkurrenzanstalt geschaffen. Das ist nicht richtig und alle diejenigen Mitglieder der Behörden, die in letzter Zeit unsere Schule besucht haben, sind zur nämlichen Ansicht gelangt. Wenn wir Winterthur hätten

nachahmen wollen, wie es Burgdorf gemacht hat, dann hätten wir allerdings eine Konkurrenzanstalt. Wir haben Winterthur auch angesehen; aber gerade deshalb sagten wir uns: Wir machen die Sache anders. Burgdorf hat die bautechnische und die mechanisch-technische und ebenso die chemisch-technische Abteilung nach dem Muster von Winterthur eingerichtet; in Burgdorf herrscht mehr Theorie und bei uns in Biel mehr Praxis (Hetterkeit). In der mechanischen Abteilung haben wir einfach Werkstätten eingerichtet, wo wir unsere Leute als Lehrlinge aufnehmen und sie zu Arbeitern heranbilden. Wenn einer austritt, so ist er ein gemachter Schlosser oder Mechaniker, der überall Anstellung findet. Es finden denn auch alle unsere Schüler sofort beim Austritt Anstellung zu einer anständigen Besoldung. Wir glauben deshalb, daß unsere mechanische Abteilung keine Konkurrenzanstalt zu Burgdorf ist, sondern unsere Schule ist eine Spezialanstalt, welche sonst im Kanton Bern gar nicht existiert. Ähnlich ist es mit der bautechnischen Abteilung. Gegenwärtig haben wir 26 Schüler. Davon sind 11 von Biel und in der Regel sind alles arme Burtschen, die zum Teil Freiplätze genießen und die nicht nach Burgdorf gehen könnten, weil die Eltern die nötigen Mittel nicht hätten. Wir machen also auch in dieser Beziehung Burgdorf keine Konkurrenz. Die übrigen Schüler sind Schüler aus dem Jura und dem Seeland, von denen die meisten am Morgen mit einem billigen Schülerbillet hergereist kommen, und ich behaupte, daß auch von diesen Schülern nur wenige nach Burgdorf gehen würden. Die Zahl derjenigen Schüler, die durch unsere Anstalt dem Technikum in Burgdorf entzogen werden, reduziert sich also auf ein Minimum, und ich behaupte, es ist gar nicht der Rede wert, hier deswegen so lange Diskussionen heraufzubeschwören.

Die Herren Berichterstatter der Regierung und der Staatswirtschaftskommission haben Ihnen die Bedingungen, unter denen die Subvention gewährt werden soll, mitgeteilt. Ich habe mich gestern in der Staatswirtschaftskommission gegen einige derselben gewehrt; als ich aber gesehen habe, daß die Staatswirtschaftskommission in ihrer Mehrheit anderer Ansicht ist, habe ich mich gefügt, und ich nehme die Bedingungen namens der Gemeinde Biel an. Was das Verhältnis mit Burgdorf betrifft, so wird daselbe später geregelt werden können, ohne daß wir einander zu reiben brauchen. Ich habe Herrn Schmid schon verschiedene Male eingeladen, unsere Anstalt in Biel anzusehen, und wenn er sich einmal entschließen kann, unsere Anstalt zu besuchen, so bin ich überzeugt, daß er sofort zu der gleichen Ueberzeugung gelangen wird, wie die Mitglieder der Staatswirtschaftskommission und der Regierung. Ich spreche deshalb nochmals den Wunsch aus, die Herren von Burgdorf möchten selber einmal nach Biel kommen, und ich bin überzeugt, daß wir keinen großen Hausstreit erhalten werden, sondern daß wir uns so werden einrichten können, daß beide Anstalten prosperieren.

Wenn man sieht, wie gegenwärtig beim Volke die Tendenz herrscht, die Söhne nicht mehr, wie früher, immer nur für wissenschaftliche Berufsarten ausbilden zu lassen, sondern findet, es sei viel besser, den jungen Leuten eine gewerbliche Ausbildung zu teil werden zu lassen, so muß man nicht erschrecken, wenn schon noch einige Gewerbeschulen entstehen. Winterthur hat lange Jahre nur 150 Schüler gehabt. Später hat sich dann die Schülerzahl auf 600 gehoben. Heute haben wir in

Biel bereits 340 Schüler und Burgdorf hat deren 150, macht zusammen 500 Schüler, und gleichwohl hat im letzten Jahre in Winterthur die Schülerzahl wieder zugenommen, so daß dieselbe die Zahl 600 überschritten hat. Das beweist, daß wir noch lange nicht genug Gewerbeschulen haben, sondern daß wir im Gegenteil noch mehr solche werden einrichten müssen, weil man findet, die wissenschaftlichen Berufsarten seien zu sehr überlaufen.

Ich will Sie nicht länger aufhalten. Ich hege die Hoffnung, der Große Rat werde heute nicht den gleichen Fehler begehen, wie das erste Mal, wenn man es so nennen will. Es ist zwar heute kein Fehler mehr, indem wir inzwischen haben konstatieren können, daß die Verhältnisse die Sache so regeln, daß wir statt einer Anstalt zwei solche haben werden, die beide leben können. Ich spreche deshalb den Wunsch aus, der Große Rat möchte dem Antrag der Regierung und der Staatswirtschaftskommission mit großer Mehrheit zustimmen.

**Senn.** Wir haben hier die Nachklänge des Kampfes um das kantonale Technikum und Sie sehen, daß die Vertreter von Biel und Burgdorf für ihre Interessen einstehen. Nun kann man zum Antrage des Herrn Schmid stimmen, noch etwas zuzuwarten, oder zum Antrage der Regierung, die Subvention sofort zu bewilligen; in Wirklichkeit kommt die Sache ziemlich aufs gleiche hinaus. Was mich veranlaßt, das Wort zu ergreifen, das ist der Antrag, es solle in Biel keine bautechnische Abteilung eingerichtet werden dürfen. Ich frage mich: wie soll man eine Kunstgewerbeschule ohne bautechnische Abteilung einrichten? Das ist mir rein unverständlich; denn die Bau- und Kunstdenkmäler sind Kunst- und Bautechniken, und ich würde es sehr bedauern, wenn man im bernischen Großen Räte erklären würde: die und die geistigen Fähigkeiten dürft ihr entwickeln, die andern aber nicht. Das wollen wir nicht machen, beschließe der Große Rat nun Verschiebung oder Nichtverschiebung. Ich betrachte das letztere als Nebensache, obwohl ich es gerne sehen würde, wenn der Antrag sofort beschloffen würde, weil ich darin ein gewisses Veröhnungsmittel erblicke. Aber wichtiger ist mir, daß man den Geist nicht unterbindet und im bernischen Großen Räte nicht so weit geht, daß man erklärt: das und das dürft ihr lehren, das und das dagegen nicht! (Beifall.)

**Dürrenmatt.** Es ist nicht meine Absicht, mich in den Wettstreit zwischen Biel und Burgdorf zu mischen; es sind mir beides gleich liebe Städte. Der Wettstreit ist ja ganz edler Art; aber ich muß an einen grundsätzlichen Beschluß erinnern, den der Große Rat am 1. März dieses Jahres auf den Antrag des Herrn Berichtstatters der Staatswirtschaftskommission gefaßt hat, nämlich, es solle sich in Bezug auf solche Vorlagen der Große Rat nur einmal im Jahre mit Nachkrediten befassen und zwar jeweilen in derjenigen Großratsitzung, welche auf den Abschluß der Bücher folgt. „Für diese Sitzung“, sagte damals der Herr Präsident der Staatswirtschaftskommission, „sollte dann jeweilen die Regierung eine gedruckte Vorlage bringen, aus welcher ersichtlich ist, welche Kredite bewilligt worden sind und in welchem Betrage und weshalb Nachkredite bewilligt werden müssen. Diese gedruckte Vorlage sollte dann auch den Mitgliedern des Großen Rates rechtzeitig zugestellt werden, wie die Staatsrechnung und das Budget.“ Diese Anregung des Herrn Bühler ist von Herrn Schmid in einen förmlichen

Antrag umgewandelt und vom Großen Räte einstimmig genehmigt worden. Zu meiner großen Verwunderung werden wir nun trotzdem mit einem Viertelmillion-Begehren überrumpelt, in Bezug auf das wiederum keine gedruckte Vorlage da ist. Das Begehren wird natürlich wieder Nachkredite zur Folge haben, über die sich der Herr Finanzdirektor bei Anlaß des erwähnten Beschlusses dahin äußerte, er sei der Meinung, wenn ein Mitglied der Regierung einen Nachkredit verlangen müsse, so sollte vorher ein heiliger Schauer durch seine Gebeine fahren. Nun merke ich heute von dem heiligen Schauer in den Gebeinen der Regierung nicht viel (Heiterkeit), indem sie ohne gedruckte Vorlage ein solches Begehren stellt. Durch die Auseinandersetzungen des Herrn Schmid ist übrigens genügend erwahrt, daß die Sache nicht spruchreif ist. Ich will dem Begehren von Biel nicht grundsätzlich entgegen treten, aber ich glaube, es sei keine Gefahr im Verzug, und ich verwundere mich, daß Herr Schmid nicht gerade die richtige Konsequenz zieht und eine präjudizierte Ordnungsmotion stellt. Herr Schmid will grundsätzlich die Subvention bewilligen, aber über die Bedingungen nochmals das Feuer eröffnen. Ich würde es vorziehen, eine reine Ordnungsmotion zu stellen im Sinne der Rückweisung an die Regierung, damit sie in der nächsten Session eine gedruckte Vorlage bringt. Wir wollen auch in der Lage sein, über die Mitteilungen, die von hien und dorthin gemacht werden, in der Zwischenzeit selber Nachforschungen anstellen zu können, damit man sich überzeugen kann, ob die Mitteilungen in dem offiziellen Programm richtig sind oder diejenigen, die hier offiziell gemacht werden, die aber miteinander nicht ganz übereinstimmen. Ich will mich über den wahren Stand der Angelegenheit überzeugen können, bevor ich zu einer Subvention stimme, und ich denke, andere Mitglieder werden es auch so haben. Es ist auch am Platz, daß man einen so wichtigen Beschluß, wie den in der letzten Session gefaßten, nicht von heute auf morgen über den Haufen wirft. Ich kann nicht begreifen, daß von Seiten der Regierung und unseres Großratspräsidenten dieser Beschluß ignoriert worden ist.

**Bühler,** Berichtstatter der Staatswirtschaftskommission. Ich möchte mich nur über den Beschluß aussprechen, der seiner Zeit auf meinen Antrag gefaßt worden ist. Ich glaube, Herr Dürrenmatt ist im Irrtum, wenn er sich auf diesen Beschluß bezieht. Derselbe hat nicht den Sinn, den Herr Dürrenmatt ihm beimißt. Man wollte nur verhindern, daß in jeder Sitzung des Großen Rates Nachkreditbegehren vorgelegt werden, da man auf diese Art keine Uebersicht über die bewilligten Kredite hat und nicht weiß, wie viel die Gesamtsumme ausmacht. Die Staatswirtschaftskommission hat deshalb beantragt, es solle jeweilen in der auf den Rechnungsabschluß folgenden Session über die notwendigen Nachkredite eine gedruckte Gesamtvorlage gemacht werden. Hier dagegen handelt es sich um etwas ganz anderes; es handelt sich nicht um die Ueberschreitung eines bewilligten Kredits, sondern um die Eröffnung eines neuen Kredits, ähnlich wie man an Straßen-, Brücken- und Hochbauten fast in jeder Sitzung des Großen Rates Beiträge bewilligt. Diese Beiträge werden aus der betreffenden Budgetrubrik ausgerichtet, und wenn sich am Ende des Jahres eine Ueberschreitung ergibt, so muß dann vom Großen Räte ein Nachkredit bewilligt werden. Dies der Sinn jenes Großratsbeschlusses.



Nun habe ich bereits auch mein Bedauern ausgesprochen, daß die Regierung im vorliegenden Falle keinen gedruckten Antrag gebracht hat. Es wäre das durchaus angezeigt gewesen, und man muß jedenfalls daran festhalten, daß in Zukunft die Mitglieder des Großen Rates bei so wichtigen Geschäften rechtzeitig durch eine gedruckte Vorlage orientiert werden.

Präsident. Ich eröffne die Diskussion über die Ordnungsmotion des Herrn Dürrenmatt.

Blösch. Ich möchte den Großen Rat ersuchen, auf die Verschiebungsanträge der Herren Schmid und Dürrenmatt nicht einzutreten. Die über 300 Schüler des westschweizerischen Technikums sind gegenwärtig in ganz ungenügenden Lokalitäten untergebracht und Herr Bühler hat vorhin sogar gesagt, dieselben seien so ungenügend und ungesund, daß, wenn sie dem Fabrikgesetz unterstellt wären, der Fabrikinspektor sie schließen lassen würde. Biel hat bis jetzt große Opfer gebracht und ist im Falle, noch viel größere zu bringen. Man sucht die gegenwärtig nicht mehr prosperierende Uhrenindustrie durch andere Industrien zu ersetzen, und ich hoffe, der Große Rat werde Biel in seinen Bestrebungen unterstützen. Auf die weiteren Details will ich nicht eintreten. Ich appelliere an die Noblesse des Großen Rates, daß er Biel in dieser Frage entgegenkommt und die Fr. 250,000 bewilligt.

M. Reymond. Permettez-moi deux mots seulement pour combattre la proposition de M. Dürrenmatt. Le décret à propos duquel nous avons à prendre une décision, ne nous a pas été soumis aujourd'hui seulement. La question du Technicum de Bienne a figuré déjà à plusieurs reprises sur la liste des tractanda du Grand Conseil. Il ne s'agit donc d'une surprise pour personne. Je ne relèverai qu'un point. On a voulu établir une distinction entre la grosse et la petite mécanique; mais où commence la grosse mécanique, où se termine la petite? Il est impossible de le dire au juste. Je ne puis que vous recommander d'aborder la discussion du décret.

#### Abstimmung.

Für den Rückweisungsantrag Dürrenmatt Minderheit.

Die allgemeine Diskussion dauert fort.

Grieb. Nachdem Burgdorf verschiedene Male genannt worden ist, werden Sie es einem Vertreter von Burgdorf nicht übel nehmen, wenn er in dieser Frage auch noch das Wort ergreift und zwar nur kurz, mit Rücksicht auf das, was Herr Schmid als Vertreter der Minderheit der Staatswirtschaftskommission bereits vorgebracht hat.

Man ist allseitig einig, daß Biel sein Technikum haben soll, und ebenso ist man einig, daß die Anstalt, die der Staat durch Gesetz vom 4. April 1890 für sich gegründet hat, fort dauern soll. Dagegen ist man nicht ganz einig, wie die beiden Anstalten neben einander bestehen sollen, ohne daß die eine der andern Konkurrenz macht und sie schädigt. Das ist der ganze Streit, um den es sich heute handelt. Es hat mich verwundert, aus

der heutigen Diskussion immer zu hören, die Behörden von Burgdorf haben dieses und jenes Bedenken. Ich frage: Haben denn die Behörden des Staates kein Bedenken, haben sie keine Pflicht, zu ihrer Anstalt zu sehen und zu derselben Sorge zu tragen? Bei der Einweihung des neuen Technikumsgebäudes in Burgdorf hat der damalige Regierungspräsident erklärt, die Anstalt werde blühen und gedeihen, denn der Staat Bern sei ihr Schutzpatron. Diese Worte sind damals mit Jubel und mit Begeisterung aufgenommen worden. Aber wenn Bern der Schutzpatron der kantonalen Anstalt ist, so ist es auch seine Pflicht, die Anstalt zu schützen und nicht bloß den leeren Namen herzugeben. Burgdorf glaubt nun, das sei möglich, ohne das Technikum in Biel zu gefährden, und es glaubt ferner, heute sei der Anlaß, wo der Staat Bern etwas dazu sagen kann, wie das Technikum in Biel in Zukunft betrieben werden soll. Es ist heute gesagt worden, man habe sich da nicht drein zu mischen, es könne jede Gemeinde diese oder jene gewerbliche Anstalt ins Leben rufen. Das ist richtig; aber ich glaube, wenn der Staat bereits eine Anstalt hat, so könne er, wenn es sich um die Bewilligung einer Viertelmillion für die Errichtung einer zweiten Anstalt handelt, auch seine Bedingungen daran knüpfen. Biel ist übrigens selbst damit einverstanden. Es steht zwar nirgends gedruckt, aber es wurde heute gesagt, daß Biel erklärt habe: gebt uns einen möglichst großen Beitrag und stellt die Bedingungen fest. Biel akzeptiert also diesen Standpunkt, daß der Staat die näheren Bedingungen feststelle, und ich halte dafür, dies solle jetzt geschehen und nicht erst später, wenn es sich darum handelt, die jährlichen Betriebsbeiträge zu erkennen.

Was will Burgdorf? Der Staat Bern hat durch das Gesetz vom Oktober 1890 und durch das Dekret vom Frühjahr 1891 mit der Gemeinde Burgdorf gewissermaßen einen Vertrag abgeschlossen. Der Staat hat sich verpflichtet, ein Gebäude zur Unterbringung des kantonalen Technikums zu errichten und Burgdorf hat sich verpflichtet, 300,000 Franken an die Baukosten und einen jährlichen Beitrag an den Betrieb zu bezahlen. Nun sagen wir in Burgdorf: beide Kontrahenten haben Rechte, aber beide haben auch gewisse Pflichten. Die kantonale Anstalt ist nun nicht frei, wie diejenige in Biel; sie kann nicht machen, was sie will, sie kann nicht sagen, in diesem Semester wird das doziert, in einem andern etwas anderes, sondern im Gesetz ist vorgeschrieben, welche drei Hauptbranchen betrieben werden müssen, wobei es dem Großen Rate unbenommen ist, noch weitere Fächer einzuführen. Nun sagen wir: Wenn der Staat die kantonale Anstalt verpflichtet, drei Hauptbranchen zu betreiben, so hat er auch die vertragliche Pflicht, dafür zu sorgen, daß für diese drei Hauptbranchen keine Konkurrenz entsteht. Ich glaube, es wird jedermann damit einverstanden sein, daß wirklich eine solche Pflicht existiert.

Nun kommt der Antrag des Herrn Schmid, der dahin geht: Wir sind einverstanden, daß Biel sein Technikum haben soll und der Staat solle es ihm durch eine Subvention ermöglichen, dasselbe einzurichten; dagegen soll Biel diejenigen Branchen, die in Burgdorf betrieben werden müssen, nicht auch noch betreiben. Das ist das einzige, was wir verlangen, und ich glaube, es sei auch dasjenige, was der Schutzpatron der kantonalen Anstalt verlangen sollte. Biel kann sich damit ganz gut zufrieden geben; es hat immer noch seine Uhrmacherschule, seine

Kunstgewerbeschule und seine Eisenbahnschule; dagegen ist es nur billig, daß man Burgdorf diejenigen Branchen läßt, die in der kantonalen Anstalt betrieben werden müssen.

Es hat mir heute den Eindruck gemacht, dem auch von anderer Seite Ausdruck gegeben wurde, die Sache sei noch nicht spruchreif. Aber ich glaube nicht, daß es gut gewesen wäre, die Angelegenheit ganz zu verschieben, sondern ich glaube, der Große Rat solle heute der Gemeinde Biel eine gewisse Beruhigung geben, d. h. er solle grundsätzlich den Beitrag von Fr. 250,000 beschließen, aber sich vorbehalten, eine Bedingung bezüglich der Ausschcheidung der Unterrichtsbranchen daran zu knüpfen. Wie diese Ausschcheidung vor sich gehen soll, darüber scheint man sich heute noch nicht ganz klar zu sein, und deshalb glaube ich, der Antrag des Herrn Schmid sei der richtige, und ich möchte Ihnen denselben empfehlen. Danach würde der Beitrag von Fr. 250,000 grundsätzlich beschlossen, aber gleichzeitig die Regierung eingeladen, dem Großen Räte eine Vorlage über die Bedingungen zu unterbreiten. Es wird sich dann allerdings auch empfehlen, diese Vorlage den Mitgliedern gedruckt zuzustellen, damit man die Sache daheim studieren kann.

Ritschard, Regierungsrat. Ich werde Sie nicht lange aufhalten, sondern möchte Ihnen nur eine kurze Betrachtung aus meiner Stellung als Armendirektor vorführen. Wenn Sie das neue Armengesetz annehmen, so werden Sie die Verpflichtung der Armenpflege auch auf den Jura ausdehnen, und zum Jura gehört, wenigstens in dieser Beziehung, auch Biel. Nun hat bisher im neuen Kantonsteil die bürgerliche Armenpflege existiert, was zur Folge hatte, daß der neue Kantonsteil nur seine Bürger erhalten mußte, während alle Bürger, die von anderwärts kamen und verarmten, von der Heimatgemeinde unterhalten werden mußten oder vom Staate aus in die Heimatgemeinde zurückgewiesen werden konnten. Was hat nun das neue Armengesetz für Biel für Folgen? Biel hat dormalen an bürgerlicher Bevölkerung etwa 800 Seelen, dagegen an eingewandeter Bevölkerung aus dem Kanton Bern 8600 Seelen. Die bürgerliche Bevölkerung ist also gegenüber der eingewanderten ganz verschwindend. Nun wird Biel in Zukunft auch für diese 8600 aus dem übrigen Kanton eingewanderten Bernerbürger sorgen müssen, falls sie verarmen, während bis jetzt die Einwohnergemeinde Biel keine Armenlasten hatte und nur das leistete, was sie freiwillig leisten wollte. Was die Bürgergemeinde anbelangt, so wird dieselbe ihre großen Armengüter behalten, und es wird ihr ein Leichtes sein, für die 800 Bürger zu sorgen. Die Einwohnergemeinde aber steht ohne jegliche Hilfsmittel da; dagegen ist sie bevölkert von Armen, die sie in Zukunft unterhalten muß. Das ist die Bescheerung, die Biel durch das neue Armengesetz erhält. Die Armen thun Sie ihm aufzuerzählen, auf der andern Seite aber wollen Sie ihm, wenn es an einer Anstalt noch einen Ausbau machen will, dies nicht gestatten. Das Böse octroyieren, das andere aber nehmen Sie ihm. Das halte ich nicht für richtig, und schon von diesem Gesichtspunkte aus halte ich dafür, es sei nicht wohl gethan, daß man wegen dieser Kleinigkeit, man kann es wohl so nennen, heute auf eine solche Marktereie eintritt.

Es ist auch noch eine andere Betrachtung hier anzuführen. Die 8600 in Biel wohnenden Berner aus dem

alten Kanton und teilweise allerdings auch aus dem Jura verdienen dort ihr Brot, und sie sind dorthin ausgewandert, weil sie daheim ihr Brot nicht finden konnten. Nun handelt es sich bei der Errichtung des westschweizerischen Technikums namentlich auch darum, Biel leistungsfähiger zu machen, damit es das Brot, das es bisher nicht nur seinen Leuten, sondern auch den Leuten aus dem übrigen Teil des Kantons verabreicht hat, denselben auch in Zukunft verabreichen kann, und daß es, wenn möglich, noch leistungsfähiger ist, als bisher und noch mehr Elemente, die Arbeit und Brot nötig haben, aus dem alten Kanton aufnehmen kann.

Ich möchte Ihnen noch eine andere kurze Betrachtung vorführen aus derjenigen Zeit, wo ich die Ehre hatte, Erziehungsdirektor zu sein. Unter dem Gesetz von 1856 gab es eine einzige Anstalt zur Vorbereitung auf die Hochschule und das Polytechnikum, die Kantonschule in Bern, die vollständig vom Staate unterhalten wurde. Auch hier war also der Staat der Schutzpatron dieser Anstalt. Nun fand Burgdorf: wir wollen sehen, ob wir nicht auch ohne staatliches Schutzpatronat eine Anstalt einrichten können, an welcher die jungen Leute aus dem Oberaargau zc. den wissenschaftlichen Vorbereitungsunterricht genießen können. Burgdorf hat deshalb sein Progymnasium zu einem Gymnasium ausgebaut. Damals sagte man in verschiedenen Kreisen, die Anstalt in Burgdorf werde nicht existieren können, da die kantonale Anstalt in Bern genüge, eine einzelne Gemeinde könne eine solche Anstalt nicht übernehmen, kurzum man hat dem Gymnasium in Burgdorf ein schlechtes Prognostikon gestellt. Allein ihm zur Seite stand die Begeisterung und Aufopferungsfähigkeit der dortigen Bevölkerung, ihm zur Seite stand der große patriotische Sinn der wägstigen dortigen Leute, und ihm ist auch zur Seite gestanden das Bedürfnis, das vielleicht nicht gerade am ersten Tage so groß war, wie später, aber das sich allmählich entwickelte. So hat die Anstalt, trotz der Schwierigkeiten, welche sie durchzumachen hatte, angefangen zu prosperieren, und sie ist eine blühende Anstalt geworden. Und dabei ist noch eines nicht uninteressant. Der Staat hatte anfänglich nicht gerade große Sympathie für diese separatistischen Bestrebungen; allein man hat doch schließlich die Anstalt unterstützt, obschon man hiefür kein Gesetz hatte; ja man ist noch weiter gegangen und hat mit dem Monopolgedanken des Staates überhaupt aufgehört; man hat die sogenannte Kantonschule aufgehoben und erklärt: wir gewähren freie Bewegung für alle; wer den Beruf verspürt, für die höhere Bildung einzustehen, den wollen wir frei gewähren lassen. Man hat der Gemeinde Bern gesagt, sie solle die bisherige Kantonschule übernehmen; wenn das kleinere Burgdorf eine solche Anstalt zu erhalten vermöge, so könne es die Stadt Bern auch. Heute existieren und prosperieren die beiden Anstalten Burgdorf und Bern; es ist ein Wettstreit da, der nur von Nutzen ist; die einen gehen lieber nach Burgdorf, die andern lieber nach Bern, die beiden Anstalten haben ganz verschiedene Einzugsgebiete, wenn man die Sache so nennen kann. Dies ist ein Vorgang, der für uns auch heute begleitend sein soll. Es nützt nichts, auf geistigem Gebiete Schranken aufstellen und Monopole einführen zu wollen. Das Richtige bricht sich früher oder später doch immer durch, und das Bedürfnis wird jeweilen das Richtige treffen. Hängen Sie also Biel nicht eine solche einengende Klausel an. Lassen Sie die Anstalt in Biel sich entwickeln, wie sie glaubt,

daß es für sie gut und nützlich sei. Was gut ist an der Sache, das wird sich entwickeln, und was kein Bedürfnis befriedigt, das wird einfach abdorren, wie anderwärts auch. Ich bin überzeugt, daß beide Anstalten ganz gut nebeneinander existieren können, auch wenn sie die gleichen Branchen pflegen, weil die Anstalten verschiedene territoriale Bedürfnisgebiete befriedigen. Die eine Anstalt befriedigt hauptsächlich die Bedürfnisse des Juras, der welschen Schweiz und eines kleinen Teiles des alten Kantons, während Burgdorf das Bedürfnis anderer Gebiete befriedigt. So werden beide Anstalten blühende Anstalten sein, und sie werden hauptsächlich dadurch blühende Anstalten werden, daß man sie frei gewähren läßt, daß man auf dem Gebiete des Geistes keine Schranken setzt. Ich möchte Ihnen deshalb empfehlen, den Antrag der Regierung und der Staatswirtschaftskommission anzunehmen.

Marti, Regierungsrat. Herr Grieb hat mir in Erinnerung gerufen, daß ich bei Eröffnung des Technikums in Burgdorf versprochen habe, der Staat Bern werde der Schuttpatron dieses Technikums sein, woraus er heute den Schluß zieht, der Kanton Bern müsse das Technikum in Burgdorf in dem Maße bevorzugen, wie es von ihm und Herrn Schmid auseinandergesetzt worden ist. Nun möchte ich nicht, daß man das Wort, das ich damals sprach, so eng und so ausschließlich interpretiert, wie es von Herrn Grieb geschehen ist. Der Kanton Bern ist stark genug, um der Schuttpatron von zwei Anstalten sein zu können, und wenn ich sagte, der Kanton Bern werde der Schuttpatron des Technikums in Burgdorf sein, so sagte ich damit nicht, er werde nicht auch der Schuttpatron von Biel sein. Ich glaube, es ist eine irrtümliche Auffassung, daß man die beiden Anstalten absolut zu Konkurrenzanstalten machen will. Ich kann mich nicht auf diesen Boden stellen. Eine Konkurrenz, wie etwa zwei Wirte sie einander machen, wo der eine keine Freude hat, wenn es dem andern nicht schlecht geht, kennen wir auf dem Gebiete des Bildungswesens nicht, sondern wir kennen nur eine Konkurrenz im guten Sinne. Ich anerkenne, daß Burgdorf beunruhigt ist durch die große Entwicklung und den Umfang, den das Technikum in Biel bereits gewonnen hat, und daß es bei diesem Anlasse einige Schranken zu ziehen sucht. Allein ich könnte mich nicht entschließen, mich auf den Boden zu stellen, Betriebs- und Baufragen miteinander zu verquiden. Was den Betrieb anbelangt, so kann jedes Jahr im Schoße des Großen Rates die Frage geprüft werden, ob wirklich Biel dem Technikum in Burgdorf eine unloyale, dasselbe gefährdende Konkurrenz mache, und wenn dies der Fall ist, so bin ich der Ansicht, der Große Rat solle eine solche Tendenz nicht begünstigen. Heute aber handelt es sich lediglich um eine Subvention an ein Bauwerk, und das hat mit der Frage der Konkurrenz absolut nichts zu thun. Es handelt sich heute einzig darum, den Bielern zu Hülfe zu kommen zur Errichtung eines Werkes, das sie einzig nicht bestreiten können, ähnlich wie wir in einer früheren Session der Stadt Bern eine Subvention von Fr. 500,000 an die Kornhausbrücke zuerkannt haben, und wie wir bald dieser, bald jener Gemeinde für Straßenbauten u. große Subventionen verabsorgen. Hier geben wir Biel eine Subvention, um ein Schulhaus zu erstellen. Ich löse also die Frage des Baues absolut von der Frage des Betriebes ab. Wenn man sich auf den

Standpunkt der Vertreter von Burgdorf stellt, so gebe ich zu, daß man sagen kann, die Vorlage sei nicht genügend vorbereitet. Wenn man aber die Frage für sich allein nimmt und sie nicht in der Weise verquidet, wie man es von Seite Burgdorfs thun will, dann ist sie vollständig liquid. Wir wissen, daß das Technikum in Biel Fr. 600,000 und noch mehr kosten wird, und wir geben hieran den streng limitierten Beitrag von Fr. 250,000. Es kann dabei auch nicht von der Bewilligung eines Nachkredites die Rede sein, sondern die Sache wird sich in der Staatsrechnung so ausgleichen, daß man diese Summe von Fr. 250,000 auf den Bauvorschuß-Konto nimmt und sie nach und nach amortisiert.

Die Hauptsache aber ist für mich die politische Seite und diese soll ausschlaggebend sein. Wenn man sich in den Zeitpunkt zurückversetzt, wo der Entscheid zu Gunsten Burgdorfs gefallen ist, so hatte damals wohl jedermann das Gefühl, man sei den Bieler einen Ausgleich schuldig, und wenn sich die Stimmung der Bieler so rasch legte, daß Herr Großratspräsident Weber in Burgdorf erklärte, die Bieler haben die Sache vergessen und sie hoffen, die beiden Anstalten werden zusammen marschieren, so muß man nicht heute dadurch, daß man einen allzu engen Standpunkt einnimmt, diese große industrielle Ortschaft, die so schwer um ihre Existenz kämpft, verstimmen, indem man die Subvention an Bedingungen knüpft, die gleichsam sagen: wir geben die Subvention später gar nicht oder nur zu Bedingungen, die nicht zu erfüllen sind.

Von diesem Gesichtspunkte aus glaube ich, man könne ganz gut die Betriebs- und die Baufrage trennen, und ich möchte den Großen Rat ersuchen, die Baufrage durch einen entsprechenden Beschluß im Sinne des Antrages des Regierungsrates zu erledigen.

#### Abstimmung.

Für den Antrag der Regierung und der Staatswirtschaftskommission (gegenüber dem Antrag Schmid) Mehrheit.

---

Schluß der Sitzung um 12<sup>3</sup>/<sub>4</sub> Uhr.

---

Der Redacteur:

Rud. Schwarz.

---



## Dritte Sitzung.

Mittwoch den 29. Mai 1895,

vormittags 9 Uhr.

Vorsitzender: Präsident Weber.

Der Namensaufruf verzeigt 179 anwesende Mitglieder. Abwesend sind 32, wovon mit Entschuldigung: die Herren Ballif, Bühlmann, Burrus, Choquard, Gygax, Hennemann, Marti, Nägeli, Sahli, Schlatter, Scholer, Tschannen; ohne Entschuldigung abwesend sind: die Herren v. Allmen, Berger, Bortier, Brahier, Brand, Buchmüller, Freiburghaus, Gerber (Unterlangenegg), Grieb, Hiltbrunner, Hostettler, Jäggi, Morgenthaler (Reimismühl), Naine, Nieder, Riem, Roffolet, Dr. Schenk, Thönen, Wyß.

Das Protokoll der gestrigen Sitzung wird abgelesen und genehmigt.

Das Präsidium teilt mit, daß die vom Bureau zu wählenden

### Kommissionen

wie folgt bestellt wurden:

#### Armengesetz.

Herr Großrat Müller (Bern), Präsident,  
 " Bühlmann, Vicepräsident,  
 " Berger,  
 " Burkhalter,  
 " Burkhardt,  
 " Dürrenmatt,  
 " v. Erlach,  
 " Folletête,  
 " Grieb,  
 " Hadorn,  
 " Horn,  
 " Hofer (Hasle),  
 " Kuster,

Herr Großrat Marti (Wyß),  
 " Meher (Biel),  
 " Moschard,  
 " Mosimann (Rüschegg),  
 " Reimann,  
 " Dr. Schwab,  
 " Voisin,  
 " Wyß.

#### Veredlung der Pferde- und Viehzucht. \*)

Herr Großrat Freiburghaus, Präsident,  
 " Aegerter, Vicepräsident,  
 " Blösch,  
 " Etter (Fehikofen),  
 " Fleury,  
 " Hauser,  
 " Mägli,  
 " Walther (Oberburg),  
 " v. Wattenmühl (Bern).

#### Dekrete zum Wirtschaftsgeese.

An Platz des aus der Kommission für das Wirtschaftsgeese ausgeschiedenen Herrn Fueter wurde gewählt Herr Großrat Guggler. Die Kommission besteht somit aus den Herren Großrat Heller-Bürgi, Präsident,

" Demme,  
 " Choquard,  
 " Egger,  
 " v. Erlach,  
 " Freiburghaus,  
 " Guggler,  
 " Hadorn,  
 " Jacot,  
 " Krenger,  
 " Leuch,  
 " Michel (Interlaken),  
 " Will.

### Tagesordnung:

Anzug des Herrn Großrat Scherz betreffend gesetzliche Bestimmungen gegen gesundheitsgefährliche Arbeitsüberlastung.

(Siehe diesen Anzug Seite 371 des Tagblattes des Großen Rates von 1894.)

Scherz. Es ist eine erfreuliche Thatsache und liegt ganz sicher im wohlverstandenen Interesse der Prosperität und der Zukunft unseres Landes, daß der Gedanke bei unserer schweizerischen Bevölkerung je länger je mehr Boden faßt, daß es die Aufgabe des Staates, d. h. der Behörden sein müsse, für die unbemittelten Klassen, wozu

\*) Auf Antrag des Bureaus wurde die Zahl der Mitglieder dieser Kommission, mit Rücksicht auf die Wichtigkeit des Traktandums, auf 9 erhöht.

auch der größte Teil des Arbeiterstandes gehört, in ähnlicher Weise und in ähnlicher Pflichterfüllung zu sorgen, wie dies Eltern für ihre Kinder thun sollen. Die heutige Gesellschaftsordnung hat sich aus der Feudalzeit herausgebildet. Es hat viel Mühe, große Opfer und selbst Blut gekostet, bis es gelungen ist, für jeden einzelnen Schweizerbürger, namentlich auch für die Angehörigen der unbemittelten Klassen, die sogenannten wirtschaftlich Schwachen, die politische Freiheit zu erobern. Es bleibt nun aber noch die weitere, ich möchte fast sagen, noch bedeutungsvollere und schwierigere Aufgabe zu lösen übrig, dieser unbemittelten Klasse auch die wirtschaftliche Freiheit, die ökonomische Unabhängigkeit erringen zu helfen.

Freilich könnten zur Erreichung dieses Zieles die goldenen Lehren des Christentums viel beitragen, wenn die Menschheit sich in der praktischen Anwendung dieser Grundsätze nicht als höchst schwach erwiesen hätte. Schon die rationelle Befolgung der schönen Lehre: „Wer zwei Röcke hat, gebe dem einen, der keinen hat,“ könnte uns unserem Ziele um vieles näher bringen. Es ist aber eine bekannte Thatsache, daß derjenige, der zwei Röcke hat, die Zahl zwei statt zum Dividieren lieber zum Multiplizieren braucht und nicht nachläßt, bis er vier oder mehr Röcke hat, während sein Nachbar kaum notdürftig mit einem Gilet bekleidet ist. Man sieht hieraus, daß die Lehren des Christentums, so schön sie sind, nicht genügen, um das eingangs erwähnte Ziel zu erreichen. Sie genügen deshalb nicht, weil es an jedem Zwang zu ihrer Durchführung fehlt. Es bleibt also nichts anderes übrig, als die Gesetzgebung zu Hülfe zu nehmen. Wie jener französische König nicht ruhen wollte, bis der letzte seiner Unterthanen sein Huhn im Topfe habe, so darf der Staat auch nicht ruhen, bis es ihm gelungen ist, dem letzten seiner Angehörigen punkto Wohnung, Kleidung und Nahrung zu einem menschenwürdigen Dasein zu verhelfen.

Diese gewissermaßen edlere Aufgabe des Staates ist in zielbewußter Gestalt beim Fabrikgesetz zum Durchbruch gekommen. Leider beziehen sich aber die bezüglichlichen schützenden Bestimmungen dieses im Jahr 1877 erlassenen Gesetzes nur auf die Fabrikarbeiter. Durch das Bundesgesetz vom 26. April 1887 wurden diese Bestimmungen sodann noch ausgedehnt auf alle Gewerbe, welche mit explosiblen Stoffen zu thun haben, sowie auf einige weitere Gewerbe, Unternehmungen und Arbeiten, sofern die betreffenden Arbeitgeber während der Betriebszeit durchschnittlich mehr als 5 Arbeiter beschäftigen. Ein großer Teil der Arbeiter und Arbeiterinnen genießt daher in gewerbehygienischer Beziehung noch keinen gesetzlichen Schutz. Ich habe mir erlaubt, eine Statistik zusammenzustellen. Man mag über die Zuverlässigkeit der Statistik denken, wie man will, so ist jedenfalls so viel sicher, daß die Zahlen, welche ich Ihnen in Bezug auf Fabrikarbeiter angeben werde, auf absolute Richtigkeit Anspruch machen dürfen, indem man da ganz genaue Kontrollen besitzt. Nach den Angaben des statistischen Bureaus sind von den 88,791 Arbeitern im Kanton Bern 67,896 Männer, 20,895 Weiber. Davon stehen unter dem Fabrikgesetz 9635 Männer und 5534 Weiber, zusammen 15,169 Fabrikarbeiter, die den Schutz des Gesetzes genießen. In der Stadt Bern haben wir 8262 Arbeiter und 2737 Arbeiterinnen, zusammen 10,999; davon genießen den Schutz des Fabrikgesetzes 1560 Männer und 410 Weiber, zusammen 1970 Personen. Zieht man von den 88,791

Arbeitern im Kanton Bern die 15,169 ab, die unter dem Fabrikgesetz stehen, so bleiben immer noch 73,622 Arbeiter und Arbeiterinnen, welche absolut keinen Schutz in gewerbehygienischer Beziehung genießen. Unter diesen 73,622 Arbeitern und Arbeiterinnen sind 29,352, die den landwirtschaftlichen Betrieben angehören. Nun hat aber bis jetzt niemand daran gedacht, weder in der Schweiz, noch auswärts, die landwirtschaftlichen Betriebe auch in ein solches Gesetz hineinzubeziehen. Die Verhältnisse bei der Landwirtschaft sind ganz eigenartige, und ich möchte sagen unverhältnismäßig günstigere und bessere. Schon die frische Luft, in der der größere Teil der Arbeit verrichtet werden muß, trägt viel dazu bei, die Verhältnisse dort zu viel bessern zu gestalten. Dann machen auch Gebrauch und Sitte, daß in der landwirtschaftlichen Bevölkerung von selber der wöchentliche Ruhetag beobachtet wird, und nur insoweit als es zum Betrieb der Landwirtschaft unumgänglich nötig ist, wird der Knecht und die Magd auch am Sonntag zu Verrichtungen gehalten. Man kann selbstverständlich das Vieh am Sonntag nicht verhungern lassen, die Kühe müssen gemolken werden, das Heu muß unter Umständen auch am Sonntag, wenn Regen in Sicht steht, eingethan werden u. s. w.

Wenn wir also von vornherein davon abstrahieren, die landwirtschaftlichen Betriebe auch unter ein solches Gesetz zu bringen, und von den dem Fabrikgesetz nicht unterstellten 73,622 Arbeitern diejenigen der Landwirtschaft abziehen, so bleibt immerhin für die übrigen Berufsgruppen zusammen noch die respectable Zahl von 34,274 Arbeitern und 9996 Arbeiterinnen, zusammen 44,270 Arbeiter, welche den Schutz eines Gesetzes genießen sollten. Für die Stadt Bern einzig betrifft es 8704 Arbeiter und Arbeiterinnen.

Zum Erlaß eines solchen Gesetzes haben wir aber nicht nur eine moralische, sondern sogar eine gesetzliche Verpflichtung, indem der Art. 82 der Verfassung von 1893 ausdrücklich bestimmt: „Der Staat anerkennt den Grundsatz der Sonntagsruhe und trifft schützende Bestimmungen gegen gesundheitschädliche Arbeitsüberlastung.“ Wenn wir nun ein derartiges Gesetz als Ergänzung zum eidgenössischen Fabrikgesetz aufstellen, so müssen darin jedenfalls von vornherein alle Forderungen, die auf Grundlage des eidgenössischen Fabrikgesetzes als selbstverständlich gelten, auch hier entsprechende Anwendung finden. Wir haben um so mehr Grund, dies zu thun, als das eidgenössische Fabrikgesetz anerkanntermaßen zu den besten Gesetzen gehört, welche unser Land hat. Die deutschen Zeitschriften und Handbücher über Gesundheitspflege und Fabrikgesetzgebung nennen die Bestimmungen des schweizerischen Fabrikgesetzes als mustergiltig und bestätigen, daß das schweizerische Gesetz in der Fürsorge für die Arbeiter entschieden am weitesten gehe und vom hygienischen Standpunkt aus als das beste bezeichnet werden müsse.

Es sollte sich nun vorzugsweise um Aufstellung von Bestimmungen handeln in erster Linie zum Schutze gegen die gesundheitswidrige Ausnutzung resp. Abnutzung der Arbeitskraft. Es sollten reguliert werden: die Arbeitszeit für erwachsene Personen, die Sonntags- und Feiertagsverhältnisse, die Nachtarbeit, die Frauen- und Kinderarbeit, überhaupt die Arbeit jugendlicher Personen. Es sollten ferner Bestimmungen aufgestellt werden zum Schutz gegen krankmachende Berufschädlichkeiten, sowie solche zum Schutz gegen nachteilige Einflüsse der Arbeit, insbe-



sondere gegen die einseitige Ueberanstrengung einzelner Körperteile. Hier sind insbesondere zu erwähnen professionelle Zwangsstellungen, z. B. das anhaltende Sitzen, Stehen, Knien, Hocken, Liegen bei gewissen Berufsarten.

Dann sollte für hygienische Herrichtung, d. h. für Verbesserung der Arbeitsstätten, der Werkstatt, des Ateliers, gesorgt werden. Es würde beispielsweise durch solche Bestimmungen unmöglich gemacht, daß auf kleinem Raume 6, 8 bis 10 faum der Schule entwachsene Mädchen als Lehrtöchter von morgens früh bis abends spät zusammengepfercht bei der Arbeit sitzen müssen, Mädchen, die vielleicht mit roten Backen das Atelier betreten haben, und nach 2—3 Jahren dasselbe verlassen, bleich wie ein Leichentuch, engbrüstig, bleichsüchtig und auszehrend, und nun so in die Welt geschickt werden, um ihr Brot zu verdienen.

Sodann sollten Bestimmungen aufgestellt werden über die Größe des Arbeitsraumes, über Beleuchtung, Heizung, Ventilation, Feuergefahr, Aborte u. s. w. Es sollten Bestimmungen aufgestellt werden über das Schlafstellenwesen und die Krankenkassen. Im weiteren sollten die Gründe genau präzisiert werden, aus denen eine Ueberzeitbewilligung erteilt werden darf, nachdem die Dauer der täglichen Arbeitszeit fixiert ist, und ferner sollten die Fälle genau bestimmt werden, in denen Sonntagsarbeit zulässig ist. Es sollte ferner das Lehrtöchterwesen genau reguliert werden. Es sollte des weitern eine Bestimmung aufgenommen werden, daß eine Lohnreduktion dem Arbeiter oder der Arbeiterin so rechtzeitig angezeigt werden soll, daß es ihnen möglich ist, die Stelle zu kündigen, ohne von der Herabsetzung betroffen zu werden. Endlich sollte bei offensibaren Uebelständen in Bezug auf Kost und Wohnung die Ortsgesundheitsbehörde dem Regierungstatthalter oder der Direktion des Innern beantragen können, daß dem betreffenden Geschäftsinhaber unterfragt werde, Angestellte in Kost und Wohnung zu nehmen.

Als einen Hauptvorzug eines solchen Gesetzes würde ich betrachten, daß die Anwendung desselben nicht an ein Minimum von einer gewissen Zahl Arbeiter oder Arbeiterinnen geknüpft werde, sondern daß schon eine einzige arbeitende Person den Schutz des Gesetzes genießt. Gerade die isolierten Arbeiter und besonders die Arbeiterinnen werden oft am meisten ausgenützt.

Ich wünsche also ein Gesetz, das sowohl dem männlichen als weiblichen Arbeiter, der nicht unter dem Schutze des Fabrikgesetzes steht, zu gute komme. Dabei ist zwar schon zuzugeben, daß namentlich die Arbeiterin vor allem aus einer besondern Fürsorge durch die Gesetzgebung bedarf, 1. weil sie dem Manne physisch nachsteht, und 2. weil sie die Trägerin des künftigen Geschlechts ist, dessen Gesundheitszustand wesentlich durch den ihrigen beeinflusst wird, und weil der Staat ein lebhaftes Interesse daran haben muß, sich einen lebens- und leistungsfähigen Nachwuchs zu sichern.

Es giebt verschiedene, namentlich weibliche Berufsarten, in denen bei uns gegenwärtig arge Uebelstände herrschen. Im Modisten- und Schneiderinnengeschäft kommt es z. B. vor, daß lediglich Lehrtöchter und oft nur eine oder zwei beschäftigt werden. Die Gefahr der Ausbeutung in diesen Geschäften ist nicht zu verkennen und die Unterstellung dieser Ausgebeuteten unter den Schutz eines Gesetzes um so angezeigt, als es sich eben nicht um erwachsene, sondern meist um jugendliche und daher des Schutzes um so bedürftigere Personen handelt. Die

bernerische Presse hat schon des öfters diese Uebelstände signalisiert und Abhülfe verlangt. Noch vor kurzem und zwar im verfloffenen Februar hat ein stadtbernisches Blatt, und zwar nicht etwa die „Tagwacht“, sondern das gut konservative „Bernener Tagblatt“, verschiedene Uebelstände im Damenschneiderinnenberufe erwähnt. Man nehme im Publikum als Arbeitszeit für die Lehrtöchter 10—12 Stunden an, was bei sitzender Lebensweise gewiß schon eine strengere Inanspruchnahme der Arbeitskraft bedeute. Nun wird aber darauf aufmerksam gemacht, daß manchmal  $\frac{1}{2}$  Duzend oder mehr körperlich noch nicht einmal recht entwickelte und erstarrte Mädchen des Donnerstags und Freitags bis 10, 11 oder 12 Uhr nachts, Samstags aber öfters die ganze Nacht durch bei der Arbeit bleiben müssen und zwar oft nur auf bloßen Tabourets, so daß sogar noch durch möglichst unrationelle Beschulung die sonstigen großen Nachteile des anhaltenden Sitzens noch bedeutend vermehrt und schon dadurch die körperliche Entwicklung und das Wohlbefinden gehemmt werden. Einsender verlangt denn auch, und hierseitiger Ansicht nach mit vollem Recht, Abhülfe solch schreiender Uebelstände durch die Behörde.

Arge Uebelstände herrschen auch im Kellner- und Kellnerinnenberuf. Zwar enthält das Wirtschaftsgegesetz vom 15. Juli 1894 in § 24 bereits schützende Bestimmungen. Dieselben genügen aber noch keineswegs, um die vorhandenen Mängel zu beseitigen und sind schon deshalb oft so viel als illusorisch, weil es der Gesetzgeber unterlassen hat, scharfe Kontrollorgane mit entsprechenden Kompetenzen aufzustellen. Und ebenso wenig genügt der sehr gut gemeinte Dekretsentwurf über die Ruhetage des Dienstpersonals in den Wirtschaften. Es heißt das ungefähr so viel, als mit einem Flobert Elephanten erlegen zu wollen. Vor dem Inkrafttreten des Wirtschaftsgegesetzes gab es Kellnerinnen, welche während 24 Stunden Tag für Tag 17 bis 18 Stunden lang in ungesunder Luft, ohne einen einzigen freien Tag, angestellt waren. Sie verdienten im Monat 20 Franken, kamen aber mitunter dazu, alles Geschirr, das sie zerbrochen, dem Wirte vergüten zu müssen, wobei nicht etwa dasjenige Geschirr die Hauptrolle spielte, das aus Nachlässigkeit oder Unvorsichtigkeit, sondern vielmehr dasjenige, das aus Uebermüdung zerbrochen worden war. Ob infolge einiger schützender Bestimmungen des Wirtschaftsgegesetzes das Leben dieser Mädchen in den betreffenden Wirtschaften erträglicher gemacht worden ist, kann füglich bezweifelt werden, da es, wie schon erwähnt, leider an einer genügenden Kompetenz der Behörde für gehörige Kontrolle fehlt. Ich erinnere mich, als Stammgast einer Wirtschaft vor einigen Jahren eine Kellnerin gesehen zu haben, die anfänglich ein blühendes Mädchen war. Als ich nach einer Abwesenheit von drei Monaten wieder in die Wirtschaft kam, hat die betreffende Kellnerin bleich ausgesehen, und ich vernahm, daß das Mädchen während diesen drei Monaten nie aus der Wirtschaft hinausgekommen sei. Das Mädchen wurde übrigens ausgezeichnet gehalten, die Wirtsleute haben es am Morgen schlafen lassen, aber am Abend mußte es eben aufbleiben bis die Wirtschaft geschlossen wurde. Ähnliche Fälle könnte man noch viele aufzählen.

Auch im Wäschereigewerbe werden arge Arbeitsüberlastungen konstatiert, wie übrigens noch in verschiedenen andern Gewerben.

Natürlich leiden vorzugsweise die Arbeiter weiblichen

Geschlechts unter diesen Mißständen und zwar hauptsächlich unter folgenden: Ueberanstrengung durch allzulange Arbeitszeit, Sonntagsarbeit, Ausnützung der Lehrtöchter, gesundheitschädliche Arbeits- und Logisräume, ungenügende Kost, willkürliche Entlassung, unregelmäßige Lohnung, übermäßige und willkürliche Bußen und Lohnabzüge.

Bei diesem Anlasse — ich möchte die Frage nur streifen — wird es sich auch fragen, ob, wenn man sich zum Erlaß eines solchen Gesetzes entschließt, der Anlaß nicht benützt werden soll, um gegen gesundheitschädliche Arbeitsüberlastung an den höhern Töchter- und Knabenschulen Bestimmungen aufzustellen. Da fände die Erziehungsdirektion ein erfolgreicherer Arbeitsfeld, als die untergeordneten Studentenmensuren in übertriebener Weise zur Sprache zu bringen.

Wenn wir uns zum Erlaß eines solchen diese Uebelstände beseitigenden Schutzgesetzes entschließen können, so sind wir damit in der Schweiz nicht etwa voran, und der uns Bernern mit Vorliebe in die Schuhe geschobene terminus: „Rume nid gsprenkt“ kommt auch hier wieder zur Geltung. St. Gallen, Zürich, Luzern, Basel, Glarus u. s. w. haben bereits solche Arbeiterschutzesetze aufgestellt. Ich bedaure es nicht, wenn wir dieses Mal auch wieder hintendrein kommen, sofern wir dafür noch besseres leisten, als die uns vorangegangenen Kantone. Das St. Galler Gesetz, vom 18. Mai 1893, findet Anwendung auf alle dem eidgenössischen Fabrikgesetze nicht unterstellten Geschäfte, in welchen mehr als 2 weibliche Personen gewerbsmäßig gegen Lohn arbeiten, ferner überhaupt auf alle Geschäfte, in welchen Lehrtöchter oder Mädchen unter 18 Jahren als Arbeiterinnen beschäftigt werden. Gänzlich ausgeschlossen sind weibliche Personen, die als Bureauangestellte oder in landwirtschaftlichen Gewerben beschäftigt sind. Ebenso erstreckt sich das Gesetz auf die Bediensteten in Wirtschaften und Ladengeschäften. Das Gesetz heißt denn auch: „Gesetz betreffend Schutz der Arbeiterinnen und die Arbeit der Bediensteten der Ladengeschäfte und Wirtschaften.“ Es bezieht sich also ausdrücklich auch auf die männlichen Angestellten der Ladengeschäfte und Wirtschaften.

Das Zürcher Gesetz, vom 12. August 1894, erstreckt sich auf alle dem eidgenössischen Fabrikgesetze nicht unterstellten Geschäfte, in welchen weibliche Personen gegen Lohn oder zur Erlernung eines Berufes arbeiten, nimmt auch ausdrücklich die landwirtschaftlichen Betriebe aus, sodann aber auch noch die kaufmännischen Bureaux und zwar letztere aus dem Grunde, weil man annahm, es bedürfe zur Abbestellung der Uebelstände, welche auch oft genug auf kaufmännischen Bureaux vorkommen, besonderer auf die Ausübung des kaufmännischen Gewerbes bezüglicher Gesetzesvorschriften. Ferner wurden die Wirtschaftsbediensteten ausgeschlossen, weil nach dem Zürcher Wirtschaftsgesetz vom 15. Juli 1888 die Befugnis, zum Schutze dieses Personals Bestimmungen zu erlassen, dem Regierungsrat eingeräumt ist und dieser letztere auch bereits durch den Erlaß einer bezüglichen Verordnung vom 17. Juni 1889 von seiner Befugnis Gebrauch gemacht hat. Die Ladentöchter sollen durch eine Erweiterung des Gesetzes betreffend die Polizei an den öffentlichen Ruhetagen, vom 21. Mai 1882, besonders berücksichtigt werden. Der große Hauptvorzug des Zürcher Gesetzes vor vielen andern diesbezüglichen Gesetzgebungen besteht darin, daß schon eine einzige Arbeiterin den Schutz des Gesetzes genießen soll. Die Maximalarbeits-

zeit für Frauen soll 10 Stunden, an Vorabenden der Sonn- und Festtage 9 Stunden nicht überschreiten.

Auch der Kanton Luzern hat sich eingehend mit dieser Materie befaßt und zwar fanden die bezüglichen Grossratsverhandlungen erst im verflorenen Dezember statt. Auch der Kanton Luzern läßt die landwirtschaftlichen Betriebe ganz aus dem Spiele. Das betreffende Gesetz soll seine Anwendung finden auf alle jene gewerblichen Betriebe, welche dem eidgenössischen Fabrikgesetz nicht unterstellt sind, in denen aber Arbeiterinnen und Lehrtöchter berufsmäßig beschäftigt sind. Wenn Zweifel obwalten, ob ein Gewerbe unter das Gesetz falle oder nicht, so entscheidet endgültig der Regierungsrat. Obgleich also die landwirtschaftlichen Betriebe ausdrücklich ausgenommen worden waren, so machte doch ein Mitglied des Rates vom Lande darauf aufmerksam, daß es namentlich wünschbar gewesen wäre, durch bezügliche Bestimmungen das Loß der Verdingkinder zu verbessern, die manchmal Leuten anvertraut werden, welche keinerlei Garantie bieten für eine richtige moralische und physische Erziehung. Erwähnenswert ist, daß bei Aufstellung des Luzerner Gesetzes die jüngste Gesetzgebung anderer Kantone und die Wünsche der organisierten Arbeiterschaft zu Rate gezogen wurden. Ferner muß hervorgehoben werden, daß bei Aufstellung der Bestimmungen zum Schutze der Kellnerinnen die eigenartigen Verhältnisse der Hotelindustrie im Luzerner Gesetze in einer beide Teile möglichst befriedigenden Weise zu lösen gesucht wurden. Welcher Sympathien sich die Kellnerinnen im Luzerner Großen Räte erfreuten, geht schon daraus hervor, daß ein Mitglied des Rates beantragte, es müsse den Kellnerinnen Gelegenheit gegeben werden, ihre halben freien Tage an einem schönen Nachmittage zu genießen, wogegen von anderer Seite in volstem Ernste und warnend geltend gemacht wurde, das könnte in sittlicher Beziehung eine Gefahr mit sich führen. In Bezug auf Bußenabzüge und Lohnreduktion enthält das Gesetz Bestimmungen, die ich Ihnen auch noch mitteilen möchte. Die betreffende Bestimmung lautet: „Bußen dürfen nur ausgesprochen werden, sofern sie in einer regierungsrätlich genehmigten Arbeitsverordnung angedroht sind; sie sollen den vierten Teil des Taglohnes der Gebüßten nicht übersteigen und sind im Interesse der Arbeiterinnen, namentlich zur Unterstützung in Krankheitsfällen, zu verwenden. Eine Herabsetzung des Lohnes ist der Arbeiterin so frühzeitig anzuzeigen, daß es ihr möglich ist, die Stelle zu kündigen, ohne von der Reduktion betroffen zu werden.“

Das Basler Gesetz betreffend den Schutz der Arbeiterinnen, vom 23. April 1888, will diejenigen Arbeiterinnen, welche in Gewerben beschäftigt werden, die nicht unter das eidgenössische Fabrikgesetz fallen, ebenfalls unter den Schutz des Gesetzes stellen und zählt zu den Gewerben, auf welche dieses Gesetz Anwendung findet, alle diejenigen, in welchen 3 Frauenspersonen oder mehr gewerbsmäßig arbeiten oder in welchen Mädchen unter 18 Jahren als Arbeiterinnen oder Lehrtöchter beschäftigt werden. Eine Ausnahme von dieser Bestimmung wird dagegen gemacht mit den Wirtschaften und den Ladengeschäften, sofern die Inhaber dieser letzteren ihre weiblichen Angestellten nicht zu gewerblichen Arbeiten, sondern zur Bedienung der Käufer verwenden. Betreffend die Bußen enthält das Basler Gesetz die Bestimmung, daß Bußen nur ausgesprochen werden dürfen, wenn sie in einer Arbeitsordnung angedroht sind; sie dürfen die Hälfte des Taglohns der

Gebühten nicht übersteigen und sind im Interesse der Arbeiterinnen zu verwenden. Lohnabzüge für verdorbene Arbeit sind nur zulässig, wenn der Schaden aus Vorsatz oder grober Nachlässigkeit entstanden ist.

Das Glarner Gesetz, vom 8. Mai 1892, dehnt den Schutz für männliche und weibliche Arbeiter auf „alle dem Fabrikgesetz nicht unterstellten Geschäfte, in welchen Personen gewerbmäßig oder gegen Lohn im Dienste des Inhabers arbeiten, oder als Lehrlinge oder Lehrtöchter regelmäßig beschäftigt sind,“ aus. Ausgenommen ist auch da der landwirtschaftliche Betrieb.

Was die ausländischen Staaten anbetrifft, so haben mehr oder weniger unvollständige Arbeiterinnenschutzgesetze Deutschland und Oesterreich. Dagegen nicht Ungarn, wo die Frauen nicht zu den geschützten Personen gerechnet werden.

Die erste Arbeiterschutzesetzgebung in Frankreich beruht auf einem Gesetze von 1874, welches auch die ersten Bestimmungen zu Gunsten der Frauen enthält. Erst 1892 ging ein Gesetz durch, wonach alle diejenigen Gesundheit und Sittlichkeit schädigenden Arbeiten, welche den Frauen zu verbieten sind, im Verordnungswege festgestellt werden sollen. Es ist infolgedessen jetzt u. a. verboten, Mädchen unter 16 Jahren Lasten von mehr als 5 Kilogramm und Mädchen von 16—18 Jahren Lasten von mehr als 10 Kilogramm tragen zu lassen; ferner Mädchen unter 16 Jahren an Nähmaschinen zu beschäftigen, die mit dem Fuße in Bewegung gesetzt werden.

Das erste belgische Arbeiterschutzesetz datiert vom 13. Dezember 1892, dasjenige der Niederlande vom 5. Mai 1879. Dieses Gesetz umfaßt Fabrik- und Hausindustrie und Handwerk gleichmäßig.

Die andern europäischen Staaten, wie Standina-vien, Italien, Spanien, Rußland haben entweder gar keine oder ganz ungenügende, nicht erwähnenswerte Bestimmungen zum Schutze der Arbeiterin. In Nordamerika haben einzelne der Vereinigten Staaten Gesetze zum Schutze der arbeitenden Frauen. Dieselben beziehen sich aber nur auf die Arbeitszeit, die in Dakota, Massachusetts, Michigan, Minnesota, New-Jersey auf 10 Stunden, in Wisconsin auf 8 Stunden täglich festgesetzt ist. Diese Bestimmungen haben aber deshalb keinen Wert, weil sie in der Praxis größtenteils ignoriert werden.

Zum Schlusse möchte ich noch auf einige auf unsere Frage sich beziehende Kundgebungen aufmerksam machen. Unter den Petitionen für das gegenwärtig im Züricher Kantonsrat im Wurf liegende Wirtschaftsgesetz sind folgende von Interesse. Es sind Petitionen eingelangt vorerst vom Aktionskomitee des kantonalen Männervereins zur Hebung der Sittlichkeit und vom Vorstande des Bundes vom weißen Kreuz. Diese Petitionen wünschen, es sei den Kellnerinnen die Wohlthat des Gesetzes vom 12. August 1894 (Arbeiterinnenschutz) zu verschaffen, mit dem Zusatz, daß weibliche Personen unter 20 Jahren überhaupt nicht zu Dienstleistungen als Kellnerinnen verwendet werden dürfen. Weitere Petitionen der Arbeiterinnenvereine von Zürich und Winterthur, des Frauenbundes zur Hebung der Sittlichkeit, des Frauenrechtsschutzvereins, des Martha-vereins, des schweizerischen gemeinnützigen Frauenvereins und des schweizerischen Vereins für Frauenbildungsreform verlangen Schutz der Kellnerinnen und zwar Verbot, daß Mädchen unter 20 Jahren diesen Beruf betreiben, sofern sie nicht zur Familie des Wirtes gehören, Arbeitszeit nicht länger als bis 11 Uhr nachts, achtfündige

ununterbrochene Ruhezeit, wöchentlich eine ununterbrochene Freizeit von 6 Stunden, Freigebung des Sonntagvormittags bis 11 Uhr, Aushängen der gesetzlichen Bestimmungen in den Wirtschaftslokalen. Es sind weiter Eingaben eingelangt von verschiedenen Logen des Guttemplerordens etc., die sich für Freigebung des Sonntagvormittags bis 11 Uhr zu Gunsten des Wirtschaftspersonals verwenden und namentlich die Arbeitszeit der Kellnerinnen regulieren möchten. Im Entwurfe des Regierungsrates ist das Alter der Kellnerinnen auf 18 Jahre bestimmt und die übrigen Schutzbestimmungen verlangen: wöchentlich 6 Freistunden zwischen 8 Uhr morgens und 8 Uhr abends, Schluß der Arbeit um 12 Uhr, 8 Stunden Nachtruhe. Bei der Beratung des Arbeiterschutzesetzes wurde im zürcherischen Kantonsrat in Diskussion gezogen, ob nicht bei der Direktion des Innern zur Mithilfe bei der Vollziehung des Gesetzes sowie zur Vorprüfung und Begutachtung von Angelegenheiten des Fabrik- und Gewerbewesens überhaupt ein Inspektorat zu errichten sei. Ein weiterer Antrag ging dahin, den Gemeinderäten, als den kontrollierenden Behörden, für die Vollziehung des Gesetzes das Recht einzuräumen, weibliche Personen zur Mitwirkung beizuziehen. Ein weiterer Antrag ging direkt auf Einrichtung eines gewerblichen Inspektorates. Man hielt jedoch im Kantonsrat dafür, diese Fragen gehören nicht ins Gesetz, sondern sie seien anlässlich des Erlasses der vom Kantonsrat zu genehmigenden Vollziehungsverordnung zu behandeln.

In Deutschland hat der „Bund deutscher Frauen“ dem preußischen Abgeordnetenhaus eine Eingabe eingereicht, worin die Anstellung weiblicher Gewerbeinspektoren in Preußen verlangt wird. In der Petitionskommission des preußischen Abgeordnetenhauses hat sich sodann der Vertreter des Handelsministers dagegen ausgesprochen. Die Kommission ging aber über die Bedenken des Ministers hinweg und schlug dem Plenum vor, die Petition der Regierung zur Erwägung zu überweisen.

Es würde mich freuen, wenn es mir gelingen sein sollte, Sie durch meine Ausführungen so für das in Frage liegende Thema zu interessieren, daß Sie meine Motion erheblich erklären. Dieselbe lautet: „Der Regierungsrat wird eingeladen, in Ausführung des Art. 82 der Staatsverfassung, wonach der Staat schützende Bestimmungen zu treffen hat gegen gesundheitschädliche Arbeitsüberlastung, dem Großen Räte mit Beförderung einen hierauf bezüglichen Gesetzes-Entwurf vorzulegen.“

v. Steiger, Direktor des Innern, Berichterstatter des Regierungsrates. Der Regierungsrat hat die Motion des Herrn Scherz besprochen und ist zum Resultat gekommen, unter aller Anerkennung der guten Absichten derselben und unter Anerkennung der mancherlei Mängel, denen auf Grund des Art. 82 der Verfassung abgeholfen werden soll, dem Großen Räte zu empfehlen, die Motion in dieser Form nicht erheblich zu erklären. Die Gründe sind folgende.

Die Regierung hält dafür, die Motion sei viel zu breit abgefaßt, sie umfasse zu vieles auf einmal, und es liege durchaus nicht in der Absicht des Art. 82 der Verfassung, daß der Schutz gegen gesundheitschädliche Arbeitsüberlastung in einem einzigen Gesetz niedergelegt werden solle. Es wird vielmehr der Weg besser zum Ziele führen, daß man durch Spezialgesetzgebungen für die verschiedenen gewerblichen Gebiete jenem Grundsatz der Ver-



fassung Nachachtung zu verschaffen sucht. Es ist auch in der Motivierung der Motion einiges herangezogen worden, was nicht zum Art. 82 der Verfassung paßt. Wenn von Vorschriften gesprochen worden ist über Kost- und Wohnungsverhältnisse von Lehrlingen und Arbeitern zc., so gehört das nicht ins Gebiet der gesundheitschädlichen Arbeitsüberlastung, sondern es sind das Mißstände anderer Art. Des fernern muß ich konstatieren, daß manchen von den Uebelständen, die der Herr Motionssteller hervorgehoben hat, bereits durch das Wirtschaftsgesetz, soweit es durch das Gesetz geschehen kann, abgeholfen worden ist und zum Teil durch das Dekret über die Ruhetage der Angestellten in Wirtschaften abgeholfen werden soll. Alles, was über die Anstrengung der weiblichen Angestellten in Wirtschaften gesagt worden ist, ist an vielen Orten zutreffend. Nun haben wir aber bereits im Wirtschaftsgesetz eine siebenstündige Schlafenszeit vorgeschrieben, und wir haben ferner ein Dekret betreffend eine bestimmte Anzahl Ruhetage vorbehalten. Es liegt Ihnen ein bezüglicher Entwurf vor, und Sie werden Gelegenheit haben, darin das Notwendige und Mögliche zu bestimmen. Im weitern haben Sie vor einigen Monaten eine Motion erheblich erklärt, wonach das Gesetz über das Gewerbewesen revidiert werden möchte. Auch dort werden Sie Gelegenheit haben, in Bezug auf das Gewerbe nicht bloß die weiblichen Personen zu schützen, sondern auch Lehrlinge, junge Arbeiter u. s. w. Deshalb glauben wir, es sei besser, nicht alles in ein einziges Gesetz zusammenfassen zu wollen, sondern jedes Gebiet für sich zu behandeln. Wenn der Herr Motionssteller seine Motion dahin zugespitzt hätte, es möchte — was ja auch den Hauptteil seiner Begründung ausmachte — ein Gesetz zum Schutze der Arbeiterinnen, soweit sie nicht unter dem Fabrikgesetz stehen, erlassen werden, so würde der Regierungsrat nichts einzuwenden haben. Ich bestätige durchaus, was über die gesundheitschädliche Ueberanstrengung in Konfektionsgeschäften, in manchen SchneidereiGeschäften über gesundheitschädliche Ueberanstrengung von Lehrlinginnen u. s. w. gesagt worden ist. Die Direktion des Innern ist übrigens bereits mit Material versehen und ist in den Vorarbeiten begriffen zur Ausarbeitung einer Vorlage zum Schutz solcher Arbeiterinnen, ähnlich wie es in St. Gallen gegenwärtig der Fall ist und wie es auch in Basel und vor kurzem auch in Zürich geschehen ist. Also ein Gesetz zum Schutze der Arbeiterinnen, soweit sie nicht dem Fabrikgesetz unterstehen, das können wir erlassen und wollen wir dem Großen Räte vorlegen. Aber nun alles andere auch mit ins Gesetz zu nehmen, die Verhältnisse von Geschäften, die keine weiblichen Personen verwenden zc., das geht nicht. Herr Scherz hat sogar von einer gesundheitschädlichen Arbeitsüberlastung in der Schule gesprochen. Warum bringt man das nicht im Schulgesetz? Wir können doch nicht in einem Jahre ein Schulgesetz erlassen und darin so und so viele tägliche Stunden vorschreiben und dann nach 2, 3 Jahren kommen und erklären: das genügt nicht! Und was den Schutz der Verdingkinder betrifft, so gehören bezügliche Bestimmungen ins Armengesetz. Ich glaube also nicht, daß es gut wäre, alle möglichen Materien, die das Armenwesen, das Schulwesen, die Wohnungsverhältnisse zc. betreffen, unter den Begriff nehmen zu wollen, den die Staatsverfassung mit dem Ausdruck bezeichnet „Schutz gegen gesundheitschädliche Arbeitsüberlastung“. Es ist gar manches citiert worden, das nicht unter diesen Begriff fällt.

Sodann glauben wir, in dieser weitgreifenden Form sei die Motion nicht durchführbar. Wenn man ein Gesetz erlassen wollte, worin alle diese Verhältnisse, die berührt worden sind, zusammengefaßt würden, so bin ich zum voraus sicher, daß ein solches Gesetz Schiffbruch leiden würde. Wenn zu viel Verschiedenes in einer Vorlage gebracht ist, so bietet ein Punkt diesem, ein anderer Punkt einem andern und ein dritter Punkt wieder einem andern Bürger Anstoß; man berührt und verletzt vielleicht eine Menge von Verhältnissen zu gleicher Zeit, und die Opposition gegen die verschiedenen einzelnen Punkte bringt dann das Ganze zu Fall. Ich glaube, unser Volk wünscht es auch nicht, daß man ein Konglomerat von allen möglichen Vorschriften über verschiedene Gebiete in eine Vorlage vereinigt, sondern es wird mehr damit einverstanden sein, wenn die verschiedenen Verhältnisse für sich behandelt werden, wie es im Wirtschaftsgesetz in Bezug auf das Wirtschaftspersonal geschehen ist und wie man es im Gewerbegesetz für die gewerblichen Arbeiter thun wird, vielleicht unter Erlaß eines besonderen Gesetzes zum Schutze der Arbeiterinnen. Eine solche Regulierung wird leichter durchzuführen sein, als wenn man zu Verschiedenartiges zusammenwirft.

Aus diesen Gründen, trotz aller Anerkennung der guten Absichten des Herrn Motionsstellers, glaubt der Regierungsrat, Ihnen die Erheblichkeit der Motion in dieser Form nicht empfehlen zu sollen.

Reimann. Die Ausführungen des Herrn v. Steiger haben mich überzeugt, daß es jedenfalls nicht angehen wird, die Motion in der von Herrn Scherz entwickelten Form erheblich zu erklären. Ich möchte deshalb den Herrn Motionssteller einladen, dieselbe in der Weise zu modifizieren, daß gesagt würde, der Regierungsrat sei eingeladen, mit thunlichster Beförderung ein Gesetz über den Schutz der Arbeiterinnen und der nicht dem Fabrikgesetz unterstellten männlichen Arbeiter vorzulegen. In dieser Form, glaube ich, könnte der Regierungsrat mit der Motion einverstanden sein, und auch der Rat würde sich jedenfalls einverstanden erklären. Die übrigen Punkte könnten dann in den verschiedenen Spezialgesetzen untergebracht werden. Ich möchte den Herrn Motionssteller bitten, die Motion in der angedeuteten Weise abzuändern.

Scherz. Ich sehe zwar wirklich nicht recht ein, weshalb wir im Kanton Bern nicht im Falle sein können, das Gleiche zu thun, was man in andern Kantonen thun kann, nämlich Verschiedenes, was die vorliegende Materie betrifft, in ein Gesetz zu vereinigen. Jedenfalls ist es unrichtig, was Herr Regierungsrat v. Steiger gesagt hat, es würde mit der Verfassung harmoniert haben, wenn ich nur ein Gesetz zum Schutz der Arbeiterinnen verlangt hätte. Der Art. 82 der Verfassung spricht nicht von den Arbeiterinnen, sondern von der gesundheitschädlichen Arbeitsüberlastung überhaupt, und das bezieht sich sowohl auf Männer als auf Weiber, und ich sehe keinen Grund ein, weshalb die erstern ausgenommen werden sollten; ich würde das sogar als eine unmotivierte, verfassungswidrige Willkür betrachten.

Was mir aber namentlich auffällig ist, ist das, daß man über eine Motion bereits berätet, die noch gar nicht begründet ist, wo man also noch nicht weiß, was der Motionssteller will. Ich weiß nicht, ob dies ein richtiges Verfahren ist. Der Regierungsrat hätte die

Motion in der Weise acceptieren können, daß er sich das Recht vorbehält, dem Großen Räte später zu erklären, er sei zu dem und dem Beschlusse gekommen. Aber jedenfalls ist es nicht korrekt, daß man eine Motion in Beratung zieht bevor der Motionssteller sie begründet hat.

Ich begreife, daß die Ansichten verschieden sind. Gleichwohl halte ich meinen Antrag aufrecht, stelle aber einen eventuellen Antrag, folgendermaßen lautend: „Der Regierungsrat wird eingeladen, in Ausführung von Art. 82 der Staatsverfassung dem Großen Räte die zum Schutze gegen gesundheitschädliche Arbeitsüberlastung nötigen Gesetzesentwürfe mit Beförderung vorzulegen.“ Bei dieser Redaktion hat es dann der Regierungsrat in der Hand, verschiedene Vorlagen zu bringen oder aber, nachdem er die bezügliche Gesetzgebung anderer Kantone auch etwas näher geprüft und gesehen haben wird, daß andere Kantone keine Schwierigkeit darin erblicken, Verschiedenes unter einen Hut zu bringen, die Sache ebenfalls in einer einheitlichen Vorlage vor den Großen Rat zu bringen. Ist der gute Wille vorhanden, in Sachen etwas zu thun, so sollte der Regierungsrat diese zweite Fassung unbedenklich annehmen können.

v. Steiger, Direktor des Innern, Berichterstatter des Regierungsrates. Ich muß mir zu dem letzten Votum kurz einige Berichtigungen erlauben. Vorerst sagte ich nicht, es würde durch ein Gesetz zum Schutze der Arbeiterinnen der § 82 der Verfassung genügend ausgeführt, sondern ich sagte nur, das wäre ein Punkt, den man in erster Linie an die Hand nehmen könnte. Ich sprach dann im weiteren auch vom Gewerbegesetz und vom Schutze jugendlicher Arbeiter. Was sodann die Inkorrektheit betrifft, welche darin liegen soll, daß der Regierungsrat sich mit der Motion beschäftigte, bevor sie begründet war, so ist es seit Jahr und Tag stehender Brauch, daß eine Motion dem Regierungsrate zugestellt wird, damit er eines seiner Mitglieder instruieren kann, in welchem Sinne es sich über die Frage der Erheblichkeit aussprechen solle. Ich glaube daher den Vorwurf der Inkorrektheit zurückweisen zu sollen. Es ist nicht anders gegangen, als bei allen andern Motionen.

Im übrigen glaube ich, die neue Fassung, welche Herr Scherz seiner Motion giebt, sei etwas zu stringent, indem alle diese Erlasse „beförderlich“ gemacht werden sollen. Ich weiß nicht recht, wie das geschehen sollte. Auch in andern Kantonen ist man überall mit Spezialgesetzen vorgegangen und wenn alle diese Gesetze „beförderlich“ erlassen werden sollen, so muß ich den Großen Rat bitten, zugleich auch ein Gesetz zu erlassen gegen Arbeitsüberlastung der Direktion des Innern (Heiterkeit). Die Fassung des Herrn Reimann ist präziser; sie greift zwei bestimmte Punkte heraus, und so viel an mir, würde ich gegen diese Fassung nichts einzuwenden haben.

Scherz. Ich schließe mich der Fassung des Herrn Reimann an, wonach also gesagt würde: „Der Regierungsrat wird eingeladen, mit thunlichster Beförderung ein Gesetz vorzulegen über den Schutz der Arbeiterinnen und der nicht dem Fabrikgesetz unterstellten männlichen Arbeiter.“

Dr. Schwab. Es ist verschiedenen von Ihnen vielleicht bekannt, daß im ersten Verfassungsentwurf ein Artikel im Sinne der Wünsche des Herrn Scherz enthalten

war. Der betreffende Artikel ist dann, wenn ich mich recht erinnere, wörtlich in den Entwurf von 1892 herübergenommen worden. Bei der zweiten Beratung hat dann Herr Brunner den Antrag gestellt, man möchte den betreffenden Artikel streichen. Ich habe mich damals zu Gunsten dieses gemeinnützigen Artikels verwendet und er ist dann auch aufrecht erhalten worden. Natürlich mußte der Artikel eine allgemeine Fassung erhalten, da man damals keine bezüglichen Bestimmungen in einem neuen Wirtschafts- oder in einem neuen Gewerbegesetz in Aussicht hatte. Nun haben wir aber bereits in das neue Wirtschafts- und Gewerbegesetz Schutzbestimmungen aufgenommen und es stehen ferner solche in Aussicht im Gewerbegesetz, so daß man die Sache nicht so ansehen kann, wie es Herr Scherz thut. Ich bin vollständig der Ansicht der Herren Regierungsrat v. Steiger und Reimann, man solle seine Kräfte auf den Schutz der Arbeiterinnen konzentrieren. Würden wir ein allgemeines Gesetz erlassen, so würde es später sehr schwer halten, dasselbe abzuändern und doch müßte man dies mit Rücksicht auf veränderte Verhältnisse in den Handwerken und in den Arbeitsmitteln thun. Herr Scherz wird zugeben, daß es schwer ist, ein Gesetz zu ändern, und deshalb muß man die Gesetze auf möglichst breiter Basis aufstellen und das übrige dem Dekret überlassen. Erlassen wir ein Gesetz lediglich zum Schutze der Arbeiterinnen, so wird es nicht schwer sein, dasselbe nach 10 Jahren, wenn es sich als zu eng gefaßt erweist, abzuändern, während dies sehr schwierig wäre, wenn das Gesetz alle möglichen Verhältnisse umfassen würde. Ich stimme daher zu der von Herrn Reimann vorgeschlagenen und von Herrn Regierungsrat v. Steiger acceptierten Fassung.

#### Abstimmung.

(Ein Antrag des Herrn Scherz, die Abstimmung unter Namensaufruf vorzunehmen, wird nicht genügend unterstützt.)

Für Erheblicherklärung der Motion in der von Herrn Reimann beantragten Fassung . . . . . 79 Stimmen.  
Dagegen . . . . . 56 „

#### Wahlen.

Auf Antrag des Präsidiums wird das Bureau durch die Herren Großräte Péquignot und Probst (Edmund) verstärkt.

#### Wahl des Großratspräsidenten.

Mit 153 von 158 gültigen Stimmen wird im ersten Wahlgange gewählt:

Herr Großrat Bühler, Notar in Frutigen, bisheriger erster Vicepräsident.

**Wahl zweier Vicepräsidenten des Großen Rates.**

Bei 150 gültigen Stimmen werden im ersten Wahlgange gewählt:

1. Als erster Vicepräsident: Herr Großrat August Moschard, Fürsprecher in Münster, bisheriger zweiter Vicepräsident, mit 137 Stimmen;

2. Als zweiter Vicepräsident: Herr Großrat Eug. Grieb, Fürsprecher in Burgdorf, mit 130 Stimmen.

**Wahl von vier Stimmenzählern des Großen Rates.**

Bei 132 gültigen Stimmen werden im ersten Wahlgang die bisherigen Stimmenzähler bestätigt, nämlich die Herren:

Großrat Baumann mit	123	Stimmen.
" Boisin mit	128	"
" Burkhalter mit	128	"
" v. Wattenwyl (Uttigen) mit	128	"

**Wahl des Regierungspräsidenten.**

Mit 108 von 113 gültigen Stimmen wird im ersten Wahlgang gewählt:

Herr Regierungsrat Dr. Gobat, bisheriger Vicepräsident.

**Wahl des Vicepräsidenten des Regierungsrates.**

Mit 116 von 123 gültigen Stimmen wird im ersten Wahlgange gewählt:

Herr Regierungsrat v. Wattenwyl.

**Wahl eines Mitgliedes der Bittschriftenkommission.**

Bei 131 gültigen Stimmen erhalten im ersten Wahlgange:

Herr Großrat Krebs (Eggwyl)	87	Stimmen.
" " Wyß	36	"

Gewählt ist somit Herr Großrat Krebs, Notar in Eggwyl.

**Wahl des Kantonsbuchhalters.**

Mit 114 von 115 gültigen Stimmen wird im ersten Wahlgange gewählt:

Herr Friedrich Hügli, bisheriger Kantonsbuchhalter.

**Gesetz**

über die

**amtliche Inventarisierung bei Todesfällen.****Zweite Beratung.**

(Siehe die erste Beratung Seite 100 ff. hievor. — Das Ergebnis derselben nebst den neuen Anträgen der Kommission findet sich unter Nr. 16 der Beilagen.)

**Eintretensfrage.**

Scheurer, Finanzdirektor, Berichterstatter des Regierungsrates. Ich beantrage Eintreten ohne weitere Begründung.

Heller, Berichterstatter der Kommission. Ich beantrage ebenfalls Eintreten ohne Begründung.

v. Wattenwyl (Bern). In der letzten Beratung der amtlichen Inventarisierung in der Kommission und hier im Rat habe ich zur Minderheit der Kommission gestimmt, d. h. zum Antrage, es möchte die Inventarisierung mit dem Steuergesetz vor das Volk gebracht werden. Ich habe es in erster Linie aus dem Grunde gethan, weil ich noch etwas schwankend war, ob die amtliche Inventarisierung die richtige Maßregel sei, um Steuererschlagnisse zu bekämpfen, und ferner, weil ich mich nicht dazu verstehen konnte, einem Gesetz von dieser Tragweite zuzustimmen, ohne daß ich das Ausführungsdekret vor mir habe.

Seitdem habe ich viel über diese Frage nachgedacht, und seitdem hat die Kommission eine Sitzung abgehalten, der ich leider nicht beiwohnen konnte, weil ich in Geschäften im Auslande war. Die Kommission bringt Ihnen heute ein abgeändertes Gesetz, das, ich muß es gestehen, nach verschiedenen Seiten hin eine Verbesserung enthält, das aber wieder andere neue Gefahren in sich schließt. Ich stehe vollkommen auf dem Boden, daß Steuererschlagnisse bekämpft werden sollen. Ich weiß, daß wenn ich hier gegen die amtliche Inventarisierung aufträte, man mir vielleicht alles Mögliche unterschieben wird. Aber das hindert mich nicht, hier meine Pflicht gemäß meiner Ueberzeugung zu erfüllen, und ich werde Mittel haben, Unterschiebungen der genannten Art in der richtigen Weise zu bekämpfen.

Ich verwerfe die amtliche Inventarisierung in erster Linie aus formellen Gründen. In erster Linie muß ich verlangen, daß einem Gesetz, das so tief in die persönliche Freiheit eindringt, ein Dekret beigelegt ist, aus dem man ganz klar ersehen kann, wie das Gesetz gehandhabt werden soll. Im fernern halte ich es für unrichtig, daß



man ein solches Gesetz getrennt vom Steuergesetz vor das Volk bringt. Zeigen Sie Ihren Kindern auch zuerst die Rute, bevor Sie ihnen die Pflichten ausführlich auseinandergelegt haben? Ähnlich wird es dem Volke gehen. Man wird nicht begreifen, daß man ihm diese Maßregel bietet, bevor man ihm die Pflichten vorlegt, die im Steuergesetz enthalten sind.

Es ist noch ein Grund in formeller Beziehung, der mich hindert, für die Inventarisierung zu stimmen, und dies ist der Umstand, daß wir keinen Verwaltungsrichtshof haben, der uns die Sicherheit giebt, daß die Steuerrekurse nach allen Seiten hin geprüft werden. Nehmen Sie an, die amtliche Inventarisierung werde vom Volke angenommen, das spätere Steuergesetz aber werde von demselben verworfen. Dann haben Sie den Zustand, daß die amtliche Inventarisierung mit dem bisherigen Gesetz gehandhabt werden muß. Nun wissen Sie, daß gegenwärtig alle Rekurse dieser Art endgültig von der Finanzdirektion erledigt werden. Sie werden mir glauben, daß ich hier in keiner Weise der Person des gegenwärtigen Finanzdirektors nahe treten will. Ich gehöre vielmehr zu denjenigen, die in seine Thatskraft, seine Fähigkeiten und seinen Charakter großes Vertrauen haben. Aber bei solchen Eingriffen in die persönliche Freiheit müssen doch Garantien vorhanden sein, daß der Bürger seinen Rekurs bei einer Kommission anbringen kann, in der alle Parteien und Richtungen vertreten sind, kurzum, es sollen solche Rekurse nicht von einer einzelnen Person abhängig sein; denn die Person kann wechseln, und das Vertrauen kann schwinden.

Aber ich verwerfe die amtliche Inventarisierung auch aus moralischen Gründen. Was ist die amtliche Inventarisierung? Erlauben Sie mir, daß ich ein Bild gebrauche und sage, daß mit der amtlichen Inventarisierung das ganze Volk in ein Untersuchungsgefängnis geworfen wird, im Verdacht, daß alle Steuererschlagnisse geübt haben. Noch mehr! Der tote Bürger hat bei der amtlichen Inventarisierung nicht mehr das Recht und die Möglichkeit, sich zu verteidigen, ein Recht, das Sie dem Mörder zugestehen. Und noch mehr! Ich sehe in der amtlichen Inventarisierung eine Gefahr darin, daß besonders in kleinen Gemeinden, wo jedermann sich kennt, diese zwei Vertreter des Gemeinderates vielleicht zu Lebzeiten des betreffenden Toten mit demselben in Zwist waren und daß nach dem Tode des Betroffenen nun Rache geübt werden kann.

Ich verwerfe die amtliche Inventarisierung auch aus praktischen Gründen. Was ist, ich frage noch einmal, die amtliche Inventarisierung anderes, als eine Maßregel, um solche Leute zu ertappen, die während ihres Lebens Steuererschlagnisse verübt haben? Ich nehme an, das seien Leute, die während ihres Lebens die Steuerkommission konsequent an der Nase herumführten. Glauben Sie nun, daß in der Form, wie die Kommission heute die amtliche Inventarisierung vorbringt — mit der Frist von 40 Tagen und dem Notar, den man frei wählen kann — der Staat wirklich seinen Zweck erreichen, daß sich die amtliche Inventarisierung, mit einem Wort gesagt, rentieren wird? Ich komme, was mich betrifft, aus dem Dilemma nicht heraus: Entweder ist die amtliche Inventarisierung eine Ueberrumpelung, und dann ist sie verwerflich für alle, für denjenigen, der Steuererschlagnisse verübt hat, aber noch viel mehr für denjenigen, der sie nicht verübt hat. Oder aber die amtliche Inventarisierung ist keine Ueberrumpelung,

sondern sie wird in der freundlichen Form ausgeführt, wie die Kommission es vorschlägt, und dann hat die Sache keinen Zweck.

Ich verwerfe die amtliche Inventarisierung noch aus ganz allgemeinen Gründen. Ich verwerfe sie, weil sie eine Ueberrumpelung ist des Staatssozialismus, ein Verkleistern aller sozialen Uebel, ohne ihnen auf den Grund zu gehen. Ich verwerfe die amtliche Inventarisierung, weil sie eine Ueberrumpelung ist der Bureaucratie. Ich bin nicht ein Gegner derselben; aber ich bin ein Gegner davon, daß allmählich das Volk unter die Vormundschaft einiger Weniger gebracht wird. Und endlich verwerfe ich die amtliche Inventarisierung, weil sie ein Eingriff ist in die persönliche Freiheit des Bürgers. Sie, meine Herren, welche dem Volke so viele Freiheiten gebracht haben, mit dieser Maßregel schränken Sie diese Wohlthaten wieder ein. Ich verwerfe die amtliche Inventarisierung, weil sie, je mehr ich darüber nachdenke, das Aufblenden ist des Geistes eines Lopyla, der da sagte: Der Zweck heiligt die Mittel. Ich habe die Ueberzeugung, daß was not thut in unserem Lande das ist, daß gemehrt werde die Achtung und die Freiheit der Bürger, daß vermehrt werde die Hingabe der Starken gegenüber den Schwachen und daß vermehrt werde die Erstickung der Schwachen. Was ich glaube, daß not thut, ist das, daß eine immer größere Liga von Bürgern entstehe, welche entschlossen sind, ihre bürgerlichen Pflichten, also auch ihre Steuerpflichten, voll und ganz zu erfüllen. Das Zürcher Volk hat drei mal die amtliche Inventarisierung verworfen. Ich halte dafür, daß das nüchterne Berner Volk diese Gefahren, die ich hier entwickelt habe, auch wittern und diesen Zankapfel vom Baume der Weisheit heruntergeschlagen wird. Ich beantrage Ihnen Verwerfung dieses Gesetzes.

Scheurer, Finanzdirektor, Berichterstatter des Regierungsrates. Ich will mir erlauben, mit wenigen Worten die von Herrn v. Wattenwyl vorgebrachten Gründe für Nichteintreten zu widerlegen.

Was vorerst die Frage anbetrifft, ob es zweckmäßiger gewesen wäre, diesen Gegenstand besonders zu behandeln, wie es nun geschehen ist, oder in einem allgemeinen Steuergesetz vor das Volk zu bringen, so ist dieser Punkt bei der ersten Beratung erörtert worden, und der Große Rat hat sich auf den Boden gestellt, es solle dieser Gegenstand durch ein besonderes Gesetz behandelt werden, und der Regierung sind keine Gründe bekannt geworden, welche sie veranlassen könnten, diesen Standpunkt aufzugeben.

Wenn ferner gesagt wurde, es sollte dem Gesetz das Ausführungsdekret beigelegt werden, so ist davon in der ersten Beratung auch gesprochen worden, und es hat mehr oder weniger die Ansicht bestanden, es sollte ein solches Dekret gleichzeitig vorgelegt werden. Nun hat aber die Ueberlegung dieses Punktes in der Regierung und auch in der Kommission dahin geführt, daß man davon abstrahierte. Vorerst ist ein solches Vorgehen eigentlich unparlamentarisch, unreglementarisch und unlogisch; denn es ist nicht möglich, zu einem Gesetz, das noch gar nicht existiert, ein Vollziehungsdekret zu machen. Man weiß ja gar nicht, worauf man diese Vollziehungsvorschriften basieren soll, und man kann dem Volke auch nicht garantieren, daß die Dekretbestimmungen, die nur im Entwurf enthalten sind, später auch wirklich ins Leben treten werden; denn der Große Rat wird erst später über das Dekret beraten und sich das Recht vorbehalten, dasselbe

so zu erlassen, wie es ihm als zweckmäßig erscheint. Es ist dieses Verfahren zwar auch schon probiert worden, jedoch nur ein einziges Mal. Nachdem der erste Entwurf eines Stempelgesetzes verworfen worden war, glaubte man, wenn man dem Volke gleichzeitig den Entwurf der Vollziehungsverordnung vorlege, werde es das Gesetz eher annehmen. Allein das Mittel hat nicht verfangen. Das zweite Gesetz wurde verworfen, wie das erste, und erst im Jahre 1880 hat das Volk den dritten Entwurf angenommen, aber nicht deswegen, weil das Vollziehungsdekret dabei vorlag, sondern trotzdem kein solches beigegeben war, nämlich deswegen, weil das Gesetz etwas anders geartet war und dem Volke besser entsprochen hat, und weil das Volk zur Ueberzeugung gekommen war, daß zur Bekämpfung der damaligen finanziellen Notlage neue Einnahmequellen geschaffen werden müssen.

Aus diesen Gründen hat die Kommission davon abstrahiert, daß gleichzeitig das Vollziehungsdekret vorgelegt werde, sondern hat ihrerseits den Weg eingeschlagen, eine Anzahl Vorschriften, welche ins Dekret gehören würden, bereits ins Gesetz aufzunehmen, nämlich die Vorschriften in Art. 2 (neu) des Gesetzes.

Einen fernern Grund gegen die amtliche Inventarisierung erblickt Herr v. Wattenwyl in dem Fehlen des in der Verfassung vorgesehenen Verwaltungsgerichtshofes, so daß das Rekursverfahren in Steuerfällen vorläufig noch das gleiche bliebe, wie seit vielen Jahren, wonach die Finanzdirektion in Steuerrekursen, teilweise wenigstens, endliche Instanz ist und der Regierungsrat, wenn es sich um höhere Rekursbeträge handelt. Dieser Zustand kann kritisiert werden. Ich will aber darauf nicht eingehen und will ihn nicht verteidigen, so wenig ich die Mängel auseinanderlegen will, welche vorhanden sein werden, wenn man einen solchen Verwaltungsgerichtshof schafft — es wird Gelegenheit sein, darauf einzutreten bei Behandlung des allgemeinen Steuergesetzes —, weil der Verwaltungsgerichtshof und dieses Rekursverfahren, das Herrn v. Wattenwyl vorschwebt, bei diesen Steuererschlagnissen gar nicht zur Anwendung kommt. Die Sache macht sich einfach so, daß wenn man die amtliche Inventarisierung hat und sich ergibt, daß eine Person ihren Steuerpflichten nicht nachgelebt hat, man durch ein einfaches Rechnungserempel ausrechnen wird, wie viel der Betreffende nicht versteuert hat. Wenn durch das Inventar konstatiert ist, daß einer eine Million hinterläßt, während er nur eine halbe versteuerte, so braucht es keinen großen Verwaltungsgerichtshof, um zu konstatieren, wie groß die Steuererschlagnis ist. Es ist also unzutreffend, das Fehlen eines Verwaltungsgerichtshofes als Grund für Nichteintreten anzuführen.

Wenn Herr v. Wattenwyl praktische Gründe gegen die amtliche Inventarisierung anführt, so ist das ein Standpunkt. Darüber kann man verschiedener Ansicht sein, ob das Mittel der amtlichen Inventarisierung wirklich die Resultate haben wird, welche man davon erhofft. Vorläufig, nach dem Resultat der ersten Beratung, glaubt der Regierungsrat, es sei das wirklich das praktischste und von den dormalen bekannten Mitteln das beste. Die allgemeinen Gründe, die Herr v. Wattenwyl anführt, will ich weiter nicht behandeln. Es ist ja schon richtig, daß der Staat je länger je mehr regiert; aber das liegt in den allgemeinen Verhältnissen, und je nach dem Boden, auf dem man steht, thut man dies begrüßen oder nicht begrüßen. Was hier vorgeschlagen wird, ist

weiter nichts, als eine weitere Ausführung bereits bestehender Einrichtungen, und was die Eingriffe in die persönliche Freiheit betrifft, welche Herr v. Wattenwyl in dem Gesetz erblicken will, so kommt er wohl spät; denn wenn er in Steuerfällen die persönliche Freiheit wirksam schützen will, so muß er noch früher anfangen und die Steuerpflicht überhaupt aufheben; denn daß der Staat auf dem Wege der direkten Besteuerung vom Volke jährlich 4 Millionen nimmt und auf dem Wege der indirekten Besteuerung noch eine weitere Million, ist auch ein Eingriff in die persönliche Freiheit. Der Bürger würde lieber nichts bezahlen, er wird aber durch den Staat dazu gezwungen. Es fällt aber niemandem ein, diesen Eingriff des Staates zu bekämpfen und was wir hier machen wollen, ist nichts, als die weitere Konsequenz dieser Beschränkung der persönlichen Freiheit, und zwar eine gerechtfertigte Konsequenz; es ist nicht eine Immoralität, wie die Sache genannt wurde; denn wenn die Steuerpflicht an und für sich keine Immoralität ist, so ist es auch keine Immoralität, wenn man die Steuereinrichtungen so trifft, daß jedermann möglichst gleichmäßig steuern muß. Vielmehr ist es als eine Immoralität zu bezeichnen, wenn eine große Zahl Bürger, wie man annimmt, sich der Steuerpflicht entziehen, und auch der Gesetzgeber macht sich der Immoralität schuldig, wenn er nicht alle Mittel ergreift, um diesem Zustande ein Ende zu machen und jeden Bürger anzuhalten, seine Steuerpflicht zu erfüllen.

Ich glaube also, die Gründe des Herrn v. Wattenwyl gegen das Eintreten seien nicht stichhaltig, sondern der Große Rat solle auf die zweite Beratung eintreten. Dabei ist es jedermann freigestellt, wenn das Gesetz zur Volksabstimmung kommt, seinem Standpunkte gemäß seine Stimme abzugeben.

Heller, Berichterstatter der Kommission. Ich bin sehr verwundert, daß die Frage des Eintretens neuerdings diskutiert werden muß. In der ersten Beratung sind die Gründe eingehend auseinandergesetzt worden, warum man diesen Weg eingeschlagen hat, und ich will Ihnen noch mitteilen, daß die Kommission einstimmig der Meinung war, der Entwurf, wie er Ihnen vorliegt, solle in dieser Session beraten werden. Ich bedaure sehr, daß Herr v. Wattenwyl infolge Abwesenheit verhindert war, an der Sitzung teilzunehmen. Ich halte dafür, die von ihm vorgebrachten Gründe seien nicht genügend und können nicht ausschlaggebend sein. Der Große Rat ist es vielmehr seiner Ehre schuldig, daß er diese Angelegenheit einmal ins Reine bringt und die Frage dem Volke vorlegt. Herr v. Wattenwyl macht auf das Schicksal aufmerksam, das eine ähnliche Vorlage im Kanton Zürich erfahren hat und sagt, das Bernervolk werde wahrscheinlich ebenso wenig für die Sache zu haben sein, als das Zürchervolk. Das können wir nicht wissen und ich glaube, wir sollen die Frage einmal dem Volke zur Entscheidung vorlegen. Die Meinungen sind so verschieden, daß es einmal angezeigt ist, den Entschluß des Volkes zu vernehmen, gleich wie man auch schon andere Fragen, in Bezug auf die man nicht sicher war, dem Volke vorgelegt hat.

Ich will nur noch auf einen Punkt eintreten, den der Herr Finanzdirektor nicht berührt hat. Herr v. Wattenwyl sagte, er könne aus praktischen Gründen nicht beistimmen; denn so wie der Entwurf nun laute, habe er

keinen praktischen Wert; denn diejenigen, welche sich der Besteuerung entziehen wollen, werden in den 40 Tagen schon das Nötige vorsehen können. Nun ist es wohl selbstverständlich, daß man nicht erst nach Verfluß von 40 Tagen nachsehen wird, wie die Sache steht, sondern man darf voraussetzen, daß man die Bürger gleich behandeln wird, wie es gegenwärtig der Fall ist, wenn ein amtliches Güterverzeichnis oder ein vormundschaftliches Inventar aufgenommen werden muß. In diesem Falle greifen die Bestimmungen des Art. 500 des Zivilgesetzbuches Platz, welcher vorschreibt, daß spätestens binnen 24 Stunden eine Versiegelung vorgenommen werden muß. Nachher hat man dann alle Mühe, das Inventar zu machen. Wenn man die gleiche Bestimmung auch auf die amtliche Inventarisierung anwendet, so wird man, glaube ich, nicht sagen können, daß man den Zweck nicht erreiche. Es ist zwar nicht ausgeschlossen, daß nicht Defraudationen vorkommen können; man weiß zur Genüge, daß es immer Schliche und Wege giebt, wo man etwas ausweichen kann; aber ich glaube, die Fälle werden doch bedeutend vermindert werden.

Auf einen Punkt möchte ich noch aufmerksam machen. Ich glaube doch, wir sollen uns an den Grundsatz halten, alle Bürger seien vor dem Gesetze gleich. Das ist aber gegenwärtig nicht der Fall, und da können wir eine Ungleichheit beseitigen, wenn wir die amtliche Inventarisierung in der vorgeschlagenen Form einführen, und diese gegenwärtige Ungleichheit war auch in der ersten Beratung für den Großen Rat ausschlaggebend, daß er in großer Mehrheit sich für die Vorlage aussprach.

Ohne auf weitere Details einzutreten, möchte ich Ihnen empfehlen, die Angelegenheit einmal zu erledigen und dem Volke zur Entscheidung zu unterbreiten.

Dürrenmatt. Herr Heller hat schon recht; man kann das Volk schon anfragen, wenn man die Antwort nicht scheut (Heiterkeit). Er hat uns das schon in der letzten Session gesagt und sich damals etwas im Prophezeien geübt, indem er sagte: „Daß das fortgeschrittene Zürchervolk sie (nämlich die amtliche Inventarisierung) verworfen hat, mag seine eigenen Gründe haben, denen ich nicht nachforschen will; allein auch dort wird diese Frage einmal anders entschieden werden; denn auch dort treten Erscheinungen zu Tage, welche darauf hinweisen, daß es angezeigt wäre, auch dort die amtliche Inventarisierung durchzuführen.“ Nun ist das Zürchervolk einstweilen noch nicht der Meinung gewesen, daß die amtliche Inventarisierung absolut notwendig sei und hat sie zum dritten Male zurückgewiesen, trotzdem auch dort, gerade wie hier im Großen Räte, im Kantonsrate alle Parteien — Sozialisten, Freisinnige, Demokraten — sozusagen einhellig dafür waren. Und nachher gleichwohl die großartige Verwerfung durch das Volk, und damit die Verwerfung recht prononciert sei, ist der Verfassungsartikel, der die Progression für die Erbschaftsteuer einführen wollte, mit schwächerer Mehrheit verworfen worden, als das Steuergesetz mit der Inventarisierung! Woher kommt es, daß man so oft in den Räten diese Einstimmigkeit findet, während draußen im Volke ein ganz anderer Wind weht? Ich will es Ihnen aufrichtig sagen. Ich glaube, es kommt daher, daß man im Ratsaal selber zu wenig aufrichtig ist. Die amtliche Inventarisierung gehört nun einmal zum Fortschritt und man riskiert, als ein Steuerverheimlicher taxiert zu werden, wie es mir selber von Seite des Herrn Heller passiert

ist, wenn man es wagt, am rechten Ort dagegen aufzutreten. Aber wenn die Beratung geschlossen ist, so machen sich die heimlichen Vorbehalte, die Reservationen mentales, wie die Jesuiten sagen, von welchen auch Herr v. Wattenwyl gesprochen hat, geltend. Wenn man eine milde Inventarisierung einführt, so erklärt mancher, der im Räte auch Anhänger der Inventarisierung ist: ja, ich bin für die Inventarisierung, aber nicht für eine solche, die der Willkür Raum läßt, wo man nur die Dummen erwischt und die Schlaumeier ungestraft auschlüpfen; von einer solchen Inventarisierung will ich nichts. Und wenn der Rat eine scharfe Fassung wählt, so kommen die nämlichen Herren und sagen: ja, wir sind auch dafür, aber wir wollen eine vernünftige Inventarisierung, nicht in dieser pietätlosen Weise, nicht in der Weise, daß jeder Mann von vornherein zum Lügner und Schelm gemacht wird. So erklärt sich der auffallende Widerspruch zwischen Volk und Behörden in Bezug auf die Inventarisierung. Man ist zu wenig aufrichtig im Ratsaal, und es hat mich gefreut, daß heute auch von Seite des Herrn v. Wattenwyl — das letzte Mal war ich allein — ein entschiedenes Wort in dieser Richtung gefallen ist. Ich bin noch heute auf diesem Boden, daß ich sage: wir wollen nichts von der Inventarisierung, obwohl ich deswegen keine Stricke zerreißen möchte.

Aber ich muß noch auf etwas anderes aufmerksam machen. Der Große Rat hat am 5. März ausdrücklich beschlossen — es war nicht nur etwa ein Wunsch, sondern ein förmlicher Großenratsbeschuß — es solle bei der zweiten Beratung gleichzeitig auch das Dekret vorgelegt werden. Wo ist nun dieses Dekret? Das geht nicht an, daß der Herr Berichterstatter der Regierung einfach erklärt, das sei überhaupt eine seltsame Einrichtung, man habe das bis jetzt noch fast nie gemacht. Der Große Rat hat die Sache beschlossen, und nachher hat der Regierungsrat nicht mehr darüber zu verhandeln, ob man den Beschuß ausführen wolle oder nicht, und das gleiche gilt auch von der Kommission. Herr Heller war selber derjenige, welcher den Antrag stellte, das Dekret habe bei der zweiten Beratung vorzuliegen. Warum legt man es nicht vor? Ich verlange, daß das Dekret zuerst vorgelegt wird. Der Regierungsrat soll zuerst diejenigen Dekrete beraten, die der Große Rat beschlossen hat, und nicht solche, die niemand verlangt, wie dasjenige über die Initiative. Der Regierungsrat soll diejenigen Gesetze vorbereiten, zu deren Ausarbeitung er Auftrag hat. Man hat mir allerdings gesagt, dieses Dekret werde nun überflüssig durch den neuen Antrag der Kommission, also durch die Aufstellung einer Frist von 40 Tagen und die freie Wahl des Notars zur Aufnahme des Inventars. Allein was soll dann geschehen, wenn innert den 40 Tagen die Hinterlassenen das Inventar nicht von sich aus machen lassen? Gerade in Bezug auf diesen kritischen Punkt läßt uns der neue Art. 2 im Stich; gerade da, wo die Staatsgewalt vermutlich gegen die renitenten Hinterlassenen einschreiten wird, wäre es von Wert, zu wissen, wie die Sache geordnet wird. Deshalb sage ich: Bevor wir in die zweite Beratung eintreten, wollen wir zuerst das Dekret sehen. Ich will aber nicht alle Tage eine Ordnungsmotion stellen; da ein grundsätzlicher Antrag auf Nichteintreten gestellt ist, so schließe ich mich diesem Antrage des Herrn v. Wattenwyl an.

Burkhardt. Vorerst möchte ich Herrn Dürrenmatt antworten in Bezug auf die Verwerfung der amtlichen



Inventarisierung im Kanton Zürich, aus der Herr Dürrenmatt großes Kapital schlägt. Ich muß vorerst bemerken, daß die amtliche Inventarisierung in ein Erbschaftssteuergesetz eingewickelt war, das den Hauptgrund der Verwerfung bildete. Ein zweiter Grund der Verwerfung liegt in der amtlichen Inventarisierung, wie sie dort vorgeschlagen war, selber, indem die Bestimmung ungefähr gleich lautete, wie in unserem verworfenen Steuergesetz, die ich auch bekämpft habe, und wonach der Private selber ein Inventar einreichen kann, wobei der Staat dann das Recht hat, dasselbe eventuell anzugreifen. Für eine solche Inventarisierung würde ich nie stimmen, und ich bin froh, daß das Zürchervolk das bezügliche Gesetz verworfen hat.

Herr Dürrenmatt hat bei der ersten Beratung gesagt, die Steuerbehörden sollen den Leuten unter den Bart stehen, wenn sie noch leben. Das geschieht auch hier und da. Es ist mir ein Fall bekannt — es betrifft einen Bürger von Köniz — wo die Steuerkommission einen Bürger wiederholt eingeschätzt hat; der Betreffende reklamierte immer; man hat ihn aber gleichwohl mit einer höhern Summe eingeschätzt, weil die öffentliche Meinung sagte, der Mann sei so und so reich. Als dann später das amtliche Güterverzeichnis aufgenommen wurde, stellte sich heraus, daß der Mann Fr. 100,000 mehr Vermögen besaß, als wir ihn einschätzten. Aber trotzdem bezahlte er nicht mehr Steuer, als er sich selber einschätzte, weil er dem Regierungsratshalter den Eid leistete, er besitze nicht mehr. Und wenn man weiß, daß die Erben frommer Pfarrherren Fr. 20,000 Nachsteuer bezahlen mußten, dann soll man mit moralischen Gründen nicht mehr kommen! Das gegenüber Herrn v. Wattenwyl.

Dann kommt noch etwas anderes; es betrifft das die persönliche Freiheit. Sie wissen, daß wir in der vorletzten Session die Feuerordnung beraten haben. Wenn man von persönlicher Freiheit reden will, so müssen wir dort fast alle Artikel streichen oder wenigstens diejenigen Artikel, welche drei oder vier Beamten das Recht geben, jedes Jahr zweimal im ganzen Haus die Wirtin zu machen. Sie wissen ferner, daß der Bund ein Anarchistengesetz erließ, und ich nehme an, Herr Dürrenmatt sei selber auch dafür gewesen. Dieses Gesetz ist auch gegen die persönliche Freiheit gerichtet. Hier nun haben wir es auch mit einer Sorte Anarchisten zu thun; das sind diejenigen, welche das Gesetz bestehen lassen, aber es nicht halten wollen, und für diese Anarchisten müssen wir auch ein Gesetz machen.

Was das Ausführungsdekret betrifft, so ist in der letzten Session allerdings gesagt worden, entweder müsse dieses Dekret vorgelegt werden, oder es müsse im Gesetze selbst die Ausführung der amtlichen Inventarisierung geregelt werden. Wir fanden nun, es sei besser, man nehme die Ausführungsgrundsätze gerade ins Gesetz auf, auf das Dekret könne man dann füglich verzichten.

Aus allen diesen Gründen hoffe ich, der Große Rat werde auf das Gesetz eintreten und dasselbe annehmen.

Weber (Graswyl). Nur zwei kurze Worte. Herr v. Wattenwyl hat gesagt, daß das Gesetz ein undemokratisches, ein veratorisches sei und noch viel anderes mehr. Wenn das Gesetz ein veratorisches ist, dann sind alle Gesetze veratorisch; denn jedes Gesetz ladet dem Bürger Lasten auf, giebt ihm aber auch Rechte und Freiheiten. Das vorliegende Gesetz will gerade das erreichen,

was Herr v. Wattenwyl betonte, das heißt, es will den Schwachen schützen und den Starken zu den Lasten mehr heranziehen. Wir haben gegenwärtig das amtliche Güterverzeichnis, und das vorliegende Gesetz bildet lediglich eine Ergänzung dazu, indem es die Inventarisierung auf alle Bürger ausdehnt. Schon jetzt würde von dem amtlichen Güterverzeichnis viel mehr Gebrauch gemacht werden, wenn die Kosten nicht so groß wären. Das amtliche Güterverzeichnis ist im Volke nicht verpönt, sondern beliebt, weil man nachher eine klare Bilanz hat und Unterschleife nicht stattfinden können. Herr v. Wattenwyl hat ferner gesagt, es werde sich eine Liga bilden, welche in dieser Beziehung die Rechtsgrundsätze festsetzen werde. Allein wir wollen in solchen Sachen nicht eine besondere Liga, sondern wir wollen ein allgemeines Gesetz, das alle Bürger der gleichen Bestimmung unterstellt. Herr Burthard sagte mit Recht, daß in Steuerfragen bei vielen Leuten die Moralität in den Hintergrund und der Geldsäckel in den Vordergrund tritt.

Ich glaube, wir dürfen auf den vorliegenden Gesetzesentwurf eintreten. Er wird von der arbeitenden und der landwirtschaftlichen Bevölkerung verlangt und er wird auch die nötige Unterstützung finden, sofern Vorsorge getroffen wird, daß die Durchführung nicht zu kostspielig wird. Ich möchte Sie daher bitten, dem Gesetze zum Durchbruch zu verhelfen.

Zum Schluß noch ein Wort. Ich habe bei einem frühern Anlaß gefragt, wer die amtliche Inventarisierung nicht wolle, und ich habe betont — ich habe das im Volke gehört — die großen Herren wollen sie nicht. Herr Nationalrat Wyß hat mich dann gefragt, wen ich damit meine, und ich habe ihm geantwortet: Die Aristokratie meine ich, die Aristokratie von links und rechts, welche zum Grundsatz hat, daß sie gern befiehlt, aber nicht gern bezahlt (Heiterkeit)!

Präsident. Ich muß Herrn Dürrenmatt noch bemerken, daß laut Protokoll ein förmlicher Beschluß bezüglich des Dekrets nicht gefaßt worden ist. Es war das nur eine Meinungsäußerung des Herrn Heller; aber ein förmlicher Beschluß wurde, wie gesagt, nicht gefaßt.

Dürrenmatt. Auf Seite 113 des letzten Großrats-tagblattes heißt es: „Heller, Berichterstatter“ der Kommission. Der Art. 3 sieht vor, daß durch ein Dekret die nötigen Vollziehungsbestimmungen aufgestellt werden sollen, und die Kommission ist der Ansicht, daß dieses Dekret durch den Regierungsrat bis zur zweiten Beratung ausgearbeitet werden sollte. Es ist sehr wesentlich, daß das Dekret vorgelegt wird, damit man genau weiß, in welcher Weise die amtliche Inventarisierung durchgeführt werden soll. Ich möchte Ihnen dringend empfehlen, die Regierung einzuladen, bis zur zweiten Beratung dieses Dekrets vorzulegen.“ Und auf Seite 114 heißt es: „Angenommen.“

Präsident. Das „Angenommen“ bezieht sich lediglich auf den Artikel. Auch bei den andern Artikeln heißt es jeweils „Angenommen.“

Dürrenmatt. Ich denke, der Artikel wurde angenommen mit der Begründung des Herrn Heller.

Präsident. Das „Angenommen“ betrifft nach meinem

Dafürhalten den Artikel als solchen. In Bezug auf die Anregung des Herrn Heller ist ein eigentlicher Beschluß nicht gefaßt worden. \*)

Heller, Berichterstatter der Kommission. Zur Klarstellung der Sache möchte ich noch einige Worte verlieren. Die Herren Scheurer und Burthardt haben betont, daß die Bestimmungen, von welchen man glaubte, man solle sie im Dekret niederlegen, nun in Art. 2 niedergelegt sind. Bei der ersten Beratung war man sich nicht klar, ob man dieselben ins Gesetz selber aufnehmen oder sie dem Dekret zuweisen wolle. Aber inzwischen ist die Sache reif geworden. Man hat den Gedanken des Herrn Grieb geprüft, und die Kommission ist einstimmig zur Ansicht gekommen, man wolle die Ausführungsbestimmung gerade im Gesetz selber niederlegen. Ich glaube, es sei das besser, als wenn man die Ausführung einem Dekret zuweist. Ferner ist richtig, daß im März ein förmlicher Beschluß nicht stattfand, sondern lediglich ein Wunsch ausgesprochen wurde, und ich möchte meinerseits nochmals betonen, daß die Kommission einstimmig der Ansicht war, es sei besser, diese grundlegende Bestimmung gerade ins Gesetz selber aufzunehmen.

#### Abstimmung.

Für Eintreten . . . . .	102 Stimmen.
Für Nichteintreten . . . . .	21 "

#### Art. 1.

Scheurer, Finanzdirektor, Berichterstatter des Regierungsrates. Der Art. 1 liegt in unveränderter Form vor, wie er aus der ersten Beratung hervorging. Weder Regierung noch Kommission haben Anlaß gehabt, zu demselben eine Aenderung vorzuschlagen. Ich beantrage dessen Annahme.

Angenommen.

#### Art. 2 (neu).

Heller, Berichterstatter der Kommission. Es wird Ihnen vorgeschlagen, einen neuen Art. 2 einzuschalten, so daß der frühere Art. 2 Art. 3 würde. Der neue Artikel lautet:

„Das amtliche Inventar wird durch einen Notar unter Mitwirkung von zwei Mitgliedern des Gemeinderates oder von zwei Delegierten der Gemeinde aufgenommen.“

\*) Die Auffassung des Herrn Präsidenten ist die richtige. Wäre die Anregung des Herrn Heller zum Beschluß erhoben worden, so würde dies ausdrücklich bemerkt sein, etwa mit den Worten: „Angenommen im Sinne der Ausführungen des Herrn Berichterstatters der Kommission.“

Die Redaktion des Tagblattes des Großen Rates.

„Die Wahl des Notars, der die Aufnahme zu besorgen hat, steht den Erben zu.“

„Das Inventar soll innerhalb 40 Tagen nach dem Todesfall aufgenommen und der Amtsschaffnerei zu Händen der Steuerbehörden eingesandt werden.“

Dieser neue Artikel verdankt seine Entstehung, wie ich schon vorhin bemerkte, hauptsächlich der Anregung, die Herr Grieb in der ersten Beratung machte, indem er darauf hindeutete, es wäre gut, wenn man die Art und Weise der Ausführung etwas präzisieren würde. Er schlug vor, diesen Weg zu betreten, und zwar fand er, es sei am richtigsten, das Inventar durch einen Notar besorgen zu lassen. Herr Bühlmann hat seiner Auffassung beigestimmt, und ebenso die Kommission. Sie glaubt, es sei das Richtige, wenn das Inventar durch einen Notar aufgenommen werde. Gleichzeitig schlägt sie vor, daß der Notar durch zwei Mitglieder des Gemeinderates begleitet werde. Und damit die Maßregel für die Erben möglichst schonend wird, wird beantragt, es sei die Wahl des Notars den Erben zu überlassen. Dadurch ist es ihnen möglich, denjenigen Notar mit dem Inventar zu betrauen, dem sie auch zu Lebzeiten des Erblassers das Vertrauen schenken, und sie haben dadurch eine genügende Garantie, daß die Sache in möglichst schonender Weise vollzogen wird. Und da der Notar von zwei Delegierten des Gemeinderates begleitet wird, so hat man andererseits auch eine Garantie, daß nicht dieses und jenes wieder verheimlicht wird. Gleichzeitig wird beantragt, eine Frist von 40 Tagen zu bestimmen. Das hat aber nicht den Sinn, daß während dieser Zeit alles frei daliegt, sondern wir nehmen an, daß auch hier der Art. 500 C. G. zutreffen werde, welcher vorschreibt: „Die Verlassenschaft eines Verstorbenen soll so bald als möglich, und spätestens innert 24 Stunden, von dem Zeitpunkte an zu rechnen, wo sein Todesfall seinen anwesenden Erben kund geworden, unter Siegel gelegt werden, wenn 1. sich ein Testament vorgefunden, 2. seine bekannten Erben nicht alle anwesend oder nicht eigenen Rechtes sind, 3. die Erben ein amtliches Güterverzeichnis zu veranstalten gedenken, oder 4. einer derselben die Verriegelung der Verlassenschaft ausdrücklich verlangt.“ Beim amtlichen Güterverzeichnis hat man eine Frist von 30 Tagen, und man hat nun geglaubt, es sei besser, wenn man hier die Frist etwas ausdehne, damit diejenigen, welche sich nicht zu einem amtlichen Güterverzeichnis entschließen können, gleichwohl noch Zeit haben, die amtliche Inventarisierung vornehmen zu lassen. Damit haben die Erben die Wahl, das eine oder das andere auszuführen.

Nun ist selbstverständlich, daß das Verzeichnis den Steuerbehörden zur Kenntnisnahme und zur Vergleichung mit den Steuerregistern eingesandt werden muß; denn der Hauptzweck ist ja der, sich zu überzeugen, daß der Betreffende seiner Steuerpflicht nachgekommen ist.

Ich empfehle Ihnen den Art. 2 (neu), der die wesentlichsten Bestimmungen enthält, wie die Sache ausgeführt werden soll, zur Annahme. Ich glaube, bei dieser Form sei kein Grund vorhanden, Einspruch zu machen, da ja die Erben ihren Vertrauensmann beziehen können und daher sicher sind, daß nicht irgendwelche Rache ausgeübt wird, wie angedeutet wurde.

Scheurer, Finanzdirektor, Berichterstatter des Regierungsrates. Der Regierungsrat ist mit der Einfügung

dieses Art. 2 (neu) einverstanden, nur glaubt er einige Aenderungen vorschlagen zu sollen, die aber in der Hauptsache nur redaktionelle Bedeutung haben. Vorerst möchte er vorschlagen, im ersten Alinea statt „von zwei Mitgliedern des Gemeinderates oder von zwei Delegierten der Gemeinde“ zu sagen „von zwei Gemeindeabgeordneten“. Der Regierungsrat glaubt, man solle in diesem Punkte den Gemeinden möglichst große Freiheit lassen, ob sie Mitglieder des Gemeinderates abordnen wollen oder eigene Delegierte und ob sie diese Abgeordneten durch die Gemeindeversammlung oder durch den Gemeinderat, beziehungsweise in größeren Gemeinden durch den Stadtrat wählen lassen wollen und ob sie für jeden Fall besondere Abgeordnete bezeichnen oder für eine gewisse Zeit ständige Abgeordnete wählen wollen.

Im 2. Alinea wird beantragt, die Worte „der die Aufnahme zu besorgen hat“ zu streichen. Es genügt, wenn gesagt wird: „Die Wahl des Notars steht den Erben zu.“

Im 3. Alinea wird beantragt, die Worte „Amtschaffnerei zu Händen der“ zu streichen und zu sagen: „Das Inventar soll innerhalb 40 Tagen nach dem Todesfall aufgenommen und der Steuerbehörde eingesandt werden.“ Es ist nicht nötig, eine bestimmte Stelle zu bezeichnen, da man nicht weiß, wie lange wir noch Amtschaffnereien haben werden.

Mit diesen Aenderungen empfiehlt Ihnen der Regierungsrat den Art. 2 (neu) zur Annahme.

Schmid. Ich möchte nur eine ganz kleine redaktionelle Aenderung vorschlagen und zwar zu der neuen Redaktion der Regierung. Danach soll das Inventar der Steuerbehörde eingesandt werden. Ich glaube, um alle Mißverständnisse zu heben, sollte man sagen „zur Kenntnisaufnahme eingesandt werden“, sonst könnte man glauben, die Steuerbehörde könne das Inventar als Eigentum behalten, was man jedenfalls nicht verlangt; denn man wird doch der Ansicht sein, daß das Inventar den Erben wieder zugestellt werden soll.

Scheurer, Finanzdirektor, Berichterstatter des Regierungsrates. Ich bin einverstanden.

Heller, Berichterstatter der Kommission. Ich glaube namens der Kommission erklären zu dürfen, daß sie mit den vom Regierungsrat beantragten Aenderungen einverstanden ist, ebenso mit der von Herrn Schmid beantragten Einschalung.

Müller (Bern). Ich möchte auch nur ganz wenige, mehr redaktionelle Bemerkungen machen. Die von der Regierung vorgeschlagene redaktionelle Aenderung zum 1. Alinea gefällt mir nicht recht. Es ist schon richtig, daß man den Gemeinden möglichst freie Hand lassen soll. Aber ebenso gut kann man sagen, es sei keine so wichtige Sache, wer die Delegierten wähle. Man könnte das daher gerade in dem Artikel ordnen; denn sonst müssen die Gemeinden, die die Delegierten nicht direkt wählen, noch besondere Reglementsbestimmungen erlassen, die der Regierung zur Genehmigung eingesandt werden müssen. Ich glaube deshalb, man könnte ganz ruhig sagen „unter Mitwirkung von zwei Mitgliedern des Gemeinderates oder von zwei durch denselben bezeichneten Delegierten“. Ich glaube, die Bezeichnung der Delegierten

dürfe man den Gemeinderäten füglich überlassen, und dann wäre für alle Verhältnisse gesorgt. In größeren Ortschaften könnte es den Gemeinderäten schwer fallen, in jedem Todesfalle 2 Mitglieder zu delegieren. Aber andererseits kann man die Delegierten auch nicht immer von der Gemeinde direkt wählen lassen, sondern man wird Leute bezeichnen, welche diese Sache regelmäßig besorgen, und wenn sie einmal verhindert sind, so muß dafür gesorgt werden, daß man sie leicht ersetzen kann und nicht die Extraeinberufung einer Gemeindeversammlung nötig ist. Es ist deshalb das Praktische, wenn man sagt „unter Mitwirkung von 2 Mitgliedern des Gemeinderates oder von 2 durch denselben bezeichneten Delegierten“.

Was die Wahl des Notars anbelangt, so möchte ich fragen, wie es denn zu halten ist, wenn die Erben reitent und keinen Notar wählen, wenn sie sagen: „Macht was ihr wollt; wir wählen keinen Notar.“ Ich glaube, diesen Fall sollte man im Gesetz selbst erledigen; denn wenn man den Erben auf der einen Seite das Wahlrecht giebt, so muß man auch sagen, wie es gehalten sein soll, wenn die Erben von diesem Wahlrecht keinen Gebrauch machen. Ich würde sagen: „Unterlassen die Erben die rechtzeitige Wahl des Notars, so wird derselbe durch den Regierungstatthalter bezeichnet.“

Sodann möchte ich noch eine Anfrage an die Kommission oder die Regierung richten. „Das Inventar soll innerhalb 40 Tagen nach dem Todesfall aufgenommen und der Amtschaffnerei zu Händen der Steuerbehörden eingesandt werden.“ Die Erben können also warten bis zum 39. oder 40. Tage; man kann sie nicht zwingen, die Sache vorher besorgen zu lassen, namentlich da sie den Notar zu wählen haben. Es wird deshalb nötig sein, sofern die zitierte Bestimmung nicht anders gemeint ist, eine Bestimmung über die Versiegelung des Nachlasses zu treffen, sonst trifft dann das ein, was Herr v. Wattenwyl sagte, daß man ein Messer ohne Klinge besitzt.

Hegi. Herr Kommissionspräsident Heller hat auseinandergelegt, warum die Kommission in Alinea 3 eine Frist von 40 Tagen in Aussicht genommen hat, gegenüber den landläufigen 30 Tagen. Ich begreife die von ihm angeführten Gründe ganz gut, finde aber, die Sache könnte leicht zu Irrtümern Anlaß geben. Die Frist von 30 Tagen ist bekannt, und nun räumt man hier eine längere Frist ein. Das kann nun zur Folge haben, daß die Erben nur an diese längere Frist denken und so die Frist zur Vornahme eines amtlichen Güterverzeichnisses verpassen, und es könnte dann das Verlangen um ein nachträgliches amtliches Güterverzeichnis mit diesem Irrtum bezüglich der Frist begründet werden. Ich glaube deshalb, es wäre vorsichtiger und im Interesse der Bürger, wenn man eine einheitliche Frist von 30 Tagen hätte, was ich vorschlagen möchte. Ebenso glaube ich, es dürfte angezeigt sein, ins Gesetz eine Bestimmung betreffend die Versiegelung aufzunehmen.

Heller, Berichterstatter der Kommission. Die vorgesehene Frist ist die nämliche, die auch im Erbschaftssteuergesetz steht, und ich glaube, man könne ganz gut diese Frist von 40 Tagen beibehalten. Wer die Frist von 30 Tagen für das amtliche Güterverzeichnis verpaßt, hat dann noch Zeit, das amtliche Inventar ausführen zu lassen. Was die Versiegelung anbetrifft, so stellt sich die Kommission vor, eine bezügliche Vorschrift gehöre ins



**Dekret.** Ich kann mich aber mit Herrn Müller einverstanden erklären, daß man eine bezügliche Bestimmung ins Gesetz selbst aufnimmt, und in diesem Falle müßte man sagen, daß die Versiegelung in gleicher Weise zu erfolgen habe, wie in den in Art. 1 vorgesehenen Fällen. Was die übrigen von Herrn Müller beantragten redaktionellen Aenderungen betrifft, so erkläre ich mich damit einverstanden.

**Scheurer, Finanzdirektor, Berichterstatter des Regierungsrates.** Ich habe gegen die redaktionellen Aenderungen, die Herr Müller zum ersten und zweiten Alinea vorschlägt, ebenfalls nichts einzumenden.

**Präsident.** Beharrt Herr Hegi auf seinem Antrag betreffend die Frist?

**Hegi.** Ich kann meinen Antrag zurückziehen, möchte dagegen darauf beharren, daß eine Bestimmung betreffend die Versiegelung aufgenommen wird.

**Müller (Bern)** formuliert seinen Antrag zum dritten Alinea folgendermaßen: „Der Nachlaß ist innerhalb 24 Stunden nach dem Todesfall amtlich unter Siegel zu legen.“

#### Abstimmung.

Für den Antrag Müller betreffend Versiegelung

Mehrheit.

Im übrigen wird der Artikel mit den von Herrn Müller beantragten redaktionellen Aenderungen stillschweigend angenommen.

#### Art. 2 (alt, nun Art. 3).

**Scheurer, Finanzdirektor, Berichterstatter des Regierungsrates.** Hier ist in der ersten Beratung ein Punkt unerledigt geblieben, nämlich die Festsetzung der Gesamtgebühr, welche in Zukunft bezogen werden soll. Die gegenwärtige Gebühr beträgt bekanntlich 2 1/2 vom Tausend, und die Kommission schlug vor, diese Gebühr auf 1 vom Tausend herabzusetzen. Diese Herabsetzung wollte dem Regierungsrat und speziell dem Finanzdirektor nicht gefallen, aber bei näherer Ueberlegung mußte man doch zustimmen. Man mußte sagen, wenn wirklich eine Reduktion erfolgen sollte, welche dem Publikum einen erheblichen Vorteil biete und ein Gegenwert für die neue Maßregel sein sollte, die vielfach doch als eine lästige aufgefaßt wird, so müsse man eine solche Reduktion vornehmen, der eine wirkliche Bedeutung zukomme. Ich kann nun beifügen, daß der Ausfall, der dem Staate erwachsen wird, nicht so bedeutend ist. Die Gebühren für amtliche Güterverzeichnisse sind nicht sehr hoch. Sie beziffern sich auf etwa 20,000 Fr. jährlich, und wenn davon 3/5 wegefallen, so ist das eine Reduktion, die keine große Summe ausmacht und jedenfalls durch die Vermehrung des Steuerertragnisses, die durch die Maßregel der amtlichen Inventarisierung herbeigeführt wird, reichlich wogen werden wird. Der Regierungsrat kann daher den Antrag der Kommission acceptieren.

Was die Frage anbetrifft, welche bei der ersten Beratung eine Rolle spielte, ob das rohe oder das reine Vermögen zur Grundlage der Berechnung genommen werden sollte, so ist diese Frage in den vorberatenden Behörden dadurch erledigt, als nunmehr der Antrag, das reine Vermögen zur Grundlage zu nehmen, von keiner Seite aufgenommen wird.

**Seller, Berichterstatter der Kommission.** Nachdem sich die Regierung der Kommission anschließt, möchte ich Ihnen empfehlen, nun den Ansaß von 1 vom Tausend aufzunehmen zu wollen.

**Schär.** Nur eine kurze nachträgliche Bemerkung auf die Anbringen des Herrn v. Wattenwyl. Er hat uns u. a. in seinen materiellen Bedenken geschildert, was für Zustände eintreten, wenn in einer Gemeinde, wo vielleicht etwelcher Parteihader herrsche, zwei Bürger sich zusammentun können, um dann die Erben des Verstorbenen zu plagen. Gerade dem haben wir in Art. 3 vorbeugen wollen, indem wir sagten: wir machen die Kosten des amtlichen Güterverzeichnisses so gering, daß es auch dem Unbemittelten möglich wird, ein solches durchführen zu lassen, so daß er also vor solchen Machinationen geschützt ist. Ich glaube also, Herrn v. Wattenwyl in dieser Beziehung beruhigen zu können. Im weiteren möchte ich den Rat einladen, den Artikel so anzunehmen, wie er vorliegt.

**Weber (Graswyl).** Da die Gebühr vom rohen Vermögen bezogen werden soll, möchte ich beantragen, statt 1 Franken nur 50 Rappen vom Tausend zu verlangen.

**Seller, Berichterstatter der Kommission.** Ich möchte dem Antrag des Herrn Weber entgegenreten; denn eine weitere Reduktion geht nicht wohl an. Aus dem Votum des Herrn Finanzdirektors haben Sie gehört, daß es ihm etwas unangenehm war, daß man 3/5 der bisherigen Gebühr gestrichen hat. Diese Reduktion macht immerhin 10,000 bis 15,000 Fr. aus, und wenn man noch weiter reduziert, so fällt die Gebühr fast gar nicht mehr in Betracht. Wir haben die Gebühr von 2 1/2 auf 1 vom Tausend reduziert und ferner die Grundgebühr, die unter allen Umständen bezogen wird, von 30 auf 10 Franken. Es ist also den Verhältnissen wirklich genügend Rechnung getragen, und ich glaube, weiter solle man nicht gehen. Von dem Gedanken, die Gebühr vom reinen Vermögen zu beziehen, hat man Umgang genommen, weil man die Wirkung dieser Bestimmung nicht genau hätte beziffern können, während wir, wenn man auf das rohe Vermögen abstellt, genau wissen, wie viel die Sache ausmacht. Ich beantrage Ihnen also, den Antrag der Kommission, dem die Regierung beipflichtet, anzunehmen.

**Burkhardt.** Ich möchte den Antrag des Herrn Weber ebenfalls abweisen. Man hat in der ersten Beratung gesagt, man wolle die Kosten des amtlichen Güterverzeichnisses so reduzieren, daß der Staat für seine Kosten immerhin noch bezahlt werde, aber keinen Profit mache. Dies ist der Fall, wenn 1/100 vom rohen Vermögen bezogen wird, wie sich aus den Rechnungen von 1893 und 1894 ergibt.

**Hegi.** Ein von Herrn Seller gebrauchter Ausdruck

veranlaßt mich, um Auskunft zu ersuchen. Herr Heller sagte, es sei eine Grundgebühr von 10 Fr. vorgesehen. Ich habe mir die Sache so vorgestellt, diese 10 Fr. sollen dann bezahlt werden, wenn kein Vermögen vorhanden ist, während wenn solches vorhanden, die Gebührenberechnung in der Höhe von 1 vom Tausend Platz greife. Ich möchte nun fragen, ob diese Auffassung richtig ist oder ob die Grundgebühr von 10 Fr. in allen Fällen bezahlt werden muß.

Heller, Berichterstatter der Kommission. Es ist ganz klar, daß die 10 Fr. nur bezogen werden, wenn kein Vermögen da ist. Ist Vermögen da, so wird die Gebühr von 1‰ berechnet; die Gesamtgebühr muß aber wenigstens 10 Fr. ausmachen.

Hegi. Ich habe die Sache so aufgefaßt; lediglich der Ausdruck „Grundgebühr“ hat mich veranlaßt, eine Anfrage zu stellen.

#### Abstimmung.

Für den Entwurf (gegenüber dem Antrag Weber)  
Mehrheit.

Art. 3 (nun Art. 4).

Angenommen.

Auf die Frage des Präsidenten, ob man auf einen Artikel zurückzukommen wünsche, meldet sich niemand zum Wort.

Es folgt noch die

#### Schlußabstimmung.

Für Annahme des Gesetzes . . . . . Mehrheit.

#### Naturalisationsgesuche.

Auf den Antrag des Regierungsrates und der Bittschriftenkommission werden bei 87 gültigen Stimmen (erforderliche  $\frac{2}{3}$ -Mehrheit: 58) die nachgenannten Personen, welche sich über den Genuß eines guten Leumundes, den Besitz der bürgerlichen Rechte und Ehren, sowie über günstige Vermögens- und Erwerbsverhältnisse ausgewiesen haben, auf ihr Ansuchen hin in das bernische Landrecht aufgenommen, in dem Sinne jedoch, daß die Naturali-

sation erst mit der Zustellung der Naturalisationsurkunde in Wirksamkeit tritt:

1. Bertram Hubert Meinerzhagen von Köln, Königreich Preußen, geb. 1854, Schriftfeger in Bern, seit 1877 daselbst wohnhaft, verheiratet mit Maximiliane Keller, Vater von fünf Kindern, mit zugesichertem Ortsbürgerrecht der Einwohnergemeinde Wachseldorn — mit 60 Stimmen.

2. Georg Alfred Latour von Schlettstadt im Unter-Elßaß, geb. 1867, Koch in Thun, seit 1889 im Kanton Bern wohnhaft, ledig, mit zugesichertem Ortsbürgerrecht der Einwohnergemeinde Wachseldorn — mit 74 Stimmen.

3. Frau Magdalena Körber geb. Ufer von Murten, wohnhaft in Brienz, geb. 1856, kinderlose Witwe zweiter Ehe des Gottfried Adolf Körber, gewesener Arzt in Brienz, mit zugesichertem Ortsbürgerrecht der Burgergemeinde Brienz — mit 85 Stimmen.

4. Theodor Zeller von Belfort, Frankreich, geb. 1849, Uhrenfabrikant, seit 1889 in Bruntrut wohnhaft, verheiratet mit Marie Louise Lebeau, Vater eines minderjährigen Kindes, mit zugesichertem Ortsbürgerrecht der Burgergemeinde Bruntrut — mit 81 Stimmen.

5. Louis Paul Guillaume von Courcelles-les-Chatillons im französischen Departement des Doubs, geb. 1869, Uhrmacher, wohnhaft seit vielen Jahren in Münster, ledig, mit zugesichertem Ortsbürgerrecht der Burgergemeinde Sornetan — mit 78 Stimmen.

6. Philipp Arnold Eckert von Hollstadt, Königreich Bayern, geb. 1874, ledig, Commis, seit seiner Geburt im Kanton und gegenwärtig in Laufen wohnhaft, mit zugesichertem Ortsbürgerrecht der Burgergemeinde Löwenburg — mit 75 Stimmen.

7. Alphons Louis Boulangé von Danjoutin, Frankreich, geb. 1846, Schmied und Landwirt, seit 1872 in Wendlincourt wohnhaft, verheiratet mit Marie Ludvine Christe, Vater von fünf minderjährigen Kindern, mit zugesichertem Ortsbürgerrecht der Burgergemeinde Wendlincourt — mit 80 Stimmen.

8. Dr. Karl Hugo Kronecker von Liegnitz, Königreich Preußen, geb. 1839, Professor in Bern, seit 1884 daselbst wohnhaft, verheiratet mit Elisa Gertrud Maria Bredschneider, Vater zweier minderjähriger Kinder, mit zugesichertem Ortsbürgerrecht der Burgergemeinde Bern — mit 77 Stimmen.

9. Karl Friedrich Anton Thimm von Kößeln, Königreich Preußen, geb. 1847, Rüfer, seit 1877 in Bern niedergelassen, verheiratet mit Rosina Stähli, Vater von drei minderjährigen Kindern, mit zugesichertem Ortsbürgerrecht der Einwohnergemeinde Wachseldorn — mit 72 Stimmen.

Ferner folgende Minderjährige:

10. Karl August Körber, geb. 1878, Sohn erster Ehe des vorgenannten Arztes Körber und der Pauline Stoll, mit zugesichertem Ortsbürgerrecht der Burgergemeinde Brienz — mit 71 Stimmen.

11. Johann Georg Gutmann von Rohrau, Königreich Württemberg, geb. 1875, Commis in Münster, seit 5 Jahren daselbst wohnhaft, mit zugesichertem Ortsbürgerrecht der Burgergemeinde Sornetan — mit 74 Stimmen.

12. Friedrich Wilhelm Bleile von Oberkirch, Großherzogtum Baden, Sohn des Wirts Mathias Bleile in Biel, geb. 1878, seit seiner Geburt und bis vor kurzem

in Biel wohnhaft, gegenwärtig in Basel, mit zugesichertem Ortsbürgerrecht der Bürgergemeinde Negerten — mit 77 Stimmen.

## Defret

betreffend

### die Feuerordnung.

(Siehe Nr. 13 und 18 der Beilagen zum Tagblatt des Großen Rates von 1895.)

Fortsetzung der Beratung.

(Siehe Seite 137 hievor.)

v. Steiger, Direktor des Innern, Berichterstatter des Regierungsrates. Sie sind im März in der Beratung der Feuerordnung bis zum § 104, beziehungsweise nun § 103, gekommen. Man hat nämlich, gemäß Ihren Beschlüssen, die Paragraphen neu numeriert, und es bleiben heute noch circa 14 Paragraphen zu beraten übrig. Ich glaube aber, es sei richtig, wenn ich damit beginne, über die zurückgewiesenen §§ 88, 89 und 90 Bericht zu erstatten.

Sie haben diese Paragraphen, enthaltend Bestimmungen über die Kamine, zurückgewiesen hauptsächlich auf die Bemerkungen des Herrn Großrat Wigler hin, der gefunden hat, es seien diese Vorschriften zu weitgehend. Und es ist namentlich geltend gemacht worden, daß sehr erfahrene und angesehene Baumeister auf dem Land, wie z. B. Herr Königer in Worb, durch Heu- und Getreidebühnen hindurch Kamine erstellen, die nicht schlupfbar seien. Ferner fand man, es sei zu viel verlangt, wenn seitliche Rußöffnungen in solchen Räumlichkeiten verboten werden. Ich habe mich schon damals über dieses Citat verwundert und habe Veranlassung genommen, Herrn Königer persönlich darüber zu befragen. Derselbe erklärte mir, die Sache müsse auf einem groben Mißverständnis beruhen; durch Heu- und Stroh Bühnen erstelle er nie ein anderes Kamin, als es hier vorgesehen sei, und er halte dafür, es solle durchaus an den Bestimmungen des Dekrets festgehalten werden. Es lag deshalb für uns kein Grund vor, Ihnen etwas anderes vorzuschlagen. Dagegen stimmen wir dem Antrage der Kommission auf Streichung des letzten Satzes in § 88 bei; wir beharren also nicht darauf, daß die Kamine mit einem Lattenverschlag umgeben sein sollen.

Weber (Grafwyl). Ich verlange das Wort zur Stellung einer Ordnungsmotion. Es ist mir zur Kenntnis gelangt, es stehe für die nächste Zeit eine Session in Aussicht zur Behandlung der Spiez-Erlenbachbahn. Ich glaube nun, man sollte diesen Anlaß benutzen und das vorliegende Dekret an die Regierung zurückweisen. Ich finde, es sei das mehr als ein Dekret, nicht nur mit Rücksicht auf seinen Umfang, sondern auch mit Rücksicht auf seinen Inhalt. Ich glaube, der Große Rat habe nicht das Recht, Bestimmungen in ein Dekret hineinzubringen und so der Abstimmung des Volkes zu entziehen,

die in ihrer ganzen Ausdehnung und Tragweite von viel größerer Bedeutung sind, als Duzende von Gesetzen. Wir haben überhaupt die Erfahrung gemacht, daß das Volk etwas mißstimmt ist, und die Direktion des Innern hätte aus der Abstimmung über die Impffrage die Lehre ziehen können, daß man mit dem Volke nicht machen kann, was man will und daß der Zwang nichts nützt, daß man damit im Gegenteil das erreicht, was man nicht will. Wir müssen darnach trachten, daß es im Großen Räte, wenn man an die Beratung eines Gesetzes geht, nicht heißt: ja, was sollen wir machen, das Volk schießt die Sache doch bachab! Wir sollten im Gegenteil mit frohem Mut an die Beratung von Gesetzesvorlagen gehen können in der Ueberzeugung, daß auch das Volk dazu stehen werde, wenn die große Mehrheit des Großen Rates hinter einem Gesetze stehe. Ich bin überzeugt, daß wenn der vorliegende Dekretsentwurf dem Volke vorgelegt würde, derselbe mit immenser Mehrheit verworfen würde. Ich finde daher, man solle nicht Gesetze in die Form eines Dekretes einkleiden. Schon bei der ersten Beratung des Dekretes hatte ich das Gefühl, der Große Rat habe nicht recht den Mut, hinter das Dekret zu gehen. Mit Rücksicht auf die neuen technischen Einrichtungen und Erfahrungen in Bausachen ist allerdings eine neue Feuerordnung nötig; allein daß dieselbe so weit gehen werde, wie der Entwurf, hat niemand erwartet, und auch die Herren Schmid und Bühlmann haben sich dahin ausgedrückt, der Entwurf gefalle ihnen nicht, und Herr Schmid hat deshalb den Antrag gestellt, es sei das Dekret zu Ende zu beraten und dann nur provisorisch für ein Jahr in Kraft zu setzen. Ich finde aber, ein Dekret auf probieren hin, das käme nicht gut heraus; es käme ungefähr so heraus, wie wenn man auf probieren hin heiraten würde (Heiterkeit). Man macht uns im Volke bittere Vorwürfe und erklärt: wenn dieses Dekret angenommen wird, so werden wir die Initiative ergreifen, daß dasselbe dem Volksentscheid unterstellt werden soll. Ich würde das nicht für das Richtige halten; aber ich finde, wir sollen selber die richtige Grenze ziehen und nicht dem Volke Gelegenheit geben, daß es uns sagen muß, wir seien zu weit gegangen. Ich beantrage daher, es sei das Dekret im Sinne der Vereinfachung an die Regierung zurückzuweisen.

Präsident. Ich eröffne die Diskussion über diese Ordnungsmotion.

v. Steiger, Direktor des Innern, Berichterstatter des Regierungsrates. Die Ordnungsmotion des Herrn Weber verwundert mich einigermaßen. Ich habe zuerst geglaubt, dieselbe werde dahin hinauslaufen, daß Herr Weber ein Gesetz verlange. Nun ist das aber nicht der Fall, trotzdem er, wenn ich ihn recht verstanden habe, sich dahin erklärt hat, die Materie sollte durch ein Gesetz geordnet werden und nicht durch ein Dekret. Nun stehen wir aber hier vollständig auf dem Boden des Gesetzes, indem das Gesetz über die Brandversicherungsanstalt vom 30. Oktober 1881 in § 45 bestimmt: „Durch Dekret des Großen Rates werden geregelt und festgesetzt: . . . 4. die Bestimmungen über die Feuerficherheit, inbegriffen die Revision der Feuerordnung vom 25. Mai 1819.“ Indem die Regierung dem Großen Räte das vorliegende Dekret unterbreitete, hat sie lediglich diese Gesetzesbestimmung vollzogen.



Herr Weber bemerkt weiter, das Dekret sei zu kompliziert, zu umfangreich. Was den letztern Vorwurf anbetrifft, so verweise ich auf die Feuerordnung von 1819. Dieselbe zählt 117 Paragraphen, also fast genau gleich viel, wie der neue Entwurf, obwohl der letztere verschiedene Punkte und Materien ordnet, die in der alten Feuerordnung nicht geordnet waren. Man hat sich also jedenfalls nicht einer größern Breite und Weitläufigkeit beflissen, sondern hat sich auf das Nötige zu beschränken gesucht. Gleichwohl begreife ich das Gefühl, es sei das eine etwas weitläufige Sache. Allein ich habe schon früher bemerkt, daß es außerordentlich schwierig ist, es in diesen Dingen, namentlich in Bezug auf baupolizeiliche Vorschriften, allen Leuten recht zu machen. Herr Weber wünscht ein kürzeres Dekret; er hat aber nicht gesagt, was man weglassen solle, wo man den Ortspolizeibehörden größere Latitüde einräumen könnte u. Von anderer Seite, namentlich von Leuten, die in der Feuerschau thätig sein sollten, hat man uns dagegen schon seit langer Zeit gesagt: wir sollten etwas Genaueres in der Hand haben; wir sollten wissen, an was wir uns halten können, damit nicht der eine so verfährt und der andere anders. Ich glaube, diese letztere Ansicht sei die richtige. Man muß in solchen Dingen dafür sorgen, daß überall die gleichen Grundsätze und Vorschriften befolgt werden, damit es nicht heißt: da und da ist das erlaubt, da und da aber nicht.

Ich gebe zu, daß vielleicht da und dort, ohne Schaden für die Hauptsache, etwas geändert werden könnte. Allein man bringe die bezüglichlichen Bemerkungen bei den betreffenden Paragraphen an. Eine Rückweisung halte ich für absolut zwecklos; denn ich weiß nicht, was die Regierung anderes vorschlagen sollte. Die Regierung hat die Pflicht, dem Großen Räte das vorzuschlagen, was sie für gut und nötig erachtet, und dann kann der Große Rat die Vorlage ändern, wie es ihm gefällt. Wir können nicht von uns aus die Sache leicht nehmen, um so weniger, als wir in unserem Kanton in Bezug auf die Brandstatistik Zustände haben, welche nicht schön sind und die uns im Kreise der übrigen Kantone keinen Ehrenplatz verschafft haben. Im Jahre 1893 hatten wir 71 Brandfälle, welche sich nicht ereignet hätten, wenn nicht Konstruktionsfehler oder Uebertretungen feuerpolizeilicher Vorschriften vorgekommen wären. Im Jahre 1894 hatten wir 63 solche Fälle. Die Brandversicherungsanstalt giebt sich alle Mühe, da vorbeugend einzugreifen, indem sie da, wo die Beamten vorschriftswidrige Zustände angetroffen haben, Mahnungen erläßt. So sind im Jahre 1893 von der Verwaltung der Brandversicherungsanstalt 3484 Mahnungen erlassen worden. Den meisten derselben wurde nachgekommen, ohne daß die Direktion der Anstalt ernstlich hätte einschreiten müssen. Ferner mußte sie im Jahre 1893 264 amtliche Aufforderungen zur Beseitigung von feuergefährlichen Zuständen erlassen. Im Jahre 1894 wurden 1380 solche Aufforderungen erlassen. Wenn Sie diese Zahlen vor Augen hätten, wie diejenigen, die sich das ganze Jahr mit diesen Angelegenheiten befassen müssen, so hätten Sie gewiß die Ueberzeugung, es müsse da bessere Ordnung geschaffen werden, geschieht es ja doch schließlich zum Nutzen aller derjenigen, welche an der Brandversicherungsanstalt beteiligt sind. Hunderttausende von Franken können Jahr für Jahr erspart werden, wenn in diesen Dingen bessere Ordnung eingeführt wird, eine bessere Feuerschau und namentlich mehr Ordnung in

baupolizeilicher Hinsicht. Ist es sich da nicht der Wert, daß der Bürger aus seinen Gewohnheiten sich einigermaßen aufrafft? Ich glaube, es verlohnt sich wohl der Mühe. Wenn Sie zusammenrechnen, welche Summen im Laufe der Jahre unnütz in Brand aufgehen, die dann die sämtlichen Häuserbesitzer wieder zusammenlegen müssen, wobei außerdem ein Teil des Risikos auf die Gemeinden und Bezirke entfällt, so wird man sicher über manche Bestimmung dieser Vorlage anders urteilen, als es da und dort geschieht.

Ohne nähere Instruktion, was anders gemacht werden sollte, sehe ich nicht ein, was eine Rückweisung für einen Sinn hätte. Da nur noch wenige Artikel zu beraten sind, so sollte man die Vorlage nun zu Ende beraten. Eventuell kann der Große Rat dann beschließen, es solle, in Abweichung von der bisherigen Übung, noch eine zweite Lesung stattfinden. Einem solchen Antrag widersehe ich mich nicht; ich bin durchaus kein „Zwänggrind“, wie Herr Weber andeuten wollte.

Hegi, Berichterstatter der Kommission. Wenn ich das Wort ergreife, so glaube ich im Namen aller Kommissionsmitglieder zu sprechen, wenn ich mich den Ausführungen des Herrn v. Steiger voll und ganz anschließe. Herr Weber hätte seine Ordnungsmotion bei der Eintretensfrage stellen sollen und nicht mitten in der Beratung. Findet Herr Weber, die Vorlage enthalte Punkte, welche ausgemerzt werden sollten, so mag er am Schlusse der Beratung Wiedererwägungsanträge stellen. Der Einwand, die Vorlage sei zu weitläufig, ist von Herrn v. Steiger widerlegt worden. Ich habe den gleichen Vorwurf auch schon oft gehört; allein wenn man den Leuten auseinandergesetzt hat, was für Materien in der Vorlage geordnet werden und was für andere Verhältnisse wir gegenüber 1819 haben, so begreifen es die Leute, wie man heute dazu kommt, die Sache etwas detailliert zu behandeln. Ich glaube also, es sei nicht angezeigt, auf die Ordnungsmotion des Herrn Weber einzutreten.

Was die Anregung des Herrn Regierungsrat v. Steiger anbetrifft, eine zweite Lesung vorzunehmen, so kann ich nicht namens der Kommission sprechen; allein persönlich möchte ich mich derselben anschließen, und ich denke, auch die Mitglieder der Kommission seien damit einverstanden.

Dürrenmatt. Das vorliegende Dekret enthält Bestimmungen dreierlei Art: solche, wie man sie etwa in einem Ausführungsdekret aufstellt und die wirklich vor den Großen Rat gehören; solche, die nicht einmal vor unser Vorum gehören, wie die Vorschrift betreffend die Grachoirs und die Mutthäusen, und endlich solche, die eigentlich in ein Gesetz gehören. Wenn man 12 neue Beamten mit einem fixen Gehalt von 3000—4000 Fr. aufstellt, so ist das ein ganz neuer Organismus im Staate, den man wahrhaftig nicht durch ein bloßes Großenratsdekret aufstellen kann. So verstehe ich wenigstens die Berufung auf das Gesetz vom Jahre 1881 nicht. Dasselbe sagt: „Durch Dekret des Großen Rates werden geregelt und festgesetzt: . . . 4. Die Bestimmungen über die Feuerficherheit, inbegriffen die Revision der Feuerordnung.“ Nun haben wir in der neuen Vorlage einen gewaltigen Feueraufsichtsorganismus in Form der 12 Inspektoren. Ich finde, solche Sachen gehören in ein Gesetz, und man sollte sich in Acht nehmen, solche Neuerungen nur in einem Dekret zu bringen, so daß das

Volk nicht Gelegenheit hat, darüber abzustimmen. Der Entwurf enthält ohnedies schon viele Neuerungen, an die kein Mensch denkt und die sehr lästig sein werden. Ich möchte darum den Antrag des Herrn Weber lebhaft unterstützen, das Dekret zum Zwecke der Vereinfachung und der Ausschcheidung derjenigen Materien, die in ein Gesetz gehören, an die Regierung zurückzuweisen. Es ist dafür noch nicht zu spät. Bei Beginn der Diskussion hat man nicht gewußt, wo die Sache hinführen werde, und wenn Sie heute auf der Fortsetzung der Debatte beharren, so werden Sie die Erfahrung machen, daß die Mitglieder des Rates weglassen und wir am Ende nicht mehr beschlußfähig sind.

Weber (Graswyl). Ich glaubte, meinen Antrag allgemein halten und einfach Rückweisung an die Regierung beantragen zu sollen. Die Gründe, die mich dazu bewogen haben, sind folgende. Ich finde, die Gemeinden haben zu wenig Kompetenz und man müsse in dieser Beziehung weiter gehen und die Kompetenzen erhöhen. Ferner gehört die Aufstellung ständiger Beamtungen absolut in ein Gesetz, und ebenso ist es Sache der Regierung, zu prüfen, ob man es nicht mit der Hälfte der vorgesehenen Inspektoren machen könnte. Ich halte meinen Antrag aufrecht. Wenn in der zweiten Lesung kein abgeänderter Entwurf vorgelegt wird, so wird neuerdings Rückweisung beantragt werden, und es scheint mir daher, es sei gescheidter und man vermeide einen unnützen Zeitverlust, wenn man gerade heute entscheidet, ob wir ein einfacheres Dekret verlangen oder in der Beratung des Entwurfes fortfahren wollen.

v. Steiger, Direktor des Innern, Berichterstatter des Regierungsrates. Ich möchte noch ganz kurz auf einen Einwand antworten, der hinsichtlich der gesetzlichen Zulässigkeit einzelner Bestimmungen gemacht worden ist. Es wurde gesagt, die Einführung von Bezirksfeuerwehrgesetzen gehöre in ein Gesetz. Nun wiederhole ich zunächst, daß das Brandversicherungsgesetz vom Volke angenommen worden ist und die gesamte Revision der Feuerordnung einem Dekret zuweist. Zur Feuerordnung gehört aber auch die Handhabung derselben, und so spricht denn auch die Feuerordnung von 1819 von der Feuerchau; allerdings nimmt sie nur Feuerchau in den Gemeinden in Aussicht. Wir haben aber noch einen andern Vorgang. Ein Dekret, das ebenfalls in Ausführung des Gesetzes über die Brandversicherungsanstalt erlassen worden ist, ist dasjenige über das Verfahren bei den Schatzungen, vom Jahre 1882. In diesem Dekret wird das Amt der Schätzer eingeführt, indem man sich sagte, für die Schatzungen habe man besondere Leute nötig, und diese müssen bezahlt werden. So sind, ebenfalls auf dem Dekretswege, 12 Schatzungskommissionen eingeführt worden. Der Unterschied ist nur der, daß dort das Taggeld im Dekret festgesetzt wurde, während dies hier nicht der Fall ist; das ist aber ein unwesentlicher Unterschied; wir haben auch hier die Kompetenz, nicht fixbesoldete Bezirksfeuerwehrgesetze einzuführen, sondern dieselben mit Taggeldern zu entschädigen. Es liegt also auch hierin kein innerer Grund, die Sache auf dem Dekretswege zu erledigen.

Dürrenmatt. Ich muß doch auf den Unterschied der Feuerchau und der Schatzungskommissionen gegenüber den im vorliegenden Dekret vorgesehenen Beamten

aufmerksam machen. Im ersteren Falle handelt es sich nicht um Beamte mit einem fixen Jahresgehälter von 3000—4000 Fr., sondern um Gelegenheitsämter, die in vielen Gemeinden nicht einmal honoriert werden. Auch ist es von jeher Brauch gewesen, daß man etwa solche Kommissionen vorgesehen hat, wie sie Herr Regierungsrat v. Steiger anführt, aber nicht einen förmlichen Organismus von 12 ständigen Beamten mit 3000—4000 Fr. Jahresgehalt.

Schär. Ich hatte leider nicht Gelegenheit, in der Kommission meine Wünsche zur Geltung zu bringen, da ich erst nachträglich in dieselbe gewählt wurde, als die Feuerordnung schon fix und fertig dalag. Ich habe nun gesehen, daß in Bezug auf die landwirtschaftlichen Verhältnisse die Vorlage zu streng gehalten ist, und ich gehe mit einem der Herren Vorredner einig, daß absolut mehrfache Erleichterungen geschaffen werden müssen. Nun aber finde ich doch nicht, daß deswegen der ganze Entwurf zurückzuweisen sei, um die ganze Komödie von neuem zu beginnen. Wenn uns einzelne Bestimmungen nicht gefallen, so haben wir das Recht, dieselben auszumergen, und so werden wir schließlich eine Feuerordnung erhalten, die dem Volke wirklich konveniert.

Was die Kompetenzfrage anbetrifft, so stehe ich vollständig auf dem Boden des Vertreters der Regierung. Die Kompetenzen sind im Brandversicherungsgesetz niedergelegt, und wir vollziehen nur, was uns dort befohlen ist. Gestützt auf jenes Gesetz ist z. B. noch ein anderes Dekret geschaffen worden, das Herr v. Steiger nicht anführte, nämlich das Dekret vom Jahre 1884 über die Neuorganisation der Feuerwehr. Dieses Dekret hat in die volkstümlichen Verhältnisse so tief eingegriffen, daß man sich ebenfalls hätte fragen können, ob dasselbe nicht vor das Volk gehöre. Dasselbe war aber lediglich auch nur die Ausführung des Brandversicherungsgesetzes, ganz gleich wie das vorliegende Dekret.

Ich muß mich also dem Antrage des Herrn Weber widersetzen, unterstütze jedoch die Ansicht, es solle eine zweite Lesung vorgenommen werden und zwar in dem Sinne, daß wir heute die erste Lesung beendigen und dann einige Zeit vorübergehen lassen, damit der Entwurf im Volke besprochen werden kann. Nachher können wir dann eine zweite Lesung vornehmen und das ausmerzen, was zu viel ist, und dann kann sich auch das Volk nicht beklagen, man habe es majorisiert.

#### Abstimmung.

Für Rückweisung nach Antrag Weber	50 Stimmen.
Für Behandlung . . . . .	49 "

v. Steiger, Direktor des Innern. Ich verlange nochmalige Zählung.

Schär. Ich wünsche, daß zuerst geprüft werde, ob man wirklich beschlußfähig ist. So viel ich gesehen habe, haben alle Mitglieder gestimmt, und in diesem Falle würde sich aus der Zahl der abgegebenen Stimmen die Beschlußunfähigkeit des Rates ergeben.

Präsident. Noch vor kurzem waren 119 Mitglieder anwesend; es müssen sich also unterdessen einige Mitglieder entfernt haben. Ich glaube nun, mit einer noch-

maligen Abstimmung werden wir zum gleichen Resultate kommen, wie durch eine Abzählung.

#### Erneute Abstimmung.

Für Rückweisung nach Antrag Weber 58 Stimmen.  
Für Behandlung . . . . . 63 "

(Heiterkeit.)

Präsident. Sie sehen, daß die nötige Anzahl Mitglieder anwesend ist. Wir fahren somit in der Beratung des Dekretes fort.

Rufe: Schluß! Schluß!

Hegi, Berichterstatter der Kommission. Ich beantrage, hier abzubringen und die Beratung morgen zu beginnen.

Dieser Antrag des Herrn Hegi wird stillschweigend zum Beschluß erhoben.

Schluß der Sitzung um 12 $\frac{1}{2}$  Uhr.

Der Redacteur:

Rud. Schwarz.

## Vierte Sitzung.

Donnerstag den 30. Mai 1895,

vormittags 9 Uhr.

Vorsitzender: Präsident Weber.

Der Namensaufruf verzeigt 149 anwesende Mitglieder. Abwesend sind 62, wovon mit Entschuldigung: die Herren Ballif, Bühlmann, Burrus, Choquard, Cuenat, Hennemann, Kunz, Nägeli, Sahli, Schärer, Scholer, Stettler (Bern), Tschannen, Tüscher; ohne Entschuldigung abwesend sind: die Herren Ueberhold, v. Allmen, Béguelin, Bosz, Bourquin, Brahier, Chodat, Choulat, Comment, Coullery, Fahrni, Freiburghaus, Gerber (Steffisburg), Gerber (Unterlangenegg), Gouvernon, Grieb, v. Grünigen, Gurtner, Hadorn, Hari (Adelboden), Henzlin, Hiltbrunner, Horn, Hostettler, Hubacher, Jenni, Jukeler, Käsling, Klotzner, Krenger, Kuster, Morgensthaler (Ursenbach), Mouche, Naine, Péteut, Nieder, Roth, Ruchti, Scheidegger, Senn, Steffen, Steiner, Thönen, Tiedche, Wälchli (Alchenflüh), Wyß, Zingg (Dießbach), Zingg (Jns).

Das Protokoll der gestrigen Sitzung wird abgelesen und genehmigt.

Weber (Graswohl). Es ist dagegen reklamiert worden, daß die gestrige erste Abstimmung auf Rückweisung der Feuerordnung nicht gegolten hat. Ich halte dafür, daß trotzdem nur 99 Mitglieder gestimmt haben, der Rat gleichwohl nicht beschlußunfähig gewesen ist, indem eine ziemliche Anzahl Mitglieder überhaupt nicht gestimmt haben. Man sollte sich in solchen Fällen vorher noch vergewissern, ob wirklich Beschlußunfähigkeit vorhanden war. Ich will noch weiter bemerken, daß trotzdem gleichwohl auch in der zweiten Abstimmung in Wirklichkeit für Rückweisung gestimmt worden ist, indem mir von mehreren Mitgliedern gesagt wurde, daß die von den Stimmentzählern auf den beiden Seiten des Saales festgestellten Zahlen nicht richtig zusammengezählt worden seien, indem auf der einen Seite 23, auf der andern 46 Mitglieder



für Rückweisung gestimmt haben, zusammen also 69 Mitglieder und nicht 58, wie gezählt wurde. Für die Zukunft halte ich es überhaupt nicht für richtig, daß man in solchen Fällen eine zweite Abstimmung vornimmt.

**Präsident.** Ich muß Herrn Weber die Erklärung abgeben, daß die zweite Abstimmung nicht infolge Beschlussunfähigkeit stattgefunden hat, sondern weil aus der Mitte der Versammlung reklamiert worden ist, es sei nicht richtig gezählt worden. Aus diesem Grunde ist eine zweite Abstimmung verlangt und auch vorgenommen worden.

**Dürrenmatt.** Die Mitteilungen des Herrn Weber sind mir von verschiedenen Seiten bestätigt worden. In diesem Falle halte ich es für angezeigt, nochmals die Abzählung vorzunehmen. Wenn man in dem einen Falle hat zurückkommen können, kann man es auch hier.

**Lenz.** Ich glaube nicht, daß wir ein derartiges Verfahren zulassen können; meiner Ansicht nach wäre das geradezu lächerlich. Gestern haben viele mitgestimmt, die heute nicht anwesend sind. Wir müßten die Sache noch einmal beraten und besprechen, und da würden auch wieder Gegenanträge kommen und verfochten werden. Dann erst können wir wieder abstimmen; aber ohne weiteres über einen gestern diskutierten Antrag abzustimmen, das geht nicht an.

Ich stelle den Antrag, dem Begehren des Herrn Dürrenmatt nicht zu entsprechen.

**Präsident.** Ich bemerke, daß von seiten des Präsidiums kein Irrtum obwalten konnte. Ob überhaupt ein Irrtum stattgefunden hat, weiß ich nicht, ich möchte es aber bezweifeln. Ich habe jeweilen die Zahlen verifiziert und mit den gemachten Angaben übereinstimmend gefunden. Leider habe ich die diesbezüglichen Notizen gerade nicht bei der Hand. Ich halte auch dafür, daß die von Herrn Lenz angeführten Bemerkungen richtig sind und daß nicht wohl eine dritte Abstimmung vorgenommen werden kann, nachdem nicht mehr die gleichen Mitglieder, wie gestern, anwesend sind. Es würde auch nicht zum Ansehen des Rates beitragen, wenn so vorgegangen würde.

**v. Wattenwyl (Uttigen).** Gestatten Sie auch einem Stimmenzähler ein Wort der Verteidigung. Wir hatten schon einigemal solche Differenzen. Der Irrtum rührt nicht her vom schlechten Willen auf unserer Seite, sondern von demjenigen der Herren, die beständig hinten im Gange stehen. Es ist eine Kunst, richtig zu zählen, wenn die Herren immer herumstehen, ohne ein Zeichen zu geben, ob sie mit Ja oder Nein stimmen. Ich möchte die Herren ersuchen, inskünftig darauf zu achten und uns dadurch die Arbeit zu erleichtern.

**Dürrenmatt.** Es ist soeben vom Bureau zugegeben worden, daß wahrscheinlich ein Irrtum vorgekommen sei. Auf Grund eines Irrtums möchte ich nun doch in der Beratung nicht weiterfahren.

**Präsident.** Ich habe das Votum des Rates nicht als Irrtum aufgefaßt.

**Scherz.** Ich stelle den Antrag, auf die gestrige

Abstimmung zurückzukommen, weil verschiedene Meinungen herrschen. Ferner möchte ich anregen, die Verhandlungen über die Feuerordnung zu Ende zu führen, gleichzeitig aber zu erklären, es möchte das Ergebnis der Beratung den Herren nachher zugesandt und später eine zweite Beratung vorgenommen werden. Es giebt selten ein Dekret, das so viele Bestimmungen enthält, die so sehr in alle Details eingreifen, wie diese Feuerordnung. Daher halte ich es entschieden für richtig, daß man nicht die ganze Geschichte am grünen Tisch erledigt, sondern auch weitem Kreisen Gelegenheit giebt, sich darüber zu äußern, falls man unrichtige Bestimmungen getroffen haben sollte.

**Präsident.** Wie mir der Herr Präsident der Kommission mitgeteilt hat, beabsichtigte er, diesen Antrag zu stellen. Mit Rücksicht hierauf glaube ich, wir dürfen ganz gut, in Voraussicht des Antrages von Herrn Scherz oder der Kommission, heute die noch verbleibenden Artikel fertig beraten; auch fällt in diesem Falle der Rückweisungsantrag Weber dahin.

**Scherz.** Ich bin einverstanden.

**v. Steiger,** Direktor des Innern, Berichterstatter des Regierungsrates. Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß wenn die Beratung nicht zu Ende geführt wird, wir auch kein Resultat publizieren können; denn wir können nicht einen zum Teil beratenen, zum Teil noch nicht beratenen Entwurf veröffentlichen. Wenn die Herren die Bekanntmachung wünschen und wenn sich die Direktion des Innern speziell an die Vorstände der Bezirksbrandkassen im Lande herum wendet, so werden wir Ansichtsäußerungen von verschiedenen Seiten erhalten. Bevor aber eine solche Publikation und Anfrage erfolgen kann, muß aber doch einmal der Entwurf zu Ende beraten sein.

**Arm.** Wir haben gestern abgestimmt, und es ist beschlossen worden, es solle die Beratung des Entwurfes fortgesetzt und zu Ende geführt werden. Ebenso war man einverstanden, daß nachher die Sache der Regierung zugestellt werde und eine zweite Lesung stattfinden solle. Ich begreife daher gar nicht, weshalb wir heute über den Antrag des Herrn Weber nochmals abstimmen sollen.

Das Wort über die von Herrn Weber aufgeworfene Frage wird nicht weiter verlangt; ein Antrag ist nicht gestellt.

## Tagesordnung:

### Strafnachlassgesuche.

(Siehe Nr. 17 der Beilagen zum Tagblatt des Großen Rates von 1895.)

**M. Stockmar,** Directeur de la police, rapporteur du gouvernement. Il vous a été distribué hier 28 propositions concernant les recours en grâce, et ce

matin une 29<sup>e</sup>. Je prie MM. les députés du Jura d'excuser la Chancellerie s'il ne leur a pas été distribué le texte français de cette dernière; un cas de force majeure en est la cause; il s'agit du reste d'un recours absolument insignifiant.

Quant aux autres cas, il y a concordance dans l'ensemble entre les vues du gouvernement et celles de la commission des pétitions. Dans la feuille imprimée que vous avez sous les yeux, une divergence cependant est indiquée au n° 12: recours de la société d'alpage d'Engstligen. Le gouvernement avait proposé d'abord de rejeter ce recours, tandis que la commission des pétitions voudrait réduire l'amende prononcée de 275 francs à 100 francs. Après une nouvelle délibération, le gouvernement s'est rallié à la proposition de la commission des pétitions, de sorte que nous sommes d'accord avec elle sur tous les points.

Je n'ai pour le moment rien de plus à ajouter.

**Lenz.** Ich bin auf einen Fall aufmerksam gemacht und ersucht worden, für den Betreffenden ein Wort einzulegen. Indem ich das thue, erkläre ich, daß ich dem Fall total ferne stehe. Es betrifft dies Ziffer 13: Bigler, Christian, von Bielbringen, Landwirt zu Eggihl, geboren 1855. Diesem Mann ist ein notarnes Mädchen in Pflege übergeben worden; er selber hat eine Familie und auch eigene Kinder und ist Besitzer eines Heimwesens. Etwas dem Trunke ergeben, hat er sich einmal an dem 11jährigen Pflegekind vergrißen; er weiß sich aber an den Fall nicht mehr zu erinnern und erklärte auch bei seiner Verhaftung, nichts mehr davon zu wissen. Für sein Vergehen ist er zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Nun ist es ja allerdings ein schweres Vergehen, wenn ein Pflegevater sich gegenüber einem armen, ihm zur Ueberwachung anvertrauten Kinde in dieser Weise vergeht; eine Strafe von drei Jahren Zuchthaus erscheint mir aber als ganz enorm. Bigler hat bereits zwei Jahre abgesehen und sich sehr gut betragen. Wenn letzteres allerdings nicht als großes Lob angerechnet werden kann — in der Strafanstalt muß man sich eben gut aufführen — so ist es immerhin ein gutes Zeugnis für Bigler. Der Anstaltsvorsteher empfiehlt ihn dem Großen Räte zur Begnadigung, ebenso auch der Ortsgemeinderat von Eggihl, der den Gefuchsteller gewiß ganz gut kennt. Sehr wesentlich ist, daß ihn auch dessen Frau zur Begnadigung empfiehlt. Sie ist ja durch den Fehltritt ihres Mannes am meisten gekränkt worden, und es hat sie das Vergehen desselben schmerzlich berühren müssen. Die Leute, die den Mann persönlich kennen, finden dessen Begnadigung am Plage, und ich möchte deshalb beantragen, dem Bigler den letzten Drittel seiner Strafe, also ein Jahr, in Gnaden nachzulassen. Die bereits abgebußte Strafzeit hat ihren Zweck erreicht; Bigler hat Buße gethan und eingesehen, daß es auf dem betretenen Wege nicht weiter gehen kann. Vielleicht ist ein Herr von Eggihl anwesend, der über den Fall noch weitere Auskunft geben kann.

**M. Boinay.** Il est pénible de devoir contester un recours en grâce, mais réellement il nous semble que M. Lenz place mal sa commisération.

Vous connaissez les détails de cette affaire Bigler. Si nous devons grâcier un condamné de ce genre,

si nous laissons impunis des crimes aussi odieux, il n'y aurait vraiment plus lieu de parler de justice.

**Weber (Graswyl).** Ich unterstütze das Strafnachlaßgesuch sub Ziffer 22 betreffend den Wirt Johann Matti, zum Falken in Thun, im Sinne der Rückweisung an die vorberatenden Behörden. Matti ist wegen Ueberwirtens und unbefugten Tanzens mit Fr. 10 Buße bestraft worden. Es ist nicht möglich, nach einer Vereinsvorstellung die Leute ohne weiteres fortzuschicken. Wir haben es hier mit einem speziellen Akte der Gemütlichkeit zu thun, an dem sich die ganze Ortsbevölkerung beteiligte und wobei die Polizei nicht so strikte gehandhabt werden sollte, wie in Fällen, wo regelmäßig überwirtet wird, um Geld zu verdienen. Ich bin daher für Erlass der Buße.

**Dürrenmatt.** Ich ergreife das Wort in Bezug auf das Gesuch unter Ziffer 13. Von Natur und Gemüt bin ich, wenn Strafnachlaßgesuche vorliegen, eher bereit zu begnadigen, statt die Strenge des Gesetzes walten zu lassen. Aber im Falle Bigler habe ich mir doch sagen müssen: Sieht es auch noch Advokaten, die einen wegen Notzüchtigung eines elfjährigen Pflegekinds Verurteilten verteidigen können? Daß dies der Fall ist, darüber bin ich fast auf den Kopf gestanden. Ich glaube, wir dürfen fast nicht heim, wenn wir in einem so gravierenden Falle diese Milde walten lassen. Deshalb beantrage ich, hier von einer Begnadigung abzusehen.

**Krebs (Eggihl).** Ich erkläre mich mit dem Antrage des Herrn Lenz einverstanden. Bigler ist aus achtbarer Familie und hat immer einen guten Leumund genossen, bis er infolge von Betrunktheit den bekannten Fehltritt begangen hat. Auch der Gemeinderat von Eggihl, der über den Vorfall Anzeige machen mußte, ist zur Ueberzeugung gekommen, daß das von Bigler begangene Verbrechen durch die lange Untersuchungshaft und durch Abbußung von zwei Jahren Zuchthaus völlig gesühnt ist und daß vom Bittsteller Besserung erwartet werden darf. Mit Rücksicht hierauf und im Interesse der Familie Biglers darf dem Gesuche entsprochen werden.

**M. Stockmar,** Directeur de police, rapporteur du gouvernement. Je n'ai pas à recommander à votre clémence le condamné Bigler. Il vous appartient de décider si vous voulez accorder la grâce à un criminel coupable d'avoir commis un viol sur la personne de l'enfant confiée à ses soins. Si le Grand Conseil prend une telle décision, je crois qu'il ferait bien de grâcier en bloc tous les condamnés qui se trouvent aujourd'hui dans les pénitenciers.

Quant à la proposition faite par M. Weber, je la comprends jusqu'à un certain point, c'est-à-dire que contrairement à celle du gouvernement, on remettrait l'amende à la société de chant de Thoune pour avoir usé d'une salle au mépris du refus du préfet, mais je ne voudrais pas en revanche que l'affaire fût de nouveau soumise au gouvernement et à la commission des pétitions. Un renvoi n'aurait aucun sens, il n'aurait pour conséquence que la reproduction pure et simple de ce que nous vous disons; nous ne changerons pas d'avis.

Le préfet de Thoune a fait usage des compétences que lui accordait le décret de 1879, — d'une

manière un peu sévère, il est vrai, mais il n'a pas outrepassé son droit. Comme tous ses collègues du canton, il est compétent pour accorder ou refuser de telles autorisations. Si le gouvernement était une instance de recours, il pourrait voir s'il y a moyen de remettre l'amende; dans le cas particulier, il n'y a pas instance de recours; si vous remettez l'amende, vous vous érigez en instance et vous empiétez sur l'autorité administrative.

Je reconnais volontiers que la question n'est pas très simple. Qui doit délivrer ces permis de danse? Le préfet, d'après le décret de 1879. Mais on peut le regretter. Pour mon compte personnel — je sais que je ne suis pas l'interprète de la majorité du gouvernement — je voudrais que l'amende fût prononcée par les conseils communaux; les patentes d'auberge devraient, à mon avis, être délivrées par eux, qui seraient plus effectivement responsables que le préfet ou le gouvernement. Mais enfin, aussi longtemps que le décret de 1879 déploiera ses effets, nous ne pourrions rien changer aux compétences des préfets et nous devons reconnaître que le préfet de Thoun a usé de son droit; on peut le regretter à certains points de vue, mais sans réussir à annuler la décision prise.

**Bigler.** Im Gegensatz zu Herrn Stockmar möchte ich doch den Antrag von Herrn Weber unterstützen. Der Fall sub Biffer 22, Matti, zum Falken in Thun, ist etwas eigener Art und ich glaube, es sei nicht gut, heute den Fall hier entscheiden zu wollen. Auf der einen Seite möchte ich den Regierungstatthalter von Thun in seiner Auffassung des Dekretes vom 2. Heumonat 1879 nicht desavouieren und auf der andern Seite ist es nicht gut, wenn man den Vereinen von Thun nicht auch etwas Recht giebt. Es liegt in der Natur der Sache, daß Vereine, die während eines ganzen Winters geübt und dann ein Konzert gegeben haben, nachher sich auch noch für einige Stunden gemächlich zusammenfinden wollen. Man hat gerade beim jüngsten Gesangfest in Worb von sehr kompetenter Seite den Vereinen angeraten, sie sollen sich wieder zu gemischten Vereinen zusammethun, und man weiß ja ganz gut, wie der dritte Akt verläuft, wenn solche gemischte Chöre gemächlich beieinander sind. Nach der in Thun herrschenden Auffassung erhalten sie nun absolut nicht länger Bewilligung zum Tanzen als von mittags 3 Uhr an bis abends 11 Uhr. Wie an andern Orten, so ist es nun auch in Thun der Fall gewesen, daß um 11 Uhr der dritte Akt noch nicht vollständig vorüber war. Deswegen ist nun der Wirt bestraft worden; aber die Vereine haben dazu die Veranlassung gegeben und es soll wegen der erkannten Buße zwischen den Vereinen und dem Regierungstatthalter eine Spannung eingetreten sein. Ich pflichte der Ansicht der Regierung und der Kommission voll und ganz bei, daß nach strikter Auffassung des Dekretes der Regierungstatthalter ganz in seinem Rechte ist. Nun soll dem Großen Räte in nächster Zeit ein neues bezügliches Dekret vorgelegt werden. Die Sache macht sich nun einfach. Legt man diesen Fall zurück und sieht man später bei Behandlung des Dekretes, wie es ausfällt, so ist es sehr wohl möglich, daß gerade der Gesuchsteller sich veranlaßt sieht, das Gesuch zurückzuziehen. Dann ist der Fall von selbst erledigt. Entscheiden wir heute, so giebt es in Thun unnötige Aufregung, und ich

glaube deshalb, es sei am besten, da das bezügliches Dekret in so nahe Aussicht gestellt ist, den Fall vorläufig noch zurückzulegen. Ich empfehle Ihnen diesen Antrag.

**v. Steiger, Direktor des Innern.** Ich kann mich des Gefühls nicht enthalten, daß die Diskussion über diesen Gegenstand einen eigentümlichen Eindruck macht, wenn man sich an die mündlichen Äußerungen hier im Saale und an die schriftlichen Kundgebungen von Vereinen anlässlich der Beratung des neuen Wirtschaftsgesetzes erinnert, die darauf zielten, man solle doch gegenüber dem jetzigen Zustande Einschränkungen eintreten lassen. Wie stimmt das? Der Große Rat hat im Wirtschafts-gesetz dringend verlangt, daß das Dekret im Sinne der Einschränkung revidiert werden solle. Wenige Monate nachher wollen Sie nun einen Regierungstatthalter lahmlegen und kompromittieren, weil er die bestehenden Bestimmungen, die dem Großen Räte zu wenig weit gegangen sind, handhabt! Das dürfen wir nicht thun, und Sie dürfen deshalb auch nicht die Sache verschieben. Einmal ist sie viel zu geringfügig. Ich kann nicht begreifen, wie man wegen einer Buße von Fr. 10 an den Großen Rat gelangen kann. Der Verein zahlt die Buße und damit ist die Sache erledigt. Das thun andere Leute auch. Aber wegen Fr. 10 geht man nicht vor den Großen Rat!

Verschiebung wäre bereits auch eine Kompromittierung. Wenn Sie wegen einer solchen kleinen Sache den Regierungstatthalter kritisieren und noch untersuchen wollen, ob er Recht gehabt hat oder nicht, so ist nicht er allein, sondern es sind alle Beamte im Kanton lahmgelegt, bis ein neues Dekret geschaffen ist. Wollen Sie nun ein Dekret im laxeren Sinne erlassen? Das wäre ganz im Widerspruch mit den Beratungen des Großen Rates über das Wirtschafts-gesetz. Es scheint mir überhaupt die dann und wann einreißende Tendenz nicht richtig, das alte Gesetz nicht mehr handhaben zu wollen, wenn über einen Gegenstand ein neues Dekret in Sicht ist. Das demoralisiert das Volk, es schwächt den gesetzlichen Sinn desselben. So lange ein Dekret noch in Kraft ist, gilt das und kein anderes und auch nicht ein zukünftiges.

Verschieben wir die Sache daher nicht, sie ist zu geringfügig und moralisch ist sie schädigend. Die ganze Geschichte ist der Bemühung nicht wert! (Beifall.)

**Megertner, Berichterstatter der Bittschriftenkommission.** Was den Fall Bigler betrifft, so muß ich mein großes Bedauern darüber aussprechen, daß eine so schmutzige Geschichte hier im Räte besprochen werden muß. Es ist richtig, wenn bemerkt wurde, daß, sofern Bigler begnadigt werde, auch alle andern begnadigt werden müssen; denn kein Vergehen ist unter aller Kritik. Ich will mich darüber nicht länger aufhalten und empfehle Abweisung des Antrages Lenz.

Bezüglich des Falles Matti in Thun stehe ich auf dem von Herrn v. Steiger eingenommenen Standpunkt. Es ist Herrn Matti nicht um die Fr. 10 zu thun und auch von Rancune kann nicht die Rede sein; allein in diesem Falle sollte, weil die Angelegenheit wirklich zu unbedeutend ist, der Große Rat nicht damit belästigt werden. Ich möchte deshalb bitten, den Antrag des Herrn Bigler ebenfalls abzuweisen, im übrigen die Diskussion zu schließen.

**M. Péquignot.** En ce qui concerne le cas n° 16,



je me permettrai de proposer au Grand Conseil, contrairement à la proposition du gouvernement et à celle de la commission des pétitions, de faire remise pleine et entière du reste de sa peine au sieur Mèrat.

J'ai eu l'occasion de défendre cet homme devant la cour d'assises du Jura, et j'ai pu me convaincre — je tiens à le déclarer — que non-seulement il est atteint d'une maladie du foie incurable, d'une cirrhose, mais que surtout et avant tout ses facultés mentales et intellectuelles sont considérablement affaiblies, déprimées, à telles enseignes qu'on peut prétendre sans exagération qu'il est atteint d'un ramollissement du cerveau; les certificats des médecins que j'ai entre les mains l'attestent et ajoutent que ce malheureux est victime d'une surdité presque complète, qu'il a des varices aux jambes, etc., que son état enfin nécessite des soins incessants. Si notre honorable collègue, M. Kaiser, de Delémont, était présent dans cette enceinte, il pourrait confirmer mon dire, lui qui a visité Mèrat peu après sa condamnation.

Etant données les circonstances que je viens d'énumérer, je crois qu'il serait tout indiqué d'user du droit de grâce envers Mèrat, qui a déjà subi 2 ans de sa peine.

M. Stockmar, Directeur de la police, rapporteur du gouvernement. Le Grand Conseil appréciera. Nous avons tenu compte de l'état de santé de Mèrat, qui, en effet, est à peu près tel que vient de le dépeindre M. Péquignot. Nous en avons tenu compte en vous proposant une remise de la moitié de sa peine. Si vous jugez bon d'aller plus loin, je n'y mets pas d'opposition; seulement, je suis obligé de maintenir la proposition faite par le gouvernement.

Lenz. Ich hätte das Wort nicht mehr verlangt, wenn nicht von den Herren Aegerter und Dürrenmatt Aeusserungen gefallen wären, die ich bedauern muß. Es ist noch nicht so lange her, daß von Seiten der Bittschriftenkommission, mit Herrn Aegerter als Präsident, ein ähnlicher Fall zur Behandlung gekommen ist. Ich befinde mich also in guter Gesellschaft und brauche mich nicht zu schämen. Die Verwaltung der Strafanstalt empfiehlt den Mann als der Begnadigung würdig, und die Heimatsbehörde von Eggmühl erklärt: Ihr kennt den Mann gar nicht; wir halten dafür, daß der Große Rat von seinem Begnadigungsrecht Gebrauch machen solle. Es fällt mir gar nicht ein, das wüste Verbrechen Wiglers beschönigen zu wollen, für das er mit drei Jahren Zuchthaus bestraft worden ist. Mit der Begnadigung sagen wir nicht, es hätten ihm nicht drei Jahre Zuchthaus gesprochen werden sollen, sondern wir sagen damit nur: Wigler hat sich in der Strafanstalt recht aufgeführt und darum wollen wir ihm einen Teil der Strafe erlassen. Zu diesem Zwecke hat der Große Rat das Begnadigungsrecht, und ich ersuche Sie, hievon Gebrauch zu machen.

Rufe: Schluß! Schluß!

Abstimmung.

Für Schluß . . . . . Mehrheit.

Präsident. Das Wort hat noch Herr Weber zum Fall Matti.

Weber (Grazmühl). Es handelt sich hier nicht um eine gewöhnliche Tanzbelustigung, sondern um einen Verein, der eine Aufführung gegeben hat. Was die Einwendung betreffend die Beobachtung des Wirtschaftsgesetzes anbelangt, so könnte bemerkt werden, daß an andern Orten dasselbe viel weniger streng gehandhabt wird, ohne daß eingeschritten wurde.

Präsident. Ich möchte Herrn Weber anfragen, ob er einen bestimmten Antrag auf Begnadigung Mattis stellt.

Weber. Ja!

Abstimmung.

1. Für den Antrag Lenz betreffend	
Christian Bigler . . . . .	40 Stimmen.
Dagegen . . . . .	90 "
2. Für den Antrag Weber betreffend	
Johann Matti . . . . .	18 "
Dagegen . . . . .	93 "
3. Für den Antrag Péquignot betreffend César Mèrat . . . . .	63 "
Dagegen . . . . .	48 "
4. Die übrigen Gesuche werden stillschweigend nach den nunmehr übereinstimmenden Anträgen der Regierung und der Bittschriftenkommission erledigt.	

#### Erteilung des Expropriationsrechts an die Einwohnergemeinde Bern.

Der Regierungsrat beantragt, es sei der Einwohnergemeinde Bern zur Erwerbung des für die Korrektion und Verbreiterung der Könizstraße nach vorgelegtem Plane benötigten Terrains das Expropriationsrecht zu erteilen.

Dieser Antrag wird stillschweigend angenommen.

#### Kreditübertragung vom Budget der Ackerbauschule auf dasjenige der Molkereischule Rütli.

Der Regierungsrat sucht um die Bewilligung nach, die Betriebserparnisse der Ackerbauschule Rütli, im Belaufe von Fr. 12,590. 93, zur Reduktion des Molkereikostenvorschusses der Molkereischule verwenden zu dürfen.

Scheurer, Finanzdirektor, Berichterstatter des Regierungsrates. Es handelt sich hier um eine Kreditübertragung der Molkereischule Rütli. Von früherer Zeit her hat bei derselben ein Ausgabenüberschuß bestanden, aus einem Betriebsjahr herrührend, das sehr ungünstig verlaufen ist. Es erscheint nun namentlich gegenwärtig, wo ein neuer Verwalter seine Stelle antritt, eine gänzliche Liquidation als wünschenswert. Es kann dies sehr leicht geschehen, indem einfach ein Einnahmenüberschuß der landwirtschaftlichen Schule zur Tilgung des Postens

verwendet wird, was geschehen kann durch Uebertragung des Kredites von einer Anstalt auf die andere. Am Rechnungsergebnis für das Jahr 1894 muß nichts geändert werden, indem die Rechnung bereits abgeschlossen ist.

Genehmigt.

## Decret

betreffend

### die Feuerordnung.

Fortsetzung der Beratung.

(Siehe Seite 210 hievor.)

Präsident. Ich erteile zunächst dem Herrn Berichterstatter der Kommission das Wort bezüglich der noch nicht erledigten §§ 88, 89 und 90, die in letzter Beratung zurückgewiesen worden sind.

Hegi, Berichterstatter der Kommission. Ich hatte die Absicht, vor Beginn der Beratung einen ähnlichen Antrag zu stellen, wie ihn bei Beginn der heutigen Sitzung Herr Scherz gestellt hat, nämlich es solle eine zweite Lesung stattfinden, das Decret in der Zwischenzeit im Amtsblatt veröffentlicht und den Behörden der Bezirksbrandkassen zugesandt werden, damit sie Gelegenheit haben, sich darüber zu äußern. Ich glaube, daß dieser Antrag geeignet ist, die Beratung einigermaßen zu erleichtern und zu vereinfachen. Auch erhalten wir so Gelegenheit, zu sehen, was man zu dem Ergebnis der ersten Beratung sagt. Ich möchte Ihnen diesen Antrag zur Annahme empfehlen.

Präsident. Wenn ich Herrn Hegi richtig verstanden habe, so müssen wir zuerst über den von Herrn Scherz bei Beginn der Sitzung formulierten Antrag abstimmen, damit der Rat im Klaren ist, ob eine zweite Lesung stattfinden wird oder nicht.

Schär. Ich unterstütze den von Herrn Hegi namens der Kommission gestellten Antrag lebhaft, möchte aber wünschen, daß der Entwurf nicht nur den Bezirksbrandkassen, sondern auch den Gemeinderäten zuzustellen sei, denn die Letztern haben ebenfalls ein Interesse daran und werden ihrerseits den Entwurf an eine Spezialkommission weisen. In dem ange deuteten Sinne möchte ich den Antrag des Herrn Hegi ergänzen.

Präsident. Ich nehme an, daß Herr Hegi mit der Ergänzung des Herrn Schär einverstanden ist, und wenn die Diskussion nicht weiter benützt und ein Gegenantrag nicht gestellt wird, so nehme ich an, Sie seien damit einverstanden, daß eine zweite Lesung des Dekrets stattfinden und unterdessen der Entwurf den betreffenden Behörden zugestellt werden soll.

Einverstanden.

Präsident. Wir gehen nun über zur Erledigung der zurückgelegten

§§ 88, 89 und 90.

Hegi, Berichterstatter der Kommission. Was vorerst die Bemerkungen des Herrn Oberst Bigler betrifft, es sei bei Kaminen in landwirtschaftlichen Gebäuden die Erlaubnis zu Anbringung von seitlichen Rußthüren zu erteilen, so hat Ihre Kommission gefunden, man könne darauf nicht wohl eingehen.

Was sodann den § 88 betrifft, so beantragt die Kommission, den letzten Satz: „Solche Kamine sollen in der ganzen Höhe des betreffenden Raumes mit einem 20 Centimeter ringsum abstehenden Lattenverschlag umgeben sein“ zu streichen.

Weitere Bemerkungen habe ich vorderhand nicht zu machen.

Bigler. Trotzdem beschlossen worden ist, es solle eine zweite Beratung vorgenommen werden, muß ich, wie bei der ersten Beratung, zu den §§ 88—90 doch noch etwas beifügen.

Wie Sie wissen, habe ich schon bei der ersten Beratung darauf aufmerksam gemacht, daß der § 88 Vorschriften enthält, die bei landwirtschaftlichen Gebäuden nicht durchgeführt werden können, und die so lästig wären, daß sie jedenfalls später zu einer Initiative gegen diese Feuerordnung Veranlassung geben würden. Nun sind diese Paragraphen zu näherer Prüfung an die Regierung und die Kommission zurückgewiesen worden und, wie mir gesagt worden ist, hat man sich darüber erkundigt, aber, wie es scheint, doch nicht so einläßlich, wie es die Sache erfordert. Herr Regierungsrat v. Steiger hat erklärt, er habe mit dem Baumeister Röniger gesprochen, und dieser hätte die Sache in Abrede gestellt. Nun habe ich aber Thatsachen ausgesprochen, die heute noch existieren; von meiner Seite liegt kein Irrtum vor, ich kann diese Thatsachen beweisen. Ich halte dafür, man solle in diese Feuerordnung nicht überflüssige Bestimmungen aufnehmen und nicht mehr veratorische Bestimmungen, als nötig sind zur Verhinderung von Feuergefähr. Nun heißt die Vorschrift in § 88, daß Kamine welche entweder durch Strohdächer oder durch Heu- und Getreidebühnen oder andere ähnliche Räume mit leicht entzündbaren Stoffen geführt werden, schlupfbar gemacht werden sollen. Viele Baumeister, mit denen ich gesprochen habe, erklären, was die Solidität bei Feuergefähr anbetreffe, so sei ein enges Kamin weniger gefährlich, als ein schlupfbares. Ein Kaminbrand ist in einem nicht schlupfbaren Kamin viel besser zu löschen; denn das schlupfbare Kamin muß unten offen sein. Bei einem Kaminbrand herrscht ein scharfer Zug, und wegen der untern Oeffnung kann der Brand nicht eingedämmt werden; kann dagegen das Kamin abgeschlossen werden, so kann der Brand auf diese Weise leicht erstickt werden.

Was die seitlichen Rußöffnungen anbetreffe, so ist es möglich, solche seitlichen Rußthüren mit Doppelthürchen anzubringen, die durchaus keine Gefahr bieten. Wir haben feuerichere Kassen, unter denen den ganzen Tag hindurch gesauert werden kann, ohne daß die Papiere verbrennen. Sollte man nicht auch Thüren so konstruieren können, daß man die Kamine ausbrennen kann ohne Feuergefähr nach außen?

Ich bin im Falle, zu § 88 einen Abänderungsantrag in dem Sinne zu stellen, daß der Artikel in folgender Weise gefaßt werde: „Kamine, welche entweder durch Strohdächer oder durch Heu- und Getreidebühnen mit leicht entzündbaren Stoffen geführt werden, sollen möglichst senkrecht erstellt sein“ — also Streichung der Worte „schlupfbar und“ —; „seitliche Rußöffnungen dürfen nur angebracht werden, wenn dieselben absolut keine Gefahr in sich schließen.“ Das übrige würde ich streichen.

Ich glaube, mit dieser allgemeinen Bestimmung sei allem Genüge geleistet. Uebrigens haben wir ja im Dekret Inspektoren zc. vorgeesehen. Den Inspektoren muß man auch noch etwas zu thun übrig lassen. Wenn wir im Dekret alles haargenau bestimmen, alle möglichen Fälle und Eventualitäten voraussetzen, so ist das nach meiner Ansicht allzuviel. Das Dekret soll Grundsätze aufstellen, wie z. B. den Grundsatz: Die Kamine sollen so erstellt werden, daß sie absolut nicht feuergefährlich sind; es soll sich aber nicht an bestimmte Formen halten und nicht allzu enge sein und dadurch gerade das verbieten, was durch die Technik möglich ist und gefahrlos konstruiert werden kann.

Ich empfehle Ihnen zu § 88 die angeführten Aenderungen.

Zu § 89 habe ich nichts beizufügen. Dagegen halte ich den § 90 durchaus nicht für durchführbar. Er bezieht sich auf § 88 und sagt: „In Räumen, wie die in § 88 genannten, sowie in Estrichen, Holzbehältern u. dgl., dürfen weder Holz noch andere leicht entzündbare Gegenstände in unmittelbarer Nähe des Kamins gelagert werden.“ Bei Getreidebühnen kann man es vermeiden, daß das Getreide nicht völlig ans Kamin herankommt. Anders aber ist es mit dem Stroh, namentlich jetzt, da allgemein mit Maschinen gedroschen wird; da ist es absolut unmöglich, das Stroh entfernt vom Kamin aufzubewahren. Ferner ist es in städtischen Verhältnissen in Estrichen großer Häuser, die in kleinere Abteilungen zur Holzaufbewahrung zerfallen, nicht möglich, dieser Vorschrift nachzuleben. Was heißt in der Nähe? Nach meiner Meinung sollte darauf gehalten werden, daß die Kamine richtig konstruiert und die Kaminfeger polizeilich sehr streng verhalten werden, zu berichten, sobald ein Kamin feuergefährlich ist. Hat sich Pech angefehrt, so soll das Kamin eben ausgebrannt werden. Ist ein Kamin richtig erstellt und vollständig feuersicher, so braucht man den Hauseigentümern nicht mit veratorischen Maßregeln auf den Leib zu rücken und ihnen zu verbieten, Stroh u. dgl. in der Nähe eines Kamines zu lagern.

Ich möchte deshalb diesen Art. 90, weil er, namentlich in ländlichen Verhältnissen, absolut undurchführbar ist und Anlaß zu unendlichen Schikanen giebt, vollständig gestrichen wissen.

v. Steiger, Direktor des Innern, Berichterstatter des Regierungsrates. Ich bin genötigt, diesen Anträgen entgegenzutreten. Es ist ja wahr, was Herr Bigler sagt: wenn alles richtig konstruiert ist, wenn jedermann Sorge trägt, wenn keine Unvorsichtigkeiten begangen werden, dann ist keine Gefahr vorhanden. Aber auf alles das kann man sich eben nicht verlassen. Ich möchte namentlich Einwand erheben gegen das Anbringen von Rußthüren an Kaminen, die durch Heu- und Getreidebühnen zc. geführt werden. Mag das Kamin auch noch so gut konstruiert sein, wer kann garantieren, daß nicht vielleicht

aus Versehen jemand die Thüre öffnet oder daß der Riegel aufgeht und die Thüre offen steht; wer will dann die Schuld hieran tragen? Gerade das Vorkommen solcher Unachtsamkeiten und solcher Zufälligkeiten, die man unter Umständen niemandem vorwerfen kann, erheischt die Nichtzulassung solcher Rußthüren in unmittelbarer Nähe von leicht entzündbaren Stoffen. Gerade aber, wenn Herr Bigler dieselben zulassen will, ist der § 90 noch viel notwendiger, als sonst. Diese Vorschrift dient zur Vorsicht und ist weder unnütz noch veratorisch. Gerade dadurch, daß durch allerhand leicht entzündbare Gegenstände das Kamin verdeckt wird und deshalb Risse am Kamin nicht beachtet werden, kann ein Unglück entstehen. Was die Rußthüren betrifft, so haben übrigens auch Aeußerungen Sachkundiger die Notwendigkeit der erwähnten Vorschrift bestätigt. Warum soll das veratorisch sein, wenn gesagt wird: da und da darf keine Seitenthüre angebracht werden? Ich möchte mich dagegen verwahren, daß man alle Maßregeln, die Besserung wollen, als veratorisch bezeichnet; man wirft mit diesem Ausdruck allzuleicht um sich.

Einverstanden bin ich mit der von der Kommission beantragten Streichung des letzten Satzes von § 88.

Hegi, Berichterstatter der Kommission. Herr Bigler kann für sich die Kamine schon so erstellen, daß keine Feuergefährlichkeit besteht. Es giebt aber andere Leute, die in solchen Dingen gleichgültig sind. Ich möchte mich deshalb der Erlaubnis zur Anbringung von seitlichen Rußthüren an Kaminen in Gebäuden mit Strohdächern, Heubühnen u. s. w. widersetzen.

Bigler. Ich möchte eine Berichtigung anbringen. Herr v. Steiger hat gesagt, man könnte die Rußthüren leicht offen stehen lassen. Das wäre richtig, wenn man sie wie einen Fensterflügel leicht öffnen könnte. Es liegt aber immer in der Hand des Inspektors, Vorschriften darüber aufzustellen, wie diese Rußthüren beschaffen sein müssen. Selbstverständlich müssen sie gut mit einem Schlüssel verschlossen werden, sonst sollen sie nicht gestattet werden. Ich möchte nur nicht in das Dekret Bauvorschriften aufnehmen, welche verhindern, auch rationelle Bauten so durchzuführen, daß sie absolut gut sind. Wenn Sie absolut an diesem Wortlaut festhalten und dies und das verbieten, so werden Sie sehen, wieviel Eingaben Sie erhalten werden und wieviel Sie nachher noch ändern müssen, wenn Sie den Bedürfnissen wirklich entsprechen wollen. Mir war es darum zu thun, zu zeigen, daß man sich in Bauvorschriften an Grundsätze und nicht an bestimmte Worte halten soll. Jeden Tag werden neue Erfindungen, neue Konstruktionen gemacht, und wenn Sie an den Worten hängen, sind Sie an der Ausführung derselben gehindert.

v. Steiger, Direktor des Innern, Berichterstatter des Regierungsrates. Herr Bigler hat den § 116 nicht beachtet, der auf neue technische Erfindungen Bezug nimmt. Es kann jede Ortspolizeibehörde sagen, wir wünschen Vorschriften gemäß den neuen Anforderungen der Technik aufzustellen, und der Regierungsrat ist befugt, nach dieser Richtung Ausnahmen zu gestatten.

Schär. Ich glaube, wir sollten eine Feuerordnung aufstellen, die nicht bloß auf dem Papier steht, sondern



die auch in Zukunft gehalten wird. Wenn wir nun in Art. 89 verbieten, Behälter, wo leicht entzündbare Gegenstände aufbewahrt werden, in unmittelbarer Nähe des Kamines zu lagern, so ist gerade das eine Vorschrift, die wohl hübsch auf dem Papiere steht, die aber nicht beobachtet werden wird. Ich frage die Herren: wie soll dieser Vorschrift nachgelebt werden können? Was ist unmittelbare Nähe, was nicht? Wir müssen diesen Paragraphen absolut streichen, da es nicht möglich ist, denselben zu befolgen.

Was die Konstruktionsart der Kamine anbelangt, so müssen wir solche Vorschriften aufstellen, die garantieren, daß der Fahrlässigkeit nicht Thür und Thor geöffnet wird. Nun bin ich zufällig seit einigen Jahren Feuer-schauer und weiß aus Erfahrung, daß gerade die Ruß-thüren immer und immer Anlaß zu Reklamationen geben, bald da, bald dort. Es ist die Wahrscheinlichkeit vorhanden, daß die Rußthüren die Fahrlässigkeit noch steigern, und ich möchte sagen, daß selbst bei der Nachschau durch die Inspektoren Schaden verursacht werden könnte.

Ich beantrage, Art. 90 zu streichen, dagegen Art. 88 in der vom Regierungsrat und der Kommission vorgeschlagenen Fassung anzunehmen, wonach nur schlupfbare Kamine gestattet werden dürfen.

Frutiger. Wenn Herr Schär diesen Antrag nicht gebracht hätte, so hätte ich denselben gebracht. Ich möchte davor warnen, § 88 zu streichen; denn es ist wirklich, wie Herr v. Steiger gesagt hat, mit großen Gefahren verbunden, Kamine mit Rußthüren durch Heubühnen u. dgl. hinaufzuführen. Wie die Rußthüren auch konstruiert sein mögen, so werden sie immer glühend warm, und es entsteht namentlich dann, wenn das Kamin nicht mit einem Lattenverschlag umgeben ist, große Feuergefahr. Man wird einwenden, man könne ja Rußsteine verwenden, welche das Warmwerden der Thüre verhindern. Es ist aber auch schon vorgekommen, daß die Steine ins Kamin gefallen sind, und dann ist wieder große Gefahr vorhanden.

Was den § 90 betrifft, kann man der Ansicht des Herrn Schär beipflichten. Es wird schwer halten, Ordnung zu schaffen, und wenn man eine Bestimmung aufnimmt, so wird sie nicht befolgt. Dafür möchte ich in § 88 am Lattenverschlag festhalten; dann ist nicht zu befürchten, daß Holz, Stroh u. s. w. in die Nähe des Kamins gelegt wird.

Glauser. Ich unterstütze Herrn Frutiger. Die schlupfbaren Kamine bieten viel weniger Gefahr. Hier kann der Kaminfeger durchgehen und so viel eher verantwortlich gemacht werden, als wenn er nur von außen her rußt. Auch ich möchte davor warnen, an Kaminen, die durch Heubühnen u. s. w. führen, Rußthüren anzubringen. Bei einem ausbrechenden Kaminbrand wäre die Gefahr jedenfalls eine große. Ich möchte Ihnen empfehlen, den § 88 beizubehalten.

#### Abstimmung.

- |  |             |
|--|-------------|
| 1. Für Beibehaltung des § 90 . . .   | Minderheit. |
| 2. Eventuell. Für Streichung des letzten Satzes von § 88 (gegenüber dem Antrag Frutiger) . . . . . | Mehrheit.   |

Definitiv. Für den so bereinigten § 88 (gegenüber der Fassung Bigler) . . Mehrheit.

3. Der § 89 ist nicht bestritten und wird als angenommen erklärt.

#### § 105.

v. Steiger, Direktor des Innern, Berichterstatter des Regierungsrates. Mit diesem Artikel beginnen diejenigen Bestimmungen, welche die Aufstellung von Kraftmotoren, die Gasometer und Gaserzeuger betreffen. Es ist das allerdings etwas, was Sie in der alten Feuerordnung nicht finden, weil man früher von diesen Motoren noch nichts wußte oder der Gebrauch derselben noch nicht ein so verbreiteter war. Was hier an feuerpolizeilichen Vorschriften aufgestellt worden ist, beruht aber auf langjährigen und zahlreichen Erfahrungen, die mit Motoren der verschiedensten Art gemacht wurden. Ich kann Ihnen mitteilen, daß andere Kantone und auch einige Städte uns in dieser Beziehung bereits vorangegangen sind. Ich halte es daher nicht für nötig, über die Notwendigkeit solcher Vorschriften mich noch weitläufiger auszusprechen.

§ 105 handelt von der Beschaffenheit der Räumlichkeiten, in welchen Gas aus Rohprodukten, wie Holz, Kohlen, Petrol, Öl u. dgl. auf warmem Wege erzeugt wird. Diese Lokale sollen selbstverständlich feuersichere Wände und Fußböden haben, sie sollen bis an den Dachstuhl offen sein. Bei größeren Anlagen muß der Dachstuhl in Eisen erstellt und mit einem offenen Oberdach, dem sog. Dachreiter, versehen sein. Bei Gasmotoren ist, wenn die Vergasung der Rohprodukte durch eine Flamme bewerkstelligt wird, diese mit einer Metallumhüllung zu umgeben.

Angenommen.

#### § 106.

v. Steiger, Direktor des Innern, Berichterstatter des Regierungsrates. § 106 befaßt sich mit der Anlage von Petroleummotoren. Da bezüglich einzelner der hier aufgestellten Bestimmungen im Publikum die Ansicht geäußert wurde, sie seien zu weitgehend, wie dies namentlich von Ziffer 1 behauptet wird, wonach der Motor nur mit gereinigtem Lampenpetrol gespeist werden darf, so habe ich mich neuerdings seit der letzten Session des Großen Rates bei Sachverständigen über die Notwendigkeit oder Entbehrlichkeit dieser Vorschrift erkundigt, und es ist mir abermals bestätigt worden, z. B. von Herrn Direktor Rothenbach, daß diese Vorschrift unbedingt beibehalten werden sollte. Ich kann auch bestätigen, daß sie in Basel und in andern Feuerordnungen besteht, auch ist sie von den deutschen Feuerversicherungsgesellschaften aufgestellt worden. Da wird erklärt: wir nehmen euer Geschäft in die Versicherung auf, wenn ihr die und die

Vorsichtsmaßregeln beobachtet oder, wenn ihr sie nicht erfüllt, so müßt ihr höhere Prämien zahlen. Ueberall finden sich diese Vorschriften, weil ungereinigtes Petroleum sich viel leichter entzündet, als das gereinigte. Wenn Sie z. B. gut gereinigtes Petroleum ausgießen, so haben Sie Mühe, es anzuzünden, während Sie dagegen schlechtgereinigtes sehr leicht in Brand setzen können. Ganz abgesehen davon, daß das schlechte Petroleum für die Motoren sehr schädlich ist, trägt es also noch viel zur Feuerunsicherheit bei.

Die folgenden Vorschriften befassen sich mit den Lokaltäten und speziell Ziffer 2 spricht von der Unterlage der Motoren, welche — wie die Herren leicht begreifen — feuersicher sein soll. In den letzten Jahren waren verschiedene Fälle von Explosionen und Brandausbrüchen zu konstatieren, die sämtlich durch Petroleummotoren verursacht worden sind. Wenn nun wenigstens der Fußboden aus feuersicherem Material erstellt ist und keine entzündbare Wand vorhanden ist, so ist die Gefahr eines Weitergreifens des Brandes bedeutend geringer.

Ich kann Ihnen gerade mitteilen, daß wir dem Änderungsantrag der Kommission beistimmen, in Ziffer 2 zu sagen: „Der Motor darf nur auf einer mindestens 30 Centimeter über denselben vorstehenden feuersicheren Unterlage und in einem Raume aufgestellt werden, dessen Decke vergipst ist und in welchem keine leicht entzündbaren Gegenstände lagern oder verarbeitet werden.“ In diesem Falle könnten wir dann die Ziffer 3 streichen, die auch einen aus feuersicherem Material erstellten Raum verlangt.

Der Ziffer 4 könnten wir ebenfalls eine mildere Fassung geben, in dem Sinne, daß der Abstand zwischen Motor und Gipsdecke statt 1,30 Meter bloß 1 Meter betragen soll.

Im übrigen empfehlen wir Ihnen die Vorschriften des § 106 zur Annahme.

Hegi, Berichterstatter der Kommission. Auch die Kommission hält an der Bestimmung der Ziffer 1 fest. Da Ziffer 2 ergänzt worden ist, können wir die Ziffer 3 fallen lassen. Weiter will ich mich nicht aussprechen, da Herr Regierungsrat v. Steiger die Anträge der Kommission bereits begründet hat.

Dürrenmatt. Die Ziffer 1 in § 106 erscheint denen, die aus Erfahrung die Petroleummotoren kennen, geradezu unbegreiflich. Es ist mir ganz unbegreiflich, was für Ratgeber der Herr Direktor des Innern gehabt hat. Diese Herren haben jedenfalls noch keinen Petroleummotor der schweizerischen Lokomotiv- und Maschinenfabrik in Winterthur, welche die meisten Motoren im Kanton Bern geliefert hat, angezündet, für welche Motoren gerade gereinigtes Petroleum nicht verwendet werden kann, weil es zu leicht ist. Für diese Motoren ist das schwere ungereinigte russische Petroleum erforderlich; mit gereinigtem Petroleum ist es schlechterdings nicht möglich, sie in Betrieb zu setzen. Ich habe bei meinem eigenen Motor selber damit einen Versuch angestellt. Die Bestimmung hätte zur Folge, daß sozusagen alle im Kanton Bern im Betrieb befindlichen Motoren abgeschafft werden müßten, wodurch manche Geschäfte bedeutend geschädigt würden. Die Motoren hervorragender Motorfabriken werden fast ausschließlich mit russischem Petroleum gespeien; an der internationalen Ausstellung in Antwerpen war ein einziger Motor aufgestellt, der mit gereinigtem Petroleum gespeien wurde.

Mir persönlich könnte diese Neuerung gleichgültig sein, da ich nächstens den elektrischen Betrieb meines Geschäftes einrichte. Ich möchte aber dringend ersuchen, von dieser industriehinderlichen Bestimmung Umgang zu nehmen und Ziffer 1 zu streichen.

Siegerist. Ich möchte Herrn Dürrenmatt auf einen Irrtum aufmerksam machen. Das russische Petroleum, das zur Speisung der Motoren gebraucht wird, ist auch gereinigt. Die Reinigung besteht aber nicht darin, daß das Petroleum leichter gemacht wird, sondern daß die leicht brennbaren Substanzen daraus entfernt werden. Das gereinigte Petroleum ist also nicht leichter, sondern es ist schwerer. Die Ziffer 1 schließt also die Verwendung des russischen Petroleums für die Motoren nicht aus.

v. Steiger, Direktor des Innern, Berichterstatter des Regierungsrates. Gegenüber der Befürchtung, als ob etwas Unmögliches oder beinahe Unvernünftiges verlangt werde, muß ich die von den deutschen Feuerversicherungsgesellschaften aufgestellte Vorschrift, auf die ich bereits hingedeutet habe, Ihnen genauer mitteilen. Sie lautet wörtlich: „Der Motor darf nur mit Lampenpetrol gespeien werden.“ Es sind gar nicht Leute mit langen Ohren, die den Direktor des Innern veranlaßt haben, diese Vorschrift auch aufzustellen; sie ist auch in Deutschland vom Verband der Feuerversicherungsanstalten aufgestellt worden.

M. Joray. Je crois devoir appuyer la nouvelle proposition de la commission relative à la suppression, dans l'art. 106, du paragraphe n° 3; elle est motivée par le fait qu'il se trouve en contradiction avec les dispositions contenues au n° 4.

Dürrenmatt. Dem Herrn Direktor des Innern habe ich zu erwidern, daß er nach seinem Citate, wie es scheint, eine Feuerordnung für Deutschland und nicht für den Kanton Bern machen will. Daß irgend in Deutschland ein Motorsystem existiert, das wir nicht kennen, ist möglich; aber ich gehe von den hiesigen Verhältnissen aus und glaube, die schweizerische Maschinenfabrik in Winterthur, eine Firma ersten Ranges, ist in dieser Sache autoritativ, und für ihre Motore ist das gereinigte Petroleum unbrauchbar.

Dann muß ich betonen, daß die Explosionsgefahr gar nicht so groß ist, wie man glauben machen will. Explosionen müssen vorhanden sein, sonst kann der Motor gar nicht betrieben werden. Aber von jeder Fabrik werden die Motoren so konstruiert, daß die Explosionen nicht allgemein gefährlich werden können.

Ich möchte davor warnen, eine Bestimmung aufzustellen, die in der Praxis nicht zu handhaben ist.

#### Abstimmung.

1. Für die Ziffer 1 nach Entwurf . 39 Stimmen.  
Für den Antrag Dürrenmatt . . 33 „
2. Im übrigen wird der Paragraph nach Antrag der Kommission angenommen.

## § 107.

v. Steiger, Direktor des Innern, Berichterstatter des Regierungsrates. Hierzu habe ich vorläufig keine Bemerkungen zu machen. Es handelt sich hier um Bestimmungen, deren Aufstellung speziell für gefährlichere Arten von Motoren als notwendig erachtet wurde und die sich sowohl auf die Beschaffenheit der Lokalitäten, als auch auf die Manipulationen mit dem Gas und die Aufbewahrung des Vorrates an Benzin oder ähnlichen Substanzen beziehen. Bekanntlich zählen diese Stoffe zu den am leichtesten explodier- und entzündbaren, und es sind deshalb hier strengere Vorschriften nötig, als für die Petroleummotoren.

Angenommen.

## § 108.

v. Steiger, Direktor des Innern, Berichterstatter des Regierungsrates. Auch zu diesem Paragraphen habe ich keine weiteren Bemerkungen zu machen. Die hier als geboten erachteten Vorsichtsmaßregeln betreffen Vorschriften über die Anlage von Motoren, deren Gaserzeuger nicht in einem besondern Raume aufgestellt wird.

Angenommen.

## § 109.

Angenommen.

## § 110.

Angenommen.

## § 111.

v. Steiger, Direktor des Innern, Berichterstatter des Regierungsrates. Der § 111 bestimmt ausdrücklich, daß die Errichtung jeder Art von Gaserzeugungsapparaten an eine spezielle Baubewilligung nach Maßgabe des Gewerbegesetzes von 1849 geknüpft ist. Es haben sich hiebei Zweifel erhoben, ob eine besondere Bewilligung erforderlich sei, da das Gewerbegesetz nicht speziell alle diese verschiedenen Arten von Motoren nennt. In der Praxis haben wir jedoch bereits die Regel befolgt, es seien alle Motoren den Bestimmungen des Gewerbegesetzes zu unter-

stellen und zwar deshalb, weil § 14 des Gewerbegesetzes unter andern gewerblichen Einrichtungen auch alle Anlagen nennt, wo leicht entzündliche Stoffe entweder bereitet werden, oder wo mit solchen manipuliert werden muß. Zu diesen Einrichtungen gehören nun eben auch die Motoren, und es ist zur Beseitigung von Zweifeln gut, dies ausdrücklich zu sagen.

Angenommen.\*)

## §§ 112 und 113.

v. Steiger, Direktor des Innern, Berichterstatter des Regierungsrates. Was die Vorschriften über die Bauart von Gebäuden betrifft, die dem Föhnsturm ausgesetzt sind, ist es genügend, wenn auf das nach dem Brand von Meiringen am 13. Januar 1892 erlassene sogenannte Föhndekret verwiesen wird. Es hat sich aber auch in Bezug auf andere Verhältnisse, auf Gebäude, die sich nicht in sogenannten Föhnortschaften befinden, die Notwendigkeit ergeben, für größere Feuerficherheit besorgt zu sein. Es betrifft dies namentlich Kranken-, Armen- und Erziehungsanstalten, sowie große Gasthöfe und eventuell auch Fabriken. Wir haben die Erfahrung gemacht, welche außerordentlich große Gefahr in solch größeren Gebäuden dadurch entsteht, daß durch dieselben nur hölzerne Treppen führen und daß Personen, die die oberen Stockwerke bewohnen, bei einem Brandausbruche dann wie in einer Mausefalle gefangen sind, weil eben das Feuer zuerst durch das Treppenhaus sich Bahn bricht. Es darf z. B. kaum daran gedacht werden, was für namenloses Unglück entstanden wäre, wenn der Brand der Hotels in Mürren, in Randersteg, in Beatenberg u. s. w. jeweilen zur Nachtzeit bei vollbesetzten Häusern stattgefunden hätte. Der Regierungsrat hat daher gefunden, die Behörden sollen sich, soweit immer möglich, nach dieser Richtung der Verantwortlichkeit für allfälliges entstehendes grauenhaftes Unglück entschlagen, und ich glaube, das dürfen und sollen wir in der Weise thun, daß wir verlangen, daß in Zukunft bei den angeführten größeren Gebäulichkeiten, namentlich auch bei den Gasthöfen, steinerne Treppen errichtet werden.

Was die Fabriken betrifft, so besteht zwischen der Regierung und der Kommission eine Differenz. Ich will es der Kommission überlassen, zu begründen, warum sie die Worte „und in Fabriken“ gestrichen sehen möchte. Ich gebe zu, daß das erwähnte Bedürfnis bei den Fabriken weniger groß ist, da hier in der Regel nur bei Tage gearbeitet wird.

Sodann habe ich namens der Regierung der Bestimmung beizupflichten, daß der Regierungsrat in Fällen, wo die örtlichen Verhältnisse es als geboten erscheinen lassen, überhaupt Ausnahmen gestatten kann.

Gingegen möchten wir in litt. b den Gemeindebehörden die Kompetenz erteilen, besondere, die Sicherheit bezweckende Bestimmungen aufzustellen, sofern sie es nach den lokalen Verhältnissen für nötig erachten.

Litt. c. soll die Möglichkeit schaffen, daß bei bestehenden

\*) Siehe § 114 hienach.



Gebäuden, welche in der einen oder andern Weise den Anforderungen nicht entsprechen, bauliche Umänderungen getroffen werden können. Als Regel betrachten wir, daß die bestehenden Gebäude belassen werden sollen, wie sie sind. Wo aber wirkliche Gefahr für Feuerausbruch besteht, wie bei einem Hotel, bei Schul-, Kranken- oder Armenhäusern, sollen die Behörden die baulichen Umänderungen binnen zwei Jahren verlangen können.

Hegi, Berichterstatter der Kommission. Der Grund, warum wir in litt. a die Worte „und in Fabriken“ streichen wollen, ist der, daß in der Regel bei Fabriken nicht nur ein, sondern mehrere Ausgänge erstellt werden. Ich glaube deshalb, diese Vorschrift könne nicht wohl auf Fabriken ausgedehnt werden.

Sodann beantragen wir, den letzten Satz: „Treppen . . . . . bis . . . . . umzubauen“ zu streichen und statt dessen zu sagen: „Ausnahmen von dieser Vorschrift kann der Regierungsrat bewilligen, sofern es durch die örtlichen Verhältnisse geboten erscheint.“

Endlich beantragen wir, in litt. c statt „obigen Anforderungen“ zu setzen: „den Anforderungen in litt. a.“

Siegerist. Im Gegensatz zum Antrage der Kommission, im Anfang des § 113 die Worte „in Fabriken“ zu streichen, hätte ich es gerne gesehen, wenn diese Worte beibehalten würden; denn gerade in Fabriken, wo ganze Etagen durch das Feuer ergriffen werden und die Leute sich nicht mehr retten können, kann das größte Unglück geschehen. Immerhin ist darauf aufmerksam zu machen, daß es auf das Gleiche herauskommt, ob man die betreffenden Worte beibehält oder nicht; denn es müssen jeweilen bei Fabrikbauten, namentlich bei Neubauten, Pläne eingereicht werden, die vom Fabrikinspektor begutachtet werden.

v. Steiger, Direktor des Innern, Berichterstatter des Regierungsrates. Ich muß noch beifügen, daß die Regierung am Wortlaute „und in Fabriken“ festhält. Was ich diesbezüglich bemerkt habe, war nur meine persönliche Ansicht.

#### Abstimmung.

1. Der § 112 ist nicht bestritten und wird als angenommen erklärt.

2. Für Streichung der Worte „und in Fabriken“ in § 113, nach Antrag der Kommission . . . Minderheit.

3. Im übrigen wird der § 113 stillschweigend nach Antrag der Kommission angenommen.

#### § 114.

v. Steiger, Direktor des Innern, Berichterstatter des Regierungsrates. Dieser Paragraph sieht vor, daß für alle die erwähnten Feuerungsanlagen in gewerblichen Betrieben und die Anlage von Motoren u. s. w. gemäß Gewerbegesetz unter Planvorlage die Bau- und Einrichtungsbeurteilung einzuholen ist. Ich bemerke soeben, daß infolge dieser Bestimmung eigentlich der § 111 über-

flüssig ist; deshalb beantrage ich Streichung desselben, da ja der § 114 noch weiter geht.

Hegi, Berichterstatter der Kommission. Ich bin einverstanden, daß man auf den § 111 zurückkommt und denselben streicht.

Der § 114 wird stillschweigend angenommen; ebenso wird dem Antrag, den § 111 zu streichen, beigeppflichtet.

#### § 115.

v. Steiger, Direktor des Innern, Berichterstatter des Regierungsrates. Beim Abschluß der ganzen Feuerordnung hat uns selbstverständlich die Frage interessiert: Inwieweit sollen diese Vorschriften, wie sie der Große Rat aufzustellen für gut erachtete, angewendet werden? Sollen sie sich bloß beziehen auf instinktig erst zu errichtende Gebäude, oder aber sollen sie auch Anwendung finden auf schon bestehende Gebäude? Es ist ratsam, in dieser Beziehung nicht allzu schroff vorzugehen und nicht ohne Not den Gebäudeeigentümern Kosten zu verursachen, die in vielen Fällen nicht unerheblich wären. Grundsätzlich möchten wir deshalb den Satz aufstellen, daß außer für Neubauten die Bestimmungen dieses Dekretes nur da Anwendung finden sollen, wo es sich um Erstellung einzelner baulicher Einrichtungen oder um die Umänderung von solchen handelt, wo also z. B. in einem Teil eines Gebäudes, in einer einzelnen Räumlichkeit Feueranlagen neu installiert werden, wenn z. B. in einem alten Hause eine Werkstatt mit Feuerungsanlage neu installiert wird. Ebenso soll die Umänderung von bestehenden Einrichtungen auch verlangt werden können, wenn sie in ihrer Anlage, Konstruktion oder in den dabei verwendeten Materialien als feuergefährlich erachtet werden. Die Behörden werden also in jedem einzelnen Falle zu prüfen haben, ob der Zustand ein feuergefährlicher ist oder nicht. Wenn so, gewissenhaft und genau, aber nicht mit unnötiger Strenge, vorgegangen werden wird, wird sich nach und nach eine richtige Praxis ausbilden.

Ich empfehle Ihnen den § 115 zur Annahme.

Hegi, Berichterstatter der Kommission. Die Kommission hat gefunden, es sollte die Fassung dieses Paragraphen in etwas milderer Form erfolgen. Sie beantragt Ihnen deshalb, zu sagen: „Die Bestimmungen dieses Dekretes sind maßgebend für Neubauten, sowie für die Erstellung einzelner baulicher Einrichtungen, oder für die Umänderung von solchen; für bestehende Einrichtungen nur insofern, als diese in ihrer Anlage, Konstruktion, oder in den dazu verwendeten Materialien als feuergefährlich erachtet werden.“

Mosimann (Rüschegg). Wenn ich das Wort ergreife, so geschieht es, weil der Art. 115 dieses Dekretes mit zwei vorhergehenden Paragraphen nicht in Einklang steht. Der Art. 115 sagt: „Die Bestimmungen dieses Dekretes sind nicht nur maßgebend für Neubauten, sondern sollen auch Anwendung finden für Erstellung einzelner baulicher Einrichtungen oder für die Umänderung

von solchen, ferner in Fällen, wo bestehende Einrichtungen als in ihrer Anlage, Konstruktion oder in den dabei verwendeten Materialien feuergefährlich erachtet werden." Wie Sie sehen, ist da gesagt, daß für bestehende Einrichtungen nur dann eine Umänderung verlangt werde, wenn dieselben feuergefährlich sind. Ebenso bestimmt der § 86 in Alinea 2, daß bestehende Rauchleitungen bleiben dürfen, während § 96 sagt: „Zur Erstellung vorschriftsmäßiger Ramine und Kaminschoße in Ofen- und Waschküchen, wo bisher keine solchen vorhanden waren, wird eine Frist von einem Jahre, vom Inkrafttreten dieses Dekrets an, eingeräumt." Ich bin der Ansicht, die §§ 86 und 115 würden genügen; der § 96 sollte gestrichen werden. In diesem Falle müßte in § 115 als Nachsatz beigefügt werden, daß hiefür genügende Zeit einzuräumen sei; denn es ist absolut unmöglich, in kurzer Zeit alle anbefohlenen Umänderungen vorzunehmen. Bedenken Sie, wie in Berggegenden die Zufuhr des Materials für Hartbedachung und Ramine oft sehr schwierig ist, ja an vielen Orten alles an Ort und Stelle getragen werden muß. Zudem ist es nicht immer möglich, Berufsarbeiter zu bekommen, da dieselben in letzter Zeit infolge der überall stattfindenden Neubauten sehr beschäftigt sind. Nach meiner Auffassung ist es unmöglich, den § 96, wie er vorliegt, stehen zu lassen. Infolge einer im Jahre 1894 im Amt Schwarzenburg stattgefundenen Revision der Gebäudeschätzungen sind seither einzig in der Gemeinde Guggisberg 87 Besitzer von Ofenhäusern von der Brandversicherungsanstalt aufgefordert worden, Ramine erstellen zu lassen. Es befinden sich darunter Gebäude, die 150 Jahre alt sind und bis dahin nicht als feuergefährlich angesehen wurden und die erst jetzt durch den toten Buchstaben eines Dekrets als feuergefährlich bezeichnet werden. Uebrigens handelt es sich nicht bloß um die Ramine; denn sobald solche erstellt werden müssen, bedingt dies auch Hartdachung, und um diese nach Gesetzesvorschrift auszuführen, müssen um das Ramin herum wenigstens 1000 Ziegel angebracht sein, was einer Last von wenigstens 40 Zentnern entspricht. Um eine solche Last zu tragen, ist die bisherige Dachkonstruktion in der Regel zu schwach; auch passen die Latten für Schindeldach für Ziegeldach nicht. Bleibt daher dieser Paragraph bestehen, so ist damit so viel gesagt, als: bauet neue Ofenhäuser. Neue Ofenhäuser, das wäre wohl schön und vielleicht auch gut, wenn nur das Zahlen nicht wäre, denn eine solche Umänderung von Ramin und Dach und was drum und dran hängt kostet wenigstens Fr. 600—700, und wo soll ein Landwirt, der vielleicht in bedrängter Lage ist, das Geld hernehmen, wenn er mit knapper Not bloß im Stande ist, das aufzubringen, was zur Bezahlung der Steuern und Zellen und für die Familie am allernötigsten ist. Ich bin durchaus nicht der Meinung, daß feuergefährliche Zustände bleiben sollen, und als feuergefährlich betrachte ich es namentlich, wenn bei Ofenhäusern die Fußgänge nach hinten ausmünden. Aber absolut nicht feuergefährlich ist es, wenn die Züge über den Backofen her geleitet sind und bei der Ausmündung eine Flammpalte angebracht ist. Da bleiben selbst bei starkem Wind die Flammen lokalisiert. Diese Meinung haben übrigens auch die Herren Schärer, und ich kann nicht begreifen, wie man dazu kommt, solche Vorschriften aufzustellen, die die Feuergefahr eher vermehren, als vermindern. Denn werden Ramine erstellt, so müssen diejenigen in Ofenhäusern höchstens 3—4 Meter lang sein, und da werden unbedingt bei starkem Feuer die Flammen oben-

aus züngeln und, wenn der Wind geht, fortfliegen. Sind in der Nähe leicht brennbare Gegenstände, so ist es leicht möglich, daß dadurch ein Brand entstehen kann. So ist der erste große Brand in Meiringen, sowie der Brand in Hirschhorn von Bäckerkaminen aus entstanden. Ich möchte den Herrn Direktor des Innern, Herrn Regierungspräsident v. Steiger, einladen, nach Guggisberg zu gehen; dort wird er vernehmen, was man zu diesen Aufforderungen, wie sie von der Brandversicherungsanstalt seit Neujahr erlassen worden sind, sagt. So sind auch Aufforderungen erlassen worden, und zwar in ziemlich großer Anzahl, wonach in schlupfbaren Raminen Rastthüren erstellt werden sollen. Auf gemachte Vorstellung hin ist diese Vorschrift dann wieder zurückgezogen worden.

Ich will nicht weitläufiger sein und empfehle Ihnen den gestellten Zusatzantrag zu § 115. Da eine zweite Beratung dieses Dekrets in Aussicht steht, hoffe ich, die beratenden Behörden werden den § 96 dann überhaupt fallen lassen, da die §§ 86 und 115 für alle Fälle vollständig genügen.

M. Folleté. La rédaction plus large proposée par la commission à l'art. 115 me dispense de faire une proposition spéciale relative à l'art. 93. J'aurais eu en effet primitivement l'intention de proposer, après la clôture de la discussion, de revenir sur le 5<sup>e</sup> alinéa de l'art. 93, lequel est ainsi conçu:

« Toute cheminée traversant une toiture couverte en matériaux combustibles devra être entourée à une distance horizontale de 2 mètres 40 d'une couverture de matériaux incombustibles. »

Il existe dans nos districts du Jura, notamment dans les Franches-Montagnes et les hameaux isolés, entre Moutier et Porrentruy, une certaine quantité de maisons dont le toit est recouvert en bardeaux. Lorsque les commissions d'assurance se présentent, elles font précisément la même remarque reproduite par le préopinant tout à l'heure, à propos de maisons dont la construction remonte loin, à 200 ans par exemple; ces commissions font recouvrir de tuiles à une distance de 2 mètres 40 les abords de la cheminée, de manière à préserver ces maisons des atteintes du feu, et je n'ai pas connaissance que, remplissant ces conditions, elles aient été en effet la proie des flammes, malgré que leur toiture fût recouverte en bardeaux. En tout cas, s'il y a eu par ci par là peut-être des feux de cheminée, je ne crois pas qu'ils aient produit des inconvénients du genre de ceux qu'on nous a signalés — et à ce propos du reste j'en appelle au Directeur de l'intérieur qui est au courant mieux que moi — et qui auraient pour conséquence d'obliger les propriétaires à refaire leurs toitures.

Je prends acte des déclarations que le Directeur de l'intérieur vient de nous faire, desquelles il résulte que le nouveau décret que nous discutons ne doit pas avoir pour conséquence d'obliger les propriétaires à des dépenses nouvelles. Or, vous savez que des réclamations sont arrivées sur le mode de procéder des commissions d'assurance, lesquelles veulent précisément obliger les propriétaires à refaire leurs toitures; il est même venu une pétition du district que je représente, — ceci paraît résulter d'une conversation que j'ai eue avec M. de Steiger.

Il importe donc de dire ici que l'art. 115 pro-

posé par la commission ne doit pas avoir d'effet rétroactif en ce qui concerne les bâtiments dont nous avons parlé. Je me contente d'appuyer la rédaction proposée par la commission, qui, en effet, est plus large que celle du projet. Et j'espère ainsi que par suite de l'adoption de cet article, les instances, je dirai même les vexations que l'on fait aux propriétaires des bâtiments qui se trouvent dans les conditions que je viens de relater, cesseront, car en définitive, ces bâtiments ont fait leurs preuves et on ne saurait obliger leurs propriétaires à des dépenses exagérées ou superflues.

J'appuie donc la rédaction présentée par la commission.

v. Steiger, Direktor des Innern, Berichterstatter des Regierungsrates. Ich möchte mit einigen Worten entgegenen, um nicht zu weitgehende Hoffnungen zu nähren. Die große Frage ist die, ob durch Schindeldächer geführte Kamine gefährlich seien oder nicht. Die Brandversicherungsanstalt behauptet ja und sie stützt sich da auf die Verordnungen von 1828 und 1865, in welchen der Regierungsrat vorgeschrieben hat, daß auch da, wo Schindeldächer bewilligt werden, doch im Umkreis von 8 Fuß auf jeder Seite das Dach mit Ziegeln belegt werden müsse; also hat man es schon damals als feuergefährlich angesehen, wenn das Kamin nicht mit Ziegeln umgeben war. Man hat auch nach und nach im ganzen Kanton sich an diese Vorschrift zu halten gelernt, und Sie sehen Land auf Land ab viele Schindeldächer neueren Datums, wo ein gewisser Raum um das Kamin herum mit Ziegeln oder Blech bekleidet worden ist.

M. Folletéte. Puisque j'ai soulevé la question, j'ajouterai que je n'entends absolument pas, par les observations que je viens de faire au Grand Conseil, empêcher les commissions d'assurance, dans les cas de danger certain et immédiat, d'obliger les propriétaires à faire des modifications ou des réparations nécessaires à leurs immeubles. J'ai visé simplement le cas où véritablement il n'y a pas de danger d'incendie, et où il ne serait pas raisonnable d'imposer aux propriétaires des dépenses superflues.

La nouvelle rédaction de l'art. 115 peut être interprétée dans ce sens.

Präsident. Wir schreiten zur Abstimmung. Von Herrn Mosimann ist zu § 115 die Aufnahme des Nachsatzes beantragt worden, daß man für die Umänderung der alten Einrichtungen genügend Zeit lasse.

Hegi. Ich habe Herrn Mosimann anders verstanden, ich glaubte, er wollte nur einen frommen Wunsch äußern.

Präsident. Wird von Herrn Mosimann eine bestimmte Frist vorgeschlagen?

Mosimann (Rüschegg). Wenigstens ein Jahr.

v. Steiger, Direktor des Innern, Berichterstatter des Regierungsrates. Herr Mosimann kann in seinem Interesse und im Interesse der Verhältnisse, die er im Auge hat, nicht eine einzige Frist nennen, sondern diese wird sich eben nach der Natur des vorhandenen Mangels

richten müssen. Ist Gefahr im Verzug, so wird man die Frist kürzer ansetzen, im umgekehrten Falle länger. Je nachdem wird 3—6 Monate Zeit gegeben werden und bei guter Begründung des bezüglichen Gesuches noch mehr. Es ist besser, der Große Rat setze keine bestimmte Frist fest; die Ortspolizeibehörde wird jeweilen besser im Falle sein, die Dringlichkeit einer Umänderung und die Dauer der Frist festzustellen.

Mosimann (Rüschegg). Ich beantrage, zu sagen, „die nötigen Fristen“.

Abstimmung:

Der § 115 wird mit dem von Herrn Mosimann gewünschten Zusatz angenommen.

## § 116.

v. Steiger, Direktor des Innern, Berichterstatter des Regierungsrates. Ich habe diesen Paragraph bereits bei einer andern Bestimmung citiert. Es soll damit dem Regierungsrat Gelegenheit gegeben werden, mit Rücksicht auf die Fortschritte auf dem Gebiete der Technik von den in diesem Dekret enthaltenen Vorschriften Ausnahmen zu gestatten, sei es, daß er die nötigen Vorschriften selber aufstellt oder dieselben genehmigt, wenn sie von anderer Seite aufgestellt werden.

Angenommen.

## § 117.

v. Steiger, Direktor des Innern, Berichterstatter des Regierungsrates. In der frühern Beratung ist von Herrn Bühlmann der Wunsch ausgesprochen worden, die Strafbestimmungen möchten anders gefaßt werden, als es im Entwurfe der Fall war, indem er speziell eine Auscheidung der verschiedenen Kategorien von Uebertretungen gewünscht hat. Wir haben nun bereits mit der Kommission eine andere Fassung aufgestellt; die bezüglichen Anträge sind von uns ausgegangen, und wenn ich mich nicht irre, ist das in der Weise geschehen, wie Herr Bühlmann es im Auge gehabt hat. Wir unterscheiden: 1. Uebertretungen gegen die Vorschriften allgemeiner Natur, die in den §§ 1—30 enthalten sind; 2. Uebertretungen, die Beamte, seien es Gemeinde- oder Bezirksfeueraufseher oder Präsidenten und Mitglieder der Ortspolizeibehörde, durch Nachlässigkeit, Pflichtverletzung u. dgl. begehen; 3. Uebertretungen, die durch Architekten, Baumeister und Bauhandwerker oder durch die Eigentümer oder Mieter der betreffenden Gebäude begangen werden. Es kommt außerordentlich häufig vor, daß sich namentlich diese Berufsleute feuerpolizeiwidrige Fehler zu schulden kommen lassen, wofür sie bestraft werden sollen; man verläßt sich eben auf die Handwerksmeister, die die Einrichtungen kennen sollen.

Sodann empfehlen wir Ihnen mit der Kommission,



in der nämlichen Weise ein einfaches Verfahren einzuführen, wie es in andern polizeilichen Dingen auch der Fall ist, also so, daß nicht für jede Uebertretung eine Strafanzeige erfolgen muß, sondern daß die Ortspolizeibehörde von sich aus dem Strafbareren dessen Bußfähigkeit eröffnen kann. Unterzieht er sich, so soll die Strafanzeige an den Richter unterbleiben und können so unnütze Kosten erspart werden. Willkür kann nicht eintreten; denn wenn sich der Angeschuldigte nicht für fehlbar hält, wird er sich der Buße nicht ohne weiteres unterziehen und dann erfolgt Strafanzeige. In den meisten Fällen aber wird sich der Betreffende der Eröffnung unterziehen und die Buße bezahlen.

Die angeführte Bestimmung liegt im Interesse der Einfachheit und dient zur Vermeidung unnützer Umtriebe.

Endlich möchten wir verlangen, daß die bezogenen Bußen in die Ortspolizeikasse fließen, während hingegen vom Richter gesprochene Bußen nach gesetzlicher Vorschrift nur teilweise den Gemeinden zufallen. Ich hoffe, daß die Gemeinden durch die Bußen nicht reich werden; aber es wird den Gemeindefassen immerhin wohl thun, wenn sie derart gespiesen werden.

Hegi, Berichterstatter der Kommission. Ich habe nichts beizufügen. Dagegen ist mir von einem Mitgliede der Wunsch geäußert worden, es möchte nach § 117 ein neuer Paragraph eingeschaltet werden, in dem Sinne, daß weitergehende Wünsche der Gemeinden in diesem Dekrete Aufnahme finden sollen. Die Redaktion wäre dann noch festzustellen.

Präsident. Eingaben, die von Seiten der Interessenten und der Gemeinden gemacht werden, müssen jedenfalls berücksichtigt werden. Ich glaube aber nicht, daß es nötig ist, einen besondern Artikel aufzunehmen; ich lasse mich aber gerne über die Thunlichkeit der Aufnahme eines solchen Artikels belehren.

Dürrenmatt. Es hätte mich gefreut, wenn der Wunsch, einen solchen Artikel aufzunehmen, von dem Mitgliede des Großen Rates, das ihn gehegt hat, selber geäußert worden wäre. Früher mag es hin und wieder vorgekommen sein, daß ein Mitglied seine Meinung hinter ein anderes Mitglied gesteckt hat. Wir brauchen hier aber keine Heimlichkeiten.

Hegi, Berichterstatter der Kommission. Von Heimlichkeiten kann nicht die Rede sein; ein Kollege hat mich einfach ersucht, als Kommissionsmitglied den erwähnten Wunsch zu äußern. Im übrigen schließe ich mich den Ausführungen des Herrn Präsidenten an.

Der § 117 wird als angenommen erklärt.

---

§§ 118 und 119.

Angenommen.

---

Präsident. Es handelt sich nun noch um die Entscheidung der Frage, ob man heute schon auf einzelne Paragraphen zurückkommen oder ob man damit bis zur Vornahme der zweiten Lesung zuwarten will.

Dürrenmatt. Ich wünsche, daß auf Ziffer 1 zu § 106 zurückgekommen wird, indem bei der Abstimmung hierüber (39 gegen 33 Stimmen) der Große Rat gar nicht beschlußfähig war.

v. Steiger, Direktor des Innern, Berichterstatter des Regierungsrates. Nicht wegen des soeben gestellten Antrages, sondern im allgemeinen möchte ich bitten, jetzt keine Wiedererwägung vorzunehmen, sonst werden wir weder heute noch morgen mit der Beratung fertig. Es werden noch verschiedene Punkte aufgegriffen werden, und es ist gerade deshalb zweckmäßig, eine zweite Lesung vorzunehmen.

Herrn Dürrenmatt kann ich noch sagen, daß die Direktion des Innern es sich angelegen sein lassen wird, die bei § 106, Absatz 1, aufgeworfene Frage in der Zwischenzeit nochmals ganz objektiv zu untersuchen.

Schmid. Nach dem Votum des Herrn v. Steiger könnte ich auf das Wort verzichten. Es ist etwas Außerordentliches, daß man ein Dekret einer zweiten Beratung unterzieht. Da aber das vorliegende Dekret von besonderer Wichtigkeit ist, hat man dessen zweimalige Beratung beschlossen, um auf einzelne Paragraphen zurückkommen zu können. Es ist deshalb besser, heute von einer weiteren Beratung zu abstrahieren und auf einzelne Paragraphen erst bei der zweiten Beratung zurückzukommen.

Dürrenmatt. Auf die Zusage des Herrn Direktors des Innern verzichte ich auf meinen Zurückkommensantrag.

Präsident. Ich nehme an, Sie seien mit den Ausführungen des Herrn Direktors des Innern einverstanden. Ferner halte ich dafür, daß eine Abstimmung über das Dekret als Ganzes erst stattfinden kann, wenn dasselbe vollständig durchberaten ist.

Einverstanden.

---

Präsident. Ich möchte anfragen, ob es Ihnen recht ist, hier abzubreaken und das Ehrenfolgenrecht und die beiden noch hängigen Motionen in einer Nachmittags-sitzung, um 3 Uhr, zu behandeln. Ich zweifle, daß morgen noch genügend viele Mitglieder anwesend wären.

Megertner. Ich beantrage, morgen noch eine Sitzung zu halten. Findet eine Nachmittags-sitzung statt, so ist es den entfernter wohnenden Mitgliedern nicht möglich, noch gleichen Tags heimzukommen.

Seller. Ich befürchte, wir laufen bei dieser Witterung Gefahr, daß eine Nachmittags-sitzung nicht genügend besucht würde. Es ist aber wünschenswert, daß der Rat zur Behandlung des Ehrenfolgenrechts zahlreich ver-

sammelt ist. Was die Motion des Herrn Burthardt betrifft, so ist sie nicht so dringend, daß sie nicht verschoben werden könnte. Ich beantrage daher, die noch hängigen Geschäfte zu verschieben und die Session zu schließen.

Burthardt. Ich möchte den Antrag unterstützen, eine Nachmittagsitzung abzuhalten. Ich habe das reglementarische Recht, zu verlangen, daß meine Motion behandelt wird. Allerdings handelt es sich nicht um eine Interpellation über die Hochschule, oder um eine große politische Frage, sondern nur um die Ausführung eines Artikels des Schulgesetzes!

Feller. Ich möchte bitten, die Motion des Herrn Burthardt noch zu behandeln und ebenso die meinige. Ich habe meine Motion schon im November 18'4 gestellt, und es ist Zeit, daß sie einmal behandelt wird.

M. Folletête. Pour mon compte, j'appuie la proposition faite par M. Aegerter de siéger demain. Si nous siégeons cet après-midi dans une séance de relevée, il me paraît évident que nous ne serons pas en nombre suffisant pour délibérer. D'autre part, dans les conditions où se présente cette séance de relevée — il est bientôt une heure — l'assemblée se trouvera dans des dispositions telles qu'elle ne pourra guère délibérer en véritable connaissance de cause. (*Protestations.*) Puis on voudra se dépêcher d'en finir; on traitera par conséquent les affaires à la vapeur; or, ce n'est pas ainsi qu'on doit procéder. Il me semble que tous les membres du Grand Conseil qui ont eu le courage de rester jusqu'à aujourd'hui, peuvent rester encore demain. Demain, nous aurons une séance beaucoup plus sérieuse que celle que nous pourrions avoir cet après-midi.

#### Abstimmung.

Für den Antrag Feller, die Session sofort zu schließen, Mehrheit.

Präsident. Sie haben Beendigung der Session und damit Verschiebung der nicht erledigten Traktanden auf eine spätere Sitzung beschlossen.

Es ist üblich, daß der abtretende Präsident noch mit einigen Worten jeweils der vorübergegangenen Amtsperiode gedenkt. Es sei auch mir gestattet, in ganz kurzen Worten hinzuweisen auf die Thätigkeit des Rates während der Amtsperiode, da ich die Ehre hatte, den Vorsitz zu führen.

Es sind in dieser Periode eine ziemlich Zahl wichtiger Geschäfte erledigt worden: sowohl Gesetze wie Dekrete nebst einer sehr reichen Anzahl von administrativen Geschäften. Ich will Sie nicht hinhalten mit der Aufzählung aller dieser Gesetze und Dekrete, wie ich es an Hand eines vollständigen Auszuges, den der Herr Staats-

schreiber mir zustellte, beabsichtigt hatte. Ich kann aber nicht umhin, noch speziell vom persönlichen Standpunkte aus Ihnen den Dank auszusprechen für ein in dieser Session erledigtes Traktandum, nämlich die Subventionierung des westschweizerischen Technikums in Biel.

Gestatten Sie mir auch, eines Ereignisses noch zu gedenken, das in der verflossenen Amtsperiode uns hier beschäftigte. Ich meine die im Oktober letzten Jahres beschlossene Proklamation an das Bernervolk bezüglich des Beutezuges. Es ist in der betreffenden Sitzung vom frühen Morgen bis tief in den Nachmittag hinein mit vielem, der Wichtigkeit der Sache angemessenem Ernste diskutiert und schließlich mit großer Mehrheit die bekannte Proklamation ans Bernervolk beschlossen worden. Es hat denn auch diese Kundgebung beim Volke die gebührende Berücksichtigung gefunden, indem dasselbe mit großem Mehr sich in der Abstimmung über den Beutezug gegen denselben ausgesprochen hat. Ich möchte von dieser Stelle aus dem Wunsch und der Hoffnung Ausdruck verleihen, es möge der Kanton Bern im gleichen Sinne weiterarbeiten. Auch die ganz nächste Zukunft wird, wie Sie den Tagesblättern entnehmen konnten, in das politische Leben wieder etwas Bewegung bringen. Aber ich habe die Ueberzeugung, daß auch in der Frage betreffend die Volkswahl das Bernervolk wohl das Richtige finden wird.

Sie werden es mir im weitem nicht verargen, wenn ich am Schlusse meiner Amtsperiode dem Wunsche Ausdruck gebe, es möchte meinem Nachfolger im Amte vergönnt sein, nicht, wie ich, in den Fall zu kommen, wegen zu vieler Abwesenheiten die Sitzung aufheben zu müssen. Solche Vorkommnisse sind nicht geeignet, das Ansehen des Rates zu heben, und ich möchte Sie deshalb ersuchen, jeweilen mit mehr Ausdauer den Sitzungen des Großen Rates beizuwohnen.

Zum Schlusse liegt mir noch ob, Ihnen meinen besten und herzlichsten Dank auszusprechen für die Nachsicht, die Sie während meiner Amtsführung mir erwiesen, und ebenso sehr danke ich den Mitgliedern des Regierungsrates für deren immer freundliches Entgegenkommen bei der Vereinigung der Traktanden für die Sessionen.

Ich schließe, indem ich Ihnen allen eine gute Heimreise wünsche.

#### Schluß der Sitzung und der Session

um 1 Uhr.

Der Redacteur:

And. Schwarz.

